

JUDEN UND UKRAINER

BRIEFE EINES JÜDISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

VON SALOMON GOLDELMAN

Der Aufstand gegen den Hetman Skoropadskyj • Das Direktorium am Ruder • In Ostgalizien • Die Psychologie des Pogromantisemitismus • Wer ist schuld? • Auf dem Wege zur Verständigung • Hie Denikin, hie Lenin! • Die Jüdische Demokratie in der ukrainischen Volksrepublik • Unter polnischer Herrschaft • Im polnischen Exil • Das Judentum unter dem bolschewikischen Regime • Ein trauriges Resümee

„HAMOIN“

JÜDISCHER VERLAG IN DER UKRAINE

1 9 2 1

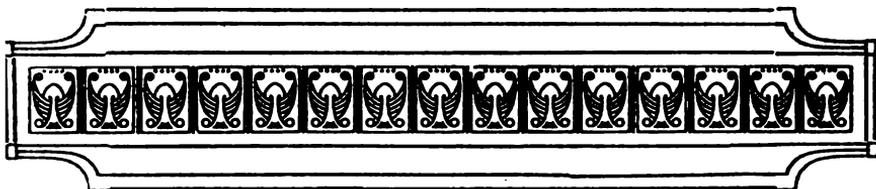
JUDEN UND UKRAINER
BRIEFE EINES JÜDISCHEN SOZIALDEMOKRATEN
VON SALOMON GOLDELMAN

„HAMOJN“
JÜDISCHER VERLAG IN DER UKRAINE
1 9 2 1

ALLE RECHTE,
INSBESONDERE DAS DER ÜBERSETZUNG,
SIND VORBEHALTEN

COPYRIGHT BY VERLAG „HAMOJN“
Dr. SALOMON GOLDELMAN WIEN VI

DRUCK- UND VERLAGSANSTALT „VORWÄRTS“, WIEN V



Vorwort.

Vor ungefähr sechs Monaten kam ich aus der Ukraine nach Wien. Meine Genossen vom Parteisekretariat der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale-Zion in der ukrainischen Volksrepublik ermächtigten mich, die Fünfte poale-zionistische Weltkonferenz sowie überhaupt die demokratischnationalen jüdischen Kreise des Auslandes über die Lage der jüdischen Volksmassen in der Ukraine und über die Politik, die die jüdischen sozialistischen Parteien, die Volkspartei und gewissermaßen auch die ukrainischen Zionisten während der letzten zwei Jahre geführt haben, zu informieren.

Wir, die wir die ganze Zeit mitten in der ukrainischen Revolution standen unter den schwersten Bedingungen, losgetrennt von der allgemeinen jüdischen und nichtjüdischen ausländischen Welt und eingepfercht in den siedenden Kessel „Ukraine“, wo wir die fürchterlichsten Katastrophen, die über die jüdischen Volksmassen hereinbrachen, miterlebten, konnten uns keine Vorstellung machen von der absoluten Unkenntnis, die hier im Ausland über unsere Zustände und Lebensverhältnisse herrschte, waren geradezu erstaunt über die völlige Informationslosigkeit, die in allen Kreisen Europas herrscht, in sozialistischen ebenso wie in bürgerlichen, jüdischen und nichtjüdischen, ja sogar in ukrainischen Kreisen bezüglich der gegenwärtigen Situation in der Ukraine sowie bezüglich der Perspektiven, die sich für die Zukunft des Landes und der jüdischen Bevölkerung in der nächsten Zeit eröffnen.

In den jüdischen Kreisen begegnete ich immer derselben Beziehung zur ukrainischen Frage seitens aller Bevölkerungsschichten, ohne Unterschied ihres sozialen Bekenntnisses. Ob nun Sozialisten oder Zionisten: alle verhalten sich zur Idee einer ukrainischen Staatlichkeit ausgesprochen feindlich und sind absolut nicht fähig, die

Frage der nationalen Wiedergeburt des ukrainischen Volkes einerseits und andererseits die fürchterlichen Pogromereignisse, die der Bürger- und Nationalitätenkrieg in der Ukraine nach sich zog, auseinanderzuhalten.

Waren nun die Pogrome das wichtigste psychologische Motiv dieser in allen Schichten der ausländisch-jüdischen Öffentlichkeit gegenüber der Ukraine herrschenden feindlichen Stimmung, so hatten die sozialistischen Kreise dazu noch um ein Motiv mehr: den Krieg zwischen der Ukraine und Sowjetrußland.

Einen Kampf mit Sowjetrußland aufnehmen, hieß in den europäischen sozialistischen Kreisen bis vor kurzem — konterrevolutionäre Bewegung machen, und dies sogar dann noch, wenn es sich um das verzweifelte Ringen eines nach nationaler Befreiung strebenden Volkes mit den offenen und unzweifelhaften Annexionsgelüsten der zentralistischen Machthaber Moskaus handelte.

Dieselben Poale-Zion, die „Linken“ genau so wie die „Rechten“, die in Palästina, wo die Juden eine verschwindende Minorität bilden, eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk errichten wollen, halten die Bestrebungen des ukrainischen Volkes, welches 76 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht, ein eigenes Staatswesen innerhalb seines Territoriums zu begründen, für ein konterrevolutionäres Unternehmen, das zu bekämpfen sie jederzeit bereit sind.

Für all die ausländischen jüdischen Politiker und gesellschaftlich führenden Persönlichkeiten besteht kein Zweifel, daß man die Unabhängigkeit der Ukraine nicht anerkennen dürfe und daß es am allerwenigsten die Juden tun dürfen. Und wenn nun einmal in diesen Kreisen durch Zufall unregelmäßige, zusammenhanglose und in keiner Weise ausführliche Nachrichten aus der Ukraine einlangen, die davon handeln, daß beispielsweise im Kamenetzer Winkel, wo man monatelang an dem Aufbau der ukrainischen Volksrepublik unermüdlich arbeitete, ein jüdischer Minister am Kabinettsrat teilnimmt, daß jüdische Parteien die so verrufene Petluraregierung unterstützen, daß man dort die national-personale Autonomie zu verwirklichen sich anschickt, da hört man darauf bloß eine einzige stereotype Entgegnung: Nationaler Verrat — rufen die Zionisten, Konterrevolution — die Sozialisten.

Den wenigen jüdischen sozialistischen Intellektuellen aber, die in der furchtbar verzweifelten Lage unserer zwischen fremden, ihnen in jeder Weise überlegenen, miteinander Krieg führenden Völkern

sich befindenden Volksmassen ihre ganze Energie für die Erreichung einer glücklicheren, menschenwürdigeren, jüdischen Zukunft in der Ukraine aufopfert, begegnet man hier mit stillschweigender Verachtung.

Dagegen dürfen jene sogenannten Führer der ukrainischen Juden, die keine Ahnung von den wirklichen Zuständen in der Ukraine haben, die den leidenden Volksmassen dortselbst längst den Rücken gekehrt und sich in den verschiedentlichen Hilfskomitees, jüdisch-diplomatischen Delegationen, der ausländischen jüdischen Presse und anderen öffentlichen Institutionen häuslich niedergelassen haben, ungestört wagen, die Arbeit, die dort, in der Ukraine, geleistet wird, und deren einziges Ziel die Rettung unseres Volkes aus vollständiger physischer Vernichtung und nationalem Untergang ist, vollständig herabzuwürdigen.

In Erfüllung der meinen Genossen und Mitkämpfern gegenüber, die in der ukrainisch-bolschewikischen Hölle zurückgeblieben sind, übernommenen Verpflichtung lege ich hiemit der jüdischen Öffentlichkeit eine Sammlung von Materialien zur Geschichte der jüdisch-ukrainischen Beziehungen in dem Zeitabschnitt vom Aufstand gegen den Hetman Skoropadskyj bis zum polnisch-ukrainischen Vertrag lediglich zu dem Zwecke vor, daß die jüdische Öffentlichkeit des Auslandes, die sich mit der Lage des ukrainischen Judentums befaßt, sich hieraus ein klares Bild über das, was während dieser Zeit in der Ukraine tatsächlich geschehen ist, zu schaffen in die Lage kommt *).

Salomon Goldelman,
ukrainischer Vizearbeitsminister a. D.

W i e n, 22. Jänner 1921.

*) Der erste und dritte Brief sind aus meiner ukrainischen Broschüre „Briefe eines jüdischen Sozialdemokraten über die Ukraine“ übersetzt, die übrigen aus meiner jüdischen Broschüre „Im Golus bei den Ukrainern“.

Der Verfasser.



INHALT

Vorwort	3
Erster Brief: Der Aufstand gegen den Hetman Skoropadskyj .	5
Zweiter Brief: Das Direktorium am Ruder .	19
Dritter Brief: In Ostgalizien .	32
Vierter Brief: Die Psychologie des Pogromantisemitismus .	43
Fünfter Brief: Wer ist schuld?	54
Sechster Brief: Auf dem Wege zur Verständigung .	63
Siebenter Brief: Hie Denikin, hie Lenin!	83
Achter Brief: Die jüdische Demokratie in der ukrainischen Volksrepublik .	95
Neunter Brief: Unter polnischer Herrschaft	102
Zehnter Brief: Im polnischen Exil	106
Elfter Brief: Das Judentum unter dem bolschewikischen Regime .	118
Schlußwort: Ein trauriges Resümee	131





ERSTER BRIEF.

Der Aufstand gegen den Hetman Skoropadskyj.

Lieber Genosse!

Gestern habe ich Dich telegraphisch ersucht, so rasch als möglich nach Winnica zu kommen. Ich weiß, daß es Dir nicht leicht fallen wird, Odessa zu verlassen und die komplizierten Agenden unserer Druckerei und unseres Verlages, derentwegen Du seinerzeit nicht einmal das Ende der jüdischen Nationalversammlung in Kiew abwarten wolltest, ihrem Schicksal zu überlassen. Doch da ich annehme, daß in Odessa bereits Nachrichten über den Aufstand gegen Skoropadskyj eingelangt sind, der gegenwärtig von Winnica aus geleitet wird, darf ich wohl auch erwarten, daß Du, als Mann der politischen Tat, Revolutionär und Mitglied der Zentralrada, nicht ruhig in Odessa sitzen bleiben wirst, während in Winnica große und verantwortungsvolle Arbeit Deiner harrt.

Immerhin: wenn Du darüber unschlüssig sein solltest, ob Du reisen sollst oder nicht, will ich Dir in diesem Brief genau die Situation schildern, die infolge der letzten Ereignisse entstanden ist. Ich bin dessen sicher, daß Dich die gegenwärtige Situation zu entscheidenden Entschlüssen nicht weniger verpflichtet wird als seinerzeit mich, da ich in einem Brief an Genossen Wynnytschenko, den Obmann des Direktoriums und geistigen Führer des Aufstandes, den Vorschlag machte, als jüdischer Sozialdemokrat an der gegenwärtigen nationalen Revolution der Ukrainer teilzunehmen.

Selbstverständlich darfst Du nicht allein herkommen, sondern mußst alle unsere Genossen, welche in diesem verantwortungsvollen Moment arbeiten können und wollen, mitbringen.

Eines freilich befürchte ich: Seit der Revolution von 1905 bis zu der von 1917 hat ein großer Teil der ehemaligen geistigen Revolutionäre und führenden Politiker die Elementarbegriffe sozialer Ethik und politischer Moral so gründlich eingeübt, daß sie in jeder großen revolutionären Aktion vor allem nach Ministerportefeuilles und persönlichen Vorteilen auslugen.

So nehme ich beispielsweise mit Bestimmtheit an, daß nach dem Eintreffen meines Telegramms in Odessa sofort beschlossen wird,

daß Du unverzüglich ein Ministerportefeuille zu erhalten hast. Ich sehe schon ganz deutlich, wie unser geehrter Redakteur sich durch mich beleidigt fühlt, weil nicht er, sondern Du nach Winnica berufen bist. . . .

Doch es handelt sich wahrhaftig nicht um Portefeuilles. Insbesondere müssen wir jüdische Sozialisten, die die Aufgabe haben, die Wege zur allmählichen Annäherung zwischen der neuerstandenen ukrainischen nationalen Intelligenz und der jüdischen Gesellschaft zu ebnen, weit davon entfernt sein, auch nur in den Schatten eines Verdachtes zu kommen, als möchten wir da vorteilhafte Geschäfte und Karriere anstreben.

Mag es aber wie immer um die Appetite unserer — und nicht allein unserer — Parteigenossen bestellt sein, für mich sowohl wie auch für Dich, für unsere Partei, für die ganze jüdische Demokratie liegen die Dinge doch ganz anders.

Für uns jüdische Sozialisten in der Ukraine gibt es nur eine einzige wirkliche revolutionäre und nationale Notwendigkeit: die aktive Unterstützung des Aufstandes der ukrainischen Bauern und Arbeiter. Wenn diese Unterstützung aufrichtig, freimütig und ziel-sicher sein wird, so wird der erste bedeutungsvolle Schritt auf dem Wege der Verständigung zwischen dem jüdischen und ukrainischen Volke, die durch die historische Entwicklung neben- und miteinander zu leben prädestiniert sind, zweifellos getan sein.

Kommt jedoch diese revolutionäre Tat, die mit den trägen russischen Ueberbleibseln in der jüdischen Intelligenz endgültig und ein für allemal abrechnen muß, nicht zustande, befreit sich das Judentum nicht von der psychologischen Bürde der russischen Tradition, von der verhängnisvollen Erziehung in Sprache und Kultur dieses Landes, so wird die ukrainische Demokratie auch fernerhin den Eindruck gewinnen, wie er ja schon durch die Ereignisse im ersten Jahre der Revolution in der Ukraine hervorgerufen wurde, daß sie sich nur auf ihre eigenen, nicht allzu großen Kräfte stützen müsse und daß sich hingegen alle anderen Nationen in der Ukraine zur nationalen Wiedergeburt des ukrainischen Volkes wenn nicht feindlich, so doch mindestens gleichgültig verhalten.

Alle objektiven Momente erheischen gebieterisch unsere unbedingte aktive Teilnahme an der ukrainischen Revolution, die jetzt im Gange ist.

Abgesehen schon von der großen freiwerdenden Kraft und elementaren Erhabenheit der Aufstandsbewegung selbst, welche eine neue Epoche in der Geschichte des ukrainischen Volkes einleitet und worüber ich Dir in meinen weiteren Ausführungen berichte, ist obendrein die Hetmanherrschaft, welche durch den Aufstand bekämpft wird, ganz unzweideutig der Uebergang zum zaristisch-reaktionären und also ausgesprochen jüdisch-feindlichen Rußland. So ist es auch zu erklären, daß die Hetmanherrschaft durch Vernichtung unserer nationalen Errungenschaften, durch Unter-

drückung unserer Autonomie und der Gleichberechtigung unserer Sprache sowie durch Abschaffung des jüdischen Ministeriums alle nationalen jüdischen Parteien, sogar die der zionistischen Bourgeoisie, gegen sich mobilisierte, eine Tatsache, die in unserer Nationalversammlung in deren Debatten und Beschlüssen klar zum Ausdruck kam. Die Hetmanherrschaft rief ferner durch ihre politische, soziale und nationale Reaktion eine äußerst feindliche Haltung der Arbeiterklassen, der jüdischen mitinbegriffen, gegen sich hervor.

Aus diesem Grunde wird die aktive Unterstützung des Aufstandes seitens der Juden und ihrer politischen Parteien unserem Volke begreiflich, berechtigt und notwendig erscheinen.

Doch nicht allein diese Beweggründe sollen unsere Aktion in der nächsten Zeit bestimmen.

Wer den Aufstand näher betrachtet, wer diese Bauernmassen sieht, die täglich von den Dörfern in die Stadt strömen, um in die republikanische Armee einzutreten, wer zu beobachten Gelegenheit hat, wie ruhig, ernst und würdig sie sich benehmen, welche musterhafte Ordnung diese bewaffneten, tadellos ausgerüsteten und verproviantierten Männer aus dem Volke wahren, so daß man nicht einmal die Soldatenbeschimpfungen zu hören bekommt, an die wir zur Zeit des Krieges in unseren Stellungen an der Front gewohnt waren, wer sich dessen bewußt wird, wie vollkommen loyal diese Bauernkämpfer sich zur Bevölkerung, die jüdische nicht ausgeschlossen, die früher gewohnheitsmäßig zum Sündenbock aller Mobilisierungen, Revolutionen und Gegenrevolutionen auserschen wurde, verhalten, muß zur Ueberzeugung gelangen, daß in den ukrainischen Volksmassen eine radikale Umwälzung vor sich geht. Die Grundschicht des früher gewaltsam zerstückelten Volkes, die Bauernmasse, die unter dem schweren Joch ihrer Peiniger zu leiden hatte, wird zu einer Nation umgebildet, welche sich selbst zu erkennen beginnt und einsieht, daß sie etwas Besonderes darstellt, daß sie als neuerstandener, geschlossener Organismus das Recht auf menschenwürdiges Dasein geltend machen, daß sie allen anderen Nationen gleichgestellt werden muß. Wir sind Zeugen einer seltenen historischen Erscheinung: Das arbeitende ukrainische Landvolk, welches im Prozesse der russischen Revolution zu einer Klasse wurde, entfaltet sich gegenwärtig infolge der Hetmanherrschaft, der deutschen Bedrückung und der ukrainisch-nationalen Bewegung zur selbständigen, sein Schicksal allein bestimmenden Nation. Für diejenigen, welche sich mit der Politik in der Ukraine zu beschäftigen gedenken, könnte ich hinzufügen, daß von nun an nur jene politische Aktion in der Ukraine auf Erfolg rechnen kann, welche sich auf der Linie der Interessen dieser Nation bewegt, daß jeder andere Weg jedoch von vornherein als verfehlt angesehen werden muß.

Und ich mußte mich fragen und ich will auch dieselbe Frage an Dich richten: Können wir, Vertreter des jüdischen Volkes und seiner arbeitenden Klassen, die eine nationale und soziale Wieder-

geburt, ein eigenes nationales Zentrum in Palästina anstreben, angesichts des heldenmütigen Kampfes einer Nation, in deren nächsten Nachbarschaft wir leben, deren Schicksal wir teilen, mit der wir durch unzählige wirtschaftliche, politische und historische Bande verknüpft sind, dürfen wir da kalt und gleichgültig bleiben?

Haben wir nicht vielmehr die Pflicht, über die Zukunft unseres Volkes auf diesem Territorium an der Seite des ukrainischen Volkes nachzudenken? Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Volksmassen in ihrer Mehrheit wirtschaftlich nur in Verbindung mit dem ukrainischen Dorfe existieren können, und zwar als Handwerker oder als Vermittler im Warenaustausch zwischen Land und Stadt.

Ich glaube, daß es eine nicht mißzuverstehende Forderung des gegenwärtigen historischen Moments ist, diese innere natürliche Beziehung zwischen Ukrainern und Juden politisch zu manifestieren. Jetzt ist es lediglich an uns, die Mauer von Mißtrauen, die zwischen den beiden Völkern im Laufe der geschichtlichen Entwicklung durch die Wirtschaft der polnischen Feudalen und ihrer jüdischen Helfershelfer in der ehemaligen Ukraine einerseits und in unserer Zeit durch die unvernünftige, russophile Don-Quichotte-Politik jener jüdischen Assimilatoren, welche in der Zentralrada die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre und jener mageren Nationalisten, die den „Bund“ repräsentierten, andererseits aufgerichtet wurde, gründlich zu durchbrechen.

* * *

Wie Du siehst, war für mich die Frage einer aktiven Unterstützung der gegenwärtigen ukrainischen nationalen Revolution von vornherein prinzipiell entschieden.

Dies kam auf folgende Weise zustande: Schon zur Zeit unserer Nationalversammlung hatte ich davon Kenntnis, daß die ukrainischen politischen Faktoren große Hoffnungen in den Nationalkongreß setzen, welcher durch den ukrainischen Nationalverband mit Wynnytschenko an der Spitze für den 17. November einberufen werden sollte.

Nach meinen Unterredungen mit den ukrainischen Sozialdemokraten gewann ich die Ueberzeugung, daß im Moment der Einberufung des Kongresses, einerlei, ob er tatsächlich stattfinden wird oder nicht, entscheidende Ereignisse zu gewärtigen sind.

Als ich mich damals für die Reise nach Winnica vorbereitete, war ich fest entschlossen, am 17. November nach Kiew zurückzukehren, um für den Fall der Notwendigkeit eines aktiven Hervortretens an Ort und Stelle zu sein. Als ich aber am 16. November in der Eisenbahnstation Winnica erschien, war der Verkehr nach Kiew bereits eingestellt. Der Aufstand begann in Bela Cerkwa und in Fastow. Auch Winnica machte sehr leicht und rasch eine „Umwälzung“, gleichsam in geschlossener Gesellschaft, durch. Der Hetmanische General, Kommandant des hiesigen „Korps“, welches aus lauter

und nationale Vertreter in der Regierung entschieden abgesprochen wurde.

Die formelle Begründung war etwa folgende: Mit den Polen müssen wir vorerst darüber einig werden, welche Rechte die ukrainischen Minderheiten in Polen genießen werden, während das russische Ministerium, welches zur Zeit der Zentralrada bestand, unzweifelhaft erwies, daß es nicht die Russen als Bürger der ukrainischen Republik zu vertreten geneigt war, sondern eine diplomatische Repräsentanz Rußlands in der Ukraine darstellte und als solche naturgemäß einen Bestandteil der ukrainischen Regierung nicht bilden durfte.

Der Akt über die Erneuerung der national-personalen Autonomie ist bereits gezeichnet. Aber es kann sich hier nicht allein um die Autonomie handeln, die ja allgemein keinen Zweifel erweckt, sondern es muß die zukünftige Lage der geschlossenen, national-autonomen Organismen, insbesondere des jüdischen Organismus in der Ukraine, klar ins Auge gefaßt werden.

Für mich steht es fest, daß die Bekämpfung der chauvinistischen Elemente in der Ukraine und ihrer reaktionären Versuche unsere unmittelbarste Aufgabe ist. Dabei muß konstatiert werden, daß die chauvinistischen Strömungen in jenen Kreisen, die als Träger des nationalen Staatsgedankens anzusehen sind, nicht das Resultat der wirklichen Bedürfnisse des ukrainischen Volkes darstellen — denn ein Konflikt zwischen den ukrainischen und jüdischen Interessen besteht keineswegs — sondern daß diese ein Ueberbleibsel der alten, antisemitischen Ueberlieferung sind, die mit der jahrhundertlangen russischen und polnischen Erziehung den ukrainischen Intellektuellen, die alle von den ukrainischen Bauern abstammen, eingepflegt wurde.

Bei dieser Bekämpfung, bei der Zurückweisung aller möglichen Uebergriffe gegen unsere nationalen Rechte, sowie bei der Regelung der inneren ökonomischen Politik wäre für uns die Unterstützung der anderen autonom organisierten Minderheiten und ihrer Vertreter in der Regierung vorteilhaft und notwendig.

Allein wir müssen unsere Aufmerksamkeit auch der anderen Seite des Problems zuwenden, der Frage nämlich, warum der Führer der ukrainischen Sozialdemokraten, Wynnytschenko, dazu noch ein Linksstehender, gegen die Erneuerung des jüdischen Ministeriums nichts einzuwenden hat, während er gleichzeitig an ein polnisches oder russisches Ministerium in der Ukraine nicht einmal denken will. Schon zur Zeit der Zentralrada begann in der Ukraine die Kristallisierung und Gruppierung der Interessen nach Nationen vor sich zu gehen. Aus dieser Interessengestaltung muß in der letzten Zeit eine reelle Grundlage für die Politik des ukrainischen Staates in kommenden Jahrzehnten geschaffen werden. Der ukrainische Staat verfügt vorderhand lediglich über die potentielle Energie, die im Dorfe schlummert. Wenn das ukrainische Dorf bislang noch

kein gefestigtes, nationales Selbstbewußtsein erlangt hat, so wird es im Prozesse der Revolution hiezu sehr rasch kommen. Der Stadt gegenüber steht aber die ukrainische nationale Bewegung völlig wehrlos da. Selbstverständlich wird kein Ummalen der Aushängeschilder, wie es durch das sozial-revolutionäre Kabinett praktiziert wurde, die Stadt ihrem Inhalt, ihrer Politik sowie ihren wirtschaftlichen Tendenzen nach ukrainisch machen.

Doch die Stadtbevölkerung ist bekanntlich nicht allein aus Russen zusammengesetzt, deren Kultur gerade das schwierigste Hindernis auf dem Wege der Ukrainisierung des neuen Staates bildet, noch auch aus Polen allein, denen ihr polnisch-schlachtschützischer Honor nicht gestatten würde, den Forderungen einer „Bauernregierung“ nachzukommen. Die Stadt besteht hauptsächlich aus Juden, die einerseits weder ein historisch-kulturelles noch ein ökonomisches Interesse daran haben, die neuen Herren der Ukraine zu bekämpfen, anderseits — wenn sie dies auch tun wollten — nicht die Kraft besitzen, die den Russen und Polen in ihren eigenen Staaten, wie etwa im Zwangsapparat der bewaffneten Macht oder in der Androhung von Repressalien, zur Verfügung steht.

Das natürliche Interesse der Ukrainer gebietet ihnen also, sich bei der Errichtung ihres Staates auf die jüdische Stadtbevölkerung zu stützen, während anderseits die jüdische Bevölkerung keinen ernstlichen Grund hat, auf ihre Beteiligung am Staatsbau zu verzichten.

Ohne Zuneigung und Anteilnahme der jüdischen Städte wird die Ukraine kein moderner Staat werden, wird sie keine moderne staatliche und ökonomische Politik führen können.

* * *

Was stellt das Direktorium dar? Außer Wýnnytschenko und Petlura, die Du noch aus der Zeit der Zentralrada kennst, sind mir dessen andere Mitglieder völlig unbekannt. Auf welche Weise sie zu dieser obersten Würde gelangt sind, wüßte ich wahrhaftig nicht, und die Mehrheit der hiesigen Ukrainischnationalen weiß es ebensowenig und staunt darüber genau so wie ich.

Einer von ihnen, Herr Makarenko, angeblich Vertreter der Eisenbahner, befindet sich noch nicht hier und ich kann Dir daher vorderhand nichts über ihn mitteilen. Der andere, Herr Andrijewskyj, ist Vertreter der Nationalsozialisten (S. S.), einer Partei, die seit dem Jahre 1917 in Verruf geriet und durch Herrn Andrijewskyj würdig vertreten wird. Er macht den Eindruck eines aus tiefem, traumlosen Schlaf erwachten Menschen. Ich weiß nicht, wofür er sich eigentlich interessiert, und der erste Eindruck genügt auch in der Regel nicht zur Charakterisierung eines Staatsmannes. Eines weiß ich jedoch von ihm, daß er der „außerordentlichen Untersuchungskommission“ des Herrn Kowenko nahesteht, desselben berüchtigten Kommandanten von Kiew, welcher die Stadt zur Zeit der ersten Bol-

schewikiinvasion im Jänner 1918 „verteidigte“ und vermutlich zwecks „Stärkung“ der ukrainischen Position im Gebäude der Zentralrada, deren Mitglieder, linksstehende ukrainische Sozialrevolutionäre, verhaften ließ.

Der erste Schritt dieser Kommission war die Verhaftung einer ganzen Reihe hiesiger polnischer Persönlichkeiten, durchwegs namhafter und bedeutender Intellektuellen. Selbstverständlich werden sie befreit werden müssen, da keinerlei Belastungsmaterial vorhanden ist, auf Grund dessen sie verurteilt werden könnten. Wenn das Direktorium aber auch in Kiew mit derartigen Experimenten seine Tätigkeit beginnen sollte, so wird daraus wahrlich nichts Gutes hervorgehen. Das dritte Direktoriumsmitglied ist Professor Schwez. Er verwaltet die Schatzkammer des Direktoriums und führt den Vorsitz in den Sitzungen der Abteilungsleiter der Rada.

Ich muß Dir offen gestehen: Es wird einem so recht bange ums Herz, wenn man zum zweiten Male an einer solchen Sitzung teilnimmt. Ich habe lediglich die eine Hoffnung, daß die wertvollen, geistigaktiven, ukrainischen Intellektuellen, die in Kiew zurückgeblieben sind, uns für die Dauer doch nicht verlorengehen werden. Der Herr Professor ist wohl ein äußerst braver und gutmütiger Mann, jedoch keine politische Persönlichkeit. Man kann im allgemeinen behaupten, daß alle drei Mitglieder, welche zur Zeit der Zentralrada völlig unbekannt waren, gegenwärtig nur durch Zufall und allenfalls für jedermann überraschend an die Spitze der nationalen Bewegung gelangt sind.

Wie Du siehst, gibt es also im Direktorium nur zwei Männer, von deren Bedeutung für die Oeffentlichkeit man vorbehaltlos sprechen kann: Wynnytschenko und Petlura. Ueber den letzteren allerdings kann ich vorläufig nichts Erschöpfendes sagen; er befindet sich gegenwärtig bei der Armee und ich hatte noch keine Gelegenheit, ihn zu sprechen.

Dagegen muß ich Dir über die Ansichten Wynnytschenkos betreffend die zukünftige soziale Politik und die Grundlage der Staatsverfassung in der Ukraine ausführlich berichten.

* * *

Gestern habe ich Wynnytschenko einen Besuch abgestattet. Während der Besprechung über seine zukünftige Tätigkeit in Kiew stellte mir Wynnytschenko eine ganz überraschende Frage: „Würden Sie an einer Regierung, die in ihr Programm einen entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie mit bolschewikischen Methoden aufnimmt, teilnehmen?“

Für mich kam diese Frage gänzlich unerwartet, da ich als treuer marxistischer Sozialist und Anhänger der Demokratie die

Möglichkeit eines solchen Gedankenganges und solcher Pläne beim Direktorium nicht einmal für wahrscheinlich halten konnte. So klar und unabweislich erschien mir nach dem Sturz der Hetmanschaft, die alle demokratischen Grundlagen zerstörte, die unbedingte Notwendigkeit, dieselben sofort zu erneuern und unverzüglich das Parlament einzuberufen.

Dennoch mußte ich in meiner Antwort die Stimmung des jüdischen Proletariats in den letzten Monaten berücksichtigen. Und das jüdische Proletariat, ebenso wie ein großer Teil der russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauernschaft in der Ukraine, welche keine Gelegenheit hatten, die wirtschaftlichen Folgen des Sowjetsystems in der Staatsverwaltung kennen zu lernen, dafür aber an ihrem eigenen Rücken die drückende reaktionäre Hand des Hetmans, der Deutschen und der Großgrundbesitzer sehr empfindlich zu spüren bekamen, mußte mit den Bolschewiken sympathisieren.

Ich antwortete vorsichtigerweise, daß ich persönlich prinzipiell gegen eine solche Politik wäre, daß ich aber andererseits mit Bestimmtheit weiß, daß die Partei, der ich angehöre, diese Politik gern mitmachen wird.

Wie Du siehst, Genosse, erwartet uns eine Revision der Ansichten der ukrainischen Sozialisten, eine Umwertung der alten Werte. Mit diesen Möglichkeiten müssen wir nun rechnen.

Nach der Meinung Wynnytschenkos und sicherlich auch vieler seiner Genossen handelt es sich, wie ich glaube, vornehmlich darum, den ukrainischen Staatsgedanken dem moskowitzischen Sowjetsystem anzupassen, welches sich momentan der Sympathien der Volksmassen in der Ukraine erfreut.

Wohl unterliegt es keinem Zweifel, daß diese zweite Auflage des bolschewistischen Regimes schlechter sein wird als das Original. Denn erstens ist es ein sehr dankbares Unternehmen, im Kampfe gegen die Bourgeoisie in der Ukraine, die in ihrer überwiegenden Majorität eine nichtukrainische ist, eine bolschewikische Narrenposse zu spielen, was in diesem Falle bedeuten würde, daß man zwei Hasen auf einmal erlegen — einen nationalen und sozialen Feind zugleich vernichten könnte. Zweitens darf es schon aus nationalen Gründen eine Diktatur des Proletariats in der Ukraine nicht geben, denn auch das Proletariat in der Ukraine ist ebenso in seiner Mehrheit nicht ukrainisch. Demzufolge müßte in der Ukraine eine Diktatur der Bauernschaft errichtet werden. Aber wenn auch dieses neue Moment in den Anschauungen Wynnytschenkos den Zweck verfolgt, Moskau irrezuleiten, so dürfte ihm dies schwerlich gelingen. Und wenn dazu die hier eingelangten Nachrichten auf Wahrheit beruhen, daß in der Ukraine eine äußerst lebhafteste Agitation für das Sowjetsystem geführt wird, daß ferner die Bolschewiken auf der ganzen früheren Demarkationslinie einen Angriff begonnen haben, so wird allmählich das Bild ganz klar.

In solcher Situation, erklärte mir Wynnytschenko, werden die Bolschewiken sehr bald Charkow bedrohen und dann werde er außerstande sein, die Mehrheit der Direktoriumsmitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Sowjetsystem mit eigenen Kräften durchzuführen. Die Bolschewiken, sagte er, verstärken durch ihren Angriff die Position, unserer Reaktionäre und werden die Ukraine in die Arme der Entente treiben.

* * *

Die Lage ist ziemlich kompliziert und dürfte uns noch mannigfache Ueberraschungen bereiten.

Die soziale Schichtung der Bevölkerung der Ukraine steht in einem solchen Gegensatz zu den Absichten Wynnytschenkos und der russischen Bolschewiken, die dahin gehen, in der Ukraine ein dauerndes Sowjetsystem aufzurichten, daß man in der nächsten Zeit ernstliche Aeüßerungen von Unzufriedenheit gewärtigen muß, insbesondere seitens der Bauernschaft, die sich des ehemaligen Großgrundbesitzes bemächtigen und der es selbstverständlich nicht im Traume einfallen wird, kommunistische Experimente mit ihrem Boden machen zu lassen. Andererseits werden die unvermeidlichen Sozialisierungsversuche der Städte die nationale Sowjetregierung Wynnytschenkos oder der Sozialrevolutionäre womöglich noch rücksichtsloser machen als die russischen Kommunisten. Denn welche Veranlassung soll denn für eine nationale Sowjetregierung vorliegen, ihren „Feind“, den russischen, polnischen oder jüdischen Bourgeois, zu schonen? Diese rücksichtslose Sozialisierung wird aber vor allem die ganze Wirtschaft der jüdischen kleinen Leute, der Kleinkrämer, Handwerker, Arbeiter und unserer armseligen „Luftmenschen“ unbarmherzig zugrunde richten.

Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung der Ukraine, das produktive und unproduktive Kleinbürgertum, welches im Schweiße des Angesichts arbeitet, um das kärgliche Brot zu verdienen, darunter auch die jüdische Arbeiterschaft, die niemals große Fabriken sah, noch sehen wird, ist naturgemäß durch das bolschewistische Wirtschaftssystem bedroht, und zwar weit empfindlicher als das ukrainische Dorf. Denn dieses wird noch immer imstande sein, sich der Gefahr zu erwehren, sobald sie näherkommt, wenn es auch vorläufig, da es den Grund und Boden, welcher zur Zeit des Hetmans wiederum in die Hände der Großgrundbesitzer geriet, sicherstellen muß, noch „bolschewistisch“ ist. Hingegen steht die jüdische Stadt der Gefahr einer ökonomischen Zerstörung ihrer beständigen Erwerbsmittel wehrlos gegenüber.

Und doch wird sich die jüdische Arbeiterschaft mit elementarerer Wucht in die Arme des Bolschewismus stürzen und in ihm den Weg einer radikalen Aenderung ihrer sozialen und ökonomischen Notlage suchen, die allerdings als historische Folge der Lebensbedingungen des jüdischen Volkes auf fremde Territorium, mitten in einer

fremden Mehrheit, in den Schlupfwinkeln fremder Wirtschaft oder richtiger: auf dem Kehrichthaufen der Volkswirtschaft normal lebender Nationen und Staaten, einfach unvermeidlich ist. Sogar unsere Genossen fangen an, die Grundgedanken der Theorie des jüdischen Sozialismus aufzugeben, die besagt, daß das jüdische Proletariat, welches in überwiegender Mehrheit nicht in den Hauptzweigen der Industrie und der Volkswirtschaft, wie Ackerbau, Bergindustrie oder Metallurgie, sondern einzig und allein in kleinen Schuhmacher-, Schneider- und Tischlerwerkstätten, in Kaufläden und im Kleinhandel beschäftigt ist, nicht imstande sein wird, die sozialistische Gesellschaftsordnung ohne radikale Aenderung der wirtschaftlichen Struktur der jüdischen Nation durchzuführen, ohne Errichtung eines eigenen nationalen wirtschaftlichen Zentrums in Palästina. Dieselben jüdischen Arbeiter, die es früher sehr wohl wußten und auch zugaben, daß der Weg des jüdischen Proletariats zum Sozialismus durch Auswanderung und Konzentrierung der jüdischen Arbeiter und der jüdischen arbeitsuchenden Massen in Palästina führe, um sie im Ackerbau und in der Industrie, die von ihnen dortselbst zu gründen wären, produktivieren zu können, dieselben Arbeiter betrachten gegenwärtig das Sowjetsystem in Rußland und in der Ukraine als das sicherste und rascheste Mittel zum Sozialismus. Mich ängstigt sehr die Möglichkeit; daß die russischen Bolschewiken das ukrainische Dorf allzubald gegen sich aufgebracht haben werden und daß sie hingegen eine fanatische Unterstützung bei den jüdischen Arbeitern und bei unserer ewig arbeitslosen und ewig vom Weltumsturz träumenden Intelligenz finden werden, sowie bei jenen hilflosen halbintelligenten Elementen, die im Kampfe ums Dasein immer bereit sind, dem Ruf derjenigen zu folgen, die mächtig sind, zu essen geben und nicht schlagen.

Ich vermag es nicht einmal auszudenken, welche furchtbaren Folgen dieser kurze, wenn auch süße Traum unserer Arbeiterschaft sowie der jüdischen Sozialisten nach sich ziehen würde und wie tragisch dann das Erwachen wäre.

Immerhin aber: Du kannst vor Deinen eigenen Leuten nicht flüchten, man muß weiter arbeiten und retten, was zu retten ist. Wenn auch die ukrainischen Sozialisten und das Direktorium den Weg einer nationalen Sowjetregierung, wie sie von ihnen geplant wird, vorübergehend einschlagen, müssen wir im Namen unserer nationalen Interessen mit ihnen zusammengehen. Wenn die russische Regierung die Absicht hat, ihre eigene Ordnung in der Ukraine einzuführen, so wird ein nationaler Kampf unvermeidlich sein. Ein großer Teil der jüdischen Sozialisten wird zweifellos den Kommunisten folgen — davon bin ich auf Grund meiner Erfahrungen fest überzeugt. Man kann aber nicht zulassen, daß der aktive jüdische Sozialismus, wie ihn unsere Partei verkörpert oder wie ihn die vereinigten jüdischen Sozialisten propagieren, auf seine frühere Politik,

auf die Unterstützung der ukrainischen sozialistischen Parteien in ihrem nationalen Kampfe verzichte. Wir haben keinen gemeinsamen Weg mit der Reaktion, so geschickt sie auch ihre Pläne mit nationalen Losungen bemänteln mag. Ebensowenig hat auch das ukrainische Volk mit der Reaktion zu tun.

Die Reaktion kann nur ein Ziel haben: die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, das ist jener Gruppe, die in sozialer und nationaler Hinsicht dem ukrainischen Volke feindlich gesinnt ist, wenn auch in der äußeren Form eines nationalen Staates — ich erinnere Dich da an die erste Periode der Hetmanschaft — so schnell als möglich wieder aufzurichten.

Im Kampfe gegen die Versuche Moskaus, gegen den Willen der ukrainischen Demokratie die Sowjetherrschaft in der Ukraine, die sich lediglich auf das städtische, nichtukrainische Proletariat stützen müßte, zu errichten, muß man mit dem unvermeidlichen Auftauchen reaktionärer Tendenzen in manchen Kreisen rechnen, wie zum Beispiel in der Partei der ukrainischen National„sozialisten“, der Agrardemokraten, welche seinerzeit den Hetman auf den Thron gesetzt haben, und sogar bei einem gewissen Teil der rechten Sozialrevolutionäre, die hier von eigenen chauvinistischen Aspirationen, welche sie während der Zeit der Regierung Holubowicz so offen und unzeitgemäß an den Tag legten, ganz besonders erfüllt sind*).

Ich grüße Dich und die Odessaer Genossen

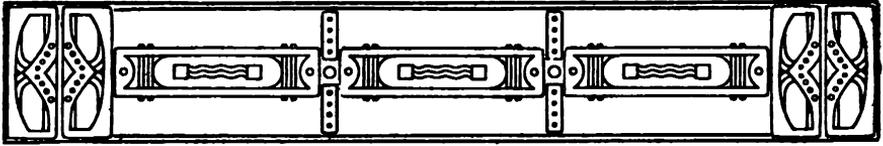
Dein S c h a l o m.

Winnica, Dezember 1918.

*) Einige Tage später, gegen den 15. Dezember, kam nach Winnica A. Rewutzkyi, Mitglied des Allukrainischen Komitees der jüdischen sozialdemokratischen Partei „Poale-Zion“, und gab anlässlich des ersten Empfanges bei Wynnytschenko die Erklärung ab, daß das Allukrainische Komitee die von mir diesbezüglich unternommenen Schritte vollkommen gutheißt und unterstützt und auch weiterhin bereit ist, den Kampf für nationale und soziale Befreiung des ukrainischen Volkes, welcher mit dem Aufstand gegen den Hetman begonnen hat, aktiv zu unterstützen.

Der Verfasser.





ZWEITER BRIEF.

Das Direktorium am Ruder.

Mein Freund!

Es sind nun zwei Wochen her, da wir, ich und Mykita Schapowal*) als ehemalige Minister nach Stanislau kamen. Wynnyschenko fuhr noch vor unserer Ankunft — als ehemaliger Präsident des Direktoriums — über Stanislau nach Wien. Nun sind wir alle drei im Exil, nachdem die Bolschewiken Kiew besetzten, die ukrainische Armee sich fortwährend im Rückzug befindet, in dessen Gefolge die furchtbarsten Pogrome wüthen, und die Regierung aus Vertretern der ukrainischen Rechtsparteien, die den Versuch unternehmen, mit den Ententevertretern in Odessa in Verbindung zu treten, zusammengesetzt wurde.

In Stanislau, der Hauptstadt der galizischen Republik, entfaltet sich ein sehr intensives politisches Leben. Es gibt auch hier eine Poale-Zionistische Organisation und sogar ein Parteiwochenblatt, den ehemaligen Wiener „Jüdischen Arbeiter“. Es ist also eigentlich möglich, auch hier politisch zu wirken.

Trotzdem aber fühle ich mich hier fremd, gleich einem Menschen, der gegen seinen Willen aus seiner Umgebung herausgeschleudert und unter fremde Leute und in fremde Zustände geriet — mit einem Worte: ich bin in der Stimmung eines politischen Emigranten.

Man kann hier unzählige ukrainische Atamane aus der Großukraine beobachten, wie sie nach allen Richtungen Gelder ausstreuen, welche sie vermutlich zwecks Formierung neuer Militärabteilungen, die ungeheure Millionensummen des Volksvermögens verschlungen haben, ohne natürlich eine Armee geschaffen zu haben, bekamen. Diese absonderliche Lebensweise der Atamane und Kommandanten verwirrt einfach die bescheidenen galizischen Regierungsbeamten, die von einem armseligen Monatsgehalt von ein paar hundert Kronen zu leben gezwungen sind.

In den Gassen wimmelt es von Militärleuten, welche auf die unmittelbare Nähe der Lemberger polnisch-ukrainischen Front hinweisen. Dennoch herrscht in der Stadt Ordnung, und die unzähligen

*) Präsident des Allukrainischen Nationalverbandes, gewesener Minister für Landwirtschaft, einer der Führer der ukrainischen Sozialisten-Revolutionären.

Verordnungen des galizischen Stadtkommandanten werden hier, zum Unterschied von den Verordnungen und Erlässen in der Großukraine, befolgt und durchgeführt. Oft werden beim Publikum Legitimationsrevisionen vorgenommen, und es kommt auch vor, daß man da oder dort einem Juden, ehemaligen österreichischen Offizier oder Soldaten, seine militärischen Stiefel oder seine Montur glattweg abzieht. Dies ist eben das eigenartige ortsübliche System der „Versorgung“ der Armee, das aus der Unfähigkeit oder Unmöglichkeit resultiert, anderwärts und auf eine bessere Weise Heeresausrüstung zu bekommen. Gleichzeitig aber ist diese Erscheinung, die in der Hauptsache eine antijüdische Tendenz hat, für die gewissen ukrainischen Elemente sehr bezeichnend, die sich als treue polnische Jünger entpuppen und nun eben darangehen, die Juden genau so zu behandeln, wie sie früher seitens der polnischen Herren behandelt wurden.

Im allgemeinen erlebt man hier das Bild einer Hauptstadt zur Zeit eines Krieges. Man erinnert sich ungefähr an das Kiew der letzten Tage, freilich ohne Schießerei, ohne Mordüberfälle, ohne Kiewer Schrecken.

* * *

Die ukrainische Aufstandarmee besetzte Kiew am 14. Dezember, das Direktorium hat sich erst am 19. Dezember dorthin begeben, und in dieser Zwischenzeit ist die Verwaltung der Stadt in die Hände des sogenannten Belagerungskorps, der Siz-Legionen unter Führung des Konowalec, gefallen.

Das Direktorium kam mit einer fertigen Deklaration, welche einerseits der Bourgeoisie, anderseits allen Gegnern des ukrainischen Staatsgedankens in schärfster Weise den Krieg erklärte.

Das Ziel war die Einführung der Bauerndiktatur nach dem Arbeitsprinzip — also eine Art ukrainischer Spezialität des Moskauer Rätessystems.

Auch die Stimmungen waren ausgesprochen „Moskauer“: diktatorische Machtbestrebungen mit den dazugehörigen Verwaltungsmethoden und Gesten.

In meiner Anwesenheit — ich hatte damals das zweifelhafte Glück, provisorischer Leiter des Arbeiterministeriums zu sein — erklärte Präsident Wynnyschenko der Delegation des Kiewer Rates aller professionellen Arbeitervereine, die Protest einlegte gegen die Ausschreitungen der Siz-Legionäre, welche anlässlich einer nächtlichen Revision im Lokal des Rates dieses demolierte, das Archiv verbrannte, das Mobiliar zerstörte usw., daß die Regierung gegen alle Feinde des Staates unbarmherzig vorgehen und sogar vor Todesurteilen nicht zurückscheuen werde. Es versteht sich von selbst — erklärte Wynnyschenko weiter — daß über den nächtlichen Ueberfall auf das Lokal des Rates eine Untersuchung eingeleitet und die Schuldigen bestraft werden. Zweifellos aber, meinte Wynnys-

tschenko, sei die Ursache dieses nächtlichen Besuches die Tatsache, daß laut der Militärbehörde zugekommenen Nachrichten im Lokale des Rates eine Kommission die Wahlen zum Kiewer Arbeiterrat vorbereitete. Dies erklärte der oberste Repräsentant der neuen Regierung, ein Anhänger des Rätessystems und kommunistisch angehauchter linker Sozialist, einer Delegation der Kiewer Arbeiterschaft, die in den Verdacht der Sympathie mit der Räteherrschaft gekommen ist...

Schon in der ersten Zeit begegnete der Versuch, mit diktatorischen Mitteln die Macht der Bauernmajorität zu begründen, einer fertigen Diktatur der Minderheit — der tatsächlichen Besitzerin der Militärmacht in Kiew, Konowalec' galizischem Korps. Und diese Macht, die Sicz-Legionen, jene national bewußte und patriotisch fühlende Armee, welcher eigentlich die Aufgabe zufiel, den treuen Schutz des Staates, die Sicherung seiner Selbständigkeit nach außen hin sowie seiner Autorität im Lande selbst in der Weise zu übernehmen, daß sie sich in Gehorsamkeit und Subordination der gesetzlichen Regierung, dem Direktorium, zur Verfügung stelle, begann nun eigenmächtig, mit eigenen Mitteln ihre eigenen Verwaltungsmethoden in Kiew zu realisieren. Dasselbe taten in der Provinz unzählige Kommandanten der verschiedentlichen Militärabteilungen, Kommissäre und Atamane, alle nach eigenen Plänen und nach eigenem Gutdünken, ohne jegliche Einflußnahme seitens der Zentralregierung, auf eigene Verantwortung, wohl aber auf die Gefahr der unglücklichen Bevölkerung. Den richtigen Vorgeschmack dieser Verwaltungsanarchie bekamen die jüdischen Städte und Städtchen allerdings sehr bald zu fühlen. Es begann eine lange Reihe von Pogromen: Owrucz, Zytomier, Berdyczew usw.

Das Direktorium, das in seiner Mehrheit unfähig war, die Situation zu entwirren und eine weitere Orientierungsmöglichkeit zu schaffen, in seiner Minderheit aber einen unaufhörlichen, aufreibenden Kampf zwischen den zwei rivalisierenden Führern Wynnytschenko und Petlura auszufechten hatte, blieb im ganzen als oberste Staatsbehörde völlig ohnmächtig, da es sich nicht auf die organisierte Oeffentlichkeit, nicht auf die organisierten Volkskräfte — man sprach nur großmülig von einer Regierung der Arbeitenden — stützte, und in der letzten Zeit begann es sogar auch die Armee aus der Hand zu verlieren.

Die Aufstandsarmee, das aufständische und bewaffnete Dorf, erhob sich auf den Ruf des Direktoriums wie ein Mann gegen den Hetman, gegen die Feudalen und gegen die Deutschen. Das Bauerntum aber befindet sich jetzt erst im Prozeß der nationalen Konsolidierung. Es erfolgte also, nachdem seine sozialen Ziele — die Rückeroberung des Bodens, den die Feudalen, die Großgrundbesitzer, zur Zeit des Hetmans an sich gerissen haben — erreicht waren, ein massenhaftes Zurückströmen der Bauern auf das Land, in die einzelnen Dörfer, und so verschwand allmählich das große Volksheer.

Geblichen sind lediglich die Sicz-Legionen, die national-bewußte Garde, die Initiatoren des Aufstandes, dessen Bestreben dahin ging, die nationale Selbständigkeit, unabhängig von allen übrigen Staatsfaktoren, eventuell gegen sie, machtvoll zu verteidigen. Diese Garde aber war ein vollständig autonomer Organismus und hinsichtlich ihrer galizischen Herkunft in der Großukraine gewissermaßen ein Fremdkörper.

Dieses wunderbare Heer, das schon infolge seines herrlichen Aussehens geeignet war, allseitige Bewunderung und Achtung hervorzurufen, ließ in der Wirklichkeit seine politische Unreife klar erkennen. Statt sich der souveränen Nation zur Verfügung zu stellen, glaubte es, sich dieser überordnen zu dürfen, hielt es sich für berechtigt, dem Volk seinen eigenen Willen aufzuzwingen, war sogar bereit, den Kongreß des arbeitenden Volkes auseinanderzutreiben, falls derselbe Versuchen sollte, einen anderen Weg einzuschlagen als den, den sie, die Sicz-Legionisten, vom Standpunkt der national-ukrainischen Interessen für den einzig richtigen hielten.

Ihre vollständige Unfähigkeit, die komplizierte ukrainische Situation, insbesondere die Lage in Kiew, dem osteuropäischen Babel, mit seinen verworrenen und gegensätzlichen nationalen und Klasseninteressen zur Zeit der sozialen Revolution zu erfassen, trat nun klar zutage. Sie hatten für alle Erscheinungen einen und denselben merkwürdig beschränkten Maßstab, das Kriterium nämlich, ob diese Erscheinung für die Selbständigkeit des ukrainischen Staates im gegebenen Moment nützlich oder schädlich sei. Und da es ihnen schien, daß der Kiewer Rat der professionellen Arbeitervereine eben eine schädliche Erscheinung sei, kamen sie einfach des Nachts in sein Lokal, vernichteten mit Berserkerwut dessen Einrichtung und Archiv und errichteten daraus ein Autodafé in den Gassen, in der Hoffnung, auf diese Weise die Arbeit des organisierten Kiewer Proletariats unmöglich zu machen.

Und obgleich sie dann wußten, daß das Direktorium mit jener nächtlichen Unternehmung unzufrieden war, daß der Arbeitsminister eine gründliche Untersuchung angeordnet hat, daß Wynnytschenko die strengste Bestrafung der Verbrecher angedroht, daß dem Rat aus der Staatskasse eine große Summe, ungefähr eine Million Hrywni, zur Retablierung seiner Lokalitäten angewiesen wurde, wiederholten sie dennoch den nächtlichen Besuch im Lokal des Rates — diesmal also offenbar gegen den ausgesprochenen Willen, gegen die Anordnungen der obersten Staatsbehörde, jedoch im Namen ihrer Sicz-Idee und im Sinne ihrer eigenartigen Auffassung von den Interessen des Staates.

Und im Namen eben dieser fiktiven Idee erschießt man Arbeiter, die in den Verdacht des Bolschewismus kamen, stellt man eine „Czerezwiczajka“ auf, an der ehemalige Mitarbeiter der Nikolajschen „Ochрана“ mitwirken, läßt man in der Umgebung Kiews Feldgerichtsurteile massenweise vollstrecken, pfercht man

zahllose Häftlinge in die Kerker. Ja mehr noch, die Häftlinge werden täglich bei der Ueberführung in die Festung — angeblich wegen Fluchtversuches — ermordet, so daß die „Schuldigen“ gar nicht einmal vor Gericht kommen.

Wenn also die regulären disziplinierten Militärtruppen in dieser Weise ihre Aufgabe auffaßten, so kann man daraus mit Leichtigkeit schließen, wie die verschiedentlichen spezifisch ukrainischen, kosakisch-haidamakischen Abteilungen, die damals täglich aus Furcht vor den Bolschewiken in völlig aufgelöstem Zustand von der Front zurückströmten, wie diese undisziplinierten Banden nunmehr, da sie in die Stadt kamen, die „Ordnung“ wiederherstellten und den „inneren“ Feind: den Bolschewismus und die Juden, bekämpften. Die Stadt war des Nachts derart unruhig, daß sogar die in nächtlicher Stunde aus dem Ministerrat heimkehrenden Minister sich ihres Lebens unsicher fühlten.

Dies war das Ende der großen revolutionären Volksarmee aus der Zeit des Aufstandes. Die Reste der Armee, die Atamane, Offiziere, die von den Truppen des Hetmans übergegangen oder zurückgeblieben sind, waren in ihrer Mehrheit russisch und reaktionär. Die kleine Anzahl Kosaken hinwiederum, die noch geblieben sind, waren mehr berufsmäßige Söldner, die vom Krieg und Banditentum ihren Lebensunterhalt fristeten, als eine reguläre Truppe. Vom Gesichtspunkt des Staates mußten diese als außerordentlich zweifelhafte Elemente gelten und ihre Tätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache tatsächlich auf Raub und Pogrom. Die Front hielt sich also ausschließlich auf die Verantwortung der kleinen Gruppe Siz- Legionäre. Und als die Generalität des Kriegsministeriums, darunter ehemalige Angehörige der Armee des Hetmans, noch dazu einen übermäßig hohen Sold für die diensttuenden Kosaken bestimmt hatte, da zogen die Bauern ihre Söhne einfach zurück mit der Begründung: „Eine Regierung, die ihren Verteidigern so ungewöhnlich hohe Monatsgagen zahlt, ist zweifellos an die Bourgeoisie verkauft.“ (Die Bolschewiken haben tüchtig agitiert!)

Wenngleich das Direktorium die Herrschaft des arbeitenden Volkes proklamierte, so regierten doch faktisch in den einzelnen Ortschaften die Atamane und Kommissäre, denn einen Arbeiterrat oder andere Arbeiteranstalten hat man nicht geschaffen, ja mehr noch, es wurden alle Versuche, Arbeiterratswahlen durchzuführen, unter dem Verdacht des Bolschewismus blutig unterdrückt. Diese Atamane und Kommissäre, die in ihrer Mehrheit ehemalige Mitarbeiter des Hetmans oder des Zaren waren, beherrschten ganz vorzüglich ihr Metier, die Spuren der ukrainischen Selbständigkeit auszurotten... Und wenn auch einmal der eine oder andere dieser Administratoren eine Ausnahme bildete und ein aufrichtig patriotisches Interesse an der Erhaltung des Staates hatte, so bestätigte er in anderer Hinsicht die allgemeine traurige Regel der im allerersten Entwicklungsstadium der staatlichen Aufbauarbeit befindlichen

ukrainischen Intelligenz, ihren politischen Analphabetismus, ihre Unwissenheit und administrative Unfähigkeit.

Die unmittelbaren Folgen dieser seitens der Armee und der Administration entfalteten Tätigkeit traten sehr bald klar in Erscheinung. Die jüdischen Städte waren die ersten Opfer der Demoralisation der Armee und ihres Rückzuges, der russisch-offizierschen Provokationsarbeit, der seitens der ukrainischen Atamane und Armeekommandanten in falscher und verbrecherischer Weise interpretierten nationalen Interessen der Ukraine sowie der absoluten Ohnmacht der Zentralregierung — des Direktoriums.

Diese Ohnmacht wollten weder Wynnytschenko noch Petlura eingestehen und sie verstiegen sich sogar bis zu dem Versuch, die furchtbaren Ereignisse, wie die jüdischen Pogrome es waren, ihren Urhebern zu verzeihen, statt aufrichtig zuzugeben, daß sie, die oberste Behörde, tatsächlich all diesen national-anarchischen Elementen völlig untergeordnet und daß sie unfähig ist, den Organisator des Pogroms von Proskurow, Samosenko, und den des Berdiczewer, Palienko, zu bekämpfen, daß sie nicht mehr fähig ist, den Sicz-Legionen und anderen Armeeteilen die von ihnen mißbrauchte Macht zu entreißen, kurzum, daß sie in diesem triumphierenden revolutionären Chaos nur mehr Marionetten sind.

Statt eines offenen Geständnisses hielten sie der jüdischen Delegation, die erschienen war, um gegen die Pogrome zu protestieren und das Direktorium um Hilfe zu bitten, lange Reden über die jüdisch-bolschewikische Agitation, über die Aufregung in der Armee gegen die Judenbolschewiken usw. Sie erließen sogar einen besonderen Aufruf, in welchem sie in einer unerträglich-listigen Weise der jüdischen Bevölkerung den „weisen“ Rat erteilten, die Bolschewiken nicht zu unterstützen . . .

Als ob in einem modernen Staatswesen, unter welchen Vorwänden immer, von eigenmächtiger Gerichtsbarkeit und Lynchjustiz seitens der Banditen und irregulären Militärabteilungen gegen einzelne Beschuldigte oder Verbrecher und zumal gar gegen ein ganzes Volk, dem die Beschuldigten entstammen sollen, die Rede sein könnte!

Die jüdische Oeffentlichkeit faßte diesen Aufruf als den Versuch auf, die Pogromurheber zu verteidigen, als eine Andeutung, daß die Pogrome auch für die Zukunft nicht ganz aus dem Bereich der Möglichkeit verschwunden sind. Dies war ein furchtbarer Schlag gegen die Idee einer jüdisch-ukrainischen Verständigung, in welche man zu jener Zeit so viele Hoffnungen gesetzt hatte.

* * *

Das Direktorium wollte die ganze Macht in seiner Hand konzentrieren: die Vertretung des Staates nach außen hin, die gesetzgebende und exekutive Gewalt. Der Ministerrat mit dem Premier W. Czechowskyj, einem der anständigsten ukrainischen Sozialdemo-

kraten an der Spitze, blieb während der ganzen Kiewer Periode dem Direktorium in jeder Weise untergeordnet, ohne eigenes Programm, ohne jede Spur von Selbständigkeit.

Die Regierungsdeklaration ist in ihren Grundlinien bereits in Winnica festgestellt worden und wurde in der ersten Sitzung des neuen Ministerrates wie eine Art allerhöchstes Dekret, so etwa wie die ehemaligen „zaristischen Reskripte“ angehört. Der Premier Czechowskyj betonte auch während der Sitzungen des öfteren, daß er sich nicht als Präsident eines solidarisch verantwortlichen Kabinetts fühle, sondern daß er sich bloß als technischen Leiter der Ministeratssitzungen betrachte. Es war dies eine ganz originelle Erscheinung, etwas vom Standpunkt des geltenden europäischen Staatsrechtes gewiß ungewöhnlich Seltenes. Die Mitglieder des Ministerates wurden von jenen Parteien, die an dem Aufstand teilgenommen haben: den Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und den National-Unabhängigkeits-, „sozialisten“, delegiert. In welcher Proportion die Delegierten der einzelnen Parteien zueinander standen, läßt sich schwer ermitteln. Eines jedoch kann ich feststellen, daß sich das Direktorium bei der Zusammensetzung des Kabinetts in personaler Beziehung äußerst wenig Kopfzerbrechen machte. Dies ging so weit, daß Wynytschenko, als der neue Minister des Innern — also zweifellos eine verantwortungsvolle Persönlichkeit — zur ersten Sitzung des Ministerrates erschien, einen Nebenmann leise fragte: „Wer ist denn dieser Herr?“ Die Parteien entsandten in die Regierung keinesfalls ihre besten Leute, so daß das Kabinett im allgemeinen eine sehr zufällige Zusammenstellung erfuhr, die es zur grandiosen Arbeit jener Zeit gewiß nicht befähigte. Dazu kam, daß dieses Kabinett natürlicherweise keine Autorität besaß, keine bestimmte politische Richtung behielt und konsequenterweise auch über keinerlei Macht verfügte.

Es darf nach alledem niemand wundernehmen, daß, obgleich der Ministerrat wiederholt den Beschluß faßte, die Untersuchungskommission Kowenkos, jene Institution, die fast ausschließlich Bestechung, Provokation, Mord, Raub und Plünderung praktizierte, zu liquidieren, diese dennoch weiter bestehen blieb, lediglich auf den Willen des Direktoriumsmitgliedes Andrijewskyj gestützt.

Es wird nun auch erklärlich sein, daß nachdem eines Tages Moskau Krieg erklärt wurde, der Minister des Aeußern, Premier Czechowskyj, dies erst nachträglich aus den Zeitungen erfahren mußte.

Ebenso konnte sich der Volkswirtschaftsminister Ostapenko über das vom Direktorium vorbereitete Projekt einer Nationalisierung der Zuckerindustrie erst durch Zeitungsmeldungen informieren. Interessant ist ferner, daß der Ministerrat, als derselbe Minister Ostapenko nach Odessa fuhr, um die unglückseligen Verhandlungen mit den dortigen französischen Unteroffizieren und diplomatischen Scharlatans, wie dem berühmten „Konsul“ Enau,

in die Wege zu leiten, keine Ahnung hatte, welche Direktiven Ostapenko bekommen hat. Dagegen fand Ostapenko auf dem Tische des französischen Kapitäns Freidenberg in Odessa eine genaue Abschrift dieser Direktiven..., die zweifellos durch einen Agent provocateur in derselben Nacht, da die Vollmachten im Palais des Direktoriums ausgefertigt wurden, nach Odessa telegraphisch mitgeteilt wurden.

Unter diesen Umständen konnten natürlich jene Minister, die im Direktorium eine starke Anhängerschaft hatten, oft offensichtliche Ungesetzlichkeiten begehen, wie zum Beispiel die durch den Finanzminister Martos durchgeführte Requisition der Banksafes und die „Beschlagnahme“ des gesamten in den Juweliergeschäften befindlichen Goldes. Ein anderer aber, der die Gunst der Kamarilla des Direktoriums weniger genoß, wie zum Beispiel der jüdische Minister Rewutzkyj, konnte es nach wochenlangen Bemühungen nicht durchsetzen, daß die Kiewer Wohnungskommission für sein Ministerium ein entsprechendes Gebäude requiriere, und mußte schließlich das jüdische Ministerium in einigen Hotelzimmern unterbringen, während in der ganzen Stadt bekannt war, daß die Hausbesitzer eine Requisition ihrer Häuser durch großzügige Bestechungen der Wohnungskommission einfach verhinderten.

Nur unter solchen Umständen durfte sich der bereits erwähnte Herr Kowenko erlauben, einigen Ministern den wohlgemeinten Rat zu erteilen, im Ministerrat über ihn nur ja keine abfällige Äußerung fallen zu lassen, da er auch dort, im Ministerrat selbst, seine „Vertrauensmänner“ habe.

* * *

In eben dieser chaotischen Zeit, da die organisierte Soldateska und unverantwortliche Atamanie das Land regierten, da die Moskauer Bolschewiken einerseits und die ukrainischen antidirektorialen Militärabteilungen andererseits gegen Kiew marschierten, da die Regierungsarmee immer mehr demoralisiert wurde, da man auf der einen Seite das Prinzip der Arbeitermacht proklamierte, gleichzeitig aber jeden Versuch, Arbeiterräte zu organisieren, unterdrückte, zur Zeit, als jenseits des Dniepr der direktoriale, früher hetmanische Kommandant Balbaczan die Arbeiterorganisationen verfolgte und sogar die Bauerntagungen auseinanderjagte, als man in den einzelnen Ortschaften keine Spur von zentraler Gewalt beobachten konnte und die zurückflutende Armee die furchtbarsten jüdischen Pogrome zu veranstalten begann — in dieser jammervollen Zeit des Bürgerkrieges und des vollständigen politischen Wirrwarrs machte Premier Czechowskyj in letzter Stunde den einzigen Versuch, alle Kiewer sozialistischen Kreise in einer Beratung zusammenzufassen, die zu bestimmen hätte, wie man sich aus dieser Sackgasse auf einen freieren, breiteren Weg retten könnte.

Es kamen zu dieser Beratung alle, sogar die Bolschewiken. Gesprochen wurde mehr als genug. Insbesondere hörte man lange Reden von Wynnytschenko und Czechowskyj. Allein die Bolschewiken hüllten sich in undurchdringliches Schweigen. Es war einfach unerträglich anzusehen, wie die ganze sozialistische Demokratie ihre ausschließliche Aufmerksamkeit diesen paar Jünglingen, welche die bolschewikische Macht repräsentierten, welche im Triumphzug die Stadt und das Land zu erobern hofften, restlos zuwandte. Die beiden Bolschewiken aber verharrten in Stillschweigen, in der festen Ueberzeugung, daß der Staat ohne lange Reden einfach in ihre Hände fallen werde. Die Regierung sprach auf taube Ohren ein und lieferte hiedurch den vollen Beweis ihrer absoluten Ohnmacht, diese verworrene Situation zu beherrschen . . .

Denn was konnte sonst Wynnytschenkos Erklärung, daß wenn die sozialistische Demokratie das Direktorium nicht unterstützen wird, man bald mit einer Ententeinvasion rechnen müsse, die schon in Rumänien ein Belagerungskorps angeblich bereithalte, beweisen, als die vollständige Machtlosigkeit der Regierung! Oder gar seine Bemühungen, den etwas merkwürdigen Besuch des Sicz-Legionisten im Lokal der professionellen Vereine auf ihre Unorientiertheit in den großukrainischen Zuständen bei sonst fanatischem Patriotismus und auf ihre Platzunkenntnis als Galizianer zurückzuführen!

Die Parteivertreter haben selbstverständlich kritisiert, Forderungen aufgestellt, aber fast keiner von ihnen erklärte sich bereit, bei der Erfüllung dieser Forderungen behilflich zu sein, noch bot irgendeiner seine Mitarbeit an der Sanierung der Lage an, obgleich es einleuchten mußte, daß das Unglück hauptsächlich von der Schwäche und Isolierung der ukrainischen Intelligenz in Kiew herrührt. Rewutzkyj allein, als Vertreter der Poale-Zion, versuchte es zu beweisen, daß die sozialistischen Parteien sich von der vorübergehenden bolschewikischen Massenstimmung nicht hinreißen lassen dürfen, daß man ein für allemal alle Träume bezüglich der Wiederaufrichtung eines Kerenskischen Rußland aufgeben müsse, daß die Zukunft einzig und allein dem ukrainischen Volk gehöre. Und so kam er zu dem Schluß, daß alle mit vereinten Kräften die Zukunft des Landes und die revolutionären Errungenschaften sichern müßten. Aber dies alles nützte nichts. Seine Stimme war vereinzelt. Die Beratung wurde am nächsten Frühmorgen beendet — aber ohne jegliches Resultat.

Die poale-zionistische Partei entsandte wohl nachher ihre Vertreter in die Regierung. Aber ihre Kräfte waren zu gering, um die Situation zu retten.

Alles stürzte dem Abgrund entgegen. Die Pogrome wurden ohne Widerstand der Regierung oder des Militärkommandos fortgesetzt. Im Bewußtsein unserer Machtlosigkeit also und im Gefühl, daß wir nicht auch weiterhin die Verantwortung für die Regierung,

für ihre Politik und Untätigkeit auf uns bülden dürfen, demissionierten wir. Da konnte man es in der furchtbaren Verwirrung des Zerfalles der ukrainischen Staatlichkeit nicht mehr bemerken, daß einzelne Fellsplitter sich aus der mit geräuschvoller Wucht von Kiew nach Winnica, von dort nach Proskurow, Kamenetz und immer weiter bis zum anderen Ufer des Zbrucz abwärts stürzenden Lawine loslösten.

* * *

In Stanislau sind noch keine Nachrichten darüber eingelangt, wie sich die Bolschewiken in dem von ihnen okkupierten Teil des Landes benehmen und welche Beziehungen zur Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere zur jüdischen sich ergeben haben.

Für mich ist es nur zu begreiflich, daß gewiß alle jüdischen Sozialisten nach den furchtbaren Erfahrungen von Proskurow und Felsztin mit fliegenden Fahnen zu der neuen Macht übergangen. Die Pogrome werden der glänzend betriebenen bolschewikischen Agitation zweifellos eine günstige Handhabe bieten, auch breitere jüdische Volksschichten für die Räteherrschaft zu gewinnen. Abermals, wenn auch nur vorübergehend, wird die patriotisch-russische Orientierung der jüdischen Oeffentlichkeit Oberhand gewinnen, um später in furchtbarster Enttäuschung überhaupt jede Spur von Klarheit zu verlieren, die die jüdische Politik in der „östlichen Hölle“ so außerordentlich notwendig hätte.

An meinen Augen zieht die Geschichte der jüdischen Politik in der Ukraine in den letzten zwei Jahren etappenweise vorüber. Ich erinnere mich noch an meinen Kampf mit Rafes, den Kampf zwischen zwei Orientierungen — Sieg der ukrainisch-nationalen Bewegung oder des zentralistischen Groß-Rußland —, der in der Zentralrada ausgefochten wurde.

Nun ist Rafes Bolschewik, und also allmächtig geworden, und ich ein politischer Emigrant. Aber erst vor einem Monat war die Situation eine ganz andere. Die Zionisten einerseits, die „Vereinigten“ *) andererseits haben damals mit allen Kräften um das jüdische Portefeuille beim Direktorium gekämpft, obgleich dieses für die ersteren gewiß zu „links“, für die letzteren aber mit deren Sympathien für das Räteystem zweifellos zu „rechts“ war.

Der „Bund“ allerdings, mit Rafes an der Spitze, hat das Portefeuille nicht angestrebt. Für diesen Parteimann par excellence war es genug, daß Rewutzkyj und ich — beide Poale-Zionisten — zusammen mit dem Direktorium nach Kiew kamen, um gleich von Anfang an eine Teilnahme des „Bundes“ an der neuen Regierung abzulehnen. Besonders interessant ist der Uebergang Rafes' zum Bolschewismus, wie überhaupt dieser frischgebackene Bolschewist durch seinen häufigen Anschauungswechsel in weiten Kreisen geradezu

*) Eine Partei, die aus den ehemaligen jüdischen Sozialisten (Sejmisten) und den zionistischen Sozialisten (Territorialisten) zusammengesetzt ist.

„berühmt“ ist. Gewiß ist, daß er sich ausschließlich nach den in der Partei vorherrschenden jeweiligen Massenstimmungen orientiert. So zufällig und ephemere sich diese auch erweisen mögen — für ihn bleiben sie Gesetz und bedingungslose Forderung. Seine eigene Ueberzeugung spielt bei ihm immer nur eine untergeordnete Rolle. Diesmal war es ebenso. Er stellte sich sehr bald an die Spitze der linken Mehrheit der Kiewer bundischen Organisation. Die rechte Minderheit blieb bei Litwak. Als Kommunist aber erklärte sich Rafes erst später. In einer der Sitzungen des Ende Jänner abgehaltenen Kongresses der Arbeitenden wandte sich unser Genosse D., gleichfalls Mitglied des Kongresses, an Rafes mit der Frage: „Welchen Standpunkt werden Sie jetzt, Genosse Rafes, einnehmen?“ Die Antwort war ungefähr folgende: „Entweder den ukrainischen oder bolschewistischen. Es gibt für die Ukraine nur diese zwei Möglichkeiten. Je nachdem, wie meine Rede ausklingen wird, danach werde ich mich eben richten.“

Und seine Rede klang bolschewistisch. •

* * *

Dies ist das allgemeine Bild der Lage in Kiew. Anfangs Februar kamen wir zusammen mit der Regierung nach Winnica. Hier übergaben wir, ich und Rewutzkyj sowie die ukrainischen sozialistischen Minister, unsere Demission. Die Motive sind in einer besonderen Resolution, die in der ungefähr am 8. Februar stattgehabten Sitzung der vier Mitglieder des Allukrainischen Hauptkomitees (Rewutzkyj, J. Ganopolski, Asarkan und ich) beschlossen wurde, festgelegt. Diese Resolution, die wir gleich dem Präsidenten Wynnytschenko überreichten und in den ukrainischen Zeitungen Winnicas am 11. Februar 1919 erscheinen ließen, steht in vollem Einklang mit der früheren zweijährigen Politik, die die Partei in der ukrainischen Frage beobachtete, und stimmt auch mit den Beschlüssen unserer Parteiberatung, die anfangs Februar in Kiew stattgefunden hat und über die uns Rewutzkyj informierte, vollkommen überein. Ich lasse diese Resolution dem vorliegenden Brief mitfolgen. Die lokalen Stanislauer Blätter, der poale-zionistische „Jüdische Arbeiter“ und das Regierungsorgan „Republica“ haben sie ebenfalls abgedruckt.

Warum wir von Kiew abgereist sind und zu welchem Zwecke wir zusammen mit den Ukrainern die Stadt verließen? Weil wir nicht die Meinung aufkommen lassen durften, daß wir die Mitläufer jener sind, die jeweilig die Macht besitzen, früher der ukrainischen, gegenwärtig der bolschewikischen Machthaber. Unser Zurückbleiben in Kiew würde die ukrainische Oeffentlichkeit dahin deuten, daß wir die Absicht haben, zwischen uns und den Bolschewiken Beziehungen herzustellen, die im Wesen unserer ganzen früheren Betätigung, unseren Anschauungen und Ueberzeugungen widersprechen würden. Dies wäre für die Ukrainer zweifellos eine

unangenehme Ueberraschung und man würde dieses unser Vorgehen einfach als offenen Verrat verurteilen. Unser Verbleiben unter bolschewikischer Herrschaft würde man dahin interpretieren, daß sich die gesamte jüdische Demokratie mit dem bolschewikischen Regime abgefunden hat. Es wäre dies für unser Volk gewiß von großem Schaden und noch gefährlicher wären die Folgen dieses Vorgehens für die Gestaltung der zukünftigen jüdischen Lage in der Ukraine.

Andererseits war es für uns auch moralisch unmöglich, als erste das untergehende Schiff zu verlassen. Soviel revolutionären Mut besaßen wir immerhin noch: Wir sind mit der ukrainischen Demokratie in der glanzvollen Zeit des Sieges zusammengegangen, nun durften wir sie nicht in schlimmeren Zeiten verlassen. Allerdings sind zahlreiche Angehörige der national-ukrainischen Intelligenz in dieser schlechten Situation ganz anders vorgegangen, indem sie entweder zu den Bolschewiken oder ins Ausland davonliefen, um auf ihren diplomatischen Posten auszuruhen...

Lebewohl, lieber Freund!

Dein S.

Stanislaw, März 1919.

Beilage I.

Winnicaer Resolution des Allukrainischen Hauptkomitees der jüdischen sozialdemokratischen Partei Poale-Zion, 8. Februar 1919.

In der Ueberzeugung, 1. daß die ukrainische Volksrepublik in der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage einer Verständigung oder einem Bündnis mit einer der zwei Mächte, die gegen die Ukraine anrücken, keinesfalls ausweichen werde können; 2. daß ein Bündnis mit der imperialistischen Entente, die überall als Beschützerin der Interessen der besitzenden Klassen auftritt, die dem Sozialismus auf der ganzen Linie Krieg erklärte und die den alten Versuch der „Heiligen Allianz“ gegen die arbeitenden Massen wiederholt, notwendigerweise einen reaktionären politischen Kurs in der Ukraine zur Folge hätte und alle nationalen und sozialen Errungenschaften der Revolution in Frage stellen würde; 3. daß ein gemeinsam mit der Entente gegen die Bolschewiken unternommener Angriff die Heranziehung fremder Kräfte gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung bedeuten würde, die sowohl gegen das Direktorium die restlichen Volksmassen, die heute noch dasselbe stützen, mobilisieren, also auch die ukrainische Staatsidee diskreditieren würde; in Erwägung all dieser Umstände warnt das Allukrainische Hauptkomitee der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale-Zion das Direktorium vor einem derartigen Bündnis mit der Entente und spricht sich unbedingt für Friedensverhandlungen mit den Bolschewiken aus. Das Hauptkomitee glaubt daher, daß man in den Moskauer Vermittlungsvorschlag bezüglich eines Waffenstillstandes

an der ukrainischen Front eingehen müsse, in der sicheren Hoffnung, daß es den vereinten Bemühungen aller sozialistischen Kräfte, die auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes stehen, gelingen wird, auch im Rahmen einer Sowjetregierung die Unabhängigkeit der Ukraine zu sichern und alle gegen ihre Völker unternommenen Russifizierungsversuche entschieden zurückzuweisen.

Im Einklang mit dem Beschluß der Parteiberatung in Kiew erklärt das Hauptkomitee, daß, wenn das Direktorium darangehen sollte, ein Bündnis mit der Entente gegen die Bolschewiken zu schließen, jenes in der Folge auf die Unterstützung seitens des Hauptkomitees nicht mehr zu rechnen hätte.

Beilage II.

Dekret des Direktoriums der ukrainischen Volksrepublik. (St.-G.-Bl. Heft 5, Nr. 73.)

Das Direktorium der ukrainischen Volksrepublik bestimmt:

1. Das Wiederinkrafttreten des von der zentralen Rada am 9. Jänner 1918 beschlossenen Gesetzes betreffend die national-personale Autonomie.

2. Bis zur Errichtung der Ministerien für nationale Angelegenheiten wird beim Direktorium ein provisorisches Amt für die nationalen Minoritäten geschaffen.

3. Zum provisorischen Leiter dieses Amtes wird der bisherige Leiter des Arbeitsamtes, ehemaliges Mitglied der Zentralrada, Deputierter der jüdischen Nationalversammlung, Salomon Goldelman, ernannt.

W. Wynnytschenko, Präsident des Direktoriums.

Mitglieder: A. Makarenko, Andrijewskij, Schwez, Petlura.

Winnica, 10. Dezember 1918.

Beilage III.

(St.-G.-Bl., Heft 5, Nr. 70.)

Im Namen der Ukrainischen Volksrepublik wird genehmigt: Präsident des Direktoriums: W. Wynnytschenko. Mitglieder: Andrijewskij, A. Makarenko, Petlura. Sekretär: Schwez.

Kiew, 24. Jänner 1919.

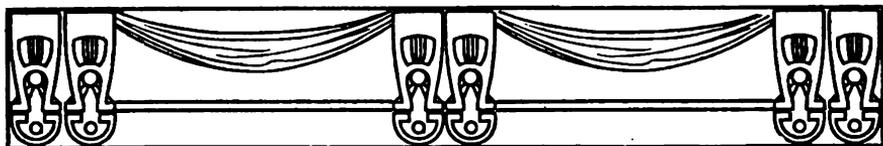
Gegenzeichnung: Staatssekretär Michajlo Korczynskij.

Gesetz betreffend die Erneuerung der national-personalen Autonomie.

Das Gesetz der ehemaligen hetmannschen Regierung vom 9. Juli 1918 „betreffend die Rückgängigmachung des Gesetzes vom 9. Jänner 1918 betreffs der national-personalen Autonomie und der nationalen Ministerien“ (Staatsanzeiger Nr. 23, Jahrgang 1918) wird hiemit aufgehoben.

W. Czechowskij, Präsident des Rates der Volksminister.

M. Korczynskij, Staatssekretär.



DRITTER BRIEF.

In Ostgalizien.

Meine Liebe!

East ein Monat ist vergangen, seitdem ich Dir gelegentlich einen Brief zukommen lassen konnte. Inzwischen ist es den Bolschewiken gelungen, Winnica, Proskurow und Kamenetz zu besetzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mein Brief in die Hände der Bolschewiken fallen wird. Es würde dann mein Name endgültig als der eines „Gegenrevolutionärs“ stigmatisiert werden.

Wir bedauern hier lebhaft, daß ich und Schapowal nicht in der Ukraine zurückgeblieben sind. Es will uns nämlich scheinen, daß unsere Arbeit auch unter der bolschewikischen Herrschaft sowohl für diejenigen, die wir vertreten, als auch für die Ziele, die zu erreichen wir bestrebt sind, von Nutzen sein könnte.

Es ist allerdings möglich, daß wir uns hierin gründlich täuschen, ebenso wie es klar ist, daß dies im gegenwärtigen Moment keine praktische Bedeutung hätte, denn Schapowal, welcher den mißlungenen Versuch machte, eine oppositionelle Zeitung gegen die hiesige Regierung herauszugeben, mußte für einige Zeit ins „nationale Gefängnis“ wandern, um dann ins Ausland zu gehen. Hingegen werde ich keinesfalls ins Ausland reisen, obgleich Rewutzkyj, Schapowal, Gruschewskyj und eine ganze Gruppe von Genossenschaffern, die nach Prag fahren, mich unbedingt bestimmen wollen, mit ihnen zu reisen. Mich zieht es aber dennoch nach dem Osten, nach Hause, zu den Meinigen hin. Was soll ich auch in Prag tun, wenn ich mir schon hier, in Galizien, als politischer Emigrant vorkomme, obgleich ich in der Partei arbeite, bereits einige öffentliche Vorlesungen hatte usw. Was erwartet mich da noch im Ausland?

Nein, ich werde bei der ersten Gelegenheit nach dem Osten zurückkehren, sobald sich dort die Möglichkeit einer freien politischen Betätigung eröffnen wird.

Hier verbreiten sich Gerüchte über ein neues sozialistisches Kabinett, welches in Rowno gebildet sein soll. Gleichzeitig wird versichert, daß die ukrainische Armee sich Kiew nähere.

Nach Erhalt bestimmter und verlässlicher Nachrichten werde ich meine weiteren Entschlüsse fassen.

Jedenfalls werde ich mich ins solange zu den Bolschewiken nicht begeben, als ich keine Garantie habe, daß ich nicht gezwungen werde, meiner Gesinnung Gewalt anzutun und dasjenige für gut zu befinden, was ich immer als schlecht betrachtet habe.

Ich kann keineswegs der Ueberzeugung huldigen, daß die Herrschaft einer fremden, wenn auch sozialistischen Regierung in der Ukraine etwas Bleibendes schaffen könne, ebensowenig wie uns die Diktatur eines kleinen Prozentsatzes der russischen Arbeiterschaft den Sozialismus bringen kann.

Ich bin offenbar als unverbesserlicher „Gegenrevolutionär“ schon zur Welt gekommen. Es ist möglich, daß ich Dir in einigen Wochen aus Rowno schreiben und später vielleicht auch nach Winnica kommen werde. Träume sind ja nicht verboten.

Es tat mir leid, die Osterfeiertage hier, fern von meinen Angehörigen, verbringen zu müssen.

Zum Glück fand hier in den ersten Tagen unserer Ostern das Konzert der ukrainischen Kapelle von Koschitz statt. Der Eindruck dieser musikalischen Leistung war ein nachhaltiger auch für mich, der ich von Musik wahrhaftig wenig verstehe und die ukrainischen Lieder gar nicht kenne. Für jeden volkstümlich Fühlenden jedoch, ohne Rücksicht auf seine Nationalität, ist so ein Konzert ein wahrer Genuß.

Doch ich muß Dir wohl meinem Versprechen gemäß das hiesige Leben und Treiben etwas eingehender schildern. Ich beginne also mit den ukrainisch-jüdischen Beziehungen.

* * *

Hier gestalten sich diese Beziehungen nicht ganz so wie in der Großukraine. Es sind hier bereits manche wertvolle Schritte in der Richtung einer Annäherung der Politik der beiden Völker noch zur Zeit der ersten allgemeinen Reichsratswahlen in Oesterreich unternommen worden.

Die antiukrainische Politik der Polen einerseits und ihre antisemitische Hetzarbeit andererseits mußte naturgemäß die nationalen Elemente der Ukrainer und Juden einander näherbringen, besonders die volkstümlichen und demokratischen Parteien. Die jüdische Bourgeoisie sowie die jüdischen Großgrundbesitzer machen hier einen ganz bedeutenden Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung aus. Sie leisteten bisher der polnischen Schlachta chauvinistische Vorschubdienste und gehören zu den bekannten jüdischen Assimilationstypen, deren Einfluß mit Entwicklung der zionistischen und sozialistischen Bewegung immer mehr abnimmt.

Es soll hier festgestellt werden, daß diese jüdischen Kreise mit dem Uebergang der ostgalizischen Regierung in die Hände der Ukrainer nach der Novemberrevolution versucht haben, sich prompt den neuen Verhältnissen anzupassen, sich äußerlich zu „nationalisieren“, wobei sie jedoch in Wirklichkeit ihre polnische

Politik fortsetzten. Unter ihrem unglückseligen Einfluß nahm der jüdische Nationalrat in so unklarer, verhängnisvoller Weise Stellung zum ukrainisch-polnischen Kriege, indem er die Neutralität der jüdischen Bevölkerung Galiziens in diesem Kriege verkündete. Diese Stellungnahme ist vom politischen Gesichtspunkt um so unvernünftiger, als die ukrainische Nationalrada, während sie sich als Staatslenkerin Galiziens proklamierte, feierlich die nationalen Rechte der jüdischen Bevölkerung Galiziens anerkannte und sie einlud, an der Rada in entsprechender Vertretung teilzunehmen.

Dieser in der Geschichte des österreichischen Judentums nur einmal dagewesene Moment, in welchem durch eine aufrichtige Politik der ukrainischen Mehrheit gegenüber eine vollständige national-personale Autonomie für die jüdische Minorität erreicht werden konnte, wurde nun durch die unentschiedene Politik des jüdischen Nationalrates versäumt.

Wer die Lage der Juden in der ehemaligen österreichischen Monarchie, insbesondere in Galizien, unter der polnischen Herrschaft nur teilweise kennt, wer sich daran erinnert, daß in der Monarchie elf Nationen nebeneinander lebten, deren Sprachautonomie in zehn Fällen sogar auf dem österreichischen Papiergeld durch Berücksichtigung der in Oesterreich anerkannten nationalen Sprachen zur Geltung kam, daß jedoch die einzige Ausnahme bei den Juden und ihrer Sprache gemacht wurde; wer der jüngsten Vergangenheit gedenkt, als die galizischen Polen die Juden als Polen, während die böhmischen Deutschen sie als Deutsche und die hierüber erzürnten Tschechen sie als Tschechen betrachten; wer sich daran erinnert, wie verpönt es den Juden war, sich als Juden auszugeben; wer weiters bedenkt, welche Qualen die jüdischen Studenten an der Lemberger Universität für die bloße Absicht, sich als Juden immatrikulieren zu lassen oder die jüdische Sprache als ihre Muttersprache zu erklären, erdulden mußten; wer sich das Vorgehen der Regierung den jüdischen Volksmassen gegenüber zur Zeit der Volkszählung vergegenwärtigt, da sie zwangsweise entweder als Polen eingetragen wurden, wodurch sie die Empörung der Ukrainer hervorriefen, oder als Deutsche, weswegen sie von den Tschechen gehaßt wurden — wer dies alles bedenkt, wird auch den Kampf der jüdischen Nation in Galizien für ihre nationalen Rechte begreifen, dem wird auch die prinzipielle Bedeutung des Beschlusses der ukrainischen Nationalrada Galiziens vollständig klar werden. Der aber wird auch den Eindruck zu würdigen wissen, welchen die Verkündigung der jüdischen Neutralität im polnisch-ukrainischen Kriege hervorrufen mußte.

Dies war die erste Bresche, welche in das Zusammenleben beider Nationen am Anfang der selbständigen nationalen Entwicklung des ukrainischen Volkes in Galizien geschlagen wurde. Die Neutralitätserklärung entsprach weder den gegenwärtigen noch den voraussichtlichen Interessen der Zukunft der jüdischen Volks-

massen und wurde von einer Organisation abgegeben, die sich nicht auf die Willensäußerung des Volkes stützte, sondern unter dem Einfluß der assimilatorischen und bürgerlich-nationalen Kreise stand, denen es gelungen ist, die Leitung der jüdischen Politik nach dem Zusammenbruch Alt-Oesterreichs und nach dem natürlichen Zurückweichen der polnischen Schlachta weiter in ihren Händen zu behalten. Ebenso wie die national fühlenden Intellektuellen der galizischen Ukrainer, die gewesenen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, Advokaten, Geistliche usw., bis heute noch das Gefühl der Ergebenheit und der knechtischen Furcht vor den gewesenen Herren nicht loswerden können, obgleich sich die Verhältnisse so gründlich geändert haben, daß die früheren Sklaven nunmehr Herren ihrer eigenen Erde geworden sind, ebenso und vielleicht in noch größerem Maße konnten sich die politisch und gesellschaftlich tätigen Juden Ostgaliziens vom Angstgefühl vor einer möglichen Rückkehr der Polen sowie von der unverdienten Ehrerbietung den Menschen gegenüber, die jahrhundertlang die lokale Bevölkerung unter ihr Herrenjoch gebeugt haben, nicht befreien. Es ist dies zum Teil auf die Unentschlossenheit und ziemliche Unsicherheit der Haltung der ukrainischen Regierung selbst gegenüber Polen und der Entente zurückzuführen.

Wie immer der Fall aber auch sein mag, reagierten die jüdischen Volksmassen auf die neuen Verhältnisse aufrichtiger als die Politiker, und die Neutralitätserklärung der jüdischen Bevölkerung, das ist die Aufhebung der Pflicht, in die ukrainische Armee einzutreten, fand keinen entsprechenden Widerhall. Im Gegenteil, es meldeten sich freiwillig viele jüdische Offiziere und Soldaten der gewesenen österreichischen Armee zum Eintritt in das ukrainische Heer.

Für mich, der ich an die weit größere Gleichgültigkeit der Juden gegenüber der ukrainischen Frage in der Großukraine gewohnt war, war es eine außerordentlich angenehme Ueberraschung, als ich zu Ostern im Arbeiter-Speisesaal unserer Partei in Stanislau eine große Anzahl jüdischer Soldaten der hiesigen ukrainischen Garnison erblickte, die um den festlichen Tisch versammelt waren. Noch größer freilich war die Zahl jener Soldaten, die von den Kasernen und von der Front für die Dauer der Feiertage zu ihren Familien beurlaubt wurden.

Leider sind diese Opfer der jüdischen Soldaten für das Werk der ukrainischen Wiedergeburt den breiten ukrainischen Gesellschaftskreisen und sogar den staatlichen Faktoren der Ukraine weniger zu Bewußtsein gelangt, als die durch die verantwortlichen jüdischen Kreise proklamierte Absage der Teilnahme am Kampfe mit dem historischen, gefährlichsten und vom ganzen ukrainischen Volke ohne Unterschied der Klassen und der Anschauungen tiefst gehaßten Feinde.

Die schädlichen Folgen der Neutralitätserklärung sind geradezu unberechenbar. Sie äußern sich auf allen Lebensgebieten, in allen ukrainisch-jüdischen Beziehungen; sie präparierten die für eine antisemitische Agitation unter den Soldaten notwendige Stimmung, sie verursachen gleichzeitig mit anderen Erscheinungen Exzesse, Plünderungen und sogar Pogrome, wie zum Beispiel in Tarnopol, die allerdings im Vergleich zu den polnischen Pogromen oder denen der Soldaten in der Großukraine nur als harmlose Ausschreitungen zu betrachten sind.

Auch die Regierung nahm ihrerseits keine ausgesprochene freundliche Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung ein, ja ihre wirtschaftliche Politik war im Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung sogar eine negative, was sicherlich nicht geschehen wäre, wenn von jüdischer Seite die Politik des gemeinsamen Kampfes der Gesamtbevölkerung gegen den gemeinsamen nationalen Feind, den die polnische Schlachta gegen Ukrainer und Juden doch zweifellos darstellt, aktiv durchgeführt worden wäre.

Die Verwaltungsmethode der ukrainischen Regierung bewahrte in Bezug auf die Juden die alten polnischen Sitten: die Juden wurden noch immer anders, das heißt schlechter behandelt als die anderen Bürger.

Die Staatswirtschaft betrat insbesondere auf dem Gebiet der Ernährungspolitik und des Handels den Weg einer eigenartigen Nationalisierung, die, wie immer, wenn aus politischen Rücksichten der natürliche wirtschaftliche Faktor in künstlicher Weise beseitigt werden soll, nicht nur für die Juden, sondern auch für den ganzen Staat außerordentlich schädlich sein muß.

Und im galizischen Handel ist und bleibt der jüdische Kaufmann und Vermittler noch für lange Zeit hinaus ein natürlicher ökonomischer Faktor.

In Galizien gibt es keine geeigneten wirtschaftlichen Elemente, welche den Juden für die Wirtschaft des Landes entbehrlich machen könnten.

Diese eigenartige Nationalisierung des Handels unter Ausschaltung des eigentlichen Handelselementes, der Juden, hat auch natürlicherweise ganz komische Formen angenommen, die letzthin durch das Spottwort charakterisiert werden: „Chwetko, der Geschäftsmann!“

Die Ukrainer haben im Handel sehr wenig Erfahrung, besonders im Handel mit dem Ausland. Die Regierung aber verkauft das Petroleum „prinzipiell“ nur an „eigene“ Leute, bezieht ausländische Waren durch eben diese „nationalen“ Elemente, unter vollständiger Umgehung der jüdischen Kaufmannschaft.

Hinter diesem judenreinen Nationalhandel stehen aber notwendigerweise wiederum die Juden. Denn ohne ihre technische Hilfe wissen die „eigenen Kaufleute“ nicht, wie man eine ganz gewöhnliche Handelsoperation durchzuführen hat. Dem Staate er-

wachsen durch diese „Nationalisierung“ ungeheure Kosten. Denn da nicht allein die Juden, sondern auch die „eigenen Kräfte“ verdienen wollen, muß eben der Staat sohin eine doppelte Vermittlung bezahlen.

Diesen Verhältnissen haben sich die größeren jüdischen Kaufleute schlecht und recht angepaßt. Jeder von ihnen hat in der Regel seinen Pfaffen oder seinen Abgeordneten, „wohlwollenden“ Kommandanten, Kommissär, kurzum irgendeinen Menschen, der über genügenden Einfluß verfügt, um die Bewilligung zur Ausfuhr eines Waggons Kerzen oder Petroleums oder zur Einfuhr von Zucker und anderen für die Armee unerläßlichen Gegenständen so oder so zu erlangen.

Die diesbezügliche Bewilligung erhält der eigens zu diesem Zweck vorgeschobene „Goj“, während die weitere Operation von dem jüdischen Geschäftsmann durchgeführt wird. Doch dieses System bekommt den kleinen Krämern und Vermittlern sehr übel, da sie keine Möglichkeit haben, für ihren winzigen Handel einen einflußreichen „Macher“ zu pachten und sich daher unter Ausnützung der Massenkorrption der Amtorgane auf kleine Spekulationen und Winkelgeschäfte beschränken müssen.

Diese Korruption, die die ukrainischen intelligenten Kreise endgültig demoralisiert, hat ihren Ursprung einerseits in dem im Verhältnis zur immer wachsenden Teuerung sämtlicher Bedarfsartikel völlig unzureichenden Dienstgehalt, andererseits aber in dem allgemeinen moralischen Niedergang der Bevölkerung während des Krieges, in dem hier herrschenden österreichischen Passierscheinsystem und letzten Endes in der oben geschilderten Wirtschaftspolitik.

Man kann weder ein paar Kilometer weit ohne Reisedokument fahren, noch irgend etwas ohne Einfuhrbewilligung beziehen. Diese Einfuhrbewilligung wird aber niemandem, am allerwenigsten den Juden, ohne Bestechung gewährt. Und was hier wiederum mit ausländischen Pässen getrieben wird, ist einfach unerhört: für den geringfügigsten Vermerk an einem Paß werden mehrere hundert Kronen gefordert und gezwungenerweise auch bezahlt. Dabei steigt natürlich mit der Höhe der Rangsklasse die Höhe der jeweiligen Bestechung. Ohne Paß aber kann man nicht ins Ausland reisen, kann man nicht Handel treiben, kann man also auch nicht verdienen. Im Lande selbst gibt es keine Waren, das heimische Gewerbe steht still, es wird nur mit eingeführten Auslandswaren Handel getrieben.

Man kann also wohl im großen ganzen sagen, daß hier die jüdische Bevölkerung in fürchterlichen Zuständen lebt. So viele hungrige, zerlumpte und verwahrloste Menschen konnte man bei uns in der Ukraine niemals vorfinden, nicht einmal nach den Pogromen.

Diese traurige Lage wird durch die allgemeine Armut der galizischen Bevölkerung im Vergleich zu der der Großukraine zu erklären versucht. Wohl lebt auch bei uns der jüdische Vermittler,

Krämer oder Handwerker von seiner Verbindung mit den Bauern. Hier aber sind die Bauern das denkbar herabgekommenste, unglücklichste Volk. Das herrische Ausbeutungssystem der polnischen Schlachta stürzte sie ins furchtbarste Elend, und was dem Großgrundbesitzer nicht ganz gelingen konnte, das vollendeté der Krieg und die russische Soldateska.

Es erscheint demnach begreiflich, daß sich der Kleinstadtjude in der Großukraine, dessen wichtigste Lebensquelle, der Wohlstand des Bauerntums, nicht zerstört ist, sogar nach dem Pogrom, nach wirtschaftlichen Verwüstungen und Plünderungen sehr rasch erholt. Dagegen kann der Bauer in dem wirtschaftlich zerstörten Galizien unmöglich einen derartigen Haufen von Vermittlern und Krämeren, die die jüdische Bevölkerung Galiziens in so hoher Zahl aufweist, ernähren. Ferner gibt es bei uns unter der jüdischen Bevölkerung einen ganz ansehnlichen Prozentsatz an produktiven Elementen — Handwerkern, Arbeitern usw. — während unter den galizischen Juden eine unglaubliche Anzahl einfach „von der Luft“ lebt oder — wie man es hier nennt — vom Bretzelhandel.

Es ist wirklich charakteristisch: Während man in der ganzen Stadt kein weißes Brot bekommen kann, sieht man in den Straßen Hunderte von Kindern und Erwachsenen, zerlumpt, hungrig und schmutzig mit Körben herumlaufen, die mit weißen Bretzeln gefüllt sind. Diese Armen bieten mit zweifelhaftem Lächeln ihre Ware an.

Gäbe es keine sogenannte „nationale“ Wirtschaftspolitik, wie ich sie bereits oben charakterisiert habe, hauptsächlich aber wäre Galizien nicht beinahe gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten (auch hier spürt man wohl die Folgen der Ententeblockade), gäbe es da keinen vollständigen Warenmangel, so würde gar mancher Teil der Stadtbevölkerung Gelegenheit zu einem anständigen Verdienst haben, während sie bei den heutigen Zuständen fast ausschließlich Bretzelhandel treibt oder gar mit farbigen Papierchen spekulieren muß, dem sogenannten Börsengeld: Kronen, Hrywni, Karbowanetz, Rubel usw., wobei nicht übersehen werden darf, daß 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung von den Wohltätigkeitsanstalten versorgt werden müssen.

Diese Börsenspekulation ähnelt, da das Land von der ausländischen Finanz- und Börsenwelt völlig abgeschnitten ist, mehr einem Karussell: ein reeller Nutzen der Anteilnehmer an diesem Karussell ist von vornherein sehr zweifelhaft, wohingegen der aus diesem Handel für den Geldumlauf resultierende Schaden die Wirtschaft des Landes zweifellos sehr empfindlich trifft.

Nun gibt diese jüdische „Profession“ denjenigen, welche ihren Beruf nicht verstehen, aus eigenen Kräften die Staatsfinanzen und den Stand der Währung zu verbessern, sowie denjenigen, die es im allgemeinen immer vorziehen, im trüben zu fischen, natürlicherweise den willkommensten Anlaß zur antisemitischen Agitation.

Du wirst begreifen, daß weder ich noch Rewutzkyj angesichts dieser Verhältnisse gleichgültig bleiben konnten.

In Galizien gibt es für einen jüdisch-ukrainischen Gegensatz gar keinen wirtschaftlichen Grund. Bis vor kurzem gab es hier auch keine politischen Voraussetzungen hierfür. Im Gegenteil, es gab eine gemeinsame, feindliche, polnische Front, also gerade ein Moment, das kategorisch für die ukrainisch-jüdische Zusammenarbeit spricht.

Wenn es nun möglich wäre, die bisherige Politik einer Revision zu unterziehen, so könnte man hievon grundlegende Aenderungen der ganzen, gegenwärtig so trostlosen Lage der jüdischen Massen erwarten.

Wenn schon bei uns in der Großukraine die Notwendigkeit der Sanierung unserer jüdischen Wirtschaft so außerordentlich aktuell zu werden beginnt, so ist es um so dringlicher und unabweislicher, die übermäßig große Anzahl von Krämern, Vermittlern und arbeitslosen, von „Luft“ lebenden Leuten in Galizien, wo die ökonomische Notlage sich immer mehr zuspitzt und geradezu katastrophal zu werden droht, einer raschen Produktivierung zuzuführen.

Dieser Not kann nur die Fürsorge seitens der Staatsleitung abhelfen. Weder Philanthropie noch auch Privatinitiative können hier Erschöpfendes leisten. Nur groß angelegte und im großzügigen Maßstab geführte staatliche Institutionen für die Regelung der Auswanderung, genossenschaftliche Vereinigungen besonderer Wirtschaftszweige, Unterstützung der Kolonisierung und Förderung des systematischen Ueberganges der jüdischen Stadtbewohner zu Land- und Gartenwirtschaft, können das Werk der Produktivmachung der ökonomisch unschöpferischen Elemente sowie der arbeitslosen Massen in richtige Bahnen lenken.

Doch solange die fundamentale Hauptbedingung: eine ukrainisch-jüdische Verständigung in der staatlichen Arbeit, nicht erreicht und solange nicht die erste Grundlage für die autonomen Institutionen der jüdischen Nation in der Westukraine geschaffen ist, können wir nicht einmal darangehen, die Vorbereitungsarbeiten auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Umschichtung der jüdischen Massen in Angriff zu nehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ukrainer den Juden gern entgegenkommen würden. Erstens bewerten sie die Bedeutung einer freundschaftlichen Stimmung im Judentum, insbesondere im Westeuropäischen, für das ukrainische Problem dermaßen hoch, daß sie sogar geneigt sind, den Einfluß der Juden auf die Politik der Entente zu überschätzen; zweitens wäre für die Ukraine die Mitarbeit der jüdischen Intelligenz von ungeheurem Nutzen.

Es mußte uns klar sein, daß wir, Rewutzkyj und ich, allein nicht imstande sein werden, jene Faktoren, die den Fehler der Neutralitätserklärung verschuldet hatten, zu beeinflussen, besonders deshalb nicht, weil wir ja beide dem sozialistischen Flügel der

jüdischen Demokratie angehören, dem diese Kreise fremd, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen.

Ueberhaupt konnte man solange keine freiwillige Umkehr der bürgerlichen und teilweise assimilationistischen jüdischen Kreise erhoffen, als die Situation im polnisch-ukrainischen Kriege nicht geklärt war.

Es war also notwendig, sich an die demokratischen Gruppen zu wenden. Den Anfang machten wir gleich mit unseren eigenen Genossen, in der Ueberzeugung, daß wir hiedurch auch den „Bund“ zwingen werden, eine ausgesprochen oppositionelle Haltung gegen die Neutralitätspolitik des ostgalizischen jüdischen Nationalrates, welcher als offizielles Organ der westukrainischen Juden auftrat, einzunehmen.

Wir fanden bei den hiesigen sozialistischen und demokratischen Kreisen volle Zustimmung. Unter unseren Genossen gab es auch solche, welche zur Zeit des Novemberumsturzes den Versuch unternahmen, jüdische Heeresabteilungen zum Kampfe an der Seite der Ukrainer zu organisieren. Am 23. März erließ der Vorstand der westukrainischen jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Poale-Zion“ eine Deklaration, in welcher erklärt wurde, daß der Vorstand auf dem Standpunkt „einer freien, unabhängigen, vereinigten, ukrainischen Volksrepublik stehe, und daß er alle Bestrebungen, die ihre Wiederaufrichtung und Konsolidierung innerhalb ihrer ethnographischen Grenzen zum Ziele haben, unterstützen werde“.

Es war dies ein offener Bruch mit dem Standpunkt der Neutralität des jüdischen Nationalrates. Bald darauf erließ der „Bund“ auf dem Kongreß der Bauern und Arbeiter, welcher hier nach einiger Zeit stattfand, eine ähnliche Erklärung. Zur selben Zeit führte die ukrainische Nationalrada Beratungen über das Landtagswahlgesetz und in diesem Moment trat die Frage der Gleichheit der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten in diesem Staate in Aktualität.

Infolge all dieser Umstände mußte der jüdische Nationalrat seinen früheren Standpunkt einer Revision unterziehen.

Es begannen die Verhandlungen mit der Regierung in Angelegenheit der Realisierung der Novembererklärung seitens der Nationalrada, betreffend die jüdischen Nationalrechte. Man spricht von der Einsetzung eines Dezernenten für jüdische Angelegenheiten, mit den Rechten eines Unterstaatssekretärs.

Kurz, wir befinden uns hier auf dem Wege zur Neugestaltung der gegenseitigen ukrainisch-jüdischen Beziehungen.

* * *

Seit einigen Tagen bereits liegt dieser Brief unvollendet in meiner Tischlade, da ich immer auf die Gelegenheit warte, ihn in die Ukraine zu schicken.

Während dieser Zeit nun vollzog sich eine wesentliche Aenderung der politischen Lage.

Es kamen hierher die Vertreter der neuen groß-ukrainischen Regierung, die eine wirklich sozialistische und ausschließlich aus Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären zusammengesetzte ist. Sie haben auch die Regierungserklärung mitgebracht. Diese ist in der Frage der jüdischen Pogrome in einem ziemlich festen und entschiedenen Ton abgefaßt.

„Die Volksregierung,“ lesen wir dort, „wird mit ganzer Kraft alle Ruhe- und Ordnungsstörer, Räuber, Hooligans, Pogromurheber und andere Verbrecher rücksichtslos bestrafen.“

Insbesondere wird die Regierung keine Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung der Ukraine dulden und wird gegen diese schändliche und staatswidrige Erscheinung, welche das ukrainische Volk in den Augen der Kulturnationen der ganzen Welt herabwürdigt, entschlossen kämpfen. Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik ist fest überzeugt, daß das ukrainische Volk, welches selbst jahrhundertlang die nationale Unterdrückung erleiden mußte und welches durch seinen eigenen Willen als erste Nation, die nationalpersonelle Autonomie zur Verteidigung der Rechte der nationalen Minoritäten proklamierte, seine Regierung in der endgültigen Ausrottung der Pogromverbrechen sowie aller staatsfeindlichen, destruktiven Elemente, unterstützen wird.“

In der Agrar- und Arbeiterfrage vertritt die Erklärung ein ausgesprochen demokratisches Programm, bestätigt das Agrargesetz des Direktoriums, äußert die Absicht, im Kontakt mit den Arbeitergewerkschaften zu wirken und sichert der Arbeiterschaft die vollständige Freiheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Erklärung betont nachdrücklich das Bestreben der neuen Regierung, eine demokratische Republik zu errichten und gleichzeitig Arbeiterräte zur Kontrolle der Tätigkeit der Verwaltungsorgane sowie der lokalen autonomen Behörden ins Leben zu rufen.

So bricht diese Erklärung fast gänzlich mit den bolschewikischen Plänen des Direktoriums in der Kiewer Periode.

Leider ist die praktische Bedeutung dieser Erklärung noch immer in Frage gestellt. Wird die Regierung auch imstande sein, mit der furchtbaren Praxis des Direktoriums in der Kiewer Periode oder zur Zeit des Kabinetts Ostapenko zu brechen? Wird die neue Regierung wirklich die Kraft besitzen, die Pogrome und die Pogromstimmung in der Armee, die aufgelösten, demoralisierten, und von den Atamanen befehligten Truppen zu bekämpfen? Wird sie es verstehen, ein wirkliches Regierungszentrum zu schaffen und die schädliche Personenpolitik einzelner Atamane und Direktoriumsmitglieder ein für allemal auszuschalten? Wird dieses neue Kabinett den Weg des Friedens mit den Bolschewiken und mit jenen ukrainischen Kreisen, die sich ihnen angegliedert haben, betreten?

Es ist bedauerlich, daß weder die aus Rowno angekommenen Vertreter der neuen Regierung noch jene ukrainischen Minister, die den galizischen politischen Kreisen angehörten, auf diese Fragen eine positive Antwort erteilen können.

Sie sind wohl bereit ihr Programm durchzuführen, ich glaube gern ihren aufrichtigen Bemühungen, aber ob sie nicht doch eben so machtlos sein werden, wie seinerzeit das Kabinett Czechowskyj, das wissen sie selber nicht.

Aus diesem Grunde mußten wir, Rewutzkyj und ich, als man an uns mit dem Vorschlag herantrat, an der Arbeit der neuen Regierung auf verantwortungsvollem Posten, teilzunehmen, bei aller Sympathie mit jenem Teil der ukrainischen Intellektuellen, welcher auf seine Schultern die im gegenwärtigen Moment äußerst schwere Regierungsbürde nahm, ablehnen.

Rewutzkyj reist ins Ausland, während ich mich bereit erklärte, einen technischen Posten im Arbeitsministerium anzunehmen und nach Rowno zu fahren. Ich weiß, daß unsere Ablehnung der Teilnahme an der Regierung der Meinung der jüdischen Demokratie voll entspricht.

In einigen Tagen werde ich mit einer ganzen Gruppe ukrainischer Politiker in die Ukraine fahren.

Ich fühle, daß ich in der Geschichte meiner politischen Tätigkeit ein neues Blatt aufgeschlagen habe.

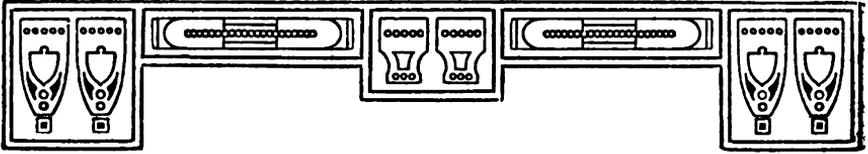
Diesen Brief führe ich mit mir und werde ihn Dir erst aus Rowno zukommen lassen.

Beste Wünsche, meine liebe Freundin, von

Deinem S.

Stanislaw, April 1919.





VIERTER BRIEF.

Die Psychologie des Pogromantisemitismus.

Mein lieber Freund!

Ich bin nun wieder einmal in der Ukraine. Die Regierung, der Militärstab, alle Ministerien und Beamten sind in einem Eisenbahnzug untergebracht, der jetzt im Bahnhof „Schwarze Insel“ stationiert ist. Dieser Name darf Dich aber nicht bange machen. Es ist dies ein kleines jüdisches Städtchen in der Nähe von Proskurow. Die Beamten sind darüber froh, daß unser Zug in dieser Station hielt, wo es vielleicht eine Möglichkeit geben wird, sich halbwegs häuslich einzurichten, ein anständiges Mittagmahl zu verzehren und nicht immerfort das ewige Brot mit Schweineschmalz und die „Menage“, die die Beamtinnen unter den Waggons kochen, essen zu müssen. So schlendern wir nun länger als einen Monat wie Zigeuner herum: eine wahre Wanderregierung. Das Städtchen aber hat uns teilweise enttäuscht. Für unser ganzes Personal, das mehrere hundert Leute umfaßt, gab es keine genügende Verpflegung. Allerdings konnten sich die Beamten des jüdischen Ministeriums etwas besser einrichten. Auch ich wurde freundlich empfangen. Man ist eben unter Juden überall zu Hause.

Proskurow ist bereits in den Händen der Ukrainer. Diesmal ging es verhältnismäßig ruhig zu. Es gab keinen Pogrom, obgleich manche Kreise der jüdischen Bevölkerung doch zu Schaden kamen. Besetzt wurde die Stadt durch das Zaporoscher Korps, welches einige ausgesprochene Pogromkompagnien, die über reiche Pogromerfahrungen verfügen, enthält. Aber es ist ja eine alte Binsenwahrheit, daß Militärpogrome nur dann möglich sind, wenn die Behörden es wollen, und daß sie anderseits ganz undenkbar sind, wenn die Behörden den ernstesten Willen haben, sie zu verhindern. Das Volk, der in Unwissenheit dahin lebende Kosak, ist ja lediglich ein Werkzeug in den erfahrenen Händen der alten Pogrommeister. Natürlich ist der Kosak in der Regel immer bereit, auf Plünderung auszugehen. Der Kommandant des genannten Korps ist ein europäisch gebildeter Oberst, namens Salskyj. Um den Ausbruch eines Pogroms von vorn-

herein zu verhindern, bediente er sich einer, wie ich sie nenne, jüdischen Strategie und erließ den Befehl, daß die Stadt ausschließlich durch die disziplinierten Teile des Korps zu besetzen ist, und daß hingegen die Progromlustigen dieselbe nicht betreten dürfen.

Die Bevölkerung sah dem Anmarsch der Ukrainer mit tiefster Niedergeschlagenheit entgegen. Haben doch die Proskurower Juden erst im Februar die unmenschlichsten, blutigsten Verfolgungen seitens der ukrainischen Kosaken ausstehen müssen! Das entsetzliche Blutbad mit seinen 1500 jüdischen Leichen ist noch frisch in aller Erinnerung. Diesen Pogrom haben die Bolschewiken in der geschicktesten Weise für ihre Propagandazwecke auszunützen verstanden. Die jüdische Jugend, Zionisten, Zeire Zion sowie auch Parteilose, die sonst dem Bolschewismus ganz fernstanden, sind nun freiwillig in die rote Armee eingetreten. Denn es gilt für sie nunmehr das Prinzip des nationalen Selbstschutzes: Nicht aus sozialistischem Ideal oder um ihren Haß gegen die Ukrainer zu bestätigen, gingen sie an die Front, sondern um ihre Väter und Mütter, Frauen, Schwestern und Kinder vor einer Wiederholung des Massenmordes, vor Schande und Vergewaltigung zu schützen.

Die Bolschewiken, denen kein Mittel, wenn es nur zum Ziele führt, zu schlecht ist, haben sich diesmal einen hübschen Trick geleistet. Sie erklärten sich mit der Aufstellung separater, jüdischer Militärabteilungen einverstanden, um auf diese Weise den Selbstschutzcharakter der Abteilungen deutlich hervorzuheben und die Anziehungskraft der Roten Armee auf die nationale jüdische Jugend unendlich zu steigern. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß jene Juden, die sich nicht freiwillig zur Armee meldeten, selbstverständlich zwangsweise in diese eingereiht und an die Front geschickt wurden. Hierbei bediente man sich für gewöhnlich auch des alten Umgangstones: man teilte Ohrfeigen aus in die jüdischen „Fratzen“, freilich unter der Anrede: „Genosse!“*)

*) Diese bolschewikische „Strategie“ brachte dann später das jüdische Ministerium in Kamenetz in eine unangenehme Lage. Als das ukrainische Militär gegen Kamenetz marschierte, wurde der Kamenetzer Selbstschutz von der lokalen bolschewikischen Behörde unter der Vorspiegelung gegen das heranrückende ukrainische Militär beordert, daß unter Anteilnahme der aufständischen Bauern in einem benachbarten Städtchen ein Pogrom ausgebrochen sei. Nachdem aber der Selbstschutz die wahre Sachlage erkannte und die Gewißheit erlangte, daß ihn die Bolschewiken zu einem militärischen Kampf gegen die Ukrainer mißbrauchen wollten, wurde dieses Ansinnen mit Rücksicht auf den unparteiischen Charakter des Selbstschutzes abgelehnt. Die Bolschewiken jedoch, schnitten dem Selbstschutz die Möglichkeit eines Rückmarsches ab, indem sie in seinem Rücken ein aus halbwildem, räuberischen Elementen zusammengesetztes „beßarabisches“ Reiterregiment aufstellten und ihn so zu einem Kampf gegen die Ukrainer zwangen... Nun wurden die Mitglieder des Selbstschutzes später von den ukrainischen Behörden gerichtlich verfolgt. Mit großer Mühe gelang es dann erst dem jüdischen Ministerium und den jüdischen Sozialisten zu beweisen, daß der Selbstschutz einfach ein Opfer der bolschewikischen Gewalt war, daß er durch Hinterlist in die Falle gelockt wurde, worauf die angeordneten Untersuchungen eingestellt wurden.

Die geschlossenen jüdischen Militärabteilungen haben sich, wie es von einem Selbstschutz nicht anders zu erwarten war, tapferer als die übrigen Kameraden geschlagen. Diesen Umstand nützen unsere „nationalen Verteidiger“, die Bolschewiken aus, um die jüdischen Heeresgruppen an die gefahrvollsten Frontabschnitte zu werfen, wodurch die ukrainischen Kosaken in furchtbaren Zorn gegen die Juden überhaupt gerieten.

Man muß ja auch berücksichtigen, mit was für einem Menschenmaterial wir es hier zu tun haben. Der ukrainische Kosak war bis vor ungefähr einem halben Jahrhundert ein Leibeigener, mit Leib und Seele seinem Herrn verkauft, der ihn wie ein Vieh behandelt hatte. Diese Jahrhunderte alte Schande und unmenschliche Knechtung, die alle seine Ahnen erfuhren, der von unzähligen Geschlechtern aufgespeicherte furchtbare Explosivstoff aus der erlittenen Schmach und dem Unrecht konnte sich nicht anders als in einem Wutausbruch gegen seinen Exploitorator sowie gegen diejenigen, die um ihn, den Herrn, herumscharwenzelten, Luft machen. Dieser Herr und Unterdrücker war der polnische Gutsbesitzer und Feudale am Lande und der russische Bürokrat und Polizist in der Stadt. Sein Faktotum aber, der Makler, Pächter, Schenker und Wucherer, war der Jude. Nun hat man schon während der Zeit der ukrainischen nationalen Bewegung, die eine nationalistische und chauvinistische Agitation entfaltete, den Kosaken so weit „aufgeklärt“, daß er sich aus der mittelalterlichen, ukrainischen Geschichte die Lehre holen kann, daß es anlässlich aller nationalen Aufstände gegen Polen oder Russen üblich war, die Juden auszuschlachten, die jüdischen Städte auszuplündern oder — wie wir das jetzt heißen — Pogrome zu machen. Dasselbe geschah zur Zeit der Hajdamaken, Chmielnickis und Gontas. Und diese historischen Ausschlachtungen fanden ja auch genau in denselben Städten und Städtchen, auf genau demselben Territorium statt, wo der ukrainische Kosak gegenwärtig im bittersten Kampfe gegen die bolschewikischen Eroberer auf rote jüdische Armeegruppen stößt.

Und nun die Erziehung, die der ukrainische Bauer unter dem Regime des russischen Zarismus genoß. Wir können uns doch wohl noch erinnern, daß die Agenten der zaristischen Regierungen, die „Schwarzen Hundert“, die wütendste Pogromagitation gerade im ukrainischen Dorfe und insbesondere in den Wohlynier, Podolier und Kiewer Gouvernements betrieben. Das Ziel dieser Agitation war offenbar, die Wut der exploitierten Bauern von dem wahrhaft Schuldigen, vom Schlachzizen und Bürokraten, abzulenken und sie gegen den unschuldigen, wehrlosen Provinzjuden, der der ewige Sündenbock war, austoben zu lassen. Als Agitationsmotiv war eben der „gefährliche“ jüdische Revolutionär genau so willkommen, wie es heute der „jüdische Bolschewik“ ist.

Im zaristischen Rußland war das ukrainische Bauerntum überhaupt das reaktionärste und geistig zurückgebliebenste Element des

ganzen Reiches. Es war dies das Resultat der antiukrainischen Politik der zaristischen Regierung, die es ausdrücklich verboten hat, Unterricht in der ukrainischen Volkssprache zu erteilen, ukrainische Bücher herauszugeben, Zeitungen erscheinen zu lassen, die die nationale ukrainische Intelligenz unaufhörlich verfolgte und das ganze ukrainische Volk den „Schwarzen Hundert“-Pfaffen und den Mitgliedern des „Verbandes der echt-russischen Leute“ auslieferte. Darum eben konnte man in der russischen Reichsduma podolische oder wohlynische Bauerndeputaten sehen, die wie Marionetten dem polnischen Schlachtschützen, dem berüchtigten Archimandriten Jewlogi von Poczajew oder dem Bischof Antonie Wohlyner nachtanzen.

Derselbe Bauer, der jetzt in der ukrainischen Armee kämpft, hat erst vor kurzem den Weltkrieg durchgemacht und ist jahrelang in den Schützengraben an der West- oder Südwestfront gelegen, ebendort, wo die Frontlinie die stark bevölkerten jüdischen Städte und Städtchen durchschneidet. In der russischen Armee konnte er ungestört die offizielle antisemitische Agitation auf sich wirken lassen, die die ewigen Märchen vom Golde, das die Juden in Särgen zu den Deutschen hinüberschmuggeln, von den mit Brillanten und Gold gefüllten Hühnern, die ebenso zu den Deutschen kamen, von den in jüdischen Bärten vorgefundenen telephonischen Apparaten, von den Juden, die aus dem Hinterhalt auf die russischen Soldaten schossen, die die verwundeten Russen totschiugen, von der jüdischen Spionage und anderen schönen Dingen, mit denen die Polen die Juden zu verleumden pflegten und die vom russischen Militärkommando mit Freuden an die ganze Armee weitergegeben wurden, erzählte. Derselbe Kosak war auch Zeuge dessen, daß auf Befehl des russischen Militärkommandos die „jüdischen Spione“ samt ihren Frauen und Kindern in Massen aus ihren Wohnorten davongejagt und nach Vernichtung und Zerstörung ihres materiellen Gutes in Viehwaggons ins Innere Rußlands verschleppt zu werden pflegten. So konnte der Soldat und die sonstige nichtjüdische Bevölkerung im Laufe der Kriegszeit allmählich erlernen, wie man mit den Juden umzugehen hat. Auch regelrechte Pogrome waren damals nicht gerade selten, so daß der ukrainische Kosak für seine weitere „Tätigkeit“ auch praktische Übung mitbrachte.

Unsere Juden sind aber ihrerseits auch die unschuldigsten Lämmchen. Sobald der Hetman Skoropadskyj mit den Deutschen und den alten Gutsherren ins Land kam, da glaubte man, daß nun die Zeit der Rache gekommen wäre. Gewisse feudale „Hausjuden“, von deutschen oder österreichischen Soldaten verstärkt, bildeten eine Exekutivkommission, die aus dem armen Bauern soviel als möglich in der Form von Kontribution für den Gutsbesitzer herauszupressen trachtete. Dieses schöne Bild konnte man in den podolischen Dörfern sehr oft sehen. Ich kenne persönlich einen Kamenetzer Juden, der sich hoch zionistisch gebärdet und der im Sommer 1918 derartige Exekutionen vornahm. Es gibt ja wahrhaftig genug dieser

feudalen Hausjuden, die vom Gutsherrn leben und die zur Zeit des Hetmans die Gelegenheit bekamen, ihrer allerdings nur sehr kurz währenden Freude über die Rückkehr des polnischen Gutsbesitzers in sein Dorf Ausdruck zu verleihen.

Gegenwärtig hat uns die bolschewikische Revolution mit einer hübschen Anzahl jüdischer Kommissäre beglückt, die die wohlbekannte jüdische Anmaßung besitzen, es als Herrens surrogate zumindest ebensogut zu machen wie die richtigen Herren. Man kann sich lebhaft vorstellen, von welchen Gefühlen der ukrainische Bauer bei der Begegnung mit einem solchen halbwüchsigen „Judenjungen“, einem bolschewikischen Kommissär, beherrscht wird, der an der Spitze einer militärischen Strafexpedition ins Dorf kommt, um Brot zu requirieren. Diesem Bauern kann es unter keinen Umständen einleuchten, daß ausgerechnet dieser Bursche, mit dessen Vater er zu handeln pflegte, dem er sein Getreide verkaufte und von dem er sich seinen Anzug oder ein Paar Stiefel machen ließ, jetzt sein Herr geworden und in seiner Heimat das große Kommandowort führt, und dies noch im Namen der feindlichen Okkupationsmacht, im Namen der Moskowiten. Ist doch der Bauer in dem alten traditionellen Geist erzogen, nach dem der Jude weder Beamte noch Kommandant sein darf! Widerspricht doch diese neue Ordnung seinem ganzen psychologischen Fassungsvermögen, den bisherigen in Rußland allgemein gültigen Regeln. Dieses Vorurteil aber wird auch die bolschewikische Revolution nicht aus der Welt schaffen können. Hiezu wäre allein eine lange, unermüdlich aufklärende Kulturarbeit unter der Voraussetzung des friedlichen gleichberechtigten Zusammenlebens beider Völker imstande.

Doch so viele jüdische deklassierte Intellektuelle, so viele nicht absolvierte „Externisten“ auch zu bolschewikischen Kommissären avancieren mögen, das jüdische Volk in seiner Totalität wird hiedurch nicht stärker werden. Wir bleiben auch fernerhin innerhalb der großen, kulturell rückständigen nichtjüdischen Mehrheit eine schwache Minorität, und die Folgen dieser Situation müssen wir eben jetzt am eigenen Leib verspüren. So ist nun einmal das Schicksal des Schwachen, daß er vom Sieger ebenso wie vom Besiegten verfolgt, geschlagen wird. Es gehört also gewiß auch zum Schicksal des jüdischen Volkes, daß der Krieg zwischen den Ukrainern und Bolschewiken gerade auf jenen Schlachtfeldern geführt wird, wo die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Osteuropas konzentriert ist, wo alle Städte und Städtchen, die durch den Krieg zerstört wurden, zumeist ausschließlich jüdische sind.

Unsere soziale Struktur, der Umstand, daß sich in unserer Mitte so viele unproduktive, parasitäre Elemente befinden, sowie die altberühmte jüdische „Solidarität“ kommen uns aber auch sehr teuer zu stehen.

Ob wir nun diese parasitären Elemente in unserer Mitte behalten wollen oder nicht, wir können doch unmöglich beispielsweise

den erwähnten Kamenetzer jüdischen „Exekutor“ aus unserem Volk einfach eliminieren. Jedes andere Volk würde sich gewiß um derartige Elemente wenig scheren. Da eben alle Völker natürlicherweise Ausbeuter und Exploitierte, gute und böse Menschen, produktive und antisoziale Elemente haben.

Anders aber stehen die Dinge bei uns Juden. Wir sind für die antisozialen Gruppen, die in der Mitte unseres Volkes leben und die normale Proportion weit übersteigen, oder für unsere revolutionären Elemente im höchsten Maße verantwortlich, obgleich nicht wir, sondern die abnormale Lage unseres Lebens in der Diaspora daran schuld trägt. Für all diese Elemente macht man uns in kollektiver Weise, als Nation, verantwortlich. So wollen es eben unsere Nachbarn und Herren, die Nichtjuden. Wir sind ihnen, einerlei, ob es sich um die nichtjüdischen Intelligenzkreise oder um die unwissendsten, im finstersten Fanatismus dahinlebenden Volksmassen handelt, niemals Arbeiter oder Bürger, Handwerker oder Krämer, anständige oder unanständige Menschen, Sozialisten oder Reaktionäre, wir sind ihnen überhaupt niemals Menschen, sondern immer nur J u d e n.

Es kommt bei ihnen fast niemals vor, daß sie, wenn es sich zufällig um einen Juden handelt, sagen sollten, dies oder das hätte Kaufmann X oder Proletarier Y, dieser Mann oder jene Frau getan — nein: all dies tat „der Jud“ oder „die Jüdin“, der Jud Trotzky, der Jud Rothschild.

Diese fluchwürdige Pogrompsychologie erschwerte nun ganz außerordentlich den Kampf mit der in der Armee verbreiteten Pogromstimmung. Es genügt da absolut nicht, daß die kulturellen Elemente unter den Ukrainern eine Agitation gegen die Pogrome zu führen begannen. Zur Bekämpfung dieses Uebels ist vor allem eine Propaganda der Tat und nicht eine, die sich mit Reden und Aufrufen begnügt, notwendig.

Es wird also so lange unmöglich sein, das historische und traditionelle Mißtrauen der ukrainischen Bevölkerung, das durch den Antisemitismus bestärkt wurde, zu bekämpfen, als nicht der ukrainische Kosak und die breiten ukrainischen Volksmassen, auf die sich die Intelligenz stützt, in ihrer Wiederaufbauarbeit der aktiven Beteiligung der Juden begegnen, als sie sich nicht augenscheinlich überzeugen werden, daß die jüdischen Parteien und Politiker mit der Renaissancebewegung des ukrainischen Volkes aufrichtig sympathisieren.

Diese schwere Aufgabe aber müssen wir, jüdische Sozialisten, erfüllen. Ergreifen wir nicht die Initiative, dann wird es wohl niemand tun. Machen wir aber den Anfang, dann werden voraussichtlich auch die bürgerlichen Elemente sich nicht lange fernhalten.

Unsere Anteilnahme an dem Aufstand gegen den Hetman hat ja lediglich aus dem Grunde das gewünschte Resultat vermissen lassen, weil die ganze ukrainische Revolution an der Unfähigkeit des

Direktoriums gescheitert ist, das damals seine völlige Unreife, eine Volksrevolution durchzuführen, bewies.

In der letzten Zeit entfalten die Regierungskreise und sozialistischen Parteien, insbesondere die ukrainischen Sozialdemokraten innerhalb der Armee, eine energische Propaganda gegen die Pogrome.

Auch wir sind ja jetzt allem Anschein nach nicht allzu weit von dem Moment entfernt, da das Armeeoberkommando mit Petlura an der Spitze sich nicht mehr als die formelle, sondern als faktische Macht fühlen wird und da die Führung der Armee einzig und allein von ihm abhängen und nicht umgekehrt, wie es bis jetzt der Fall war. Bis vor kurzem herrschten die Atamane in ganz unbeschränkter Weise. Jede einzelne Militärabteilung machte ihre separate Politik, hatte ihre eigenen Pläne, ihre eigenen Kriegsmethoden, und alle zusammen, mit Ausnahme der Sicz-Legionäre, hörten nicht auf, Pogrome zu veranstalten. Schon aus diesem Grunde mußten sie vollständig kampfunfähig sein.

Die völlige Abhängigkeit des Hauptkommandos von der Atamanie und Soldateska führte dazu, daß das erstere sich einfach fürchtete, gegen die Pogromstimmungen in der Armee offen aufzutreten, und nicht den Mut aufbrachte, die am vergossenen jüdischen Blute schuldigen Atamane und Kommandanten zu bestrafen, weil das Hauptkommando hiedurch seine Autorität in der Armee zu verlieren befürchtete. So erschien eigentlich die Autorität des ukrainischen Armeeoberkommandos und Petluras, so unglaublich dies auch klingen mag, auf die Duldung der Vernichtung und Ausrottung des jüdischen Volkes gestützt. Mit einer derartigen Erscheinung konnte sich die jüdische Oeffentlichkeit niemals abfinden und die ukrainische Volksrepublik wird an den Folgen dieser Passivität in der Pogromfrage noch sehr lange zu tragen haben.

Eben dieser Untätigkeit und Indolenz des Hauptkommandos und Petluras entspringen auch im Wesen die in der europäischen Presse verbreiteten Gerüchte, die von der persönlichen Schuld Petluras an dem Ausbruch der Pogrome wissen wollen. Diese Beschuldigungen sind nicht begründet. Richtig ist vielmehr, daß zur Zeit des großen nationalen Unglücks, das Ende des Winters 1919 über das ukrainische Volk hereingebrochen ist, als die führende Intelligenz das eigene Volk, das sich von ihr abwandte, aus den Händen verlor, als fast das ganze Territorium in fremde Herrschaft geriet, daß man in dieser für das ukrainische Volk traurigsten Zeit, da die abgesplitterten Ueberreste des Heeres die einzige Hoffnung der Führer waren, in das eigene Territorium zurückzukehren und die Macht im Lande wieder zu erlangen, wohl gegenüber diesen destruktiven, schädlichen Erscheinungen, die sich für die jüdische Bevölkerung zu einer ungeheuren Gefahr auswachsen — der Disziplinlosigkeit, der Plünderungen und Pogromen, ein Auge zugedrückt hat. . . . Und wenn wir uns darob auch in unserem Blute wälzen mußten, unsere nichtjüdi-

schen Landsleute bemerken dies nur äußerst selten und auf unsere wehklagenden Hilferufe reagieren sie mit Staunen: „Was will denn eigentlich dieser Jude, warum schreit er? Es ist ja ohnedies alles in bester Ordnung...“

*
*

Als ich nach Rowno kam, regierte dort, ein gewisser Ataman Oskilko und einer seiner Helfershelfer, Kommandant der Militärsplionageabteilung, Schapule, ein Galizianer, den angeblich die Sicz-Legionisten einnal aus ihrer Legion ausgeschlossen haben. Oskilko machte einige Tage vor dem 1. Mai den mißlungenen Versuch, die Militär- und Staatsgewalt an sich zu reißen, und arretierte mit Hilfe seiner Soldaten und der Partei der National-„Sozialisten“ (S. S.) die sozialistischen Minister. Dem Putsch hat Petlura sehr schnell ein Ende bereitet, die Minister befreit und die Ordnung wieder hergestellt. Oskilko, Schapule und Konsorten flüchteten nach Polen. Dieser Zwischenfall verfehlte nicht, einen tiefen Eindruck auf die Rownoer Bevölkerung zu machen. Sogar unter den jüdischen Arbeitern wurden Sympathien für Petlura wach, da man davon allgemein sprach, daß Petlura einen konterrevolutionären Versuch energisch unterdrückt und die sozialistische Regierung gestützt hat. Die jüdische Bevölkerung freute sich unsäglich darüber, daß sie von diesem Sadisten oder Irrsinnigen, dem Mörder Schapule, befreit wurde und daß man die unter den Verdacht des Bolschewismus gestellten jüdischen jungen Leute nicht wie bisher in den Waggons der Militärsplionageabteilungen quälen wird, in denen Schapule einen elektrischen Sessel aufgestellt hatte, mittels dessen man den Beschuldigten oder Verdächtigten die nötigen „Geständnisse“ einfach erpreßte.

Diese neue Stimmung innerhalb der Bevölkerung machte sich insbesondere am 1. Mai bemerkbar, als über Initiative der Regierung und des Zentralbüros der Rownoer Arbeitervereine, anlässlich des Arbeiterfeiertages, Massenmeetings in der ganzen Stadt veranstaltet wurden. An diesem Tage fand auch eine große jüdische Arbeiterversammlung statt, zu welcher die ukrainischen sozialistischen Parteien, darunter auch der ukrainische Kommunist Tkaczenko, eingeladen und vom jüdischen Arbeiterpublikum freundlich begrüßt wurde. Im Namen der lokalen polezionistischen Organisation sprach ich, unter lebhafter Zustimmung seitens der Versammelten, über das ukrainisch-bolschewikische Friedensbedürfnis, im Geiste unserer Winnicaer Februarresolution.

Aber gleich einige Tage nach diesem Feiertag mußte Rowno evakuiert werden. Diesmal unter dem Druck der Polen. Sie trieben uns vor sich her von Rowno nach Radziwillow, von dort nach Zloczow und von Zloczow nach Tarnopol. Unter dem Drucke des polnischen Angriffes mußte die ukrainische Armee immer mehr sich der groß-ukrainischen Grenze nähern und den Zbrucz überschreiten. Die Re-

gierungszüge folgten unmittelbar dem Militär, zu beiden Seiten den Feind, vorne die Bolschewiken, hinten die Polen. Als wir Tarnopol verließen, stand die Stadt bereits unter polnischem Artilleriefeuer und einer unserer Regierungszüge wurde von einem Schrapnell in Brand gesteckt, während Woloczysk sich noch unter den Bolschewiken befand und die ukrainische Armee zehn Kilometer hinter der Stadt kämpfte.

Der Fall Oskilko-Schapule charakterisiert in klarer Weise das geistige Erbe, welches die neue Regierung zu bekämpfen hatte. Bezeichnend für die atamanische Praxis, die wir hier mitzumachen hatten, ist auch folgende Geschichte: Unweit von der galizischen Grenze, als unsere Wanderregierung allmählich sich der Heimat näherte, in der Hoffnung, daß es dort möglich sein wird, die aufbauende Staatsarbeit in Angriff zu nehmen, versuchte einer der Atamane zusammen mit noch einem Angehörigen der Militärspionageabteilung, einem zweiten Schapule, dem Leutnant K., überraschenderweise eine Mobilisierung sämtlicher Beamten von den untersten bis zu den Vizeministern „zwecks Verstärkung der Front und Verrichtung von notwendigen militärischen Arbeiten“ durchzuführen. Dies ereignete sich in der Station Bogdanowka, unweit Podwoloczyska. Einige bewaffnete Soldaten mit Leutnant K. an der Spitze erschienen vor unseren Zügen und gaben Befehl, daß alle sofort die Waggons verlassen und sich „vergattern“ müssen. „Alle werden mobilisiert“ — erklärte K. „Wer nicht aus dem Waggon herauskommt, wird an Ort und Stelle erschossen.“ Als ihm der Vertreter des Ministeriums für Volksgesundheit, der bejahrte Dr. B. entgegenhielt, daß der Premier erklärt hatte, die Mobilisation müsse bis zur Entscheidung des Ministerrats verschoben werden (die Mobilisation als gänzlich ungesetzlich zu erklären, dazu reichte wohl der Mut unserer Minister nicht aus), da preßte dieser Bursch seinen Revolver frech an die Schläfe des alten Ministers und befahl ihm barsch, zu schweigen.

Ich war fest entschlossen, in Ausnützung meiner „privilegierten“ Lage als Jude unter Ukrainern mich nicht vergattern und mobilisieren zu lassen. Anfangs ist mir dies auch gelungen, denn K. wagte es offenbar nicht, mich anzutasten. Später aber, als ich vom Zug zum Bahnhof ging, fing mich ein anderer Leutnant ab und assentierte mich. Er gab mir sogar einen Schein, der dahin lautet, daß „Salomon Goldelman für eine Stunde zwecks Abholung seiner Sachen aus dem Waggon befreit wird“ — alles im alten russischen Militärstil. Diesen Schein habe ich für das zukünftige Museum der ukrainischen Revolution wohl aufbewahrt.

An demselben Tage kam Petlura von der Front und machte sogleich den ungesetzlichen Befehl, betreffend die Mobilisierung der Beamten, rückgängig. Wie sich aus dem Verlauf der weiteren Geschehnisse unzweideutig ergab, steckte hinter dem ganzen Befehl der Versuch, das sozialistische Kabinett zu stürzen. Auch hier in „Czorny Ostriw“ organisierte der ehemalige Ataman Balbaczan, der

sich in der Kiewer Periode des Direktoriums durch seine reaktionären Machinationen im Charkower und Poltawaer Gebiet auszeichnete, eine Verschwörung gegen Petlura und wollte das Kommando über das Zaporoscher Korps an sich reißen. Die Kosaken leisteten ihm keine Gefolgschaft und daran scheiterte er. Das über ihn vom Militärgericht verhängte Todesurteil wurde dieser Tage an ihm vollstreckt.

Dies ist die Situation, in der die sozialistische Regierung arbeiten muß.

* * *

Ich kann jetzt schwer voraussehen, was mir in Kamenetz noch bevorsteht. Wir werden in den nächsten Tagen dorthin verreisen. Schon in Galizien waren phantastische Gerüchte über die bolschewikischen Gewalttaten gegen die Ukrainer in Kamenetz verbreitet. Beschuldigt hat man natürlich wieder einmal die Juden. Im Zusammenhang mit diesen Gerüchten wird auch in jener Armeeabteilungen, die gegen Kamenetz marschieren, eine starke Pogromagitation getrieben. Genosse Bepalko, der eben von jenem Frontteil zurückkehrte, erklärte mir erregt, daß ihn die Stimmung äußerst beunruhige und daß er nicht sicher sei, ob die Besetzung Kamenetz⁴ glatt vor sich gehen werde. Du kannst Dir vorstellen, wie diese Nachrichten auf mein Gemüt wirken, zumal mich niemand zu überzeugen in der Lage sein wird, daß man den Ausbruch von Pogromen nicht verhindern kann. Dabei mußst Du bedenken, daß sich manche unter den Ukrainern in der letzten Zeit einer ganz neuen Ideologie, die von den Führern der unter der Losung: „Erschlagt die Juden — rettet die Ukraine!“ gegen die Bolschewiken organisierten Aufstände stammt, hingeben. Nach dieser Ideologie sind die Pogrome ein unvermeidliches Naturereignis, eine Volksbewegung, der neue, vom Volk betretene Weg zu seiner nationalen Befreiung.

Zu unserem Zug kommen oft Delegationen der Aufständischen von der anderen Frontseite. Diese sind ganz gewöhnliche Antisemiten und Pogromisten in der Potenz. So kamen dieser Tage drei Emissäre der Aufständischen aus dem Kamenetzer Bezirk. Sie behaupten alle dasselbe, erzählen alle dieselben Kamenetzer Märchen, wobei alle drei „linke Sozialisten“ sind. Ich muß mit Bedauern konstatieren, daß einige unserer Minister, und besonders der ukrainischen Sozialrevolutionäre, dieser unglückseligen, neuen Ideologie verfallen sind, die ihnen gestattet, leichten Herzens und sehr bequem auf die Pogroms zu reagieren: „Was sollen wir denn gegen eine spontane „befreiende“ Volksbewegung anfangen!“ Ich habe dem jüdischen Minister den Vorschlag gemacht, diese Frage im Ministerrat zu erörtern und die Personen und Dinge mit dem rechten Namen zu benennen. Herr Kraßny ist wohl auch sonst nicht sehr schüchtern und wird unseren Standpunkt mit der nötigen Energie zu vertreten wissen. Es gehört wahrlich viel Selbstlosigkeit und Aufopferungsfähigkeit dazu, bei den Ukrainern in diesen schwärzesten Zeiten Minister für jüdische Angelegenheiten zu sein.

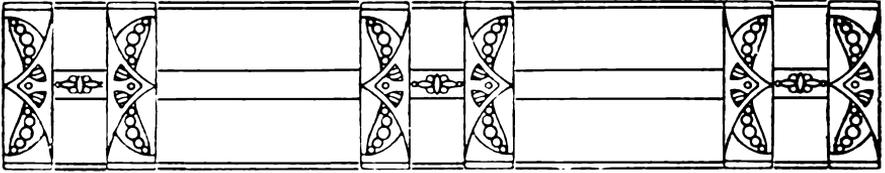
Es verdient mit Genugtuung festgestellt zu werden, daß die ukrainischen Sozialdemokraten sowie ein Teil der Sozialrevolutionäre, wie zum Beispiel Dr. Odrina, von der Pogromunvermeidlichkeitstheorie weit entfernt sind. Ich muß mich auch gegenwärtig der Aufgabe unterziehen, den ukrainischen Ministern und Parteiladern das ABC der Antipogromlehre beizubringen.

Lebewohl, mein Freund! Morgen reisen wir nach Kamenetz. Von dort aus will ich Dir über alles, was ich in der Ukraine erleben werde, ausführlich schreiben.

Dein S.

Schwarze Insel, Juni 1919.





FÜNFTER BRIEF.

Wer ist schuld?

I.

Offener Brief an die ukrainischen Sozialisten *).

Die jüdische Bevölkerung wird unauhörlich terrorisiert. Sie lebt in einer mit antisemitischem Stickstoff geschwängerten Atmosphäre. Man raubt, mordet, plündert und arretiert, und dies mit der Zustimmung, ja oft unter direkter Anteilnahme aller nichtjüdischen Elemente der Stadtbevölkerung, nicht allein der ukrainischen, sondern hauptsächlich der polnischen, reaktionär-russischen und überhaupt aller, von denen man schwerlich annehmen kann, daß sie den Juden ihren angeblichen Haß gegen den ukrainischen Staat vergelten wollen, da sie allein höchst ungeduldig darauf warten, daß die polnische Schlachtaarmee aus Galizien oder die denikinisch-kolczakschen-monarchistischen Banden aus Rußland dem ukrainischen Staatswesen ein Ende bereiten.

Die jüdische Bevölkerung wird mit Haß, Wut und Verachtung behandelt und der aktiven Sympathie und Unterstützung der russischen Bolschewiken in ihrem gegen die nationalen ukrainischen

*) Dieser Brief wurde im Juni 1919 in der ukrainischen sozialistischen Zeitung „Gromada“ und in der russischen „Podolskyj Kraj“, beide in Kamenetz erscheinend, veröffentlicht. Hervorgerufen wurde dieser Brief durch den Pogrom-rausoh, welcher die Stadt im Momente meiner Ankunft in Kamenetz beherrschte. Das erste Resultat meines Protestschreibens war eine gemeinsame Deklaration der jüdischen und der ukrainischen sozialistischen Parteien (Beilage zu diesem Brief). Damals habe ich in keiner anderen ukrainischen Zeitung geschrieben. Trotzdem aber hielt es das Mitglied des Zentralkomitees des jüdischen kommunistischen Verbandes, Herr Arsch, für „kommunistisch“ notwendig, aus Winnica nach Kiew zu telegraphieren, daß Goldelman in Kamenetz an Pellura-Zeitungen mitarbeitet, die die Aufrufe enthalten: „Haut die Juden, rettet die Ukraine!“ Als derselbe Herr Arsch von einigen Winnicaer Sozialisten gefragt wurde, wozu er eigentlich solche Lügen hinaustelegraphiert, da antwortete jener ganz reuelos: „Wenn dies auch unwahr ist, habe ich es doch aus dem Grunde getan, weil alle Poalezionisten Konterrevolutionäre sind.“ Arschs Telegramm rief in der ganzen Kiewer kommunistischen Presse eine Flut von Artikeln hervor unter den schreienden Ueberschriften: „Die schwarzen Krähen“, und andere.

Der Verfasser.

Errungenschaften gerichteten Zerstörungswillen, in ihrer rücksichtslosen Vernichtung des ukrainischen Bauern im Namen eines „vereinigten, unteilbaren Rußland“ beschuldigt.

Es könnte in erster Linie den ukrainischen Sozialisten und Nationalisten, die an der Konsolidierung des ukrainischen Staates so lebhaft interessiert sind, wahrhaftig nicht schaden, sich etwas eingehender mit der Frage zu befassen, wer eigentlich ihre „Verbündeten“ sind, und wie es diese Pogrommacher aus den kleinbürgerlichen Kreisen der antisemitischen „Schwarzen Hundert“ russischer, polnischer und „kleinrussischer“ Herkunft, die die aktiven und unmittelbaren Urheber des Kamenetzer Pogroms sind, und außerdem freiwillig Spionage gegen die jüdischen „Bolschewiken“ treiben, mit der ukrainischen Volksrepublik meinen.

Ich warne! Diese „Verbündeten“ scheinen mir sehr verdächtig und absolut nicht würdig, mit der Sicherung der Errungenschaften der ukrainischen Revolution betraut zu werden, auch wenn man sogar auf dem unmöglichen Standpunkt steht, daß ein jüdischer Pogrom das richtige Mittel zum Zweck ist, und daß die jüdische Bevölkerung diese „Strafe“ verdiene.

Man muß ferner einfach mit antisemitischer Blindheit geschlagen sein, um nicht zu erfassen, daß der Kommunismus für 90 Prozent der ukrainischen Juden, all diese Händler, Makler, Handwerker usw. durch die Nationalisierungen und Sozialisierungen ihrer Krämerläden und Werkstätten, durch Vernichtung des ganzen Handels- und Vermittlerstandes sowie überhaupt durch die bolschewistischen Experimente, den Sozialismus mit Gewalt zu realisieren, die Gefahr einer ökonomischen Katastrophe in greifbare Nähe gerückt hat.

Die ukrainischen Sozialisten sollten auch daran nicht vergessen, daß der Bolschewismus den übrigen 10 Prozent Juden, den jüdischen Arbeitern und der aktiven revolutionären Jugend in erster Linie die soziale Revolution bedeutete, eine Bewegung, die ihrer Idee nach die Abschaffung der Klassenexploitation und der nationalen Unterdrückung anstrebt.

Und wenn die Ukrainer auch ihr Hauptaugenmerk der zweiten Seite der bolschewistischen Medaille, dem russischen Zentralismus und Imperialismus, zuwandten, so kann man doch den jüdischen Arbeitern und Revolutionären unmöglich einen Vorwurf daraus machen, daß sie, denen die Schaffung des ukrainischen Staates gleichgültig war, der schöneren Seite der Medaille — der Idee der sozialen Revolution, des Kommunismus und der Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, mehr Interesse entgegenbrachten.

Dazu kommt, daß ja nicht nur dieser kleine, aber aktive Teil der jüdischen Bevölkerung, sondern auch die breiten jüdischen Volksmassen sowohl psychologische als auch reale Gründe haben, nicht bloß gleichgültig, sondern geradezu feindlich der ukrainischen Staatsmacht gegenüberzustehen.

Als am 10. Jänner, zur Zeit der ungestörten Herrschaft des Direktoriums, der Pogrom in Berdyczew ausbrach, und als nachher in Zytomir, Proskurow und Felschtn die furchtbarsten und grau-samsten Massenausschlachtungen veranstaltet wurden — was blieb da der jüdischen Volksmasse, dem Volk, das sich weniger mit Politik befaßt, sondern unmittelbar mit Schmerz und Verzweiflung reagiert, was blieb diesen Menschen denn anders übrig, als sich eben ihre eigenen Gedanken über diese Erscheinungen zu machen!

Was konnte die jüdische Bevölkerung, diese primitive Menschenmasse, die gewußt hat, daß an der direktorialen Regierung zwei jüdische Minister, die an dem ukrainischen nationalen Aufstand zusammen mit dem Direktorium mitwirkten, teilnehmen, von eben dieser Regierung noch halten?

Welchen Gefühlen mußte sich da die jüdische Bevölkerung hingeben, die die fürchterlichsten Qualen zu erleiden hatte, zu einer Zeit, da die U k r a i n e r Grygoriew, Zeleny, Schinkar, die ukrainische Taraszaner Division, die ukrainischen Bauern und das ukrainische arbeitende Volk gegen das Direktorium Krieg führten, und es trotzdem niemandem einfiel, auf diese Kriegführung der eigenen Bevölkerungskreise gegen die Regierung mit Pogromen gegen die friedliche ukrainische Bevölkerung zu reagieren.

Wenn ukrainische Zeitungen (wie zum Beispiel „Kozak“ Nr. 2*) behaupten, daß die nationalen Minoritäten in der Zentralen Rada eine ukrainerfeindliche Politik getrieben haben, warum schweigen sie sich dann so gründlich aus über die Mitarbeit des Juden Goldelman, über seine unermüdliche zweijährige Arbeit im Dienste des ukrainischen nationalen Gedankens, als Vertreter der jüdischen sozialdemokratischen Partei Poale-Zion in der Zentralen Rada, ferner als Minister, als Journalist? Wie kommt es, daß sie die ukrainerfreundliche Politik der Deputierten Syrkin, Rewutzkyj, Nowakowskyj, Schatz-Anin in eben dieser Zentralen Rada einfach stillschweigend übergehen?

Wenn sie schon von jüdischen Aufrufen, die gegen das ukrainische Staatswesen gerichtet sind, zu erzählen wissen, warum verschweigen sie Tatsachen, wie die jüdische Arbeitermanifestation, die am 1. Mai in Stanislaw unter der Losung: „Es lebe die vereinigte, freie ukrainische Volksrepublik!“ stattgefunden hat?

Warum vergißt man daran, daß auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam die poale-zionistischen Delegierten die Forderung der ukrainischen Sozialisten bezüglich der Anerkennung eines selbständigen ukrainischen Staates tatkräftig unterstützten?

Und ich frage: Ist es noch immer nicht an der Zeit, dieser wahnsinnigen antisemitischen Agitation, die die Atmosphäre unseres

*) Dieses Blatt wurde gleich darauf laut Verordnung der Regierung eingestellt.

politischen Lebens verpestet, energisch Einhalt zu gebieten! Ist es denn nicht schon an der Zeit, über die Mittel und Wege nachzudenken, die endlich zu friedlichen Beziehungen zwischen der jüdischen und ukrainischen Bevölkerung führen können?

Ich würde den maßgebenden Faktoren dringend empfehlen, dieses mein Schreiben ernstlich zu erwägen und dessen eingedenk zu sein, daß dies ein jüdischer Politiker und Sozialdemokrat schreibt, der sich durch zwei Jahre der Verständigungsarbeit zwischen der jüdischen und ukrainischen Demokratie gewidmet hat und der den einzig möglichen Ausweg aus dieser Sackgasse ausschließlich in einer radikalen, mutigen Initiative seitens der ukrainischen Sozialisten erblickt.

Salomon Goldelman,

ehemaliger Minister der ukrainischen Volksrepublik.

II.

Auszug aus einem Brief an einen ukrainischen Redakteur.

... Im letzten Heft Ihrer Wochenschrift war folgendes zu lesen: „In Odessa haben die jüdischen Kommissäre über Denunziation irgendeines Galizianers 82 Vorsteher der ukrainischen kooperativen Bewegung erschossen. Wenn unsere kulturlosen kosakischen Massen durch die unerhörten Grausamkeiten der russischen und jüdischen Sozialgendarmen aufgereizt, ihr Rachebedürfnis an dem Blute der Kinder und Eltern ihrer russischen und jüdischen Henker befriedigen, dann gerät die ganze europäische Presse und geraten auch wir in heftigste Aufregung. Wenn aber Angehörige der Juden, des kulturellsten Volkes der Welt, unser armes, bedrücktes Volk systematisch ausrotten, da schweigen wir, unseren Zorn verbeißend, und geben uns dem falschen Trost hin, daß es zwar eine große Anzahl jüdischer Kommissäre gibt, daß sie aber im Verhältnis zum ganzen jüdischen Volke doch nur eine Minderheit bilden, oder daß es auch innerhalb der ukrainischen Intelligenz Stefans, Wynnyschenkos, Levinskyjs, Piddubnis gibt, die voll des Lobes sind über die „Menschenfresser“ und ihre grausige, unmenschliche Arbeit“... „Das Blut der vielen tausenden Unschuldigen unseres Volkes, das die Sozialhenker verschuldet haben, wird an den Kindern der Mörder vergolten werden. Die Zeit der Rache wird kommen! Blut wird nicht nutzlos vergossen“...

Nun möchte ich Sie, Herr Redakteur, erstens einmal fragen, wie es kommt, daß Sie, der Sie angeblich durch die Nachrichten über die Judenausschlachtungen der ukrainischen Kosaken so sehr aufgeregt werden, zur blutigen Rache an den Kindern der „jüdischen Kommissäre“ auffordern. Meinem Gefühl nach wird jeder ukrainische Kosak Ihre Worte nicht anders denn als eine Aufforderung zu jüdischen Pogromen verstehen.

Ferner möchte ich mir noch folgende Frage gestatten: Darf man Ihre Worte etwa dahin verstehen, daß die „kulturlosen kosakischen Massen“ auch an den ukrainischen Eltern und Kindern der Stefans, Wynnyschenkos und der anderen ukrainischen Kommunisten, „die voll des Lobes sind über die Menschenfresser“, die Kommissäre, und wie ich noch hinzufügen möchte, an ihrer „grausigen, unmenschlichen Arbeit“ mitwirken, Rache üben werden? Sollen etwa die ukrainischen Kosaken Pogrome machen auch gegen die friedliche, schutzlose ukrainische Bevölkerung, sollen sie auch ihre Häuser in Brand stecken, ihre Frauen und Schwestern vergewaltigen, wie sie dies an der jüdischen Bevölkerung praktizieren? . . .

Warum erregt die jüdische Abstammung des russisch-kommunistischen Patrioten Trotzki, ihren aktivsten Antisemitismus, während die Tätigkeit der „Menschenfresser“ ukrainischer Abstammung, wie zum Beispiel Schulgins, Sawenkos und anderer treuer Mitarbeiter Denikins, keinen Ruf nach Rache an deren ukrainischen Eltern und Kindern auslöst? Und dies ist um so staunenswerter, als ja diese „Kleinrussen“, die assimilierten Verräter des ukrainischen Volkes, innerhalb der ukrainischen Intelligenz die Mehrheit bilden!

Jüdische Eltern und jüdische Kinder haben nach Ihrer Meinung mit ihrem Leben und Blute den Terror der „jüdischen Kommissäre“ zu sühnen. Wer aber wird die Verantwortung tragen für die Ermordung der jüdischen „Konterrevolutionäre“, der Hunderten jüdischer Persönlichkeiten in Rußland und in der Ukraine, die die Tschereswitschaika hingerichtet hat, die in den bolschewikischen Festungen schmachten, die vor dem Terror der „jüdischen Kommissäre“ ins Ausland fliehen mußten? Sollen etwa die „jüdischen Eltern und Kinder, Brüder und Schwestern“ der Menschenfresser auch das Blut der jüdischen Opfer sühnen?

Mir ist es wahrhaftig gleichgültig, ob Sie, Herr Redakteur, Antisemit sind oder nicht. Dies ist Ihre persönliche Angelegenheit. Aber es besteht ja unzweifelhaft eine weite Distanz zwischen Antisemitismus und Pogromagitation. Diese Distanz haben Sie überschritten. Denn wenn es im allgemeinen wirklich nur eine Frage literarischer Natur ist, etwas zu veröffentlichen, das diese oder jene Gefühle hervorruft, so grenzt es doch hier geradezu an Verbrechen, ein Wort, das einen Racheakt der dunklen Massen gutheißt und möglicherweise einen Pogrom hervorrufen wird, in aller Öffentlichkeit rückhaltlos auszusprechen.

Nein, Herr Redakteur! Sie sind im Unrecht. Nicht die jüdischen Sozialgendarmen, sondern die Moskauer-ukrainische Sowjetmacht regiert in der Ukraine. Unter ihren Agenten befinden sich unzählige Leute russischer, ukrainischer, jüdischer und in vielen Fällen zweifelhafter „internationaler“ Abstammung. Man hat bis heute noch nicht feststellen können, wie viele unter ihnen Juden

sind, und allenfalls ist es verfrüht, von einer „großen jüdischen Mehrheit“ zu sprechen. Es ist ja eine offenkundige Tatsache, daß gerade die größte Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine und Rußland unter der Herrschaft der „jüdischen Kommissäre“ viel mehr zu leiden hat als unter dem alten zaristischen Regime, daß die Juden unter viel schwereren Umständen leben müssen als die Russen und Ukrainer sogar, da ja diese doch die Möglichkeit haben, in den Dörfern Schutz zu suchen, wo man bekanntlich doch freier und besser leben kann.

Salomon Goldelman.

Beilage I.

Auszug aus der Deklaration der Kamenetzer Organisationen der ukrainischen und jüdischen sozialistischen Parteien, verlesen am 22. Juni in einer allgemeinen Arbeiterversammlung in Kamenetz-Podolsk (ukrainische Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, „Bund“ und Poale-Zion.

„Die Arbeiterparteien, die für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker kämpfen, können sich auch niemals gegen die nationale Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes wenden. Und wenn bis zum gegenwärtigen Moment die jüdische Arbeiterschaft noch nicht Schulter an Schulter mit den Ukrainern für ihre Befreiung kämpft, so ist daran einzig und allein die Direktoriumspolitik seit dem Falle des Hetmans bis heute schuld. Es war dies eine Politik der Repressalien gegen die Arbeiterschaft, eine Politik der Zensur und der völligen Einschränkung der bürgerlichen Freiheit, eine Politik der Massenarretierungen und Justifizierungen ohne Gericht und ohne jeglichen Rechtsgrund... Diese Politik verhalf den russischen Bolschewiken zur Okkupation der Ukraine und die fürchterlichen, jüdischen Pogrome, die während dieser ganzen Zeit in zahlreichen jüdischen Städten, stattgefunden haben, mußten die Juden der ukrainischen Staatsmacht entfremden und die Sympathien des jüdischen, revolutionären Proletariats mit den Bolschewiken vertiefen... Der Pogromflut muß so rasch als möglich ein Damm vorgesetzt werden. Die ukrainische sozialistische Regierung muß ein für allemal energische Maßnahmen ergreifen gegen jene Heeresabteilungen, Gruppen oder Einzelpersonen, die an diesen grausamen Schandtaten teilnehmen. Sie wird in ganz entschiedener Weise zu erklären haben, daß alle Pogromisten als Staatsverräter zu behandeln sind und daß sie, wie diese, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden müssen. Wir betonen nachdrücklichst, daß es, solange die Pogromgeschehnisse nicht endlich aufhören werden, unmöglich sein wird, die Sympathien der breiten jüdischen Arbeiter- und Volksmassen für den

ukrainischen Staatsgedanken und ihr Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung zu erhalten...“

Beilage II.

Auszug aus der Deklaration der Handwerkerfraktion der Kamenetzer jüdischen Gemeinde vom 6. Juli 1919.

„Die Geschichte des jüdischen arbeitenden Volkes in der Ukraine ist mit der des ukrainischen Volkes eng verknüpft. Jeder Fußbreit des ukrainischen Bodens ist auch mit dem Schweiß und Blut des jüdischen Volkes getränkt und wenn verschiedene Imperialisten die Selbständigkeit der Ukraine unterdrückt haben, so haben auch die jüdischen arbeitenden Massen darunter gelitten... Das jüdische arbeitende Volk ist voll des festen Glaubens, daß der ukrainische Boden ebenso wie dem ukrainischen Volk auch ihm gehöre, daß es in dem ukrainischen Lande kein Stiefkind, kein Gast ist, sondern daß es sich derselben vollen Rechte, die das ukrainische arbeitende Volk besitzt, zu erfreuen hat. Alle arbeitenden Elemente der ukrainischen Volksrepublik sind an der ökonomischen und politischen Befreiung des ukrainischen Staates in gleicher Weise interessiert. Aus diesem Grunde kann das arbeitende jüdische Volk im Moment der Revolution, der politischen, nationalen und ökonomischen Befreiung der Ukraine, nicht neutral bleiben. Die jüdischen arbeitenden Massen werden zusammen mit den ukrainischen arbeitenden Massen für eine unabhängige, selbständige, ukrainische Volksrepublik kämpfen... Die proklamierte, national-personale Autonomie, deren Realisierung die arbeitenden jüdischen Volksmassen mit großem Interesse entgegensehen, muß mit Hilfe des Ministeriums für jüdische Angelegenheiten sowie der lokalen und zentralen Organe der nationalen Selbstverwaltung auf breiter Grundlage verwirklicht werden. Wir unterstützen das Ministerium für jüdische Angelegenheiten in der ukrainischen Volksrepublik und sind gewillt, die Verwirklichung der national-personalen Autonomie, die die jüdische Demokratie erkämpft hat, durchsetzen zu helfen... Wir unterstützen die Regierung und fordern sie auf, den Kampf gegen die dunklen, provokatorischen Elemente, die an den blutigen, jüdischen Pogromen in der Ukraine aktiven Anteil nehmen, bis zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die unzähligen Tausende während der Pogrome ermordeter Juden, die Millionenschäden, die hiebei verursacht wurden, die fortdauernden Ueberfälle auf die jüdische Bevölkerung rufen in den Kreisen der arbeitenden jüdischen Massen den schärfsten Protest hervor. Die Zerstörung der jüdischen Städte führt notwendigerweise zum Ruin des ganzen Staates, da die arbeitenden jüdischen Massen für die ökonomisch stagnierte Ukraine zweifellos zu den bedeutendsten wirtschaftlichen Faktoren zählen.“

Beilage III.

Jüdische Sozialisten bei Petlura (17. Juli 1919).

Drachler (Poale-Zion): Ich will jetzt nicht in die zahllosen Fehler der ukrainischen Politik bis zur Zeit des Hetmans eingehen, ich will bloß über die wichtigsten Etappen in der direktorialen Politik, die wir Poale-Zionisten zusammen mit euch von Winnica bis Kiew und dann wieder von Kiew bis Winnica mitgemacht haben, erörtern. Ihre schwankende und unsichere politische Linie hat eine zweifache Ukraine geschaffen: eine papierene und eine wirkliche. Der sichere Beweis hiefür ist der Arbeitskongreß und der Zytomirer Pogrom. Wir sind fest überzeugt und stützen uns hiebei auf erschöpfendes Beweismaterial, daß der Berdyczewer und Zytomirer Pogrom gegen den Willen der Regierung ausgebrochen ist. Wir müssen aber zugeben, daß sich die Regierung des Verschweigens dieser Pogrome schuldig gemacht hat. Die Regierung, die auf sozialistischer Plattform stand, hätte der Pogromfrage etwas entschiedener und eindringlicher entgegentreten müssen. Sie hätte es verstehen müssen, daß ein Pogrom die Folge einer so hoch gesteigerten reaktionären Temperatur ist, die die schönsten sozialen Versprechungen in Gefahr bringt. Dies waren die vulkanischen Ausbrüche, die das Direktorium von Kiew bis auf das jenseitige Ufer des Zbrucz geschleudert haben.

Der Rückzug von Kiew bis auf das jenseitige Zbruczufer war unsere schrecklichste soziale und nationale Tragödie. Sie, die Führer der nationalen Befreiung, sind ohne Volk geblieben — wir, die Vertreter der jüdischen Arbeiterschaft, die mit euch zusammen die freie Ukraine aufbauen wollten, haben die Arbeiter verloren... Unsere Partei steht nach wie vor auf demselben Standpunkt. Die jüdische Demokratie ist ebenso wie das ukrainische Volk an der selbständigen freien Ukraine lebhaft interessiert. Wir rufen auf diesem Wege die breiten jüdischen Volksmassen und die organisierte jüdische Arbeiterschaft zur Mitarbeit auf. Diese unsere Arbeit aber bedarf der Hilfe und des natürlichen Widerhalls in einem energischen Kampf der Regierung und des Militärkommandos gegen die jüdischen Pogrome...“

Bograd („Bund“ und „Vereinigte jüdische Sozialisten“). Wenn Genosse Wynnytschenko auf dem Kongreß der Arbeitenden die Demokratien der Minderheiten beschuldigte, daß sie die Regierung des Direktoriums nicht unterstützt haben und daß dieses ihr passives Verhalten die Regierungspolitik im reaktionären Sinne beeinflusste, so haben ihm hierin viele Bundisten zugestimmt. Die Regierung aber zeigte anläßlich des Berdyczewer Pogroms ihren völligen Mangel an Energie... Wir unterstützen die gegenwärtige sozialistische Regierung..., aber wir müssen darauf hinweisen, daß während die ukrainischen Sozialisten die vollständige Möglichkeit haben, frei und ungehindert zu arbeiten, man die jüdischen Sozia-

listen verfolgt... Wir geben zu, daß in der kommunistischen Armee ein großer Prozentsatz jüdischer Arbeiter vorhanden ist, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es noch mehr ukrainische Kommunisten gibt, die gegen die Selbständigkeit ihres eigenen Volkes kämpfen. Trotzdem aber werden die jüdischen Angehörigen der Roten Armee, wenn sie gefangen werden, erschossen, während man die ukrainischen befreit und oft sogar auch auf verantwortliche Posten stellt... Gegen derartige Formen des Antisemitismus muß die Armee und die republikanische Regierung offen kämpfen... Wir erfüllen unsere demokratische Pflicht, verlangen aber, daß Sie Ihrerseits dasselbe tun..."

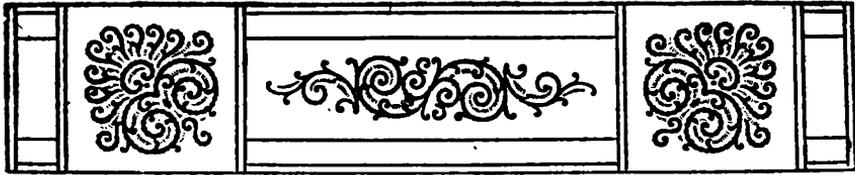
Beilage IV.

Verordnungen des Rates der Volksminister.

1. An den Ministerpräsidenten und Hauptatamanen heranzutreten, daß sobald als möglich die schärfsten Maßnahmen zur Liquidierung der antijüdischen Pogromausschreitungen und zur strengen militärgerichtlichen Bestrafung der Schuldigen ergriffen werden... 3. Dem *Preß- und Propagandaminister nahelegen, die Presse zu überwachen, daß keine öffentliche Pogromagitation in Zukunft getrieben werde... 4. Aufklärung der Arretierungsangelegenheiten seitens des Kriegsministers, sofortige Befreiung der Unschuldigen und Maßnahmen gegen weitere gesetzwidrige Arretierungen... 6. Der Verkehrsminister hätte Mittel und Wege zu finden, um das Leben der Passagiere sicherzustellen... 8. Erlassung eines Aufrufes der Regierung an die Bevölkerung und die Armee, in dem die traurigen Folgen und der große Schaden, die die jüdischen Pogrome dem ukrainischen Volke zufügen, klargelegt werden und an die Bevölkerung sowohl wie auch an die Kosaken appelliert werden soll, Hand in Hand mit der Volksregierung diese verbrecherischen Auswüchse endgültig auszurotten.

Kamenetz, den 14. Juni 1919.





SECHSTER BRIEF.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Wertester Genosse!

Deinen Brief, den Du mir nach Stanislau schicktest, erhielt ich erst vor kurzem in Kamenetz. Die Nachricht, die Dir von den polnischen Genossen zugegangen ist, wir beide wären wegen unserer Teilnahme an der Regierung des Direktoriums aus der Partei ausgeschlossen, entspricht möglicherweise den Tatsachen. So ungeheuerlich unsinnig und vernunftwidrig diese Maßregelung aber auch sein mag, zumal wir ja in die Regierung durch einen ausdrücklichen Beschluß eben desselben Hauptkomitees eingetreten sind, darfst Du sie ihnen doch nicht verargen. Es trifft sie keine Schuld, da sie vermutlich gezwungen sein dürften, sich den neuen Herren anzupassen. Oder willst Du etwa von ihnen einen so aufrichtigen revolutionären Geist fordern, daß sie nicht einmal vor den Bolschewiken Angst haben sollen? Sie sind doch schließlich nur „jüdische Intellektuelle“! Dabei hat es den Anschein, daß man im Ausland über die Methoden der Bolschewiken, die „Partei zu reinigen“, noch nicht genügend informiert ist.

Hier in Kamenetz und in Proskurow sind bis jetzt keine Nachrichten über unseren „Ausschluß“ eingetroffen, obzwar diese beiden Städte durch mehrere Monate von den Bolschewiken besetzt waren. Die Organisationen haben auch sonst mit Kiew Verbindungen unterhalten und haben sogar von dort mehrere Zirkulare bekommen. Unsere Parteikonferenz in Kiew hat sich mit der Frage unseres Ausschlusses nicht befaßt. Lediglich aus einem Brief, den ich durch Zufall aus Winnica bekommen habe, erfahre ich, daß diese Frage dort hoch aktuell war und in der kommunistischen Presse, besonders in dem Blatt Rafes', leidenschaftlich diskutiert wurde. Sagen wir es rund heraus, man verlangte von unseren Genossen, sie sollen Rewutzkyj und Goldelman abschütteln, wenn sie von der kommunistischen Partei als sowjetfreundliche Organisation anerkannt werden wollen. Die Genossen haben sich wohl dagegen aufrichtig gewehrt, aber es ist klar, daß sie notgedrungen diese Vivisektion durchführen werden müssen. Denn sonst würden ja die Feinde recht

behalten, die behaupten, daß wir in die Regierung vom Hauptkomitee entsendet wurden, und daß wir aus derselben wiederum durch den Willen der Parteiberatung und Beschluß des Hauptkomitees ausgeschieden sind.

Daß aber all dem nur untergeordnete Bedeutung zukommt, wirst Du aus folgendem Dokument erschen. Als ich nach Kamenetz kam und meine politische Tätigkeit mit einer energischen, scharfen Agitation gegen die noch immer unaufhörlich wütenden Pogrome begann, gleichzeitig aber die sozialistische Regierung in ihrem Kampfe gegen das Atamanentum und gegen die innere Reaktion — die eigentliche Urheberin der Pogrome — tatkräftigst unterstützte, da fielen die lokalen bolschewikischen und zionistischen Führer (eine merkwürdige Allianz auf der gemeinsamen Basis der Ukrainophobie) in der Absicht, innerhalb der jüdischen und ukrainischen Demokratie Verwirrung zu stiften und daselbst meinen Einfluß herabzusetzen, auf die Idee, Gerüchte betreffend meinen Ausschluß aus der Partei zu verbreiten, die den Zweck hatten, darzutun, daß ich absolut nicht mehr berechtigt bin, im Namen einer politischen Gruppe zu sprechen. Ich wandte mich daraufhin an die Kamenetzer Genossen mit der Aufforderung, meinen Fall aufzuklären. Als Antwort auf meine Zuschrift bekam ich vom Kamenetzer Komitee, in welchem sowohl die Rechten als auch die kommunistischen Poale-Zion vertreten sind, folgenden Brief:

„Werter Genosse Sch. Goldelman! Auf Ihre Aufforderung, zu den Gerüchten, die von Ihrem und des Genossen Rewutzkyj Ausschluß aus der Partei sprechen, aufklärend Stellung zu nehmen, erachten wir als unsere Pflicht, folgendes zu erwidern: 1. Weder auf der Vorkonferenz noch auf der Konferenz unserer Partei ist die Frage, Sie und den Genossen Rewutzkyj aus der Partei auszuschließen, diskutiert worden. 2. Bis heute hat die Kamenetzer Poale-Zion-Organisation weder in den Zirkularen des Hauptkomitees noch in der Parteipresse einen Bericht über diese Angelegenheit vorgefunden, woraus wir mit Recht zu folgern glauben, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind. 3. In Anhörung Ihres Berichtes über Ihre Tätigkeit während der ganzen Zeit konnten wir in ihm keinerlei Widerspruch zu unserer Parteitaktik und Parteidisziplin entdecken. 4. Ihr offizielles Auftreten in Kamenetz in unserem und im Namen aller sozialistischen Parteien läßt klar erkennen, welcher Art die Beziehungen unserer und der anderen jüdischen sozialistischen Parteien zu Ihnen sind, und daß wir alle Ihrer weiteren Tätigkeit mit Vertrauen und Befriedigung entgegensehen.

Mit Parteigruß: Das Komitee.“

Kamenetz-Podolsk, 1. Juli 1919.

(Parteisiegel.)

Gezeichnet ist dieser Brief von allen sechs Komiteemitgliedern, darunter auch von dem Kommunisten N. Es erhellt daraus, daß wir, einerlei, ob wir ausgeschlossen worden sind oder nicht, bei der aller-nächsten Begegnung mit den jüdischen Arbeiterorganisationen auch weiterhin ihr volles Vertrauen genießen werden. Ich kann mit dem Verhältnis der ganzen lokalen Arbeiterschaft zu mir, der jüdischen sowohl wie der nichtjüdischen, vollständig zufrieden sein.

Du schreibst, daß unsere Erfahrung mit der mißglückten Anteilnahme unserer Partei an der Regierung Czechowskyj's gelehrt hat, daß wir nie mehr an einer ukrainischen Regierung ohne die anderen jüdischen sozialistischen Parteien teilnehmen dürfen.

Aber erstens muß Du es doch besser wissen als ich, daß die anderen jüdischen Parteien aus dem einfachen Grunde in die Regierung nicht eintraten, weil das jüdische Portefeuille durch unsere Partei bereits besetzt war. Du erinnerst Dich doch wohl daran, daß eine Delegation der „Vereinigten“ fünf Minuten später, nachdem Du als Minister designiert wurdest, beim Premier Czechowskyj erschien, und Du weißt ja auch, was diese Delegation bei Czechowskyj zu suchen hatte. Ferner müssen wir ja der Frage nähertreten, wie wir uns für den Fall, daß die anderen jüdischen sozialistischen Parteien das gegenwärtige ukrainische sozialistische Kabinett aktiv zu unterstützen sich entschließen, zu verhalten gedenken.

Tatsächlich ist diese Möglichkeit für uns noch nicht gegeben. Solange die Bekämpfung der Pogrome nicht mit erforderlicher erfolg-verheißender Intensität durchgeführt wird, wird wohl kein einziger jüdischer Sozialist in die Regierung eintreten. Aber gesetzt den Fall, diese Frage wäre aktuell, müßten wir uns doch wohl überlegen, ob wir das Recht haben, in einer Zeit, da ein Häuflein ukrainischer Sozialisten seine letzten Kräfte hinopfert, um die Ordnung im Lande wieder herzustellen, die Atamanen- und Kommissärenwirtschaft zu bekämpfen, die Personenpolitik einzelner Direktoriumsmitglieder zu verhindern, eine reguläre und disziplinierte Armee, die die Kraft hätte, Denikin jede Lust an seinem weiteren Eroberungszug zu nehmen, zu organisieren, mit einem Worte, die demokratische Staatsordnung zu befestigen, die wir Sozialisten als eine unumgängliche Garantie für die Sicherung der sozialen und nationalen revolutionären Errungenschaften in der Ukraine halten — ob wir da noch das Recht haben, passiv und gleichgültig dem Gange der Entwicklung einfach zuzuschauen.

Der „Bund“ und die Poale-Zion führen gegenwärtig Verhandlungen mit den ukrainischen Sozialdemokraten. Unsere Teilnahme an der Regierung müßte unserer Meinung nach einige ungem-ein wichtige Maßnahmen zur Voraussetzung haben: Sämtliche Staatsgeschäfte müßten vom Ministerrat geführt werden, während das Direktorium sich allein auf die Repräsentierung des Staates und der Armee zu beschränken hätte. Die aufständischen Truppen müßten unter das Kommando der regulären Heeresteile gestellt werden, da

sonst die Pogrome, die hauptsächlich von irregulären Banden veranstaltet werden, niemals aufhören würden. Die Arbeiterpolitik hätte eine soziale Gesetzgebung in der Frage des Arbeiterschutzes und -Versicherung nach dem bolschewistischen Muster in die Wege zu leiten. Es müßten die Arbeiterräte als Klassenvertretung des Proletariats gesetzlich anerkannt werden. In der Regierung müßte sowohl der „Bund“ als auch die Poale-Zion-Partei vertreten sein, damit die jüdische Demokratie mit reinem Gewissen die Verantwortung für die Tätigkeit der Regierung mitübernehmen kann. In einigen Ministerien, die für die jüdische Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit sind, wie zum Beispiel dem Volkswirtschafts-, Finanz-, Innen- und Arbeitsministerium, müßten jüdische Vizeminister ernannt werden. In den größeren Städten wären Kommissärgehilfen aus den in Betracht kommenden jüdischen Gesellschaftskreisen zu bestimmen, die das Verhältnis der lokalen Behörden zu der jüdischen Bevölkerung zu normalisieren hätten. In der Armee müßten jüdische Vizeinspektoren eingesetzt werden, die die Beziehungen der Armee zur jüdischen Bevölkerung des Kriegsgebietes zu regulieren hätten, und noch vieles andere.

Wir wissen sehr wohl, daß ein derartiges Programm nicht im Handumdrehen durchgeführt werden kann. Wir enthalten uns auch nicht von der Mitwirkung an der Verwirklichung dieses Programms. Aber die Ukrainer formulieren eben alle diese Fragen in einer ganz anderen Weise. Sie erklären: Wir nehmen diese Forderungen restlos an, wir verfügen aber nicht über die erforderliche Kraft, sie zu erfüllen, da hierauf die gesamten demokratischen Kräfte aller Völker in der Ukraine konzentriert werden müßten.

Was würdest Du wohl, wenn Du bei uns in der Ukraine wärest, auf eine solche Erklärung erwidern?

* * *

Als ich am 14. Juni nach Kamenetz kam, da konnte es mir unter den damals herrschenden Umständen nicht einfallen, daß wir bereits ein paar Monate später praktisch vor die Frage unserer Anteilnahme an der Regierung gestellt werden könnten. Wir konnten damals keineswegs annehmen, daß die Regierung über die erforderliche Entschlossenheit und Kraft verfügen würde, um jene schwarzen Banden, die über das unglückliche Land hergefallen sind, den Volkorganismus zerstört haben und sich dabei noch den Anschein gaben, als ob sie all dies aus lauter Patriotismus täten, energisch zu bekämpfen. Ein gewisser Ataman Sch. stellte eigenmächtig Kosakentrouillen auf den Straßen, die nach Kamenetz führen, mit dem Befehl auf, alle jüdischen jungen Leute, die aus Furcht vor den Pogromen zusammen mit den Bolschewiken die Stadt verließen oder von ihnen als „Mobilisierte“ verschleppt wurden, und nunmehr, da sich die Stimmung teilweise beruhigte, zurückzukehren begannen, abzufangen und ohne jedes Verhör einfach niederzuschießen. Natur-

lich bildeten hier nur jene Wenigen eine Ausnahme, die die Möglichkeit hatten, sich um große Geldbeträge loszukaufen.

Du mußt nämlich wissen, daß ein Pogromausbruch in Kamenetz vor dem Einmarsch der Ukrainer nicht allein befürchtet, sondern geradezu mit Gewißheit erwartet wurde. Derart waren bereits die Dimensionen, die die im Zusammenhang mit der Eroberung Kamenetz innerhalb der ukrainischen Armee geführte Pogromagitation angenommen hat. Trotz alledem aber wurde der Pogrom doch nicht vom Militär, das sich in Kamenetz kaum 24 Stunden aufhielt, veranstaltet, sondern die Stadtbevölkerung, die antisemitischen Kleinbürger, die russische Beamtschaft, die polnische Halbintelligenz — diese haben die unter der jüdischen Bevölkerung verbreitete panische Stimmung zu Raub und Plünderungen, die einige Tage währten, benützt. Der Pogrom war in allen Einzelheiten nach dem alten zaristischen Muster organisiert. Mir sind Fälle bekannt, wo Hochschüler sich an den Raubzügen aktiv beteiligten, ja es ist sogar vorgekommen, daß jüdische Banditen die Gelegenheit nicht vorübergehen ließen, ihre jüdischen Hausnachbarn auszuplündern. Nur im ersten Moment, als die Truppen in die Stadt einmarschierten — am 2. Juni — waren einige Todesfälle zu verzeichnen, deren Anzahl allerdings infolge der „Tätigkeit“ des erwähnten Atamanen Sch., der es scheinbar für sicherer und ungefährlicher hielt, den Kampf mit den Bolschewiken nicht an der Front, sondern mit den unbewaffneten, des Bolschewismus fälschlich verdächtigten Juden im Hinterland auszufechten, auf zirka fünfzig sich erhöhte.

Ueber den Kamenetzer Pogrom wurden ganz schauerliche Dinge erzählt. So teilte ein während des Kamenetzer Pogroms im Städtchen Minkowetz anwesender, angesehener Kamenetzer Zionist mit, daß dorthin ein angeblich aus Kamenetz stammender junger Mann mit der Jammerbotschaft kam, daß die ganze Stadt vollständig ausgeschlachtet wurde und daß er der einzig Ueberlebende aus Kamenetz sei. Am selben Tag kam nach Minkowetz ein anderer Kamenetzer Bürger, der über diese Altweibergeschichten ganz erstaunt war. Einige Monate später las ich in dem Odessaer zionistischen Wochenblatt „Jewrejskaja Misl“ unter anderem eine genaue Schilderung des Kamenetzer und Winnicaer Pogroms. Es wird dort ausführlich erzählt, daß ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung in dem Flusse Smotrycz in Kamenetz ertränkt, daß die Stadt Winnica von allen Seiten in Brand gesteckt und daß die Juden bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Du müßtest aber den sogenannten „Fluß“ Smotrycz in Kamenetz, in dem man nicht einmal eine Katze ertränken kann, gesehen haben, um zu ermessen, wieviel Wahrheit an dieser Schauergeschichte sein kann. Was nun Winnica betrifft, so war dort während der ganzen Kriegs- und Revolutionszeit kein einziger Pogrom. Die Stadt empfing die ukrainische Armee, insbesondere die disziplinierten galizischen Truppen, mit aufrichtigem Jubel.

Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Kamenetzer ukrainische Intelligenz sich um die Verhinderung von Pogromen ein großes Verdienst erworben hat. Unter anderem erließen die Universität, der Ukrainische Klub, die Stadtverwaltung und andere Gruppen von gesellschaftlicher Bedeutung sehr energische Antipogromaufrufe.

Die Regierung, die am 14. Juni in die Stadt kam, hat über Initiative des jüdischen Ministers Krassny ernste Maßnahmen zur Verhinderung von Unruhen getroffen. Tatsächlich herrschte in der Stadt sehr bald vollkommene Ordnung, nachdem der schießlustige Ataman an die Front abkommandiert wurde. Die jüdische Bevölkerung begann sich allmählich aus den Kellern und Dachböden hervorzuwagen, versuchte vorsichtig mit den Ukrainern in Beziehung zu treten, ließ auf sich die etwas neuartig anmutenden Reden der Regierungsmitglieder, wie beispielsweise des Genossen Bespalko, in wohlthuender Weise wirken und befreundete sich immer mehr mit dem Gedanken, daß es doch wesentlichen Unterschied gibt zwischen den Pogromurhebern und der Regierung, zwischen den vergangenen Tagen und der nun anbrechenden neuen Epoche. Die Stadt lebte wieder auf.

* * *

Du weißt, daß ich meine Politik niemals nach den sogenannten Autoritäten, so sehr ihre Unantastbarkeit in den breiten Massen auch feststehen möge, richtete, noch ließ ich mich niemals von traditionellen theoretischen Dogmen oder von vorübergehenden Massentimmungen leiten. Lediglich die realen jüdischen Volksinteressen, insbesondere die Interessen unserer arbeitenden Massen, mein nationales Gefühl und mein sozialistisches Bewußtsein waren für mich bestimmend und nur sie allein gaben meiner ganzen Tätigkeit während der Revolutionszeit Richtung und Ziel. So konnte ich als politisch erstrebenswert und notwendig nur das anerkennen, was im Einklang mit der Existenz unseres Volkes als eines lebendigen nationalen Organismus, der die Möglichkeit zur Entwicklung und Gesundung bekommen muß, zu bringen war. Die vitalen Interessen der jüdischen Wirklichkeit diktierten mir eine Orientierung der jüdischen Politik ausschließlich nach jenen sozialen Erscheinungen im Leben unserer Nachbarvölker, deren Entwicklungsgang den Bestand unseres Volkes nicht gefährdet, die Zukunft der jüdischen Nation in der Welt in keiner Weise bedroht.

Für mich war der Sozialismus immer nicht nur die Freiheitsbewegung des Proletariats, sondern vielmehr eine Bewegung zur Befreiung der ganzen Menschheit, der arbeitenden Klassen aller Völker, zu ihrer Erlösung aus dem Joche der sozialen und politischen Unterdrückung. Der Sozialismus als eine exklusive Klassenbewegung oder mehr noch als die Bewegung einer Sekte, die im Namen eines Ideals die große Mehrheit der Bevölkerung, wie die Erfahrung des russischen Bolschewismus lehrt, unterdrückt, hat für mich niemals

existiert. Der Moskauer Sozialismus, der unabwendbar zur Vernichtung des jüdischen Volkes führt, der die furchtbarsten Schrecken und ökonomischen Katastrophen für Millionen russischer und ukrainischer Juden nach sich zieht, kann in mir unmöglich einen Anhänger finden. Eben diese Ueberzeugung ergab mir meine ukrainische Orientierung, da ich vom besten Glauben erfüllt bin, daß die Zukunft des ukrainischen Volkes vollkommen gesichert und daß sie zumindest in keinem Widerspruch zu unseren hervorragendsten Lebensinteressen steht, so schwer wir auch die Geburtswehen des ukrainischen Staates fühlen müssen. Fehlt mir einmal aber der Glaube an die Wiedergeburt des ukrainischen 40-Millionenvolkes, das die überwiegende Mehrheit auf einem der schönsten und reichsten Territorien der Welt bildet, dann kann ich wohl auch nicht an die Zukunft des jüdischen Volkes glauben, dann darf ich auch nicht mehr Zionist und jüdischer Sozialdemokrat sein, am allerwenigsten Poale-Zionist, sondern müßte mich einfach assimilieren, in einem der gesunden und entwicklungsfähigen Nachbarvölker, deren Zukunft über jeden Zweifel erhaben erscheint, aufzugehen trachten. Der Bolschewismus mit seinen gewaltsamen Assimilierungstendenzen, die er im Namen des russifizierten Internationalismus allen Nachbarvölkern als die einzige Heilmöglichkeit predigt, der Bolschewismus, der von dem Wahn besessen ist, innerhalb vierundzwanzig Stunden die sozialistische Staatsordnung durch Gewalt zu begründen, muß die jüdische Wirtschaft unvermeidlich ruinieren. Denn wenn schon die Nationalisierung der großen Industrien in Rußland diese unrettbar dem Untergang weihet, so trifft die Sozialisierung der jüdischen Handwerker und Kleinkrämer diese geradezu katastrophal. Während die ersteren noch eine Zeitlang nach der völligen Uebernahme durch den Staat, so lange ihre Vorräte an Rohmaterial, Maschinen usw. reichen, wenigstens ein Agoniedasein fristen können, so müssen diese jüdischen Kleinwirtschaften unverzüglich liquidieren, da man es doch von der Staatsverwaltung nicht gut fordern kann, daß sie diese Hunderte und Tausende von kleinen Werkstätten und Krämerladen in ihre Verwaltung übernehme.

Was aber sollen all diese Krämer und Handwerker, ihre Arbeiter, Frauen und Kinder, alle diese Millionen unglücklicher Opfer des Moskauer „Sozialismus“, die im Namen des Sozialismus Hungers zu sterben ausersehen sind, nunmehr anfangen? In den großen Fabriken haben sie niemals gearbeitet und kommen für sie auch jetzt nicht in Betracht, zumal ja auch diese ihre Betriebe sukzessive einstellen. Die Hoffnung wieder, die den nichtjüdischen Arbeitern winkt, sich aus dem bolschewikischen „Paradiese“ in die Landwirtschaft zu retten — kann diese etwa dem jüdischen Luftmenschen aus der Kleinstadt Trost bieten.

Einem derartigen Sozialismus kann ich unter keinen Umständen zustimmen. Der Bolschewismus propagiert als einziges in der Zeit der sozialen Revolution zielsicheres Mittel — den Bürger-

krieg, Terror und die Gewalt. Aber in Rußland sowohl wie in der Ukraine, Polen, Litauen, Ungarn droht der Bürgerkrieg sich in einen regelrechten, blutigen Völkerkrieg zu verwandeln. Er weckt in den kulturlosen Volksmassen die wildesten bestialischen Instinkte, schürt den wütendsten Antisemitismus und führt unvermeidlich zum Pogrom, zur physischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, zu Massenplünderungen, zum ökonomischen Ruin der gesamten jüdischen Wirtschaft.

Diese Form der sozialen Revolution, welche die russischen Kommunisten wählen, führt zum schärfsten Antagonismus zwischen dem Dorf und der Stadt. All die früher bestandenen ökonomischen Bindeglieder werden auf einmal ausgeschaltet — ein Umstand, der die Juden, die als Vermittlerklasse, als Kleinkrämer oder Kleinhandwerker von der wirtschaftlichen Gegenseitigkeitsbeziehung zwischen Stadt und Land leben, am allerschwersten trifft. Dieses Uebel zieht in der Ukraine, wo die Dorf- und die Stadtbevölkerung verschiedenen Nationen angehören, ein anderes, weit komplizierteres und gefährlicheres nach sich, indem dort zum sozialen noch ein nationaler Antagonismus hinzutritt, der in der Regel die Form von Judenpogroms annimmt.

Aus diesem Grunde eben kann man an die Ernsthaftigkeit der Sympathien der jüdischen Bevölkerung mit den Bolschewiken nicht recht glauben. Diese scheinbaren Sympathien dürften in der Unfähigkeit der ukrainisch-nationalen Intelligenz zur Verwaltung des Staates ihre eigentliche Ursache haben. Daß dieselben nach den furchtbaren Erfahrungen, die die jüdische Bevölkerung unter dem bolschewikischen Regime gemacht hat, von langer Dauer sein könnten, ist äußerst zweifelhaft. Die jüdischen Sozialisten, die das jüdische Proletariat nach der bolschewikischen Lehre selig werden ließen, werden sich mit aller Wahrscheinlichkeit sehr bald enttäuschen, wenn sie sich von den Arbeitermassen verlassen sehen werden. Dann aber werden diese Intellektuellen, die ihre Politik auf momentane Masseneinstimmungen aufgebaut haben, gezwungen werden, entweder zur alten marxistischen und nationalen Lehre zurückzukehren oder sich endgültig vom jüdischen Volk loszusagen und sich in den Reihen der russischen Kommunisten zu assimilieren, mit anderen Worten, das jüdische Volk und sein Proletariat zu verraten. Besonders schwierig dürfte sich dann die Lage unserer kommunistischen Poale-Zion gestalten, die nach einem „kommunistischen“ Palästina streben und es nicht wahr haben wollen, daß die Moskauer bolschewistische Politik die ökonomischen Positionen der russischen und ukrainischen Juden vollständig zerstörte und daß die aus dieser wirtschaftlichen Katastrophe resultierende Emigrationsnot ungeheure jüdische Emigrantenmassen in das wirtschaftlich nicht genügend vorbereitete Palästina werfen wird — eine Erscheinung, die für die Entwicklung des neuen jüdischen Staatswesens ungemein schädlich werden muß. Und wenn dann in Palästina sogar Lenins poale-zionistische Jünger

mit dem blutrünstigen „revolutionären Genossen“ Chaschin an der Spitze regieren sollten, müßte die Palästina-Kolonisation unter solchen Umständen trotzdem kapitulieren. Denn Palästina kann nur unter der Bedingung das Land unserer nationalen Zukunft werden, daß die Immigration den gegebenen Kolonisationsmöglichkeiten angepaßt, daß sie streng organisiert und in den ersten Jahrzehnten rigoros beschränkt werde. Da aber andererseits anzunehmen ist, daß die Kolonisation Palästinas unter der Oberaufsicht des in Kolonisationsfragen wohlverfahrenen England stehen wird, kann man kaum erwarten, daß unsere herabgekommenen, ausgehungerten, notleidenden ukrainischen und russischen Brüder in den nächsten Jahren ihren Emigrationsdrang in Palästina befriedigen werden können. Aus dieser Situation würde dann naturgemäß eine furchtbare Enttäuschung unter den jüdischen Volksmassen Rußlands folgen. So rächt sich das Leben, wenn man es mit falschen Losungen über-rumpeln will, an seinen falschen Propheten.

* * *

Dies ist aber noch nicht alles. Die Bolschewiken werden ja nicht ewig im Besitz der Macht bleiben. Schon zur Zeit des Hetmans, als sie mit der monarchistisch-reaktionären Ukraine zu Kiew in Friedensverhandlungen eintraten (mit der demokratisch-republikanischen Ukraine wollen sie sich zum Verhandlungstisch nicht setzen!), da gaben sie die Versicherung, daß sie im Abgehen so heftig die Tür zuschlagen werden, daß die ganze Welt er-zittern wird.

Die Frage, was wir Juden von diesem heftigen Türzuschlagen zu erwarten haben, ist mit der anderen, wer an die Stelle der Bolschewiken treten wird, innig verbunden. Die ganze Atmosphäre in Rußland ist von Haß gegen die Bolschewiken und von unerträglichem antisemitischen Stickstoff erfüllt, so daß man mit der Möglichkeit rechnen muß, daß, wenn einmal die bankrotten Bolschewiken aus dem Lande gejagt werden, mit ihnen der ganze bei den breiten Volksmassen diskreditierte rußländische Sozialismus in die Brüche gehen könnte. Es ist dann eine politische Reaktion zu gewärtigen, die sich auf die kleinbürgerlichen Instinkte der Stadtbevölkerung und der mürbe gewordenen Intelligenz, auf den zu erwartenden Konservatismus der neuen Bauernschaft, auf die ehemalige Sowjetbürokratie, auf die neue aus dem Schoße Sowjetrußlands erstandene Schieberbourgeoisie, auf die Wut der Roten Armee, die voraussichtlich der Sowjetmacht den Rücken kehren wird, sowie schließlich auf die Apathie der dezimierten Arbeiter-schaft stützen würde.

Jede auswärtige Militärintervention, wie zum Beispiel die englisch-kolczaksche oder französisch-denikinsche, die die Bauern mit der Rückenteignung des Bodens bedroht, festigt nur die Posi-

tionen der Bolschewiken, kann also niemals von Erfolg begleitet sein. Hingegen ist ein innerer Aufstand des Bauerntums, eine Revolte der Roten Armee, jederzeit möglich, insbesondere dann, wenn die eine oder die andere bolschewikische Kriegsoperation ein ungünstiges Ende erfahren und die Disziplin in der Roten Armee erschüttert werden würde.

Was der jüdischen Bevölkerung bei einem derartigen inneren Zerfall harrt, steht einwandfrei fest. Die jüdische Bevölkerung wird einfach ausgeschlachtet werden. Dies ist nicht allein meine persönliche Befürchtung. Daran zweifelt heute niemand in Rußland und in der Ukraine, weder die Juden noch die Nichtjuden, wenn gleich alle daran schweigend vorübergehen. Wenn es gelingen sollte, die Ukraine rechtzeitig von Rußland zu separieren, von jenem Vulkan, der das jüdische Volk mit vollständiger Vernichtung bedroht, wenn es gelingen sollte, die Ukraine, wo die größte Mehrheit des russischen Judentums, beinahe vier Millionen, lebt, unverzüglich als eine demokratische Republik mit fester staatlicher Ordnung, regulärer Armee usw. noch vor der bolschewikischen Katastrophe in Moskau zu organisieren, dann könnten wir die ganze jüdische Bevölkerung vor dem Untergang retten. Ist dies aber nicht der Fall, werden die Bolschewiken die ukrainische Volksrepublik endgültig erdrücken, dann wird das ukrainische Volk auch fernerhin auf die bolschewikische Okkupation mit Aufständen, Pogromen und sonstigen wirtschaftlichen Zerstörungen reagieren, dann wird die Ukraine für uns Juden eine noch furchtbarere Hölle werden, als sie es bis jetzt war.

Dies sind die Perspektiven, aus denen alle jüdischen gesellschaftlichen Kreise der Kamenetzer Republik die einzige Möglichkeit einer ukrainischen Orientierung folgern.

* * *

Aus Wohlynier und Podolier Städtchen kommen gegenwärtig mehrere Delegationen zum jüdischen Ministerium sowie zum Pogromhilfskomitee nach Kamenetz. Vom Ministerium verlangen sie Instruktionen bezüglich der Gemeindewahlen und der Gemeindearbeit, welche auf Grund des Gesetzes vom 17. April 1919 betreffend die autonome Verwaltung der jüdischen Gemeinden in allen Fragen des jüdischen Lebens, einschließlich der Emigrations- und Kolonisationsfragen, eine großartige Entwicklung vorausgesagt werden kann. Die Bolschewiken haben die jüdischen Gemeindevertretungen auseinandergejagt und ihre Agenden den sogenannten Proletkulten übertragen, welche es ausgezeichnet verstanden haben, das jüdische kulturelle Leben in kurzer Zeit zu zerstören. Unsere „linken“ Sozialisten haben die Gemeindevertretungen boykottiert, da sie auf ihre Forderungen nach einem jüdischen Arbeiterrat (die wahrste Nachäfferei!) nicht verzichten wollten. Jetzt erst beginnen sie

allmählich Vernunft anzunehmen, da sie sich nach schweren Anstrengungen überzeugen ließen, daß es nicht gerade übermäßig revolutionär ist, die Verwaltung der Gemeinden einfach den Zionisten und Klerikalen auszuliefern und so die ganze Entwicklung der demokratischen jüdischen Institutionen in Frage zu stellen.

Zum Hilfskomitee kommt man in der Regel um Geldunterstützung, da fast alle jüdischen Städtchen unseres Gebietes den Krieg mitgemacht und schwere Schäden erlitten haben, wenn nicht gerade durch Pogrome, so doch durch die verschiedenen Artilleriebeschießungen, Brandlegungen, Armeequisitionen und dergleichen. Das Hilfskomitee aber verfügt leider nur über sehr wenig Geld, da dessen einzige Quelle die Zuwendungen seitens der Regierung sind und 20 Millionen (ukrainische) Hrywni heute wahrlich keine große Summe bedeuten.

Die Städtchen, die zu Beginn des Frühlings von den abmarschierenden ukrainischen Militärabteilungen unbarmherzig hergenommen wurden, mußten im Sommer die Bekanntschaft jener artistischen Pogromspezialisten, der bolschewikischen Taraszczaner und Bogun-Divisionen machen, die unglaubliche Wunder im Aufspüren und Plündern der noch so verborgen gehaltenen Wertsachen und Geldbeträge verrichteten. Im Archiv des Hilfskomitees sind schriftliche Erklärungen aufbewahrt, aus denen hervorgeht, daß sehr vielen Angehörigen der genannten bolschewikischen Truppenteile die russischen Initialen W. K. in die Hände tätowiert wurden, welche lebenslängliche Katorga in Sibirien bedeuten. Es waren dies sibirische Sträflinge, die die Bolschewiken amnestiert und an die ukrainische Front geschickt haben. Man erzählt sich, daß Trotzki dies in einer seiner Reden folgendermaßen begründete: „Gegen Banditen des Petlura müssen wir auch Banditen mobilisieren!“ Du kannst Dir wohl vorstellen, in welcher Weise diese bolschewikischen „Antibanditen“ unseren armen Provinzjuden zugesetzt haben. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo dieselben nicht nur Wertgegenstände, sondern auch alte jüdische Möbelstücke plünderten, Fenster und Türen ausgebrochen und verschleppt haben. Begründet wurden diese „Maßnahmen“ damit, daß ja ohnedies die Petlura-Leute heranrücken, die all diese Dinge für sich requirieren würden. Im Archiv des Kamenetzer Hilfskomitees kann man auch sonst sehr interessantes Material vorfinden, das die an den Pogromen beteiligten aktiven und leidenden Personen in origineller, volkstümlicher Weise charakterisiert.

Die Beziehungen der jüdischen Bevölkerung zu den ukrainischen Machtfaktoren scheinen jetzt eine Wendung in der Richtung einer wirtschaftlichen Konsolidierung zu nehmen. Im Gebiet Kamenetz-Proskurow-Winnica herrscht seit einiger Zeit vollständige Ruhe. Die jüdische Bevölkerung hat durch die Entfernung der verschiedenen Armeeabteilungen förmlich aufgetatmet und geht nun

daran, sich allmählich den neuen wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen und neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen. Mit welcher Antipathie auch immer der kleinstädtische Jude Petlura, mit dessen Namen die ganze Bevölkerung der Urkaine alle bösen und guten Ereignisse der letzten Zeit verbindet, begegnen möge, eins wird allseitig anerkannt: daß man in der ukrainischen Volksrepublik leidlich fortkommen kann.

Die Blockade und der Krieg machen den gesetzlichen Handel mit dem Ausland unmöglich und es bleibt somit der Regierung kein anderer Weg übrig, als sich des jüdischen Handels zu bedienen, um wenigstens auf halblegalem Wege die für die Armee und Bevölkerung notwendigen Waren, Medikamente und andere Bedarfsartikel beschaffen zu können. Mir wurde von Fachleuten versichert, daß auf diese Weise allmonatlich über die polnische und rumänische Grenze um Milliarden Karbowantzen Waren in die Ukraine eingeführt werden.

Die hiesige Volkspartei hat die Handwerker in Kooperativen organisiert, welche mit gutem Nutzen für die Armee arbeiten. Die jüdische Arbeit hat für die Armee eine derartige Bedeutung, daß sich Petlura veranlaßt sah, diese in einem Armeebefehl als „Grund“ gegen die Pogromhetzen anzuführen.

Das Leben in den größeren Städten wird mit der Zeit doch etwas erträglicher. In den Kleinstädten und an der Front jedoch ist die Lage noch immer sehr traurig. Es fehlt dort hauptsächlich an den notwendigen administrativen Kräften und an dem dazugehörigen verwaltungstechnischen Apparat. Diese Probleme kann die an aktiven Kräften außerordentlich arme ukrainische Intelligenz nur sehr schwer lösen. Es ist dies ein Fluch, der über unserem Leben lastet.

Die kleine Gruppe jüdischer Intellektueller, die in der Provinz verstreut ist, wird sogar oft vom ukrainischen Propagandaministerium zur Verfassung von Antipogrombroschüren herangezogen, da die ukrainischen Journalisten nur in den seltensten Fällen für diese Arbeit verwendbar sind. Die Regierung würde sehr gerne einen jüdischen Journalisten zum Vizeminister im Preß- und Propagandaministerium ernennen (sie beneidet außerordentlich die Bolschewiken, die über so viele jüdische Mitarbeiter verfügen), aber es ist hiefür keine geeignete Persönlichkeit zu bekommen, da die bedeutendsten intellektuellen Kräfte des ukrainischen Judentums in Kiew oder in Odessa sich aufhalten oder gar ins Ausland gingen, wie beispielsweise die Zionisten, um dort eine — antiukrainische Agitation zu entfalten.

Ueberhaupt hat es uns jüdischen Sozialisten immer an intellektuellen Kräften gefehlt. Helfen könnten da nur die Zionisten. Aber da ergibt sich gleich als unüberwindliches Hindernis die Sprachenfrage und das jüdische Ministerium. Solange die Zionisten

das jüdische Portefeuille nicht bekommen, werden sie nicht „ukrainisch“ werden. Bekommen sie es aber, dann beginnt in unserem kulturellen Leben ein hebräisches Bacchanal. Meiner Meinung nach müßte man mit ihnen doch zu irgendeinem Einvernehmen in der Sprachenfrage kommen, insbesondere mit den „Zeire-Zion“, wenn auch um den Preis der Gleichstellung beider Sprachen in der Schule.

So sehr aber auch die Stimmung der jüdischen Bevölkerung ukrainischerfreundlich sein mag, kann man sich doch keiner Täuschung hingeben, daß die jüdische Bevölkerung der ukrainischen Regierung kein langes Leben voraussagt. Die reicheren Elemente und der jüdische Mittelstand warten immerfort auf Denikin und glauben, daß die „russische“ Macht, welche sich auf eine so alte Tradition stützt, die feste Ordnung im Staate herstellen wird. Denikin selbst leitet die Bevölkerung durch demokratische Zusagen und durch Hoffnungen auf eine Gründungsversammlung irre. Und der Jude glaubt und wartet und ist für alle Fälle vorsichtig in seiner Beziehung zu den Ukrainern.

Die Arbeiterschaft emanzipierte sich von der bolschewikischen Herrschaft, ohne daß es sie große Ueberwindung gekostet hätte. Einfach aus dem Grunde, weil die einheimischen Arbeiter eigentlich niemals im Besitz der Macht waren. Die Bolschewiken pflegten immer fremde Elemente mitzubringen, welche sie gegen den Willen der eigenen Arbeiterschaft als Exekutivkomitee der Arbeiterräte aufdrängten. Andererseits können die Arbeiter die soziale Gesetzgebung der Bolschewiken, insbesondere die soziale Hilfe für die arme Bevölkerung, für Kranke, Wöchnerinnen, Greise, Arbeitslose und dergleichen, nicht vergessen. Und es muß konstatiert werden, daß die ukrainische Regierung, die Sozialdemokraten inbegriffen, noch immer nicht den Mut aufbringt, in dieser Hinsicht die Beispiele der Bolschewiken zu befolgen. Dies entfremdet der ukrainischen Regierung die Arbeiter und läßt die Voraussetzungen für die Konsolidierung der ukrainischen Volksrepublik nicht aufkommen. Ohne die Juden und ohne die Arbeiter jedoch werden die Ukrainer die Städte niemals gewinnen.

* * *

Wir sind jetzt mit den Vorbereitungen zu unserer Parteikonferenz, welche am 15. Oktober stattfinden soll, beschäftigt. Die Konferenz wird die Parteigenossen des ganzen Territoriums, das sich unter ukrainischer Herrschaft befindet, repräsentieren.

Wir sind von Kiew vollständig abgeschnitten und müssen uns hier vorübergehend ganz autonom organisieren. Insbesondere aus dem Grunde, da die Kiewer so hochbolschewikisch geworden sind. Der Bund und die vereinigten jüdischen Sozialisten, die sich unter dem Namen „Vereinigter Bund“ zusammengeschlossen haben, haben ihre Provinzkonferenz bereits abgehalten. Diese beschloß die

Unterstützung und die Anteilnahme an der Regierung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir aus parteitaktischen Rücksichten noch vor der Konferenz in die Regierung einzutreten gezwungen werden.

Lebewohl und schreibe mir öfters. Bestätige mir gelegentlich den Empfang meiner Briefe. Jedenfalls lasse ich sie hier kopieren, damit Du sie einmal gesammelt lesen kannst.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Schalom.

Kamenetz, August 1919.

Beilage I.

Resolution der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Poale-Zion“ vom 26. August 1919.

Am 26. August 1919 haben die Komitees der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale-Zion, die den Lokalverein Kamenetz einerseits und die Organisationen des Gouvernements Podolien anderseits vertreten, in einer gemeinsamen Sitzung, die sich mit der Frage der Kandidierung von Parteimitgliedern auf verantwortliche Staatsposten befaßten, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Mit Rücksicht darauf, daß die ursächlichen Hindernisse, auf die die Genossen Rewutzkyj und Goldelman anläßlich ihrer im Monat April in Stanislaw mit den Vertretern der Regierung geführten Unterhandlungen *) hingewiesen haben, nunmehr nicht vorhanden sind, da 1. die Regierung und das Hauptkommando die Pogromerscheinungen energisch bekämpfen, 2. die Verständigung zwischen der ukrainischen und jüdischen Demokratie bereits reale Formen angenommen und gute Resultate gezeitigt hat, so daß die Regierung in Fragen der national-personalen Autonomie die jüdische sozialistische und Volksdemokratie sowie die Politik des gegenwärtigen Ministeriums für jüdische Angelegenheiten ausnahmslos unterstützt, 3. da die Regierung die Legalisierung der jüdischen sozialistischen Parteien und deren ungehinderte Betätigung vornahm, sowie die Zusicherung des Bestandes der kommunistischen politischen Gruppen unter der Bedingung, daß sie sich der ukrainischen Volksrepublik gegenüber loyal verhalten, durchzuführen bereit ist, 4. die Regierung eine sozialistische und auf fester demokratischer Grundlage stehende ist, 5. das Arbeitsministerium im ständigen Kontakt mit den professionellen Arbeiterorganisationen steht und den Willen bekundet hat, die Institution der Arbeiterräte als zentrale Vertretungskörperschaften des Proletariats mit Beratungs- und Kontrollrecht in allen Arbeiter- und sozialökonomischen Fragen zu erneuern, beschließt die Sitzung, es als wünschenswert zu betrachten, daß das Mitglied der Partei, Genosse Salomon Goldelman die Stelle des Vize-

*) Siehe den dritten Brief.

ministers im Arbeitsministerium, ein Mitglied der Partei die Stelle eines Ministerialrates im Volkswirtschaftsministerium annehmen soll, und daß das Gouvernementkomitee eine weitere Liste von Kandidaten für die verschiedenen, in den anderen Zweigen der Staatsverwaltung zu besetzenden Posten zusammenstellen soll.“

Beilage II.

Auszug aus der Regierungsdeklaration vom
12. August.

„... Um die ukrainische Volksrepublik aufzurichten, um die Ruhe und Ordnung, welche alle Bürger unseres Staates anstreben, herzustellen, muß sich die Regierung auf das ganze Volk stützen, muß sie alle Gruppen der Bevölkerung, denen die demokratischen Errungenschaften der ukrainischen Revolution und die Unabhängigkeit unserer Republik teuer sind, zur Mitarbeit in der Regierung heranziehen. Gestützt auf das Beispiel der demokratischen und sozialistischen Regierungen in Westeuropa und im Einklang mit den Erklärungen des Direktoriums der ukrainischen Volksrepublik sprechen wir unseren festen Willen aus, den Kampf um die Sicherung der demokratischen Ordnung in der Ukraine unermüdlich bis zum erfolgreichen Ende fortzuführen.

Die Regierung hat Gesetzesprojekte betreffend die Wahlen in die Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten und proportionalen Wahlrechtes sowie betreffend die Einführung der Selbstverwaltung in den einzelnen Ortschaften ehestens vorzulegen.

Da die Regierung den Standpunkt der Vereinigung aller demokratischen Kräfte in der Ukraine vertritt, werden die demokratischen Gruppen aller Völker aufgefordert, die von der Regierung zur Festigung der demokratischen Ordnung in der Ukraine getroffenen Maßnahmen aktiv zu unterstützen und die unabhängige ukrainische Volksrepublik als das notwendige Fundament für die sozialökonomische, politische und kulturelle Entwicklung aller Völker, die die ukrainische Erde bewohnen, zusammen mit den Angehörigen der ukrainischen Demokratie aufrichten zu helfen...“

Beilage III.

Die ukrainische Regierung an die jüdische
Bevölkerung.

Die ukrainische Volksrepublik führt einen erbitterten Kampf gegen ihre Feinde von rechts und links für ihre Existenz und Selbständigkeit, für die Volksfreiheit und die Errungenschaften der Revolution, für die Sicherung des Rechtes des arbeitenden Volkes auf den Boden sowie für die Durchführung der Gesetze, welche die Arbeit und das ganze arbeitende Volk schützen. Die russischen Bolschewiken-Kommunisten können sich vom alten russischen Im-

perialismus nicht befreien und betrachten sich in Bezug auf die Ukraine als die Erben des Zarismus. Zwecks gewaltsamer Verwirklichung des Kommunismus mit Hilfe des Bürgerkrieges hetzen die Bolschewiken die finstersten Instinkte und niedrigsten Gefühle der Volksmassen auf. Dieses System hat auch seine Früchte gezeitigt: eine Flut von jüdischen Pogromen ergoß sich über die ganze Ukraine.

Die sozialistische Regierung, die an der Spitze der Republik steht, führt zusammen mit dem Hauptataman Petlura einen entschlossenen Kampf gegen die Pogrome. Es wurde eine Sonderuntersuchungskommission gebildet, die die Pogromgeschehnisse zu untersuchen und die Schuldigen dem außerordentlichen Militärgericht auszuliefern hat. In dieser Kommission ist auch die jüdische Demokratie vertreten.

In der Armee ist eine neue wichtige Institution geschaffen worden, die Regierungsinspektoren, die, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, die Pogrome und Pogromelemente in der Armee energisch bekämpfen.

Die letzte Tagung der Inspektoren nahm einmütig den Vorschlag des jüdischen Ministeriums an, daß dieses seine Vertreter in das Inspektorat entsende.

Der Hauptataman Petlura hat eine Reihe von Befehlen erlassen, in denen er die endgültige Ausrottung aller Pogromversuche und die rücksichtslose Bestrafung der Pogromisten fordert, wobei er für die Durchführung dieser Befehle die militärischen und zivilen Behörden verantwortlich macht. Das außerordentliche Militärgericht hat bereits an vielen Pogromschuldigen das Todesurteil vollstreckt.

In mehreren Aufrufen betont Hauptataman Petlura die große Bedeutung der aktiven Hilfe, die die jüdische Bevölkerung der ukrainischen Volksrepublik im Kampfe für ihre Existenz und Selbständigkeit angedeihen läßt, und appelliert an die ukrainische Bevölkerung sowie an die Aufständischen jenseits der Front, die Pogrome, die das Land ruinieren und den Bestand der Republik in Gefahr bringen, radikal zu bekämpfen.

Die Regierung ist bereit, zusammen mit dem allukrainischen Zentralkomitee beim jüdischen Ministerium den Pogrombeschädigten in großzügigster Weise zu helfen und die zerstörte jüdische Wirtschaft wieder aufzubauen. Vorläufig hat die Regierung einen Betrag von über 20 Millionen Hrywni zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt.

Die Regierung hält an dem Gesetze betreffend die national-personale Autonomie unerschütterlich fest und ist bereit, sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verwirklichen zu helfen. Vor kurzem ist das neue Gesetz betreffend die Autonomie der jüdischen Gemeinde, der weitgehende Kompetenzen sowie das Steuerrecht zugestanden wurden, veröffentlicht worden.

Die jüdische Bevölkerung unterstützt tatkräftig die ukrainische Volksrepublik. In unzähligen Deklarationen haben sämtliche jüdische politische Parteien die absolute Selbständigkeit des ukrainischen Staates gefordert.

Die jüdische Demokratie, an deren Spitze der „Bund“, die Poale-Zion, die Vereinigten Sozialisten und die Volkspartei stehen, unterstützt die Volksregierung. Diese Parteien sind im Rat des jüdischen Ministeriums vertreten und nehmen durch ihre Repräsentanten an den Arbeiten der einzelnen Ministerien auf verantwortlichen Posten teil.

An der Feier aus Anlaß des im Jahre 1917 erlassenen ersten Universals (Manifest der Zentralrada) beteiligte sich die jüdische Bevölkerung überhaupt und insbesondere die jüdische Arbeiterschaft in hervorragender Weise, da die jüdische Bevölkerung sich dessen bewußt ist, daß an diesem Tage zuerst die national-personale Autonomie verkündet wurde, welche nachher, am 9. Jänner 1918, in der Ukraine gesetzliche Form annahm.

Der gesunde nationale Sinn diktiert der jüdischen Bevölkerung, im Kampfe für die Selbständigkeit der Ukraine Hand in Hand mit der ukrainischen Demokratie zu gehen, da die Befreiung der Ukraine zugleich die Befreiung des ukrainischen Judentums bedeutet, das durch tausend Fäden mit dem sozialökonomischen Bestand und dem Schicksal der Ukraine verknüpft ist: Nur in einer selbständigen demokratischen, ukrainischen Volksrepublik ist eine freie Entwicklung des Handels und Gewerbes, der Industrie und des Handwerkes möglich, in welchen Arbeitszweigen die jüdischen arbeitenden Massen ihren Lebensquell erblicken.

Und im selben Augenblick, da in der republikanischen Armee der Gedanke eines friedlichen Zusammenlebens aller Völker in der Ukraine immer mehr an Boden gewinnt, da die Armee immer entschiedener die schädlichen Pogromelemente aus ihrer Mitte aussondert und da viele Militärabteilungen deutliche Kennzeichen der inneren Gesundheit und Auflebung bieten, zeigen sich in der bolschewistischen Armee immer gefährlichere Symptome der inneren Demoralisation und des Zerfalles. In der letzten Zeit wurden zahlreiche jüdische Pogrome durch verschiedene bolschewistische Militärabteilungen veranstaltet, und je intensiver und erfolgreicher der Angriff der vereinigten republikanischen und galizischen Armeen, die in ihrer Mitte eine bedeutende Anzahl jüdischer Soldaten und Offiziere aufweisen, durchgeführt wird, desto furchtbarer greift die Demoralisation der bolschewistischen Armee um sich.

Der Bolschewismus hat mit Terror und Diktatur die Kraft der vereinigten Demokratie zerschmettert und den Boden für einen erfolgreichen Angriff seitens der großrussischen Reaktion, an deren Spitze Denikin marschiert, die eine Gefahr der alten zaristischen Restauration immer näher bringt, vorbereitet.

Jüdische Bürger! Jüdische Arbeitende!

Denket an die Gefahr! Seid dessen eingedenk, daß ihr die Ukraine aus der gefährlichen bolschewistischen Anarchie und eure bürgerlichen, nationalen und politischen Rechte aus der furchtbaren Reaktion, die Denikin und Konsorten nach sich ziehen, erretten müsset und sollet!

Denket daran, daß das jüdische Volk nur einen einzigen Weg hat, den Weg des friedlichen Zusammenlebens mit dem ukrainischen Volk, welches selbständig sein wird und muß.

Seid dessen eingedenk, daß die Wege des ukrainischen und jüdischen Volkes im wahren Sinne des Wortes zusammenlaufen und daß beide Völker auf eine 300jährige Leidensgeschichte unter dem russischen Zarismus zurückblicken.

Als gleichberechtigte Bürger der ukrainischen Volksrepublik verteidigt zusammen mit dem ukrainischen Volk euer gemeinsames Vaterland!

Es lebe die selbständige ukrainische Volksrepublik! Es lebe das brüderliche und gleichberechtigte Zusammenleben des ukrainischen und jüdischen Volkes in der Ukraine! Es lebe die national-personelle Autonomie! Es lebe die vereinigte Arbeiterschaft aller Nationen in der Ukraine! Es lebe der Sozialismus!

Vorsitzender des Rates der Volksminister: **Boris Martos**.
Volksminister für jüdische Angelegenheiten: **Pinchas Krassny**.

Kamenetz-Podolsk, August 1919.

Beilage IV.

Auszug aus einem Aufruf des Hauptatamanen Petlura an die Armee.

Wir bringen hier den Auszug aus einem der Aufrufe, die der Hauptataman Petljura in der Pogromfrage erließ, zur Charakteristik der Motive, mit denen man an die ukrainischen Kosaken in der Regel herantrat, sowie zur Charakteristik des Verfassers dieser Aufrufe, Petluras, des Präsidenten des Direktoriums.

„An die Soldaten der ukrainischen Armee!

...Schöne und unvergleichliche Augenblicke erlebt ihr und mit euch alle Völker, die auf dem Territorium der ukrainischen Volksrepublik wohnen, in diesem historischen Moment. Eure Ideale sind: der heilige Kampf für die Befreiung der Unterdrückten ohne Unterschied der Nation, die Herrschaft von Recht und Freiheit, die Macht des Volkes und die Unabhängigkeit unserer Republik. Die Vereinigung aller demokratischen Elemente in der Ukraine, die Zusammenfassung aller Völker, die für die Unabhängigkeit unserer Republik kämpfen, und ihre Anteilnahme an der Errichtung unseres Staatswesens bieten uns eine sichere Gewähr für unseren Sieg über die Feinde, für die Selbständigkeit und völlige Freiheit unseres Lebens.

Die größten Geldsummen verschleudern sie (die Bolschewiken), um durch Provokation den Zerfall unserer Armee herbeizuführen, insbesondere dadurch, daß sie verbrecherische Elemente dینگen, die unsere Kosaken zu Plünderungen und Pogromen gegen die unschuldige jüdische Bevölkerung aufhetzen; so wollen die Bolschewiken unsere ritterlichen Kämpfer, die die Befreiung aller Völker, die auf dem ukrainischen Territorium leben, erstreben, mit dem Pogromschandfleck anprangern. Mit solchen Mitteln versuchen unsere Feinde die ukrainischen und jüdischen arbeitenden Massen, die durch die Geschichte einer 300jährigen Unterdrückung und Knechtung seitens des russischen Zarismus verknüpft sind, zu trennen. Unsere Volksarmee muß dem ukrainischen und jüdischen Volk die Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit erkämpfen, da auch das jüdische Volk die demokratische Regierung der ukrainischen Volksrepublik aktiv unterstützt. Alle jüdischen Parteien, wie der „Bund“, die „Vereinigten“, die Poale-Zion und die Volkspartei, sind einig in der Forderung nach der Unabhängigkeit der Ukraine und beteiligen sich in gleicher Weise an dem Aufbau der Republik.“

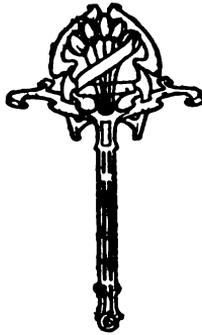
„... Mit tiefster Sympathie gedenke ich der Opfer, die die jüdische Bevölkerung im Kampfe für unsere Unabhängigkeit auf dem Altar unseres Vaterlandes gebracht hat. Aus den Meldungen unserer Korps- und Divisionskommandanten sowie aus den Berichten unserer Regierungsinspektoren habe ich mich überzeugen können, daß die jüdische Bevölkerung unsere Kranken und Verwundeten hingebungsvoll betreut hat und daß jüdische Kinder die Wunden unserer Kosaken in den Feldspitälern, die drei bis fünf Wiorst hinter der Feuerlinie aufgeschlagen wurden, geheilt haben.“ „... Die Brücke hinter Staro-Konstantinow, die die jüdische Bevölkerung in aller Eile, nachdem sie von den Bolschewiken gesprengt wurde, remontiert sowie die schnelle Herbeischaffung von Arzneimitteln und Wäsche seitens der jüdischen Bevölkerung für unsere verwundeten Soldaten sind unzweideutige Beweise ihrer loyalen Beziehung zu unserer Armee.“ „... Der Minister für jüdische Angelegenheiten hat bereits durch mehrfache Maßnahmen die bolschewikischen jüdischen Kreise jenseits der Front umgestimmt und erzielt, daß sie nicht mehr die Bolschewiken unterstützen, da sie hierin eine Gefahr für ihre eigene Existenz erblicken.

Zusammen mit euch appelliere ich an die jüdischen Bürger, Hand in Hand mit der ukrainischen Bevölkerung unserer Armee und der Regierung zu helfen — und dann kann man mit Sicherheit behaupten, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik und deren Armee die große und verantwortliche Arbeit, die ihr mit der Vernichtung der bolschewikischen Macht und mit dem gleichzeitigen Aufbau unserer selbständigen Republik, in welcher jedem Volk das Recht auf seine eigene und freie Entwicklung gewährleistet wird, verrichtet, zu einem glücklichen Ende führen werden.“

„... Hütet euch vor Provokation und rechnet gründlich ab mit allen jenen Provokateuren, die Pogrome machen oder die Schwachen unter euch dazu verhetzen wollen. Die Todesstrafe für alle Pogromisten und Provokateure!“

Hauptataman Petlura.

Kamenetz-Podolsk, 27. August 1919.





SIEBENTER BRIEF.

Hie Denikin, hie Lenin!

Lieber Genosse!

Es ist nun heute der dritte Tag unserer Parteikonferenz. Selbstverständlich mußte ich die schwersten Aufgaben, die Ausarbeitung fast aller Referate sowie die Uebernahme des Vorsitzes in der Konferenz auf mich nehmen. Hierin wurde ich teilweise von unserem alten, braven und fleißigen Genossen D. unterstützt. Dazu kommt, daß ich mich noch nicht ganz wohl fühle. Ich habe gründlich Angst, daß ich nicht auch den Flecktyphus erwische. Es herrscht hier eine furchtbare Typhus-epidemie, wir leben in unerhört antihygienischen Zuständen, so daß es eigentlich nichts Leichteres gibt, als erkranken. Ich muß mich auch tatsächlich wundern, daß ich bis heute halb und halb gesund erhalten blieb.

Soeben komme ich aus der feierlichen Sitzung unserer Konferenz, in der vor einer großen Zuhörerschaft und unter Anteilnahme der Regierungsvertreter, des Arbeitsministers Genossen Bspalko, des jüdischen Ministers Pinchas Krassny, der Vertreter der Zentralkomitees der ukrainischen sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Parteien, des Zentralrates der Arbeitervereine, des „Bundes“, der Kulturliga usw. unsere politische Resolution verlesen wurde.

Unsere Genossen in Kamenetz, in dieser provisorischen „Hauptstadt“ der ukrainischen Volksrepublik und Residenz der sozialistischen Regierung, sind an derartig jüdisch-ukrainische Paraden, wie sie öfters unter Anteilnahme der Regierung mit Ministererklärungen über ihre Zustimmung zu unseren Resolutionen und Forderungen aufgeführt werden, freilich schon gewöhnt. Unsere Delegierten aus der Provinz jedoch erlebten da eine kleine Ueberraschung.

Stelle Dir mal unseren Proskurower Genossen W. vor, der vor acht Monaten erst mit eigenen Augen den furchtbaren Proskurower Pogrom ansehen mußte, und der jetzt in die Lage kommt, zusammen mit Ministern der „Petlura-Regierung“ an einer feier-

lichen Sitzung teilzunehmen, in der die politische Resolution der jüdischen Sozialdemokratie, die die Unterstützung der ukrainischen Selbständigkeit und die Beteiligung der Poale-Zion an der Regierung ausspricht, verlesen wurde.

Und diese Resolution wurde von eben jenem Delegaten aus Proskurow verlesen, von dem Delegaten jener Stadt, die durch die Ereignisse vom 16. Februar 1919 in der ganzen Welt eine traurige Berühmtheit erlangte, der Stadt, die sich mit den Ukrainern, auch nach vielen Jahren, nicht aussöhnen wird können, weil sie ihre 1500 Erschlagenen nicht vergessen will noch kann. Der genannte Delegat kam hierher in ausgesprochen oppositioneller Stimmung und ich mußte nicht wenig Energie darauf verwenden, um ihn so weit zu bringen, daß er bei seiner Abreise erklären konnte, er sei nun wieder „Goldelmanjaner“ geworden, ein Beiname, den in unseren Parteikreisen alle Anhänger einer ukrainisch-jüdischen Verständigung erhielten.

Unsere Konferenz trägt einen provinziellen Charakter, da sie nur jenen Teil der Ukraine repräsentiert, der sich gegenwärtig unter der Herrschaft der ukrainischen Volksrepublik befindet, das ist das Gouvernement Podolien, ein Teil Wohlyniens und des Kiewer Gouvernements. An der Konferenz nahmen 14 Delegierte Anteil, die aus fast allen größeren Städten hergekommen sind. Nach politischen Richtungen verteilt sich diese Zahl auf einen Kommunisten und dreizehn Sozialdemokraten, welche letztere ihrerseits wieder in extreme Rechte, für die nicht einmal die erste These unserer politischen Resolution, die unsere Zeit als die Periode sozialistischer Revolution kennzeichnet, einwandfrei feststeht, und in linksradikale Internationalisten, ungefähr den deutschen Unabhängigen entsprechend, die mit den Anschauungen und dem Programm der Bolschewiken außerordentlich sympathisieren, zerfallen. Dessenungeachtet verurteilen alle Delegierten ohne Ausnahme die russisch-nationalistische antiukrainische Politik der Moskauer Kommunisten in der Ukraine und betrachten es als eine natürliche Erscheinung, daß unsere Partei die Idee der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine unterstützt, obgleich eine ganze Anzahl von Genossen mit unserer Teilnahme an der ukrainischen Regierung nicht einverstanden ist.

Unsere politische Resolution bildet eben eine treue Abspiegung der verschiedenartigsten Stimmungen, von denen die Delegierten und die jüdischen Arbeitermassen der Ukraine im gegenwärtigen Moment beherrscht sind. Ich bin fest überzeugt, daß unsere Resolution sogar die Genossen in Kiew befriedigen würde, vorausgesetzt natürlich, daß sie hier bei uns wären, in unserer Situation, oder daß sie zumindest die Möglichkeit hätten, sich von der diktatorischen bolschewikischen Vormundschaft zu emanzipieren, die es bekanntlich streng untersagt, selbständige Meinungen zu haben und

gar proletarische Klassenpolitik, die nicht nach dem kommunistischen Rezept Moskaus beschaffen ist, zu treiben.

Die Resolution ist genügend klar, so daß sie ein vollständiges Bild der allgemeinen Lage in der Ukraine und ihrer aktuellen Tagesstreitfrage bietet.

Dir, der Du jetzt die Möglichkeit hast, die Sozialisierungsmethoden und -Versuche des westeuropäischen Proletariats zu beobachten, wird die Orientierung unserer Konferenz im Sinne des westeuropäischen Sozialismus zweifellos einleuchten. Die bolschewikische Wirtschafterei erwies sich bei uns als absolut unfähig, eine sozialistische Gesellschaftsordnung in unserem sozial-stagnierten Lande angesichts seines wirtschaftlichen Ruins und seiner fast unorganisierten Arbeiterschaft zu begründen. Unsere Konferenz stellte unzweideutig fest, daß der Sozialisierungsprozeß in der Ukraine unbedingt zur Voraussetzung haben müsse, daß wir von Westeuropa gezwungen werden, diesen Weg einzuschlagen, daß es uns bei der Erfüllung dieser Aufgabe behilflich ist, mit anderen Worten, daß das westeuropäische Proletariat als erstes den Versuch machen müsse, die Wirtschaft seiner Länder auf sozialistischen Grundlagen umzubauen. Wir müssen uns vorderhand damit zufrieden geben, daß es uns gelungen ist, die politische und die Agrarrevolution durchzuführen, die Großgrundbesitzer aus dem Lande zu jagen, den Boden unter die Bauern aufzuteilen, die Beschränkungen der jüdischen Rechte aufzuheben und die nationale Autonomie zu erobern. Um mehr zu erreichen fehlten die objektiven Bedingungen, die hiezu erforderlichen Kräfte.

Wer die Dinge klar ansieht, muß erkennen, daß das Proletariat in der Ukraine keineswegs die führende wirtschaftliche Rolle spielt, daß es absolut nicht die Macht besitzt, unser gesellschaftliches Leben zu bestimmen, obgleich der größte Teil des Landes formell unter der Herrschaft der Bolschewiken steht. Das Bauerntum allein, das Dorf, ist der tatsächliche Herrscher im Staate.

Das Bauerntum bildet in der Ukraine die überwältigende Mehrheit der produktiv arbeitenden Bevölkerung. Der Bauer besitzt den Boden und hat auch das nötige „Kapital“, das haufenweise aufgestapelte Papiergeld, mit welchem alle Regierungen, insbesondere aber die bolschewikische, das Land überfluten und welches letzten Endes doch bei Bauern, als dem einzigen Produzenten, bleibt.

Die Industrie hat längst schon aufgehört, ein wirtschaftlicher Faktor von Bedeutung zu sein. Die Fabriken, die noch in Betrieb sind, arbeiten derart unproduktiv, daß deren Leistungen geradezu lächerlich kleine sind. Unter diesen Umständen ist es nur allzu natürlich, daß auch das Proletariat in der Ukraine, als wirtschaftliche Klasse, keine bedeutende Rolle mehr spielt. Und wenn man auch in den Städten noch vereinzelt Arbeitergruppen bemerken kann — die Mehrheit der Arbeiter hat sich aus den hungernden Städten ins Dorf gerettet — so muß man sich vergegenwärtigen, daß

diese derart lustlos und schleppend ihre Arbeit verrichten, daß man offen von Sabotage und Unproduktivität sprechen kann. Was soll das auch für eine Arbeit sein, wenn keine Kohle, kein Eisen, kein Rohmaterial und bei den Arbeitern keine Energie und kein Arbeitswillen vorhanden ist! Die Arbeitslosen sind in der Roten Armee oder in Zwangsarbeitskompagnien eingeteilt.

Dies ist die allgemeine Lage der gegenwärtigen ukrainischen Industrie, und das Resultat davon ist, daß sich innerhalb der Arbeiterschaft eine entschiedene reaktionäre Stimmung ausbreitet. Besonders merkt man dies bei der Kiewer Arbeiterschaft.

Dieselben Arbeiter der Kiewer Industrien, die in den früheren Jahren rot waren, russisch-menschewistisch oder bolschewistisch, sind gegenwärtig gelb, russisch-denikinisch oder chauvinistisch-ukrainisch. In die Arbeiterräte werden meistens „Unparteiische“ gewählt, das sind jene versteckten Konterrevolutionäre, deren gelbe Gesinnung beim ersten Machtwechsel klar zutage treten wird.

Von der Bourgeoisie als Klasse kann jetzt noch viel weniger die Rede sein, obgleich es manche Einzelpersonen aus der Mitte der Bourgeoisie sehr gut verstanden haben, in den bolschewikischen Kanzleien, deren es hier gerade genug gibt, Unterschlupf zu erlangen. Von der jüdischen Bourgeoisie gelang dies den Zionisten am besten.

Wer sich also über Wasser hält? Eigentlich nur die Kommissäre, die Mitglieder der kommunistischen Partei, die nach Hunderttausenden zählen, die die verschiedentlichen Kanzleien und Aemter derart überfüllt haben, daß man nicht einmal in der Lage ist, für einen zehnten Teil derselben Arbeit zu schaffen, ein Umstand, der die bekannten bürokratischen Verschleppungsmethoden bewirkt und in weiterer Folge — Bestechung.

Ein sehr vertrauenswürdiger jüdischer Sozialdemokrat, ein Bundist, der in einem der bolschewikischen Kommissariate in Kiew gearbeitet hat, erklärte mir einmal ganz aufrichtig, daß es in ganz Kiew keine einzige Behörde gibt, die nicht der Bestechung zugänglich wäre.

Das ukrainische Bauerntum aber bringt all diesen städtischen Angelegenheiten äußerst wenig Interesse entgegen und rüstet energisch zu einer Uebernahme der Macht in eigene Hand. Die Bauernschaft leistet jedem bolschewikischen Versuch, sie zu unterjochen, bewaffneten Widerstand, so daß die Flammen der unaufhörlichen Aufstände immer weiter um sich greifen. Daß hierbei als erster der Jude, sein Hab und Gut den Flammen zum Opfer fällt, ist wohl selbstverständlich.

* * *

Diesen Sommer erlebten wir eine neue Auflage von Pogromen: Denikinsche, russische, patriotische. Pogrome von solcher furchtbarer Grausamkeit und von einem Umfang, wie er in der ganzen Welt, auch in der gesegneten Ukraine, noch niemals erreicht war.

Für die russophile assimilierte jüdische Intelligenz sowie für unsere mittelmäßigen bürgerlichen Elemente, die da gehofft haben, in Denikin eine feste Stütze der Ruhe und Ordnung zu bekommen, waren diese Pogrome ein schwerer Schlag. Ich bin unlängst zufälligerweise mit einem diesen Kreisen entstammenden jüdischen Intellektuellen, einem Universitätsdozenten, der früher zur Zeit Nikolais ein hoher Beamter des russischen Ministeriums war, einer aus dem Ideenkreis Winawer-Sliosberg, der sich auch öffentlich zu betätigen pflegte, zusammengetroffen, der mir betrübten Herzens erklärte: Es gibt nicht mehr die alte russische Intelligenz. Sie ist im Verlauf des Niederganges des russischen Reiches völlig verschwunden. Was von ihr geblieben ist, sind ausschließlich demoralisierte, räuberische, besoffene, wilde Banditen, die mit goldenen Epauletten dekoriert sind. Es ist keine Hoffnung mehr vorhanden, mit Hilfe dieser Elemente das bolschewikische Rußland zu liquidieren und das freie russische Reich wieder aufzurichten.

Dies ist das Urteil eines jüdischen Intellektuellen, eines russisch-bürgerlichen Demokraten und Patrioten — nach dem Kiewer, Fastower und den hundert anderen jüdischen Pogromen, die mit den schrecklichsten Mitteln seitens der freiwilligen russischen Armee Denikins veranstaltet wurden.

Das ukrainische Dorf verhielt sich zu Denikin, in dessen Mitarbeitern und Mitläufern es die früheren Großgrundbesitzer, die unausgesetzt die Wiedereroberung des ehemals feudalen Bodens anstrebten, erkannte, vom ersten Moment an feindlich. Nach den Pogromen verlor Denikin auch in der Stadt, wo er in der jüdischen Bevölkerung einen ausgesprochenen Todfeind erblicken mußte, jede Spur von Sympathie. Somit war sein Schicksal rasch besiegelt. Diese Situation werden natürlich wieder nur die Bolschewiken ausnützen, es sei denn, daß es der ukrainischen Regierung gelingen würde, ein größeres Territorium, als das sie gegenwärtig besitzt, zu erobern, und daß die ukrainischen Sozialisten in der Staatsverwaltung und im Lande tatsächlich mehr Bedeutung erlangen würden, als es bisher der Fall war.

Zu dieser Möglichkeit führt die Ukrainer jedoch nur ein Weg — Verhandlungen mit den Bolschewiken zwecks gemeinsamen militärischen Vorgehens gegen Denikin. Dies ist gewiß nicht unerreichbar, zumal daran beide Parteien interessiert sind. In der letzten Zeit kam es sogar schon an der ukrainisch-bolschewikischen Front zu einer spontanen, faktischen, wenn auch nicht offiziellen Kampfpause. Aber diese Stimmung müßte natürlich konkretere Formen annehmen, wenn die ukrainischen Sozialisten es verstehen möchten, die angesichts der zwei Feinde der Ukraine — Bolschewiken und Denikin — geschaffene Situation im Interesse der erfolgreichen Entwicklung der ukrainischen Staatsidee zu benützen und den energischen Willen zur Weiterführung der Verhandlungen aufbringen würden. Diese haben eigentlich mit dem Erscheinen des

Schweizer Kommunisten Platen in Kamenetz, des Moskauer Vertrauensmannes, der die Rolle eines neutralen Vermittlers übernahm, in Wirklichkeit schon begonnen.

Mit Platen traf ich bei Genossen Bepalko zusammen. Bemerkenswert sind seine Eindrücke von der Lage der bolschewistischen Regierung in der Ukraine. In Moskau, behauptet Platen, hat sich die kommunistische Macht bereits endgültig festgesetzt. Die frühere Gesellschaftsordnung ist zur Gänze liquidiert. Mit diesem Zustand müssen sogar unsere Feinde rechnen. Anders aber ist die Situation in der Ukraine. In Kiew merkt man gleich die unendliche Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung, insbesondere der ukrainischen Bevölkerung. Die Regierungskreise sind völlig isoliert und Kiew macht den Eindruck einer vom Feind okkupierten Stadt. Die notwendige Liquidierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung befindet sich da auch im allerersten Anfangsstadium und es sind auch noch die bestehenden Klassendifferenzen ganz deutlich sichtbar.

Diese Bemerkungen eines Kommunisten über die Lage der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine sind nicht nur interessant, sondern auch sehr symptomatisch.

Wenn die revolutionären Geschehnisse des Jahres 1917 in Rußland, der Bodenhunger der Bauernschaft, die Friedenssehnsucht der Frontarmeen sowie die Unfähigkeit der bürgerlichen und gemäßigt-sozialistischen Demokratie, diese Bedürfnisse rasch zu befriedigen, den Bolschewiken die Macht in die Hände spielten, und die blinde Politik der Entente, die abwechselnd die Kozzaks und Denikins und die anderen unterstützt, deren Macht noch unendlich verstärkt, so ist die Lage in der Ukraine und die Perspektiven in die Zukunft, dank dem gegebenen nationalen Moment, wesentlich eine andere und die Herrschaft der Bolschewiken in der Ukraine bei weitem nicht gesichert. Dies hätten die vernünftigeren und ernsteren Politiker in Moskau, als sie uns einen speziellen Delegaten nach Kamenetz schickten, verstehen müssen. Die Lage der russischen Regierung ist jetzt nichts weniger als glänzend. Die erfolgreiche Bekämpfung Denikins ist für das gegenwärtige russische Regime eine Frage von Sein oder Nichtsein. Sie ist auch von unendlicher Tragweite für das ganze russische Volk, da Denikin die schwärzeste Reaktion, schwärzer noch womöglich als die zaristische — ins Land bringen würde. Aus diesem Grunde wäre ein gemeinsamer Kampf Rußlands und der Ukraine gegen Denikin außerordentlich zu begrüßen.

Andererseits, wenn es den Bolschewiken, sogar gelingen sollte, Denikin zu schlagen, würden sie noch immer gegen die Blockade zu kämpfen haben, die Rußland vom Weltmarkt abschließt. Denn es ist klar, daß die russische Regierung unbedingt darangehen muß, einen großzügigen Warenaustausch mit der Außenwelt in die Wege zu leiten, soll nicht das große russische Reich endgültig ökonomisch zugrunde gehen. Dies aber ist unvermeidlich, wenn Rußland nicht in der nächsten Zeit die Möglichkeit zur Erneuerung seiner Eisen-

bahnen bekommt, zur Anschaffung von neuen Maschinen für die Fabriken, wenn es nicht der Bauernschaft die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Geräten und der Kohlen- und Eisenindustrie die unbedingt nötigen technischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen wird.

Bekommt aber Rußland als freundschaftlichen Nachbarn die demokratische, von der Entente anerkannte Ukrainische Republik, die einen Pufferstaat bildet zwischen Rußland und seinen bisherigen Feinden, so kann es sich dann auf dem Wege über den ukrainischen Staat eine Brücke zum Welthandel schlagen. Ganz abgesehen schon davon, daß das hungernde Rußland durch Abmachungen und Handelsverträge vom ukrainischen Staat viel mehr Brot bekommen könnte, als es jetzt mit Waffenandrohung aus den ukrainischen Bauern herauszupressen vermag. Es ist ja für Rußland auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, einen Teil des reichen Donjetzgebietes sowie einen direkten Zugang zum Schwarzen Meer zu bekommen. Dabei hätte natürlich auch die Ukraine ihre Vorteile. Man kommt ja allmählich zu der Ueberzeugung, daß nicht die Größe des Territoriums allein ausschlaggebend ist, sondern daß es wesentlicher ist, ein starkes Staatszentrum, wenn auch auf einem etwas begrenzten Territorium, zu schaffen.

Die ukrainischen ethnographischen Gebiete, in deren Besitz sich unter Ausnützung der vorübergehenden Schwäche des ukrainischen Staates Polen und Rußland gegenwärtig zu gelangen beileben, würden später ohnedies energisch eine Vereinigung mit dem ukrainischen Mutterland anstreben, sofern sich dieses ökonomisch und politisch im Laufe der Zeit festigen und entwickeln würde.

So wechseln infolge der schweren Umstände die alten schönen Losungen von der Vereinigung aller ukrainischen Gebiete von Kuban bis zum San, wie sie zur Zeit der Zentralrada oder nach dem Fall des Hetmans, als man mit ausgesuchter Feierlichkeit die Vereinigung Galiziens mit der Großukraine forderte, erträumt wurde.

Nun ist es gar auch möglich, zu einem Friedensschluß mit Polen um den Preis des Verzichtes auf Galizien oder zu einer Einigung mit Moskau gegen Abtretung eines Teiles des Donjetzgebietes und der Schwarzenmeerküste zu gelangen.

* * *

Mit dem Kiewer Hauptkomitee stehen wir leider in gar keinem politischen Kontakt. Wir sind durch die Feuerlinie geschieden, welche nur äußerst selten einem ukrainischen Sozialisten, der sich in den Dörfern genügend auskennt, unerkannt zu überschreiten gelingt. Für einen Juden aber ist es völlig unmöglich, die Front zu passieren, da er bestenfalls in die Hände der ukrainischen Bauernaufständler geraten würde, aus denen er gewiß nicht lebendig davonkommen könnte.

Die ukrainischen Sozialisten haben doch gewisse Verbindungen mit ihren Organisationen jenseits der Front. Wir aber haben keine.

Ja mehr noch, nicht einmal unser Kiewer Hauptkomitee war in der Lage, eine regelmäßige Verbindung mit den Organisationen in Winnica, Proskurow und Zmerenka während der bolschewikischen Okkupation dieser Städte herzustellen, so daß die genannten Organisationen über die Politik unseres Kiewer Hauptkomitees äußerst mangelhaft unterrichtet sind. So leben wir gegen unseren Willen in zwei Staaten, müssen uns nach zwei verschiedenen politischen Linien richten, müssen Separatorganisationen schaffen, von denen jede gewiß manches tut, womit die andere nicht einverstanden sein kann, wie zum Beispiel wir mit jenen bolschewikischen Experimenten, über die wir gelegentlich in den durch die ukrainischen Kundschafter aus Kiew mitgebrachten bolschewistischen Zeitungen lesen, keinesfalls zufrieden sein können.

Trotzdem aber müssen wir, so unbequem es auch manchmal sein mag, unaufhörlich arbeiten. Wir dürfen unsere Organisationen in keinem Fall im Stich lassen und werden uns hüten, sie in die Hände jener verdächtigen Elemente zu spielen, die die jüdischen Arbeiter auffordern, in unterirdische konspirative Verschwörerorganisationen einzutreten, wo es keinesfalls leicht ist, zu entscheiden, wo die Politik aufhört und Provokation beginnt, und welche vielleicht im Interesse des Moskauer „Sozialismus“ arbeiten, aber sicherlich gegen die Interessen des arbeitenden jüdischen Volkes.

Der letzte Teil unserer Resolution wird in Dir möglicherweise einen gewissen Verdacht wachrufen: wozu diese vielen Forderungen, und wer bietet uns die Garantie, daß diese Forderungen erfüllt werden?

Die Antwort auf diese Frage liegt wohl in einem Dir gut bekannten alten ukrainischen Uebel. Unter allen ukrainischen Gruppen sind die ukrainischen Sozialisten und vielleicht noch einige wenige aus den ukrainischen Volkspolitikern fähig und willens, die Interessen des Volkes im Einklang mit der Bauernschaft und dem Proletariat aktiv zu vertreten. Aus diesem Grunde ist in der Ukraine keine Regierung denkbar, an der die Sozialisten nicht teilnehmen, soviel auch diese Regierung vom Standpunkt einer wahren demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu wünschen übrig läßt.

Die ukrainischen Sozialisten befinden sich während der ganzen Zeit der Revolution in einer derartigen Lage, daß sie unmöglich in Opposition treten können, ohne hiedurch das ganze Staatsgebäude ernstlich zu gefährden. Sie sind also gezwungen, trotzdem sie in ihrem Kampf mit jenen Elementen, die sich um das Direktorium, Petlura und in letzter Zeit auch um den galizischen Präsidenten Petruschewicz gruppieren, völlig isoliert sind, in der Regierung zu bleiben. Unsere Konferenzforderungen sind eine Art Surrogat von gesellschaftlicher Unterstützung, da die sozialistische Regierung diese Forderungen gewiß erfüllen will... Sehr interessant ist es, daß die ukrainischen reaktionären Kreise, die während der ganzen Revolution im Volke keinerlei Unterstützung fanden, sich nun in

beschleunigtem Tempo um Petruschewicz und seine Leute scharen, jenen „Nationaldemokraten“, die sogar dem Namen nach eine glatte Nachrahmung der polnischen reaktionären Partei sind. Und es ist merkwürdig, daß dieselben ukrainischen Rechtsparteien, die immer beteuern, daß sie die Ruhe und Ordnung im Staate wünschen, sich nun großen Hoffnungen hingeben, daß es ihnen mit Hilfe der Galizianer gelingen wird, die Sozialisten zu „stürzen“. Wie oft sie schon den Putschweg betreten haben! Oskilko in Rowno, Balbaczan in Proskurow und nun in Kamenetz. Ich zweifle allerdings, ob Petruschewicz, der ja wenigstens halbwegs Europäer ist, sich in solche mexikanische Experimente einlassen wird.

All dies aber hätte natürlich nur sehr wenig Bedeutung, wäre nicht jene separatistische und widerspruchsvolle Außenpolitik, die die zwei Regierungen, die galizische und die großukrainische, treiben. Auch die selbständigen Unterhandlungen, die Petruschewicz und sein Armeekommando mit den Bolschewiken und mit Denikin zu führen versuchen, bilden natürlich eine Gefahr für die Einheit des Staates.

Die Folge davon ist ein andauernder verborgener Kampf zwischen der Regierung und den sozialistischen Parteien einerseits und dem Direktorium andererseits um die Macht im Staat, und dies zu einer Zeit, da sich die rechten Gruppen, gestützt auf die Galizianer, zu einem reaktionären Abenteuer bereithalten. Die Politik der Galizianer ist also auch sehr verdächtig. Die jüdischen Parteien stützen ausnahmslos die Regierung und die Sozialisten. Das Direktorium erwies sich insbesondere in der Frage der nationalen Minoritäten als sehr unzuverlässig und sogar schädlich. Ein Beispiel nur: Der jüdische Minister Krassny hat im Ministerrat eine Bestimmung durchgesetzt, nach welcher das jüdische Unterrichtswesen in den allgemeinen Staatsschulen als autonom erklärt und dem jüdischen Ministerium unterstellt wird. Dieses Gesetz wurde vom Präsidenten des Direktoriums Petlura und noch einem Direktoriumsmitglied gezeichnet. Das zweite Direktoriumsmitglied aber verweigert hartnäckig die Unterzeichnung und hält den Entwurf seit Monaten in seiner Tischlade. So wird die Arbeit und die Politik der Regierung sabotiert. Dies ist kein Einzelfall, da sich die Direktoriumsmitglieder oft solche Extratouren erlauben.

Diese Methoden des Direktoriums, das sich zu einem Organ des personellen Regimes und der unbeschränkten Militärmacht degradiert hat, sind aber nur so lange möglich, als in dem ganzen Staatssystem das Organ des Volkswillens und der Volksmeinung vollständig fehlt. Die Wahl eines Parlaments ist unter den gegenwärtigen Umständen gewiß äußerst schwer. Für Sozialisten aber ist ein Regieren ohne Parlament unvergleichlich schwerer, da dies glattweg zur Staatskatastrophe führen muß.

* * *

Unsere Konferenz hat auf die bestehende Situation in zutreffender Weise reagiert. Unsere weitere Mitarbeit in der Regierung

ist von den zukünftigen Geschehnissen abhängig. Gleichwohl aber werden wir nur mit einer sozialistischen Regierung zusammenarbeiten, mit einer Regierung, die faktisch die Macht besitzt und sich auf die Vertreter der Bevölkerung stützt und die in der Tat beweisen wird, daß sie willens ist, mit allen Nachbarvölkern Frieden zu schließen und sich nicht mit einer fremden reaktionären Interventionsmacht gegen das Räterußland verbinden wird.

Die gegenwärtige Regierung des Sozialdemokraten Mazepa hat das ernstliche Bestreben, eine solche Regierung zu werden. In diesem Bestreben findet sie unsere vollste Unterstützung. Sollte sie aber den Versuch unternehmen, den politischen Kurs zu wechseln oder die Zusammensetzung der Regierung vom Gesichtspunkt der Parteiverhältnisse zu ändern, dann werden wir zur schärfsten Opposition übergehen. Wir können hiebei sicher sein, daß die Mehrheit der ukrainischen Sozialisten uns unbedingt folgen wird.

Kamenetz, Oktober 1919.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Schaalom.

Beilage.

Politische Resolution der Kamenetzer Poalc-Zion-Konferenz, 15. bis 18. Oktober 1919. (Einstimmig angenommen, bei einer Stimmenenthaltung.)

I. Die Konferenz genehmigt den prinzipiellen Beschluß der allukrainischen Konferenz in Kiew vom Mai d. J., der ausspricht, daß die Menschheit mit Beginn des Weltkrieges in die Epoche der sozialistischen Revolution eingetreten ist, welche früher oder später unbedingt das Endziel der proletarischen Weltbewegung, die Vergesellschaftlichung der Produktion und Abschaffung aller Arten Exploitation von Klassen und Nationen herbeiführen wird.

II. Im Verlauf dieser Revolution muß ein Moment erreicht werden, da die Macht im Staate und in der Volkswirtschaft in die Hände des Proletariats und jener arbeitenden Gruppen, die ihr soziales Schicksal mit dem der Arbeiterklasse verknüpft haben, übergehen wird.

III. In welcher Weise das Proletariat und seine Mitläufer die Macht im Staate und Gesellschaft auszuüben haben werden, wird in erster Linie das Proletariat der politisch und wirtschaftlich hochentwickelten Länder Westeuropas, wo die Arbeiterklasse bereits jetzt die tatsächliche Mehrheit der Bevölkerung bildet, entscheiden.

IV. Die Ukraine, die sich in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Beziehung in einer Stagnation befindet, wird notwendigerweise die im Laufe der Entwicklung der Weltrevolution in Westeuropa geschaffenen Regierungsformen übernehmen müssen, und das Proletariat der Ukraine wird ebenso seine revolutionären Methoden dem revolutionären Zustand in den Westländern und der

Taktik des westeuropäischen Proletariats anpassen müssen, da die gegenwärtige, trostlose, wirtschaftliche Lage der Ukraine, der erschütterte Zustand der ökonomischen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft, die aggressiv-reaktionäre Stimmung der bürgerlichen Schichten der Bevölkerung und die Apathie und Müdigkeit, die in den Arbeiterkreisen herrschen, eine andere Taktik von vornherein ausschließen und die bisherigen ökonomischen und sozialen Errungenschaften des ukrainischen Proletariats in gefährlicher Weise bedrohen würden.

V. Angesichts der gegenwärtigen Lage in der Ukraine, da von der einen Seite die monarchistisch-junkerische und kapitalistische, von Denikin heraufbeschworene Gefahr droht, und andererseits die kommunistischen Elemente die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben haben, mit Hilfe der Moskauer Regierung, das heißt mit Hilfe von Bajonetten und Diktatur der kommunistischen Partei, das Räte-regime in der Ukraine einzuführen, erklärt die Konferenz als die unmittelbaren Aufgaben der Partei: 1. daß der Krieg zwischen der ukrainischen Regierung und der kommunistischen Armee unter der Bedingung zu liquidieren ist, daß die Bevölkerung der Ukraine die Möglichkeit bekomme, innerhalb ihrer ethnographischen Grenzen ihr nationales Leben, die Formen des ukrainischen Staatswesens, der sozialen und staatlichen Ordnung sowie die zukünftigen Beziehungen der Ukraine zu den Nachbarstaaten frei und nach eigenem Ermessen bestimmen zu können; 2. daß die Moskauer kommunistische Regierung sowie die führenden kommunistischen Gruppen in der Ukraine die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Elemente gegen Denikins reaktionäre Bewegung anerkennen und daß die ukrainische Regierung mit der bolschewikischen Roten Armee ein militärisches Uebereinkommen gegen die Angriffe der russischen Gutsherren und Kapitalisten zu treffen hat.

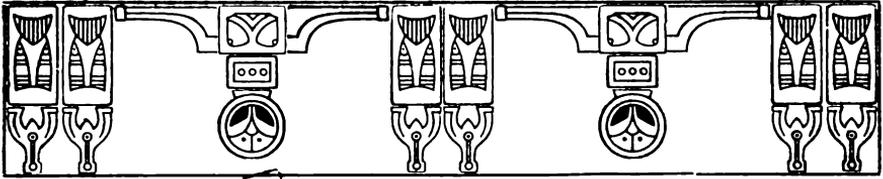
VI. Die äußere reaktionäre Gefahr einerseits, andererseits die innere antikommunistische Stimmung in den Kreisen der Bauernschaft sowie die mißlungenen kommunistischen Experimente in der Ukraine und die Schwäche des industriellen ukrainischen Proletariats machen es unbedingt erforderlich, daß die Partei für eine gewisse Zeit im Einklang mit den Punkten 1 bis 4 der Resolution sich für die Unterstützung des demokratischen Systems in der Regierung der Ukraine sowie für die Einberufung des Volksparlaments auf Grund des fünffachen Wahlmodus einsetzen soll.

VII. Die erfolgreiche Aufrichtung und Stabilisierung dieser Volksrepublik ist gegenwärtig nur unter folgenden Bedingungen möglich: 1. daß die Macht weiter in den Händen der sozialistischen Elemente bleibe; 2. daß alle nichtukrainischen sozialistischen Parteien, die den Standpunkt einer selbständigen ukrainischen Staatlichkeit vertreten, zur Verwaltung des Landes in der Weise herangezogen werden, daß sie nicht allein die Möglichkeit haben, die Staatsregierung zu unterstützen, sondern auch die Mitverantwortung

für die allgemeine Politik eben dieser Regierung tragen; 3. daß der Kampf gegen die jüdischen Pogrome mit einer solchen Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit geführt werde, daß allen Pogromelementen in der Potenz von vornherein die Ueberzeugung beigebracht wird, daß sie eine schwere gesetzliche Strafe zu gewärtigen haben; dies erfordert natürlich auch eine energische Untersuchung der bereits stattgefundenen Pogrome und eine gerechte Bestrafung ihrer Anstifter; 4. daß die Pogrombeschädigten durch Vermittlung des jüdischen Ministeriums seitens der Regierung eine entsprechende Hilfe bekommen; 5. daß die lokale Verwaltung so schnell als möglich in diesem Sinne reformiert werde, daß sie den allgemeinen Prinzipien, die in der Politik der Zentralregierung maßgebend sind, entspreche; 6. daß das ganze Hinterland, außer einem schmalen Frontstreifen, aus der Militärverwaltung ausgeschieden und zivilbehördlich administriert werde; 7. daß alle sozialistischen Parteien frei und unbehindert ihre Tätigkeit fortsetzen können; 8. daß der Grundsatz befolgt werde, wonach die bloße Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei nicht als Verbrechen angesehen werde, das gesetzlich verfolgt wird, und daß überhaupt niemand seiner Ueberzeugung wegen zu leiden habe; 9. daß die Untersuchung gegen die Mitarbeiter der früheren kommunistischen Regierung ausschließlich vom Zivilgericht geführt werde; 10. daß die Beziehungen zwischen den ukrainischen Regierungskreisen und den demokratischen Gruppen der nationalen Minoritäten den Charakter freundschaftlicher, gemeinsamer Arbeit und Verständigung tragen sollen; 11. daß die ukrainische Demokratie beim Aufbau ihres Staates sich lediglich auf ihre eigenen sozialistischen und Volksgruppen sowie auf die sozialistischen und demokratischen Schichten der nationalen Minoritäten stützen und die undemokratischen Elemente des Landes und deren Versuche, der reaktionären Bewegung im Staate selbst oder innerhalb einzelner autonomer Nationen der Ukraine zum Siege zu verhelfen, energisch bekämpfen wolle.

VIII. Es sollen die lokalen und zentralen Arbeitervertreter-schaften in der Form von Arbeiterräten mit Kontrollrecht in allen Zweigen der lokalen und zentralen Verwaltung und Beratungsrecht in allen Fragen der Wirtschaftspolitik und sozialer Gesetzgebung in der Weise ausgebaut werden, daß keine dieser Fragen ohne Wissen und Mitwirkung der zentralen Repräsentanz der Arbeiterklasse dieses Landes gelöst werde.

IX. Die Konferenz genehmigt den Eintritt der Parteigenossen in die Regierung und verpflichtet sie, die politischen Richtlinien der Konferenz in der allernächsten Zeit zu verwirklichen, denn nur wenn diese politischen Richtlinien tatsächlich zur Durchführung gelangen, wird für uns die Mitarbeit unserer Genossen in der ukrainischen Regierung und die Mitverantwortung für die Politik dieser Regierung möglich sein.



ACHTER BRIEF.

Die jüdische Demokratie in der ukrainischen Volksrepublik.

Wertester Freund!



un ist es fast ein Jahr her, daß unsere Wege auseinander gingen, daß unser Zusammenarbeiten in der jüdisch-ukrainischen Politik unterbrochen wurde: Du bist ins Ausland gegangen, während ich in die jüdisch-ukrainischen Städte und Städtchen zurückkehrte, um unsere politische und gesellschaftliche Arbeit fortzuführen. Wie weit aber hast Du Dich in dieser kurzen Zeit entfernt oder sagen wir vielleicht emanzipiert von den schweren Umständen, unter denen wir zu arbeiten gezwungen sind, wie sehr hast Du Dir bereits die in der gebildeten zivilisierten Welt allgemein herrschende negative, feindliche Beziehung zu unserem unglücklichen Land zu eigen gemacht!

Das Gefühl der Erbitterung und des Zornes über die Pogrome von Proskurow, Felsztin, Zytomir und Berdyczew, überhaupt all jener größeren und kleineren Städte, die die blutigen Folgen des Rückzuges der Armee, der durch ihre großen und kleinen Atamane provoziert und in völliger Demoralisierung durchgeführt wurde, zu erleiden hatten, dieses Gefühl beherrscht scheinbar noch euer ganzes Innenleben und gestattet euch nicht, das große Problem der unumgänglichen historischen Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung, einer Neuordnung ihrer politischen und ökonomischen Beziehungen objektiv und mit der nötigen Ruhe zu betrachten.

Du bist mit dem Beschluß unserer Konferenz, der die Unterstützung der Regierung Masepa ausspricht, nicht zufrieden. Von Stockholm aus und von Berlin ist es freilich sehr leicht, Ratschläge zu erteilen, daß wir mit den Ukrainern vorsichtiger sein, daß wir Garantien bekommen müßten usw. Um so schwieriger aber ist es für uns hier, diese wohlwollenden, jedoch etwas verspäteten Ratschläge zu beherzigen. Wir sehen uns täglich vor die Notwendigkeit gestellt, auf die Probleme unseres wahrhaftig nicht lustigen und auch nicht leichten Lebens schnell und unmittelbar zu reagieren. Denn wir

sind ja hier die einzigen Vertreter der jüdischen Volksmassen, wir müssen stets die Interessen dieser Massen vor Augen haben, wir müssen nicht allein in ihrem Namen reden, sondern auch handeln, und können uns keineswegs den Luxus erlauben, wenn auch noch so klug und weltmännisch, zu posieren. Dieses Vergnügen müssen wir schon unseren ausländischen Volksrettern, zu denen ja auch manche unserer Genossen gehören, überlassen.

Allerdings glauben wir hier mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß, wenn Ihr während der ganzen Zeit objektive und wahrheitsgetreue Informationen über die Arbeit, die wir, jüdische Sozialisten, unter Aufopferung unserer besten Kräfte gemeinsam mit den ukrainischen Genossen in den schwersten Situationen vollbracht haben, gehabt hättet, ihr uns zweifellos verstanden, verziehen und vielleicht sogar geholfen hättet.

Wie aber sollt ihr über uns die Wahrheit erfahren, wenn wir von der ganzen Welt blockiert werden, von der Entente wegen unseres „Bolschewismus“ — haben wir doch ihre Kreatur, Denikin, nicht anerkannt und sogar bekämpft — vom sozialistischen Europa wieder wegen unseres Krieges gegen die Bolschewiken, wegen unserer „Konterrevolution“. Und was unsere „außerordentlichen“ ukrainischen diplomatischen Missionen betrifft, die einmal in einer Ewigkeit mit Kamenetz Verbindung haben, so treiben sie dort in der großen Welt jede ihre besondere Politik, die allenfalls gegen die sozialistische Regierung gerichtet ist, und verbreiten eben in Europa dementsprechende „außerordentliche“ Informationen. Die Welt aber läßt sich gern mit allen diesen erdichteten Märchen füttern und ist dann gegen die ukrainischen Pogromisten und Separatisten, Bolschewiken und Konterrevolutionäre, Petluraner und Gegner des „Vereinigten großen Rußland“ furchtbar aufgebracht.

An eine Erscheinung aber scheint ihr ganz unerschütterlich fest zu glauben, an die Tatsache nämlich, daß „Petlura die Pogrome mache“ und daß die „Bolschewiken Petlura bekämpfen“. Und euer gebildetes Europa, das die größten nationalen Bewegungen bereits erlebt hat, das erst vor kurzem Zeuge war des Zerfalls der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie und der Entstehung der Nationalstaaten, Tschechoslowakei, Polen und Südslawien, verwechselt und identifiziert eine der kompliziertesten nationalen Bewegungen in Osteuropa, den grandiosen Wiederaufrichtungsprozeß eines 40-Millionenvolkes, den ganzen ukrainischen Staatsgedanken, mit einer einzigen Person, die die Volksbewegung eben an ihre Spitze gestellt hat, mit Petlura. Seine Schwäche und die Machtlosigkeit — die Passivität in der Pogromfrage und seine sonstigen Fehler und Sünden — er ist ja schließlich nur ein ganz einfacher Mensch, wenn auch sein geradezu fanatischer Glaube an den Erfolg der ukrainisch-nationalen Bewegung unerreicht ist — wird so dem ganzen Volk zur Last gelegt. Ebenso macht man Petlura für die wilden finsternen Instinkte des kulturlosen Bauern und Kosaken, die in ihren durch den bolschewisti-

schen Ueberfall und den andauernden Bürgerkrieg zum Unglück des ganzen jüdischen Volkes geweckt wurden, verantwortlich.

In Wahrheit bekämpft das ukrainische Volk die Moskauer Okkupation. In Westeuropa aber pflegt man diese Tatsache so darzustellen, daß „Petlura gegen das revolutionäre Räterußland Krieg führt“, und wie man anzunehmen beliebt, zusammen mit der imperialistischen Entente. Und wenn sich viele von euch damit abgefunden haben, daß Kautsky, Bauer, Bernstein „Sozialverräter“ sind, so ist es klar, daß die ukrainischen Sozialdemokraten, diese Petluraner eben, ganz ausgemachte Konterrevolutionäre sind. Wir würden allerdings um die Aufklärung bitten, warum ihr denn, da ihr so unbedingte begeisterte Anhänger des Moskauer Systems seid, nicht schon bei euch, in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern, die Rätediktatur eingeführt hat, warum ihr denn noch immer an der demokratischen Ordnung festhaltet und ausgerechnet unseren unkultivierten Provinzen das Glück der Diktatur des Proletariats angedeihen lassen wollet. Warum soll denn das, was Lenin dekretiert, für euch nicht ebenso gut sein wie für uns?

Es zwingt uns immer ein bitteres Lächeln ab, wenn ihr uns „mit der Entente und ihrer antibolschewikischen Politik“ um jeden Preis in Verbindung bringen wollet. Mit der Entente, die den Polen gestattet hat, die galizisch-ukrainische Armee und die Regierung, die unter dem Verdacht des Bolschewismus standen, aus Ostgalizien hinauszudrängen, mit der Entente, die uns genau so wie ganz Rußland blockiert und uns hier allmählich an Seuchen aussterben oder als Unbewaffnete von der bolschewikischen Roten Armee aus Schlachten läßt.

So waren wir ungefähr sechs Monate, von Juni bis November, in der Kamenetzer „Festung“ eingeschlossen und allseits von Feinden umgeben: Bolschewiken und Denikin, die Entente und der westeuropäische Sozialismus. Und alle hatten nur die eine Forderung an uns: die Absage an die Demokratie und Unterwerfung unter die Moskauer Säbelherrschaft. Du erinnerst dich wohl noch an diese scharfe Bezeichnung, die Rafes in den guten alten Zeiten während der ersten bolschewikischen Okkupation im Jahre 1918 geprägt hat, zur Zeit, als er noch ein jüdischer Sozialdemokrat war und mit Mut und Offenheit die „Revolution“ Murawiows*), die die „Rote Armee aus dem Norden auf den Spitzen ihrer Bajonette hergebracht hat“, bekämpfte. Nun ist Rafes auch schon ein heißer Anhänger der Säbelherrschaft und kommandiert in Kiew in vorderster Reihe. Die Mehrheit des „Bundes“ und der Vereinigten Sozialisten, die früher dem jüdischen kommunistischen Verband angehörten, hat bereits alle nationalen Forderungen, das ganze jüdisch-sozialistische Glaubensbekenntnis abgeschüttelt und sich mit der ihrem Wesen und ihrer

*) Bolschewikischer Heerführer, der im Jahre 1918 nach zwölf tägiger Bombardierung Kiew eroberte.

Weltanschauung nach russischen, dem Namen nach aber „kommunistischen Partei der Ukraine“ als jüdisch sprechende Sektion angeschlossen. So weit also kam der „Bund“ nach seiner zwanzigjährigen Entwicklung: zum Ursprung der jüdischen Arbeiterbewegung!

Wir aber, die „Konterrevolutionären“, halten immer noch an der national-personalen Autonomie fest, sind eben im Begriff, das neue, von Rewutzkyj und Krassny geschaffene Gesetz betreffend die jüdische Gemeindeautonomie durchzuführen, bereiten die Schaffung eines eigenen Emigrationsdepartements beim jüdischen Ministerium vor, das die Palästinaemigration und -Kolonisation zu fördern haben wird, und beharren unnachgiebig auf die Realisierung aller unserer nationalen Rechte, die wir mit Hilfe der ukrainischen Sozialisten erlangt haben. Gestützt auf die organisierte Arbeiterschaft, auf die professionellen Vereine und auf die demokratischen Vertretungen in den Städten haben wir während der ganzen Zeit die seitens der Kommisäre und Atamane, des Direktoriums und insbesondere seiner Mitglieder geführte Personenpolitik bekämpft, sind den Versuchen des galizischen Armeekommandos, die österreichische bürokratische Ordnung sowie die Herrschaft der Soldateska einzuführen, energisch entgegengetreten, haben in den meisten Fällen die politischen Häftlinge — die Kommunisten nicht ausgeschlossen — befreit (die Verhaftungen von Sozialisten müssen wir schon Lenin und seinen Genossen überlassen!) und überhaupt ausschließlich danach gestrebt, so weit es in unseren Kräften lag, eine wahre demokratische Ordnung im Geiste der Gleichheit und Freiheit für alle einzuführen.

Und was noch wichtiger ist: Mit Hilfe der ukrainischen Sozialdemokraten und gestützt auf die kulturfreundliche Tätigkeit der Regierungsinspektoren in der Armee haben wir bei der Bekämpfung der Pogromstimmung im ukrainischen Militär große und wertvolle Arbeit geleistet. Jetzt könnte wohl niemand mehr behaupten, daß in der ukrainischen Armee eine solche Stimmung herrsche, wie man sie vor vier oder fünf Monaten beobachten konnte. Und ich bin fest überzeugt, daß die Armee des Generals Omeljanowicz-Pawlenko, die ihre Operation im Rücken Denikins und der Bolschewiken durchführt, nie und nimmer sich so weit vergessen könnte, die Proskurower oder Berdyczewer Geschehnisse zu wiederholen.

Und wenn wir nun die sechs Monate gemeinsamer jüdisch-ukrainisch-sozialistischer Arbeiten vor unserem Geiste Revue passieren lassen, so können wir auf eure Prätensionen mit reinem Gewissen erwidern: Wir jüdischen Sozialisten mußten die Arbeit auf uns nehmen, weil wir die historische Verpflichtung hatten, die jüdischen Volksmassen in der Zeit des allgemeinen Pogromrausches, des nationalen und Bürgerkrieges zu vertreten. Wir haben ohne Zweifel viele Fehler gemacht, aber sicherlich nur aus dem Grunde, weil wir überhaupt etwas getan haben. Und getan haben wir ausschließlich das, was die schwere Lage, in der sich das jüdische Volk in der Ukraine befand, von uns gefordert hat!

Ihr in Europa werdet unsere Situation niemals ganz verstehen können. Es genügt wohl, sich die Typhusepidemie in ihren entsetzlichen Folgen zu vergegenwärtigen. In allen Eisenbahnstationen lagen Tausende und Abertausende von typhuskranken Soldaten, wie beispielsweise in Zmerinka, wo 10.000 bis 12.000 Typhusranke einfach am offenen Perron und in den Wartesälen des großen Bahnhofes lagen. Alle Schichten der Bevölkerung, die Reichen und die Armen, haben diese furchtbare Epidemie durchgemacht. Am Tage, als die Regierung das letztmal evakuiert wurde, starb auch der Minister für Volksgesundheit, Genosse Odryna, der einer der wenigen aufrichtigen jüdischen Freunde unter den ukrainischen Sozialisten-Revolutionären war, an Flecktyphus.

Ich erkrankte am letzten Tage unserer Parteikonferenz und konnte erst vor kurzem das Krankenlager verlassen. Zuzolge meiner Krankheit mußte ich in Kamenetz bleiben und befinde mich gegenwärtig unter der „besonderen Aufsicht“ unserer neuen Herren, der polnischen Okkupanten. Krank sein und noch dazu in der Fremde ist wahrhaftig eine unangenehme Sache. Mein Schicksal aber wurde mir durch unsere Kamenetzer Genossen vielfach erleichtert. Mag die ganze Welt behaupten, daß wir Sozialverräter und Konterrevolutionäre sind — die Kamenetzer Poale-Zion, die einfachen Parteisoldaten und jüdischen Arbeiter haben eben in meinem Krankheitsfalle so viel aufrichtige Sympathie mit einem „Verräter“ an den Tag gelegt, daß ich mich hievon im vollsten Maße befriedigt fühle.

* * *

Die Polen drangen in der Nacht des 16. November in Kamenetz ein oder richtiger, sie kamen ohne jeden Widerstand in die Stadt, da die Ukrainer nach dem Verrat des galizischen „Diktators“ Petruschewicz keinen anderen Ausweg hatten. Die galizische Armee, die beinahe 80.000 Mann stark war, als sie in die Ukraine kam, die jedoch durch die Epidemien furchtbar zu leiden hatte, überging auf Befehl ihrer Regierung zu Denikin. Die großukrainische Armee, die an Zahl schwächer war als die galizische, barfuß und außerordentlich mangelhaft bekleidet und demzufolge auch vom Typhus furchtbar hergenommen wurde, mußte nach dem nationalen Verrat der Galizianer so schnell als möglich ihre Positionen verlassen — wodurch die Katastrophe im Kamenetzer Regierungszentrum heraufbeschworen wurde.

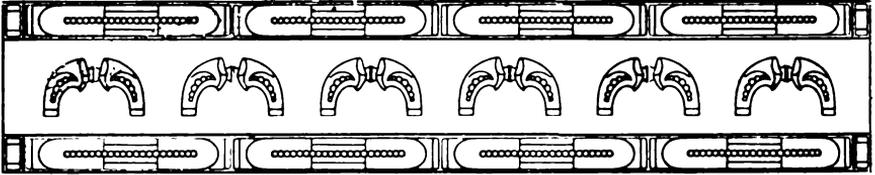
Es ist nun freilich manches noch ganz unklar. Gewiß versuchte auch das Direktorium Verhandlungen mit dem Armeekommando Denikins zu führen, zweifellos lebten beide Armeekommandanten und beide Regierungen — die galizische und die direktoriale — miteinander sehr schlecht, eines aber steht fest: für die Errichtung des ukrainischen Staatswesens war dies ein furchtbarer, man möchte fast sagen ein Todesstoß.

Die ukrainische Katastrophe stürzte auch die jüdische Bevölkerung in großes Unglück. Ich will davon absehen, daß die Juden unter der polnischen Herrschaft unsägliche Leiden zu ertragen haben. Wer den polnischen Antisemitismus kennt, weiß, was die polnische Herrschaft für die Juden bedeutet. Unvergleichlich tragischer gestaltete sich unsere Lage in jenen Gebieten, die in die Hände der Pogrombanden Denikins fielen; derart grausame Massenauschlachtungen, wie sie Denikin in allen jüdischen Städten ohne Ausnahme veranstaltete, sind in der ganzen jüdischen Geschichte noch vereinzelt geblieben. Besonders furchtbar war für die Juden dieser Schlag nach der verhältnismäßigen Ruhe, die die galizische Militärverwaltung in den letzten paar Monaten hergestellt hat. Die jüdische Bevölkerung wird sich der galizischen Armee dankbar erinnern, die keine Pogrome aufkommen ließ und für eine feste Ordnung gesorgt hat. Dies konnte den großukrainischen Kosaken wohl als Beispiel dienen. Vielfach war es natürlich auch der Wirksamkeit der zahllosen jüdischen Offiziere und Soldaten, die in der galizischen Armee gedient haben, zu danken.

Gegen das Liebäugeln der Ukrainer mit Denikin mußten wir uns von vornherein feindlich verhalten. Die Taktik der ukrainischen Genossen war von Anfang an nicht genügend klar. Erst als Denikin in der national-ukrainischen Frage die Maske fallen ließ, als er die Frechheit beging, das ukrainische Militär aus Kiew davonzujagen, da erinnerten sie sich, daß die Reaktion für das ukrainische Volk ein völlig ungangbarer Weg ist.

Wir traten für eine militärische Verständigung mit den Bolschewiken ein; unsere Konferenz nahm in dieser Frage in klarer Weise Stellung. Aus Moskau kam ein Abgesandter, der Schweizer Kommunist Platen, um Unterhandlungen bezüglich einer gemeinsamen Aktion gegen Denikin zu führen. Es war aber alles schon zu spät. Die Galizianer übergingen zu Denikin, die Regierung flüchtete, die Polen besetzten Kamenetz. Die Bolschewiken sind in der Politik viel zu große Realisten, als daß sie aus lauter Philanthropie oder um der schönen Augen der Ukrainer willen Unterhandlungen führen sollten.

Unsere Position war eindeutig, klar und sozialistisch konsequent. Abgesehen schon davon, daß wir Sozialisten immer einen Weg suchen müssen, um zu einem Frieden mit den Moskauer Bolschewiken, sobald sich nur die mindeste Möglichkeit eröffnet, zu gelangen, war die Lage eine solche, daß sowohl das jüdische Volk als auch die Ukraine und Rußland einerseits von den Polen, anderseits von Denikin bedroht waren, also ausgesprochen reaktionären Mächten, die sich auf die Entente stützen. Für uns Poale-Zion war dies derselbe Standpunkt, den wir anläßlich unserer Demission im Februar in Winnica vertreten haben: von zwei Uebeln. — die Entente und ihre Mitäufser oder Moskau — entscheiden wir uns für das kleinere, für Moskau!



NEUNTER BRIEF.

Unter polnischer Herrschaft.

Sehr werter Genosse!

Deinen Brief von Ende Oktober bekam ich erst dieser Tage. Von Berlin ging er also ungefähr fünf Monate. Dies charakterisiert ganz deutlich die Art unserer Verbindung mit der Welt. Deine Briefe an das Kiewer Zentralkomitee unserer Partei habe ich gelesen. Bei der nächsten Gelegenheit übersende ich sie nach Kiew. Ich danke Dir für die Materialien, die Du mir vom Verbandsbüro hast zukommen lassen.

Ich darf Dir wohl sagen, daß Dein Versuch, unsere Kiewer Genossen zu überzeugen, daß die Moskauer Kommunisten auf falscher Fährte sind, vergebliche Mühe ist. Es ist einfach eine Naivität von Dir, wenn Du meinst, daß unsere Genossen in Rußland und in der Ukraine von der Richtigkeit und Unvermeidlichkeit der Moskauer Methoden überzeugt sind, daß Baru, Asarkan und sogar Abramowicz mit reinem Gewissen sich als Gegner der Demokratie erklärten und begeisterte Jünger der Räteherrschaft und der kommunistischen Diktatur geworden sind — wenn Du der Ansicht bist, daß die Genannten ernstlich daran glauben, daß man in unseren unkultivierten Gegenden mit Gewalt, mit Dekreten und Bajonetten die sozialistische Gesellschaftsordnung einführen kann, daß die Methoden und Wege der Moskauer Herren die vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus einzig begründeten sind, und daß hingegen die Taktik fast aller westeuropäischen sozialistischen Parteien einfach als konterrevolutionäre zu bezeichnen ist.

Freilich ist es sehr traurig, daß unsere führenden Genossen über soviel knechtische Unterwürfigkeit und Anpassungsfähigkeit verfügen, und daß sie unter unserer unbefleckten sozialdemokratischen Flagge soviel bolschewikische Konterbande mitsegeln ließen. Ich habe den Eindruck, daß sie den Namen für alle Fälle eben behalten wollen: man kann ja nicht wissen, welches Ende Lenin nehmen wird und ob es nicht noch dazu kommen wird, sich einem anderen Herrn anzupassen . . . Mich überkommt einfach die Scham, über solche Dinge zu schreiben, und besonders ärgert es mich, daß ein Genosse von den Qualitäten des Baru, der einst mit Genossen Martow, dem menschewikischen linken Leader, so harmonisch mit-

gearbeitet hat, gegenwärtig gleich allen übrigen kleinlichen Leuten sich mit Moskauer Konterbande befaßt.

In der Partei gibt es wirklich eine große Anzahl Genossen, die von diesem neuen „Inhalt“ sehr weit entfernt sind, nur daß sie eben, da die wenigen Intellektuellen, über die unsere Partei verfügte, nunmehr ins kommunistische Lager abgeschwenkt, ohne Führer geblieben sind. Jene aber, die diesen Weg nicht betreten wollten, haben die Parteiarbeit ganz abgelehnt. Viel günstiger ist die Lage im „Bund“, der einen Abramowicz oder einen Litwak hat, die ihre Ueberzeugung für einen Topf falsifizierter Linsen nicht verkaufen wollten.

* * *

Vorigen Monat hatten wir hier in Kamenetz eine ganze Reihe Beratungen, an welchen die sozialdemokratischen Minister, die ukrainischen Sozialrevolutionäre, der „Bund“, wir und die Volkspartei teilnahmen. Die Beratungen bewegten sich um die durch die Novemberkatastrophe, durch die Niederlage Denikins und durch die von Petlura in Warschau geführten Unterhandlungen geschaffene Situation. Nach den durch den Premier Masepa übermittelten Nachrichten sind Aussichten vorhanden, daß die ukrainischen Armeeteile, die an der bolschewikischen Front stehen, die Initiative zur Besetzung eines größeren Gebietes, möglicherweise im Odessaer Rayon, ergreifen werden, so daß man dann vielleicht an eine Fortsetzung der Regierungstätigkeit herantreten wird können. Dies erfordert eine gewisse Vorbereitungsarbeit, und in erster Linie müssen nunmehr die früheren Kamenetzer Fehler vermieden werden. Die Regierung wird sich in diesem neuen Gebiete auf die Bevölkerung selbst stützen müssen, auf den organisierten gesellschaftlichen Willen, und die exekutive Macht soll tatsächlich in den Händen der Regierung liegen und nicht den zufälligen Vertretern der „obersten Behörde“ ausgeliefert werden.

Die Tagung hat daher vor allem eine Konstitution geschaffen, die die Beziehungen zwischen dem Direktorium und dem Hauptataman, der Regierung, dem Vorparlament und der Armee regelt sowie ein Gesetz ausgearbeitet betreffend die Einberufung des Vorparlaments oder, wie es hier genannt wird, des Staatsvolksrates. Die Tagung nahm auch Stellung zur Deklaration vom 2. Dezember, die der Warschauer ukrainische Gesandte A. Lewitzki den Polen überreicht hat. Die Beratungen haben natürlich auch bewiesen, daß der Verzicht auf Galizien und die Konzession, die Lewitzki den polnischen Großgrundbesitzern in der Agrarfrage machte, gegen den ausdrücklichen Willen der ganzen sozialistischen Demokratie in der Ukraine sind.

Diese Beratungen, über die sich die Kamenetzer polnischen Herren wohl informieren ließen, hat ein interessantes Intermezzo. Die polnische Okkupationsmacht hat sämtliche Minister, die an den Beratungen teilgenommen haben, sowie einige Vorsteher des

„Bund“, verhaftet. Bei mir begnügten sie sich vorläufig mit einer Untersuchung. Am anderen Tage hatte man die Minister befreit. Die Bundisten sind vorläufig noch in Haft.

Dieser Zwischenfall ist aber immer noch eine sehr blasse Illustration der polnischen Okkupationsordnung. Mit der Bevölkerung, insbesondere mit der jüdischen und den Bauern, macht man wohl weniger Zeremonie als mit den Ministern.

Das gesellschaftliche Leben ist vollkommen erstickt. Der Stadtpräsident, ein braver ukrainischer Sozialdemokrat, wurde einigemal hintereinander arretiert und so zur Demission gezwungen. Dieselbe Prozedur mußte der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde mitmachen, von dem sie nicht mehr und nicht weniger als eine Liste sämtlicher Kommunisten verlangten. Die Arbeiter- und sozialistischen Organisationen mußten ihre Tätigkeit sukzessive einstellen. Sogar das amerikanische Hilfskomitee, der „Joint“, darf seine Wirksamkeit nicht offiziell entfalten, da die Polen die Legalisierung des Komitees verweigerten. Die jüdische Gemeindevertretung hat sich natürlich diesen neuen Umständen sehr rasch angepaßt, und an Stelle eines Zeire-Zionisten hat man einfach einen alten Kahaljuden, einen stadtbekanntem Millionär, gewählt, der schon irgendwie mit den Schlächtschützen auskommen wird. Bei den Polen werden unsere Kultzionisten sehr bald den Oppositionsluxus, den sie sich bei den Ukrainern leisten durften, aufgeben. Der polnische Herr duldet solche Dinge nicht und der treue Jude wird da schon folgen.

Die Polen haben eine großzügige Spionageorganisation geschaffen. Die Mitglieder dieser Organisation sind oft Angehörige der lokalen polnischen Intelligenz: Studenten, Gymnasiasten, junge Mädchen. Spitzel gibt es hier mehr als „Verbrecher“, so daß jeder in der Öffentlichkeit tätige Mensch mit einer ganzen Suite dieser Leutchen, die einen nicht ruhig leben lassen, umgeben ist. Hinter meinen Fenstern steht man Tag und Nacht. Dazu wohne ich noch unglücklicherweise in einem Parterrezimmer. Gesucht wird natürlich nach Bolschewiken. Täglich werden zahllose Arretierungen vorgenommen, ohne daß man hierbei eines einzigen Bolschewiks habhaft werden könnte. In der Regel werden eben unschädliche und völlig unschuldige Leute verhaftet. Dies ärgert natürlich die polnischen Herren, um so mehr, als es ja kein Geheimnis mehr ist, daß Kamenetz eine wohlorganisierte bolschewikische Partei hat, die sogar jede paar Wochen eine Art illegale Zeitung erscheinen läßt.

Die jüdische Bevölkerung bekam den polnischen ökonomischen Antisemitismus sehr bald zu spüren. Während der Herrschaft der ukrainischen Regierung hatten die jüdischen Kaufleute entsprechende Verdienstmöglichkeiten und die jüdischen Handwerker arbeiteten für die Armee. All dies hat nun jetzt sein Ende. Die Polen bringen alle Bedarfsartikel mit sich, und was bei uns noch etwa vorrätig ist, nehmen sie einfach weg. Sogar die Privattelefone haben sie von den Wänden abmontiert und nach Polen geschickt.

Dabei lasse ich ganz außer acht die großen Massen vorrätiger Waren und Militärmaterialien, wie zum Beispiel Leder, Motoren, Medikamente, Zucker usw., die sie hier waggonweise vorgefunden und nach Polen expediert haben. Die „geschickten“ ukrainischen Verwaltungsbehörden hatten von all diesen Vorräten keine Ahnung, obgleich die Armee mangels jeglicher Kälteschutzmittel, Medikamente und dergleichen während der Seuchen tatsächlich zugrunde gehen mußte.

Nun ist der jüdische Handwerker und Arbeiter ohne Arbeit und also ohne jegliche Einnahmsquelle geblieben. Die Nichtjuden leben unter dem polnischen Regime auch nicht viel besser. Bei ihnen sucht man nach Gewehren, Brot und Vieh. Die Requisition wird auf folgende Weise durchgeführt: Eine polnische Militärabteilung kommt in ein Dorf, fängt die kleinen Kinder ab und prügelt sie so lange, bis sie die Verstecke bekanntgeben, wo Brot und Ausrüstungsgegenstände zu finden sind. Die Kinder sind natürlich gezwungen, dies zu verraten, und dann kommen die Großen an die Reihe. Da wird wieder einmal unbarmherzig drauflos geprügelt, bis das Gesuchte ausgeliefert wird.

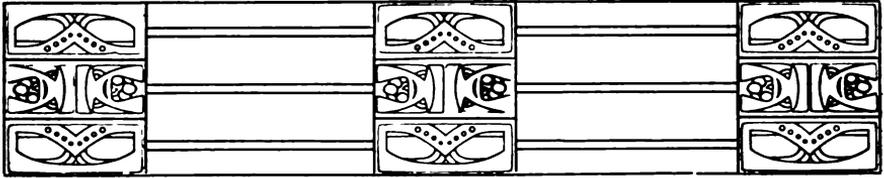
Die polnischen Gutsherren nehmen indessen die günstige Gelegenheit wahr, „ihre“ Erde den Bauern zu verkaufen. Der Preis ist ungefähr 5000 Romanowrubel für einen Dessjatin. Und die Bauern zahlen. Die Notariatskanzleien sind täglich von Bauern überfüllt, die Kaufverträge abschließen über den Boden, der ihnen durch die Revolution ganz unentgeltlich zugefallen wäre.

Der jüdische Minister Krassny fiel in die Hände der Bolschewiken. Dies geschah zur Zeit der Novemberevakuierung. Er ging dann im Augenblick, da alles zerfiel und auseinanderstieb, zusammen mit seinem Genossen von der Volkspartei, dem Vizeminister für Volkswirtschaft Solodar, nach Berdyczew. Er war fest überzeugt, daß es ihm gelingen wird, die Bolschewiken zu einem Friedensschluß mit Petlura zu beeinflussen. Es war dies genau zur selben Zeit, als von Kamenetz aus eine spezielle Friedensdelegation von dem Schweizer Kommunisten Platen nach Moskau geführt wurde. Natürlich hat man Krassny und Solodar in der Nacht ihrer Ankunft in Berdyczew sofort verhaftet. Es sind hier Nachrichten eingelangt, daß sie durch die Tschereswyschajka nach Kiew und Niezyn geschleppt wurden. Was weiter geschah, wissen wir noch nicht. Es scheint jedoch, daß man sie nicht erschießen wird.

Diesen Brief schicke ich durch einen Kaufmann nach Lemberg. Von dort wird er wieder durch die Post befördert werden. Lemberg ist ja doch schön Europa. Was mit meinen früheren Briefen an Dich geschah, weiß ich nicht. Aus Deinem Oktoberbrief ist nicht zu sehen, ob Du alle meine Zuschriften erhalten hast.

Mit sozialdemokratischem Gruß. Salomon G.

Kamenetz, März 1920.



ZEHNTER BRIEF.

Im polnischen Exil.

Lieber Genosse!

Du darfst Dich nicht wundern, daß ich Dir aus Winnica schreibe, Winnica ist zwar von der bolschewikischen Okkupation befreit, ist jedoch in die polnische hineingeraten. Die Ukrainer kamen hierher in einem fremden Wagen, dem polnischen. Und darin liegt das ganze Uebel.

Petlura hat einen Vertrag mit den Polen abgeschlossen, eine Art Bündnis gegen die Bolschewiken, hat dem polnischen Staate große ethnographisch-ukrainische Gebiete, ganz Galizien, die größere Hälfte Wolhyniens gegen den Willen, gegen die Gefühle und auch gegen die Interessen der Bevölkerung ausgeliefert und marschirt nun gemeinsam mit der polnischen Armee gegen Kiew. Sie haben sogar Kiew schon besetzt. Nach dem Uebereinkommen, das formell geheimgehalten wird, haben die Polen das Direktorium mit Petlura an der Spitze als Staatsmacht der unabhängigen ukrainischen Volksrepublik anerkannt. Allem Anschein nach beabsichtigen die Polen, die Bolschewiken auf das jenseitige Ufer des Dnjepr zurückzuschlagen und erst nachher mit ihnen auf Grund der „historischen polnischen Grenze vom Jahre 1772“ Frieden zu schließen. Die Gebiete, die innerhalb der historischen und der neuen, im Vertrag mit Petlura vom 22. April l. J. bestimmten Grenze liegen, sollen der ukrainischen Volksrepublik zufallen, natürlich unter der Oberhoheit der polnischen Schlachta. So sind wir denn mit einer Intervention gegen Räterußland beglückt, und dies etwa nicht mit einer seitens der Entente selbst, die so oft den Anlauf nahm, in die Ukraine einzudringen, sondern seitens eines ihrer Landsknechte im Osten.

Das Bündnis mit Polen und die militärische Intervention hat sehr bald in den ukrainischen politischen Kreisen eine ganz neue Situation geschaffen. Die ukrainischen bürgerlichen Parteien, die während der ganzen Kamenetzer Periode im schärfsten Gegensatz zum sozialistischen Kabinett und zu Petlura standen, und für das ganze Staatssystem nur die eine abfällige Bezeichnung „Petlura und

seine Regierung“ hatten, sind jetzt plötzlich, da sie Wind bekommen haben, daß eine Intervention in Aussicht steht, daß die Entente-reaktion und in ihrer Folge der Uebergang der Macht zu den bürgerlichen Gruppen zu gewärtigen ist, die getreuesten Anhänger Petluras geworden. Die Sozialisten, die ukrainischen Sozialrevolutionäre, die Sozialdemokraten, Poale-Zion und der Bund haben allerdings gleich zur ganzen polnisch-ukrainischen Kombination eine entschiedene gegnerische Stellung eingenommen. Der sozialistische Standpunkt wurde schon in Kamenetz klar und unzweideutig vertreten, als der ukrainische stellvertretende Premier Lewitzki mit den lokalen ukrainischen Kreisen, denen er das vollendete Projekt vorlegte, Beratungen führte. Die vier ukrainischen und jüdischen sozialistischen Parteien, die sich im Kamenetzer Exil wesentlich angenähert und zu einem gemeinsamen „Rat der sozialistischen Parteien in der Ukraine“ zusammenschloß, haben bald darauf eine Konferenz des Rates einberufen, die eine gemeinsame Resolution betreffend das Projekt des Friedensschlusses und der polnischen Intervention annahm. Die Resolution erhältst Du zugleich mit diesem Brief. Die sozialistischen Minister und Vizeminister, die damals in Kamenetz waren, haben auch tatsächlich am zweiten Tag, am 17. April, ihre Demission übergeben. Natürlich tat auch ich dasselbe. Erst später in Winnica verrannten sich die ukrainischen Sozialdemokraten und entschlossen sich, an der neuen bürgerlichen Regierung teilzunehmen. Darüber aber werde ich Dir gegen Ende des Briefes ausführlich berichten.

Welche Stellung die Sozialisten in diesem Moment einzunehmen hatten, war für uns alle völlig klar.

Als wir, ukrainische und jüdische Sozialisten, im September 1919 zur Zeit, da die ukrainische Volksrepublik gegen zwei Feinde: Denikin und die Bolschewiken, Krieg führte, das Kabinett Masepa gebildet und unterstützt hatten, da sahen wir uns vor zwei wichtige Lebensaufgaben gestellt. Erstens war es für uns klar, daß sowohl die Bolschewiken als auch Denikin in der Ukraine ausgesprochene Okkupationspolitik treiben und daß daher der Kampf gegen diese Feinde als spontane Volksbewegung zur Erlangung der nationalen Freiheit unvermeidlich war; zweitens wußten wir, daß die Führung dieser Volksbewegung, die wie ein furchtbarer Meeressturm einherbrauste, die das Land durch die Feuersbrünste der Aufstände und Pogrome vernichtete, nichts anderes zu bedeuten hatte, als sie zu organisieren, sie planmäßig durchzuführen, die anarchischen und Pogromelemente aus der Bewegung auszurotten und das aufständische Dorf mit der unzufriedenen Stadt in eine große unbesiegbare Armee zusammenzuschließen. Diesen Versuch zu unternehmen hatten nur jene Parteien die Fähigkeit, die sich in gleicher Weise auf Bauern und Arbeiter stützen — die Sozialisten. Sie allein können den Kampf des Volkes für seine Interessen führen, sie allein werden jede Intervention seitens einer fremden äußeren Macht verhindern, sie allein werden sich ausschließlich auf die inneren Kräfte des Volkes

stützen und daher den Kontakt mit dem kämpfenden Volk nicht verlieren.

Das Stückchen Territorium, das unter der Herrschaft der ukrainischen Volksrepublik stand, und die spärlichen Kräfte, mit denen sie operierte, wollten wir Sozialisten als eine organisierte Basis, als eine Musterkraft benützen, um mit deren Hilfe für den Fall einer territorialen Expansion der republikanischen Macht die übrigen Gebiete dieses brausenden ukrainischen Meeres zu konsolidieren und in das Staatsganze einzufügen. Denn ohne die Hilfe eines organisierten Zentrums mußte die ganze Aufstandsbewegung gegen Denikin und die Bolschewiken noch mehr anarchisiert werden, und das Land, besonders aber die Städte, endgültig ruinieren.

Wir jüdischen Sozialisten legten besonderes Gewicht auf diese Seite der Tätigkeit der ukrainischen Volksrepublik, weil wir hierin die einzige Möglichkeit der Errettung der jüdischen Städte aus der Gefahr endgültiger Vernichtung sahen.

Und wenn wir so außerordentlich an dem Kamenetzer republikanischen Winkel festhielten, wobei wir oft gegenüber seinen kardinalen Fehlern ein Auge zudrücken mußten, so geschah dies nur deshalb, weil wir der Ueberzeugung waren, daß mit dem Verschwinden der winzigen organisierten Macht eine anarchistische Aufstandsbewegung über das ganze Land sich ergießen würde, deren erstes Resultat die Ausschachtung der jüdischen Städte als Symbol der bolschewikischen Bewegung wäre.

Bei dem unbeschränkten Terrorsystem der bolschewikischen Macht ist der Weg einer organisierten Bewegung, einer inneren planmäßigen Opposition oder gar Revolution gegen die Regierung völlig ausgeschlossen. Alle unzufriedenen Elemente werden nach diesem System einfach außerhalb des Gesetzes gestellt und müssen als Geächtete in den Wald oder aufs Land flüchten. Die Stadt ist der Ökkupationswillkür gegenüber unbeholfen, erbittert und völlig machtlos. Das Dorf und der Wald wüten in unaufhörlichen Aufständen, der Prügelknabe aber ist immer die Stadt, der Sitz der Staatsmacht. Städtische Pogrome, das heißt jüdische Pogrome sind sonach in diesem Kampfe eine reguläre, natürliche Erscheinung geworden.

Woher konnte also da die Erlösung kommen, wenn nicht aus unserem Kamenetzer Winkel, wo doch verhältnismäßig Ruhe herrschte, wo die Pogrome ja schließlich unterdrückt wurden und die jüdische Bevölkerung sich allmählich in wirtschaftlicher Beziehung zu konsolidieren begann, wo endlich die Führer des Aufstandes jenseits von der Front sich sukzessive einer disziplinierten Zentralisierung sowie den Anordnungen seitens des zentralen sozialistischen Aufstandskomitees und der regulären Armee zu fügen entschlossen haben!

Es war dies vielleicht eine schwache Hoffnung, immerhin aber sahen wir hierin den Weg zur Besserung.

Unglücklicherweise jedoch ist uns diese Aufgabe damals nicht gelungen. Die Entente — Denikinsche Intervention — empörte bald die ganze ukrainische Bauernschaft gegen sich, Masepas Regierung aber ließ es an der notwendigen Fähigkeit fehlen, die Aufstandsbewegung den Interessen der nationalen Befreiung nutzbar zu machen. Erstens war die Regierung im Vergleich zu ihren inneren Gegnern im Kamenetzer Winkel selbst zu schwach, zweitens bedeutete der durch den Uebergang der galizischen Armee zu Denikin seitens der Galizianer geübte Verrat den letzten Todesstoß für die Regierung.

Auf das Volk machte der Uebergang dieses Teiles der ukrainischen Armee zu Denikin keinen sonderlichen Eindruck, da das Volk auf jeden Fall, wer immer sich der fremden Intervention angeschlossen hätte, gegen sie zu kämpfen entschlossen war. Die Bolschewiken aber haben die Situation ausgenützt. Sie haben sogleich die Friedensverhandlungen mit der Regierung Masepa abgebrochen und gestützt auf die Volksaufstände sowie auf die faktische Hilfe jener Ueberreste der ukrainischen Armee, die nach der Novemberkatastrophe sich in Denikins Aufmarschgebiet aufhielten und dort seine Bewegungen störten, haben sie das ganze Land wieder erobert.

Drei viertel Jahre vor der Novemberkatastrophe hat das Direktorium den Versuch unternommen, sich auf die Ententeintervention zu stützen. Nachdem das Direktorium Moskau Krieg erklärt hatte, wurden nach Odessa zu den Franzosen Delegierte entsendet, die unter den schändlichsten Bedingungen die französische Hilfe erbitten sollten. Das Volk hat diese Unternehmung nicht unterstützt. Die Franzosen wurden ins Schwarze Meer gestürzt, mußten sich unverrichteter Dinge eiligst einschiffen, während die Ueberreste der ukrainischen Staatlichkeit sich nach Galizien herüberretten mußten.

Ein Jahr vorher hat die Zentralrada versucht, sich auf die deutsche Intervention zu stützen. Dieses Experiment hat das Volk völlig abgestoßen und die Zentralrada, das erste revolutionäre ukrainische Parlament, blieb einfach in der Luft hängen, so daß es dann sogar die in den Händen der preußisch-reaktionären Generale und russisch-polnisch-ukrainischen Großgrundbesitzer gezogene Marionette Skoropadskyj ganz ohne Schwierigkeiten in wenigen Stunden liquidieren konnte.

Nach dieser Erfahrung haben wir, ukrainische Sozialisten, den letzten Versuch, sich auf fremde Kräfte, die noch dazu reaktionär und nationalfeindlich waren, zu stützen, entschieden abgelehnt und beschlossen, daß die sozialistischen Parteien von dem Verdacht einer Solidarisierung mit jenen, die den polnisch-ukrainischen Vertrag abgeschlossen haben und darangehen, ihn nunmehr zu verwirklichen, ganz unbefleckt bleiben müssen. Gegenüber der Regierung, der Intervention, der polnisch-ukrainischen Allianz beobachteten wir eine oppositionelle Stellung.

Es war für uns über jeden Zweifel erhaben, daß sowohl das ukrainische Dorf als auch die jüdische Stadt von dem polnischen „verbündeten“ Militär nicht übermäßig begeistert sein werden. Der historische Haß, der zwischen den ukrainischen Bauern und den polnischen Großgrundbesitzern herrscht, und der exzessive polnische Antisemitismus sind nicht gerade danach angetan, freundschaftliche Beziehungen zwischen unserer Bevölkerung und dem fremden Militär herzustellen.

Anderseits lehrten uns die Erfahrungen mit den polnischen Okkupationsmethoden, die wir während des Winters in Kamenetz und Proskurow gemacht haben, was wir von einer polnischen Militärverwaltung in den neuen Gebieten zu erwarten haben. Nachdem fast alle ukrainischen Minister die Freuden der polnischen Kerker in Kamenetz gekostet haben, mußte es uns völlig klar sein, in welcher Weise die Polen die ukrainische Bevölkerung achten. Auch ich hatte die Ehre, einige Stunden als „gefährlicher Bolschewik“ verhaftet zu sein, bis endlich die höhere Instanz eingegriffen und das „Mißverständnis“ aufgeklärt hat... Unter den polnischen Kommandanten gibt es eine ganze Anzahl podolischer Gutsbesitzer, die es als ihre erste Aufgabe ansehen würden, an der Spitze von Militärabteilungen in „ihre“ Dörfer einzumarschieren, um dort die „Ordnung“ wieder herzustellen und das „heilige“ Eigentumsrecht zu sichern.

Das polnische Militär muß unbedingt eine feindliche Bewegung unter der ukrainischen Bauernschaft hervorrufen. Aber diese feindliche Bewegung würde sich nicht allein gegen die Polen, sondern auch gegen die ukrainische Macht richten, die jene hergebracht hat. Treten die ukrainischen Sozialisten auch in den Kreis der polnischen Verbündeten ein, dann wird die Unzufriedenheit naturgemäß bolschewikischen Zwecken dienstbar gemacht werden. Für den Fall aber einer Wiederholung des bolschewikischen Regimes ist wieder sehr schnell tiefste Unzufriedenheit mit ihrem Wirtschaftssystem und ein Aufstand dagegen zu erwarten. So sind wir in einen endlosen Zauberkreis hineingeraten. Denn gegen die bolschewikische Herrschaft protestiert nicht allein der Ukrainer aus nationalen Gründen, sondern in weit entschiedener Weise der Bauer aus sozialen und ökonomischen Rücksichten. Auch die städtische Arbeiterschaft ist unzufrieden und antibolschewistisch gestimmt. Eine der wichtigsten Ursachen liegt zweifellos darin, daß die Bolschewiken die soziale Revolution in der Ukraine bei vollständiger nationaler Unterdrückung durchzuführen versuchen. Diesen inneren Gegensatz, gleichzeitig soziale Befreiung und nationale Unterdrückung zu praktizieren, können sich wirklich nur die kurz-sichtigen Moskauer Herren erlauben. Auferzogen im großrussischen Nationalismus und vollgestopft mit der internationalen Phraseologie werden die Moskauer niemals begreifen, daß die soziale Revolution ihre eigenen Formen hat und natürlicherweise in den Grenzen nationaler Wirtschaftsorganismen durchführbar ist und daß sie

Sozialisten rechts. Die Kiewer Mitglieder des Zentralkomitees haben also die Zustimmung der Sozialdemokraten erkämpft, an der neuen Regierung, die ihnen vier Portefeuilles angeboten hat, teilzunehmen. Faktisch besaßen sie im Kabinett gar keinen Einfluß, denn sie hatten gegen sich eine geschlossene bürgerliche und rechte Mehrheit. Von den vier sozialdemokratischen Ministern nahmen zwei eine extrem-rechte Stellung ein, die sich von der allgemeinen Position der Partei wesentlich unterschied, so daß das Zentralkomitee in Wirklichkeit nur durch zwei Mitglieder repräsentiert wird — Masepa und Bepalko *).

Bekanntlich ist der sicherste Prüfstein zur Beurteilung einer demokratischen oder reaktionären Politik in unseren Ländern das Verhältnis zu den nationalen Minoritäten. In Wirklichkeit zeigte es sich sehr bald, daß nach einer äußeren Intervention die innere Reaktion folgt. Ueber die Deklaration der neuen Regierung entwickelte sich im Ministerrat eine hitzige Debatte bezüglich zweier Punkte: Proportionales Wahlsystem und nationale Autonomie. Die neuen Minister wollten das proportionale Wahlsystem nicht anerkennen und um keinen Preis wollten sie in der Deklaration der national-personalen Autonomie Erwähnung tun. Das erstere gelang ihnen nicht, dagegen setzten sie ihren Willen im zweiten Punkt durch. Die Deklaration enthielt bloß eine Erklärung, daß die bereits anerkannten nationalen Rechte auch fernerhin bestehen bleiben. Obgleich die Autonomie ja eigentlich existiert, durfte sie doch nicht in die Deklaration aufgenommen werden. Darüber half auch die namentliche Abstimmung, die der jüdische Minister Krassny gefordert und durchgesetzt hat, nicht hinweg.

Das polnische Bündnis und der Austritt der sozialistischen Mehrheit aus der Regierung sind den jüdischen Interessen momentan gewiß nicht günstig. Die einzigen aufrichtigen Anhänger der nationalen Autonomie für die Minderheiten sind eben nur die Sozialisten.

Gleich nach der Besetzung Kiews durch die Polen übermittelte ich unseren Genossen sämtliche Materialien und Dokumente, die auf unsere Parteiarbeit in Kamenetz Bezug haben. Wie ich erfahren habe, ging die Mehrheit unserer führenden Genossen mit den Bolschewiken nach Poltawa und Charkow. Trotzdem beabsichtige ich, nächstens nach Kiew zu fahren. Es ist notwendig, so schnell als möglich unsere Arbeit mit Kiew zu verbinden, beide Zentren zu ver-

*) Nach ein paar Wochen bereits zeigte es sich, daß die Sozialdemokraten unmöglich weiter in der Regierung bleiben durften, so daß Bepalko und Masepa tatsächlich bald demissioniert haben. Nach fünf Monaten polnisch-ukrainischen Bündnisses und nach dem Débakle dieser ganzen Unternehmung mußten die Sozialdemokraten anerkennen, daß unsere allgemein sozialistische Position, die wir am 16. April in Kamenetz vertraten, richtig war. Am 20.—24. September nahm das Zentralkomitee der ukrainischen Sozialdemokraten eine Resolution an, welche die Politik der Partei in die richtigen Bahnen lenkte. Einen Auszug aus dieser Resolution veröffentlichen wir in der Beilage.

einigen: das Kamenetzer Parteisekretariat mit dem Kiewer Hauptkomitee.

Ich übersende Dir hier die Kopie eines Briefes unseres Parteisekretariats an das Büro unseres Weltverbandes. Du wirst da interessantes Material über die Lage unserer Partei jenseits der Front finden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Schalom.

Winnica, Mai 1920.

Beilage I.

Auszug aus einem Brief des Kamenetzer polen-zionistischen Parteisekretariats an das Büro des Weltverbandes, 20. April 1920.

Wir übersenden Ihnen zum zweiten Male die Materialien über unsere Konferenz sowie die letzten politischen Resolutionen unserer Partei in der ukrainischen Volksrepublik, damit Sie eine wahrheitsgetreue Vorstellung über die tatsächliche Lage bei uns und über unsere Parteipolitik, die in den Legenden und Gerüchten, die im Ausland über die Ukraine und die Politik ihrer sozialistischen Parteien kursieren, böswilig entstellt wird, bekommen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, betonen wir folgendes: die Ukraine als Staatsgebiet ist durch die Frontlinien (polnisch-kommunistische und ukrainisch-kommunistische) in drei Teile geteilt: erstens in das Territorium, das sich unter der Herrschaft der Moskauer Kommunisten befindet, zu dem die Großstädte Kiew, Charkow, Berdyczew gehören, das sich „unabhängige“ ukrainische Räterepublik nennt und an dessen Spitze Rakowskyj, Zentralist und bewußter Feind der Ukraine, steht; zweitens das Territorium, das die Gebiete zwischen Uman (Gouvernement Kiew), Jekaterinoslaw, Czerkas, Odessa umfaßt, das sich unter dem gemischten Einfluß der kommunistischen Armee (darunter auch der sogenannten Roten galizischen Armee, die in Wirklichkeit eine national-ukrainische ist) und der demokratisch-republikanischen Armee des Generals Omeljanowicz-Pawlenko steht, bei der sich auch Premier Masepa befindet; drittens das Territorium des Wohlyner und Podolischen Gouvernements, die durch das polnische Militär im November-Dezember 1919 okkupiert wurden und woselbst neue Armeeabteilungen im Sinne des Friedensvertrages zwischen Polen und der ukrainischen Volksrepublik aufgestellt werden; hier wird eine gemeinsame polnisch-ukrainische Front gegen das kommunistische Militär gebildet unter der politischen Einwirkung Petluras und seiner Regierung, die in den nächsten Tagen ausschließlich aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzt wird, da die Sozialisten, die früher an Masepas sozialistischem Kabinett teilnahmen, am 17. d. M. demissioniert haben.

... So sieht sich unsere Partei vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Arbeit und Politik nach zwei selbständigen, durch Frontlinien geteilten politischen Organismen mit ganz verschiedener Ordnung einzurichten. Es sind dies die kommunistische Ukraine mit dem poalezionistischen Hauptkomitee in Kiew und die demokratische ukrainische Volksrepublik mit dem poalezionistischen Parteisekretariat in Kamenetz.

... Das Parteisekretariat für die ukrainische Volksrepublik ist eine provisorische Institution, die aus den erwähnten Gründen bis zu dem Moment existieren muß, da entweder die ukrainische Volksrepublik die alleinige Regierungsmacht in der ganzen Ukraine ausüben wird, oder der kommunistische Sownarkom diese Macht bekommen wird, was aber immer nur im Falle eines allgemeinen Friedens im Osten möglich. Selbstverständlich wäre eine Verständigung, die Herstellung eines Kontaktes zwischen dem Parteisekretariat und dem Kiewer Hauptkomitee äußerst wünschenswert. Leider aber sind wir längere Zeit schon voneinander getrennt — seit zehn Monaten haben wir keinerlei Nachrichten über die Tätigkeit des Hauptkomitees bekommen — anderseits müssen wir auch mit den politischen Zuständen, in denen wir und sie zu arbeiten haben, rechnen. Der Einfluß der kommunistischen Diktatur auf das Kiewer Hauptkomitee und der demokratisch-republikanischen Ordnung auf uns ist zweifellos sehr groß und bringt es mit sich, daß wir und sie die Parteitaktik nach verschiedenen Gesichtspunkten bestimmen müssen. Unsere Genossen in Kiew sind gewiß „links“, wir hier sind „rechts“, einfache Sozialdemokraten. Allerdings ist auch bei uns eine kommunistische Minderheit vorhanden, welche aber ideologisch ungefähr nach der jüdischen kommunistischen Arbeiterpartei Poale-Zion, die unsere linken Genossen in Kiew als Extraausdruck ihrer — oder der jüdischen — Anpassungsfähigkeit gegründet haben, gravitiert.

Wir haben über die Lage jenseits der Front nur sehr spärliche Nachrichten. Es sind dies folgende: Der kommunistische Verband (Bund, „Vereinigte“) hat seine früheren nationalen Anschauungen abgelegt und ist in der allgemeinen kommunistischen Partei (angeblich in der internationalen, faktisch aber in der großrussisch-nationalistischen) verschwunden. Die „linken“ Poale-Zion sind vorderhand infolge der Ignorierung und Nichtanerkennung seitens der allgemeinen kommunistischen Partei und vielleicht auch infolge ihrer nationalen Grundbestimmung noch selbständig und haben bislang ihre nationalen und Palästina-programmpunkte für die Aufnahme in das partiische allrussische Paradies nicht geopfert.

Die Spaltung in der jüdischen sozialistischen Bewegung, die Terrorisierung der sozialistischen Elemente seitens ihrer kommunistischen Genossen sowie die kommunistische Ordnung überhaupt haben einen vollständigen Ruin der jüdischen sozialistischen Arbeiterbewegung herbeigeführt. Die kommunistischen Parteien stehen

momentan zwar noch etwas stärker, aber die ständigen Mobilisierungen der Parteimitglieder für die Rote Armee verursachen auch bei ihnen eine Massenflucht aus der Partei. So stehen wir also dort vor einer Liquidierung der proletarischen Parteien. Dies ist unser allgemeiner Eindruck. Von den jüdischen sozialistischen Parteien haben wir seit mehreren Monaten kein richtiges Lebenszeichen erhalten.

... Wir wissen nicht, welche Beziehungen die Partei in der kommunistischen Ukraine zu Ihnen unterhält. Wir, die Partei in der ukrainischen Volksrepublik, halten uns als Mitglied des Verbandes und sind bereit, die daraus erwachsenden Pflichten zu tragen und natürlich die Rechte zu fordern.

Beilage II.

Resolution der sozialistischen Beratung in der Frage des polnisch-ukrainischen Bündnisses.

Die Beratung der sozialistischen Parteien der Ukraine (ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei, ukrainische Sozialrevolutionäre, „Bund“ und Poale-Zion), die am 16. April 1920 in Kamenetz stattgefunden hat, hat in der Frage des polnisch-ukrainischen Bündnisses folgendes beschlossen:

1. Die sozialistischen Parteien, die die Regierung der ukrainischen Volksrepublik unterstützen, haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Intervention einer fremden Militärmacht innerhalb der Grenzen der Ukraine unzulässig ist. Daher können die ob erwähnten sozialistischen Parteien auch im gegenwärtigen Moment zum Angriff des polnischen Militärs gegen das ukrainische Territorium ihre Zustimmung und Sanktion nicht erteilen.

2. Die Beratung der sozialistischen Parteien hält es für unmöglich, daß diese die Verantwortung für den Friedensvertrag, den die Polen vorgeschlagen haben, übernehmen, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Entwurf des Friedensvertrages enthält einen Verzicht seitens der Ukraine auf ethnographische ukrainische Gebiete, woran nicht einmal die Vorbedingung eines Plebiszits geknüpft wurde. Der Entwurf geht von den polnischen Grenzen des Jahres 1772 aus und läßt so die Möglichkeit einer Annahme zu, daß die ukrainische Regierung die historischen Rechte der Polen auf diese Grenzen anerkenne.

Bezüglich der Agrarfrage sieht der Entwurf eine Bestimmung vor, die das Direktorium zum Verzicht auf das Bodengesetz zugunsten der großen und mittleren Gutsbesitzer zwingt, eine Bestimmung, die dem Programm der sozialistischen Parteien vollkommen widerspricht. Der Entwurf des Friedensvertrages fordert ferner eine privilegierte Stellung für die Gutsbesitzer polnischer Nationalität, ganz unabhängig davon, ob sie polnische oder ukrainische Bürger sind. Diese Forderung steht im absoluten Gegensatz zur Souveränität des ukrainischen Staates.

Weiters bestimmt der Entwurf die Geheimhaltung des Friedensvertrages, die aber erstens der ukrainischen Regierung die Möglichkeit nimmt, ihre Bevölkerung über die tatsächlichen Bedingungen des Friedensvertrages sowie über die Umstände, unter denen er geschlossen wurde, aufzuklären, zweitens der ukrainischen Regierung das Recht nimmt, auf Grund des Völkerrechtes an internationale Faktoren zu appellieren, die ukrainische Volksrepublik zu schützen.

Beilage III.

Resolution des Zentralkomitees der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 20.—24. September 1920, betreffend die Außenpolitik der ukrainischen Volksrepublik.

1. Das Zentralkomitee hält jede Intervention einer fremden Militärmacht in der Ukraine für schädlich und unzulässig; daher nimmt das Zentralkomitee Stellung gegen all jene internationalen Abmachungen der Regierung der ukrainischen Volksrepublik, die ein Zusammengehen der ukrainischen Armee mit national- oder staatsfremdem Militär auf dem ukrainischen Territorium anstreben. Diese Politik der Regierung der ukrainischen Volksrepublik wird von der Partei energisch bekämpft werden.

Was insbesondere den russischen General Wrangel betrifft, der, gestützt auf die Ententereaktion, die Bevölkerung und die materiellen Kräfte der Ukraine, auf deren Gebiet er sich befindet, zwecks Wiederherstellung des vereinigten reaktionären Rußland mißbraucht, so verurteilt die ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei jeden Versuch der ukrainischen Regierung, an diesem Werke mitzuarbeiten, aufs entschiedenste. Die Partei wird das weitere Verbleiben der Armee des Generals Wrangel auf dem ukrainischen Territorium energisch bekämpfen.

Solidarisch mit dem internationalen Proletariat in seinem Kampfe gegen die Versuche der Weltreaktion, eine Intervention gegen Räterußland herbeizuführen, appelliert das Zentralkomitee an alle ukrainischen Arbeiter und Bauern, dem General Wrangel weder Menschen- noch sonstige Hilfe zu leisten und seiner Armee den Durchmarsch durch das ukrainische Gebiet zu verwehren.

2. Die ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei wird mit aller Kraft eine Verständigung zwischen den Völkern Osteuropas anstreben. Wenn eine solche Verständigung bis heute nicht zustande kommen konnte, so tragen daran die herrschenden Klassen der Nachbarvölker die Schuld. Insbesondere ist eine für beide Völker befriedigende ukrainisch-polnische Annäherung nur dann möglich, wenn die ostgalizische Frage nach dem Willen der Majorität der ostgalizischen Bevölkerung gelöst werden wird.

3. Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß die Frage eines ukrainisch-russischen Friedens für die internationale Politik in

Osteuropa von größerer Bedeutung ist. Das Zentralkomitee erstrebt einen Frieden auf freundschaftlicher Basis und ist geneigt, an dem ökonomischen Aufbau des russischen Volkes unter der Bedingung mitzuwirken, daß das russische Volk und seine Regierung sich ihrerseits von den Okkupationsgelüsten hinsichtlich der Ukraine ein für allemal lossagen.

Beilage IV.

Auszug aus dem Statut des Rates der sozialistischen Parteien in der Ukraine*).

§ 1.

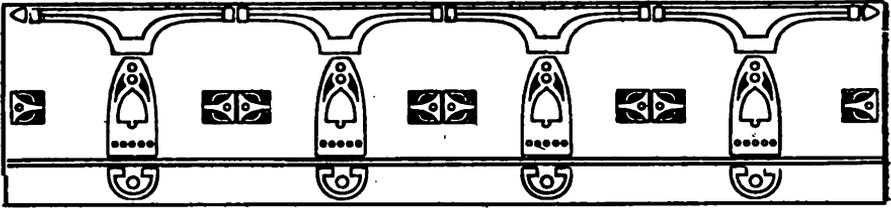
Der Rat der sozialistischen Parteien in der Ukraine bezweckt die Koordinierung der Tätigkeit aller sozialistischen Parteien, damit die gemeinsame Arbeit an dem Wiederaufbau der ukrainischen Volksrepublik im Sinne der arbeitenden Klassen in Angriff genommen und gemeinsame Aktionsmöglichkeiten im Interesse des Sozialismus geschaffen werden.

§ 2.

Mitglieder des Rates der sozialistischen Parteien in der Ukraine können jene politischen Parteien werden, die 1. auf dem Boden des internationalen, revolutionären Sozialismus stehen, 2. ein zentrales allukrainisches Parteiexekutivorgan und bestimmtes Parteiprogramm haben und 3. die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates anerkennen.

*) Am 16. April 1920 in Kamenetz beschlossen.





ELFTER BRIEF.

Das Judentum unter dem bolschewikischen Regime.

Lieber Genosse und Freund!

Mit gemischten Gefühlen übernehme ich es, Dir die Arbeit unserer Weltkonferenz zu schildern. Die tiefste Niedergeschlagenheit haben die Berichte der russischen Delegation hervorgerufen. Sie haben vermutlich gegen den Willen der Berichterstatter mit eindringlicher Klarheit die endgültige Katastrophe des Judentums im bolschewikischen Rußland, die Tragödie der jüdischen Arbeiterbewegung in dem Lande des „Sozialismus“ vor Augen geführt. In gewissem Sinne konnten uns diese Berichte befriedigen, wenn ich an unsere Stellung zur Gewaltsozialisierung und Okkupationspolitik der Moskauer Herren in der Ukraine denke. Wir, die jüdisch-ukrainisch „konterrevolutionären“ Sozialisten, sind nicht die Sieger, da die Machtverhältnisse momentan gegen uns und unsere Volksinteressen sind: wir können uns jedoch keinesfalls als Besiegte betrachten, da die Wahrheit doch mit uns ist. Die tragische Lage der jüdischen Volksmassen und der jüdischen Sozialisten im kommunistisch-moskowitzischen Exil bestätigt neuerdings die vollständige Richtigkeit unserer Orientierung im Sinne der Interessengemeinschaft unseres Volkes mit seinen Nachbarn im Prozess ihrer unvermeidlichen nationalen Wiedergeburt und gegen alle Okkupations- und Unterdrückungsversuche ihrer Feinde.

Die poale-zionistische Weltbewegung konnte der Versuchung nicht widerstehen, das Problem: Moskauer „Kommunismus“ oder marxistischer Sozialismus, Ostdiktatur oder Westdemokratie, als Anlaß zur Spaltung zu benutzen, und die V. poale-zionistische Weltkonferenz wurde tatsächlich gleich nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung — der Frage der Internationale — in zwei Konferenzen verwandelt. Beide hatten fast die gleiche Stimmenanzahl, aber die denkbar entgegengesetztesten Stimmungen. Die eine ist durch die Delegaten aus Amerika, England und Palästina repräsentiert — jener Parteien, bei denen das Palästina-

moment die wichtigste Rolle in ihrer Arbeit und poale-zionistischen Weltanschauungen spielt. Sie sind gegen den bedingungslosen Eintritt in die Dritte Internationale, für eine Anteilnahme an dem zionistischen Kongreß und streben in der Sprachenfrage ein Kompromiß an. Die zweite Konferenz — Rußland, Polen — hat sich ausschließlich unter die Fittiche Moskaus gestellt, oder wie der gescheite Genosse Juris bemerkte, sie orientierte sich einfach nach den Erfolgen der Reiterarmee Budenyjs. Die Konferenz tagte zufällig zu einer Zeit, da die bolschewikische Armee hinter Warschau stand.

Der Führer der kommunistischen Poale-Zion in Rußland, Chaschin, erklärte in seiner Rede öffentlich, daß die rußländischen Poale-Zion in Moskau die feierliche Zusicherung machten, den Weltverband bis an die Tore der paradiesischen Dritten Internationale zu bringen. Und Chaschin scheute sich auch gar nicht, unseren Moskauer Delegaten in diskreter Weise einzuschärfen, daß sie an diese Zusicherung ja nicht vergessen. . . . Darin war so viel Drohung und Denunziation enthalten, daß der Saal bald darauf von Proteststimmung beherrscht wurde.

Die Mehrheit der polnischen Delegation, mit Serubabel an der Spitze, hat auf der Konferenz selbst ihre prinzipielle Stellung in entscheidender Weise geändert. Sie kam mit dem imperativen Mandat, im Sinne der Resolution des letzten, Mai 1920, stattgehabten Parteitages der polnischen Poale-Zion-Partei zu stimmen. Es ist merkwürdig, daß die Resolution des Parteitages von ebendemselben Serubabel herrührt, der dann ein paar Monate später in Wien sie und sein imperatives Mandat verleugnete und mit den Kommunisten zusammenging. Budjenyjs Kosaken haben allen Grund, mit ihren Erfolgen auf der poale-zionistischen Weltkonferenz zufrieden zu sein.

Fast alle führenden Genossen aus Polen kamen zur Weltkonferenz. Aber gerade die polnische Delegation mit ihrer frisch angestrichenen Moskauer Orientierung bewies ihre völlige Unfähigkeit und Unreife, die Führung einer so großen politischen Massenpartei, wie sie die Poale-Zion in Polen bilden, innezuhaben.

Auf meinem Wege nach Wien hielt ich mich einige Wochen in Warschau auf, wo ich Gelegenheit hatte, die polnisch-jüdischen Beziehungen und die jüdische Politik überhaupt aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Die jüdischen Parteien in Polen, und besonders die sozialistischen, fordern nationale Autonomie für die jüdische Minorität. Dabei haben aber unsere Genossen in Polen nicht die leiseste Andeutung gemacht, wie sie sich zur nationalen Befreiung des polnischen Volkes und seines Proletariats verhalten. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die jüdischen sozialistischen Parteien und die ganze jüdische Bevölkerung dem öffentlichen Staatsleben vollkommen fremd gegenüberstehen, und daß sie sich zu den Problemen des polnischen Volkes gleichgültig und uninteressiert stellen. Ich könnte zum Beispiel nicht mit Bestimmtheit

sagen, ob unsere Genossen in Polen die staatliche Selbständigkeit Polens bejahen oder verneinen. Ich glaube, daß sie sich nicht einmal mit der Staatspolitik entsprechend befassen. Und dies soll eine Klassenpartei sein, die angeblich den Klassenkampf des jüdischen Proletariats führt, eine Partei, die möglicherweise einmal von dem marxistischen Grundsatz Kenntnis hatte, daß der Klassenkampf vor allem ein politischer Kampf ist, eine Partei, die in das polnische Parlament einen eigenen Deputierten entsandte... Ihre ganze „Politik“ beschränkt sich in der Hauptsache darauf, daß die Polizei einigemal wöchentlich wegen Serubabels „revolutionären“ Wortfeuerwerks das Parteiblatt konfisziert und die dann auf diese „Erfolge“ beim Warschauer Polizeikommissär bis zur Bewußtlosigkeit stolz ist. So liegen unsere polnischen Genossen bis zum heutigen Tage noch in den Windeln der alten russischen illegalen Arbeit und fühlen sich dabei sehr wohl.

Du kennst wohl die allgemeine Lage der Juden in Polen, ebenso den polnischen Antisemitismus. Hatten wir doch beide das „Glück“, denselben einen ganzen Winter lang im polnischen Kamenetz auszukosten. Die polnische Schlachta sieht auf uns mit hocharistokratischer Verachtung herab, das Kleinbürgertum und die Intelligenz hinwiederum begegnen uns mit offener Feindschaft und Haß, weil wir ihnen auf dem ökonomischen Gebiet, im Kampfe um die nackte Existenz, Konkurrenz machen; sogar der organisierten, sozialistisch angehauchten Arbeiterschaft sind wir nicht ganz unverdächtig. Die Regierung und die Bürokratie sind uns gegenüber äußerst intolerant, und die wenigen wirklich freidenkenden Intellektuellen sowie der wertvolle Teil der führenden sozialistischen Kreise beobachten alle die peinlichste Vorsicht gegenüber dem verfluchten jüdischen Nachbarn wider Willen. Die polnische Jugend wird von Kindheit an im Geiste der Judenverachtung erzogen. Die Armee verwirklicht ihren Antisemitismus in Pogromen, Plünderungen und bestenfalls in wahnsinnigen Verspottungen der armen, schutzlosen, jüdischen Bürger in den größeren und kleineren Städten, in den Eisenbahnen, auf den Straßen. Im ökonomischen Leben wird gegen uns ein erbitterter Kampf geführt; in dieser Hinsicht erleiden wir einen unaufhörlichen geheimen Pogrom, unsere planmäßige Isolierung vom polnischen Wirtschaftsleben.

Wenn die Zionisten oder die Volkisten unter solchen Umständen sich keinen Rat wissen, so ist es wohl nicht zu verwundern. Was sollten sie denn, die politischen Vertreter des jüdischen Kleinbürgertums, in dem unvermeidlichen Konkurrenzkampf mit dem polnischen Kleinbürgertum zuwege bringen können? Sie haben wohl keinen anderen Ausweg, als protestieren und wehklagen!

Wenn aber die jüdischen Sozialisten bis heute noch immer keinen Versuch machten, mit den polnischen Genossen ein Einvernehmen zu erzielen, wenn sie, die Führer des Proletariats, die die Möglichkeit haben, im Namen der Klassenolidarität ihre Bruder-

hand entgegenzustrecken, sich durch eine chinesische Mauer vom polnischen Sozialismus abge sondert haben, so ist dieser Vorgang unverständlich und unverzeihlich.

Gewiß hat auch die polnische sozialistische Partei in ihren Reihen eine ganze Anzahl antisemitischer Elemente. Aber haben etwa die jüdischen Sozialisten den Versuch unternommen, durch die Herstellung eines Kontaktes und durch solidarisches Zusammenarbeiten den Einfluß der antisemitischen Elemente zu schwächen? Haben etwa die jüdischen Sozialisten während der ganzen Kriegs- und Revolutionszeit, als das polnische Proletariat seinen Befreiungskampf führte, die polnischen Genossen in irgendeiner Weise unterstützt? Unsere Genossen in Polen scheinen ganz vergessen zu haben, daß die jüdischen Volksmassen an der Sympathie und Hilfe seitens Faktor, der im Laufe der Zeit bei kluger nüchterner Politik unserdes polnischen Sozialismus weit mehr interessiert sind als das polnische Proletariat an der sehr problematischen jüdischen Mitwirkung. Sie wollen noch immer nicht einsehen, daß der einzig mögliche seitens unser Beschützer in Polen werden kann, nur die organisierte Arbeiterschaft ist, eben jene verpönte polnische sozialistische Partei.

Statt einer Klassensolidarität herrscht in Polen nationaler Haß und Parteikonkurrenz. Es kam noch niemals in Polen vor, daß der 1. Mai vom ganzen Proletariat gemeinsam gefeiert wurde. Die Parteien veranstalten dort gesonderte Manifestationen an verschiedenen Orten, es finden separate Parteimeetings statt, die manchmal mit unfreundlichen Kundgebungen vor den Lokalen der anderen sozialistischen Parteien enden. Den heurigen 1. Mai feierten auch die Kommunisten durch Demonstrationsumzüge, wobei jedoch die polnischen und die jüdischen Kommunisten getrennt marschierten. Und als die antisemitische Jugend einen Ueberfall auf die Demonstranten machte, da ließ sie die polnischen Manifestanten ruhig vorüberziehen, während die jüdischen Manifestanten blutig geschlagen wurden. Und dies nennt man hier eine „natürliche“ Erscheinung. Die Konkurrenz zwischen den jüdischen Parteien nimmt einfach schändliche Formen an. Gesonderte professionelle Vereine, separate Kooperative, sogar die proletarische Schul- und Bildungsarbeit wird getrennt durchgeführt. Allerdings beginnt auf dem letzteren Gebiet gegenwärtig eine bessere Einsicht Platz zu greifen: man versucht in der letzten Zeit das jüdische Schulwesen zu zentralisieren.

Unter diesen Umständen ist es wohl kein Wunder, wenn sozialistische Parteien in Polen, deren Aufgabe die Führung des Klassenkampfes, die Konsolidierung aller internationalen proletarischen Kräfte im Lande selbst, um die innere Reaktion und die fremden Okkupationsgelüste zu unterdrücken, ist, darauf warten, daß die Hilfe vom Osten komme. Obwohl zweifellos diese „Hilfe“ die Kluft zwischen den einheimischen national verschiedenen proletarischen Gruppen ungemein vertiefen würde.

Viel trauriger, ja geradezu tragisch ist die Lage in Rußland. So sehr auch die Politik, die die Führer der polnischen Partei treiben, falsch sein mag, ist es doch nicht zu leugnen, daß diese Partei eine mächtige Massenorganisation ist und bleibt. Diese Tatsache allein bietet eine hinlängliche Gewähr für zukünftige Möglichkeiten. Der gesunde Sinn der Massen wird die Intelligenz früher oder später doch den richtigen Weg führen.

In Rußland aber gibt es gegenwärtig weder eine Massenpartei noch eine führende Intelligenz. Die Intelligenz hat sich der bolschewikischen Regierungsmacht angepaßt, die Massen haben die Partei verlassen. Die Delegation, die aus Rußland kam — die „ganz“ Rußland, einschließlich Ukraine, vertrat — konnte im Namen von 4500 Genossen sprechen! Auf eine größere Anzahl von Stimmen haben sie keinen Anspruch erhoben, obgleich im Kampf zwischen „links“ und „rechts“ auf der Weltkonferenz, die eine Spaltung mit 179 gegen 178 Stimmen durchführte, jede einzelne Stimme große Bedeutung hatte. Daß sie wirklich so „viele“ Mitglieder haben, glaubte man dem russischen Delegaten einfach aufs Wort... Dies wegen der Verdienste Lenins um die Weltrevolution. Die poalezionistische Partei in Rußland, die im Jahre 1917 20.000 Mitglieder zählte, die in der Ukraine allein im Jahre 1918 über eine Mitgliederzahl von 16.000 verfügte, ist jetzt auf einige tausend Genossen zusammengeschmolzen. Dies bedeutet nichts anderes, als daß sie einfach auf ein Minimum herabgesunken ist. Als treue Anhänger aber einer Diktatur über das Proletariat bescheiden sich die russischen Genossen mit den wenigen tausenden Parteimitgliedern, in der Oeffentlichkeit aber reden sie im Namen des ganzen jüdischen Proletariats!

„Das jüdische Proletariat in Rußland wird nur in den Reihen der Dritten Internationale marschieren“ — erklärte feierlich Kendzierskyj in seiner auf der Weltkonferenz gehaltenen Begrüßungsrede. „Die Dritte Internationale ist die einzige aktive politische Macht.“ Es ist die alte Konjunkturpraxis: man orientiert sich nach dem Mächtigen! So verliert man die Massen, so „synthetisiert“ man alle nationalen Forderungen in einem einzigen hoffnungslosen Seufzer-Wunsch nach „jüdischen Arbeiterräten“, man verliert sogar die Lust, sich auf die Massen zu stützen, der Respekt vor dem organisierten Volkswillen ist dahin! Und in einer echt „revolutionären“ Pose erklärt Kendzierskyj: „Wir müssen entschieden das formalistische“ demokratische Prinzip verwerfen!“

Zur Konferenz kamen die Vertreter aller drei Richtungen in Rußland: die sozialdemokratische Partei „Poale-Zion“ entsandte die Genossen Kiwin, Kendzierskyj und Berlinrot, die kommunistische Fraktion der sozialdemokratischen Partei — Leime, Rosenhaus, die kommunistische Partei „Poale-Zion“ — Chaschin. Aus der Ukraine kam keine separate Delegation, noch befindet sich innerhalb der rußländischen Delegation irgendein führender Genosse aus der

Ukraine. Berlinrot erzählte, daß anfangs Juli eine gemeinsame Konferenz der ukrainischen und russischen Poale-Zion in Charkow stattgefunden hat, auf welcher beide Parteien, wie in den guten alten Zeiten Zar Nikolajs, fusioniert wurden. Ob dies die reine Wahrheit ist oder nicht, weiß ich nicht. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß unsere ukrainischen Genossen so leichten Herzens auf ein derartiges Kapitel Parteigeschichte, wie zum Beispiel die politische Tätigkeit der Poale-Zion in der Ukraine während der ersten drei Revolutionsjahre mit ihren großen Traditionen und Errungenschaften, mit der national-personalen Autonomie und dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes verzichtet hätten. Wenn dies aber wahr sein sollte, so wäre hiedurch der Beweis erbracht, daß die demoralisierende Atmosphäre parteiischer und kommissärischer Diktatur, die in Rußland und in der Ukraine herrscht, leider auch unsere besten ukrainischen Genossen vergiftet hat, da diese „Vereinigung“ lediglich auf den Wink der Moskauer Herren zustande gekommen sein kann, die auf diese Weise die „separatistischen“ Bestrebungen nach nationalen Staaten, Föderationen, nationaler Autonomie und ähnlichen „bourgeoisen“ Dummheiten loswerden möchten. Hat ja Chaschin auf der Konferenz offen erklärt, daß „die Forderung nach ‚nationalen Rechten in Rußland‘ ein bürgerlicher Atavismus sei“.

Wenn man mich fragen sollte, worin der wesentliche Unterschied zwischen den drei Richtungen innerhalb der rußländischen Poale-Zion besteht, ich wüßte keine Antwort. Man darf aber nicht vergessen, daß außer den drei offiziellen, von der Sowjetmacht anerkannten Richtungen, noch eine „rechte“ vorhanden ist, oder richtiger, die wahre Sozialdemokratie, die gegenwärtig völlig unterdrückt und mundtot gemacht wird, die in Wirklichkeit zusammen mit dem jüdischen Proletariat die Partei verließ.

Warum sich gerade die einen „sozialdemokratisch“ nennen, da sie ja genau wie Chaschins Genossen von der Sehnsucht besessen sind, in die kommunistische Internationale aufgenommen zu werden, da sie ja für die Diktatur der kommunistischen Partei sind, für die Räteherrschaft, gegen die Demokratie und zusammen mit Lenin die „Weltrevolution mitmachen“? Wozu es da noch eine „kommunistische“ Fraktion gibt und welchen Sinn es hat, daß die dritte Richtung sich noch immer als „jüdische kommunistische Partei“ bezeichnet, wenn „nationale Rechte ein bürgerlicher Atavismus“ sind — dies ist einfach unerklärlich, eines der traditionellen russischen Rätsel. Was mich betrifft, so glaube ich noch immer, daß all die Kiwins, Berlinrots, Barus und die anderen Sozialdemokraten ihrem tiefsten Wesen nach richtige „Konterrevolutionäre“ geblieben sind und nach demokratischer Ordnung unstillbare Sehnsucht empfinden, aber wir sind ja immerhin Juden, so passen wir uns eben nach Möglichkeit an. Die russischen Sozialrevolutionäre und Menschewiken sitzen allerdings in den bolschewikischen Kerkern, unsere aber

versuchen unter der alten sozialdemokratischen, marxistischen Firma soviel kommunistische Konterbande als nur irgend möglich zu schmuggeln und es gelingt ihnen dies so vorzüglich, daß sie diese fremde Heilslehre sogar nach Wien verpflanzen und hier die amerikanischen, englischen und palästinensischen Genossen nach ihr selig werden lassen. Bekanntlich aber hat man in Europa gegen jede Seuche ein Schutzmittel erfunden, und so haben eben unsere westeuropäischen Genossen ihre Immunität bewiesen. Dagegen hat diese Moskauer Epidemie unbarmherzig die schwachen Ostjuden, die polnischen, galizischen, litauischen und lettischen Intelligenzler, die Wiener galizischen Flüchtlinge sehr rasch angesteckt. Sie alle liegen gegenwärtig im Krankenbett des „linken“ Poale-Zion-Verbandes.

Wenn man nun in sachlicher Beziehung keinen richtigen Unterschied zwischen den rußländischen sozialdemokratischen und kommunistischen Poale-Zion feststellen kann, so sind sie wohl ihrem Temperament nach deutlich zu unterscheiden. Obgleich eigentlich auch in dieser Beziehung Uebergangsfiguren vorhanden sind, wie beispielsweise Kedzierskyj. Dieser „Revolutionär“ gerät nie in Verlegenheit, wenn er eine flammende Rede oder eine hochtrabende Pose mimen soll. Hingegen ist der stille Berlinrot ganz wesensverschieden von dem „jüdischen Räuber“ Chaschin. Während man bei Berlinrot oder Kiwin noch von Zeit zu Zeit ein Wort bezüglich der jüdischen Bevölkerung und anderen „bürgerlichen Atavismen“ hören kann, so ist Chaschin ein ausgesprochener — man lache nicht — proletarischer Klassenkämpfer. „Gegenwärtig gibt es nur eine jüdische Gemeinschaft“ — erklärte Chaschin in seiner Begrüßungsrede — „es ist dies das arbeitende Judentum; dieser neuen jüdischen Nation fällt die Aufgabe zu, alle übrigen Klassen der jüdischen Gemeinschaft zu vernichten.“ Oder: „Neben dem Vaterland Soziale Revolution gibt es kein zweites Vaterland mehr.“ Oder: „Alle müssen Kommunisten werden — die übrigen sind Feinde“ und ähnliche patentierte Moskauer Aussprüche. Ich erinnere mich noch an den Chowewe zionistischen Chaschin, als er vor zwei Jahren in Odessa unser „Neues Leben“ redigierte; ich erinnere mich an den Skandal, den seine Leitartikel in der Zeitung, die von der englischen Intervention gegen Räterußland handelten, die mit naiver Sympathie von den freien Europäern sprachen, die uns die englische demokratische Ordnung mit den Bajonetten erkämpfen sollten, im Sommer 1918 in unserer Partei hervorriefen. ...

* * *

Eine objektive Schilderung der Situation in Rußland, der Lage des jüdischen Volkes und des jüdischen Proletariats unter dem Sowjetregime bieten die Informationsreden der rußländischen poalezionistischen Delegaten auf der Weltkonferenz. Ich habe mir diese Reden getreu notiert und will sie Dir hier mitteilen. Die Reden beweisen deutlich, wie unsere Volksmassen im „sozialistischen“

Paradiese leben, wie sich das jüdische Proletariat unter den bolschewikischen Experimenten fühlt, wie unsere Partei dort steht und wie wenig unsere Genossen noch die Fähigkeit besitzen, auch fernerhin der führende Faktor innerhalb der jüdischen Arbeiterschaft zu verbleiben. Ich staune noch immer darüber, woher die erwähnten Redner diese selbstmörderische Offenherzigkeit bezogen! Es scheint jedoch, daß das Elend und die Verzweiflung der jüdischen Volksmassen in Rußland bereits derartige Dimensionen angenommen hat, daß aus unseren dortigen Genossen, als sie sich in dem wirklich freien demokratischen Wien, wo jedermann reden und schreiben kann, was er will, protestieren, demonstrieren, die Regierung nach Herzenslust bekämpfen und andere ähnlich „konterrevolutionäre“ Dinge tun kann, ein wenig umgeschaut haben, die mit Gewalt erstickte Wahrheit und der niedergehaltene Schmerz einfach herausschrie: Sie konnten diese schreckliche Wahrheit nicht mehr unterdrücken; ihr politischer Wille erwies sich schwächer als ihr Gewissen, als ihr inneres Gefühl.

Es wäre noch zu erwähnen, daß die Mehrheit der rußländischen Delegation sich in Wien tadellos eingerichtet hat, keinerlei Sehnsucht nach dem Moskauer Paradies empfindet und hier so recht ihre Ruhe genießt. Chaschin, Berlinrot und Kedziarskyj kehren nach Rußland nicht mehr zurück.

Zwei Momente, die in den Reden besonders hervortreten, sollen hier erörtert werden. „In Großrußland“ — erklärte Kiwin mit besonderem Nachdruck — „dort, wo das Sowjetsystem auf fester Grundlage steht, waren niemals Pogrome.“ Die Konferenz hat die tiefere Absicht des Redners wohl verstanden und die Erklärung mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Denn wenn es überhaupt ein Motiv gibt, mit welchem die russischen Genossen ihre rückhaltlose Unterstützung der bolschewikischen Macht bei den breiten jüdischen Volksmassen wenigstens äußerlich als berechtigt erscheinen lassen können, so ist es dieses, daß die Regierungsmacht in Rußland die jüdischen Pogrome energisch bekämpft. Aber welche abgrundtiefe Falschheit liegt doch gleichzeitig in diesen Worten: „... dort, wo die Sowjetmacht auf fester Grundlage steht!“ Diese Worte verurteilen eben entschieden ihre ganze Politik! Denn marxistische Sozialdemokraten, die ihrem Parteinamen noch immer die Treue bewahren, die sich absolut nicht dazu hergeben wollen, mit den Kommunisten verwechselt zu werden, müßten doch etwas nachdenklicher werden hinsichtlich des unvermeidlichen weiteren Entwicklungsganges. Wahre Marxisten müßten sich eigentlich die Mühe nehmen, die gesellschaftlichen Faktoren im ganzen Lande, in Rußland, in der Ukraine, in Litauen und Weißrußland aufs gewissenhafteste zu analysieren, sie müßten die Lage genau untersuchen, nicht nur dort und dann, wo und wann das Sowjetsystem momentan fest begründet ist und daher keine jüdischen Pogrome zu befürchten sind, sondern auch dort, wo das Moskauer Räteregime gegenwärtig und vermutlich auch niemals

festen Fuß fassen wird, und daher der Ausbruch der fürchterlichsten Judenpogrome leider zur traurigen Wirklichkeit geworden ist. Die Pogrome finden ja in der Hauptsache in jenen Territorien statt, die formell unter der bolschewikischen Regierungsmacht stehen, in der sogenannten „Ukrainischen sozialistischen Räterepublik“, wo die Regierungsmacht mit knapper Not in den großen Städten bestehen kann, wo aber das ganze Land, die Dörfer und kleinen Provinzstädte tatsächlich der unaufhaltsamen Aufstandsanarchie der Bauern ausgeliefert ist, die die Existenz der jüdischen Bevölkerung und den Bestand der jüdischen Gesellschaft überhaupt in Frage stellt.

Wenn Chaschin, der ehemalige Aesthet-Individualist, gegenwärtig treuer kommunistischer Jünger, derselbe Chaschin, der ehemals den „jüdischen Klassenkampf“ mit einem spöttischen Lächeln abzutun pflegte, nunmehr in der Konferenz die Behauptung wagt, das Dorf in Rußland sei die Wüste, die Sahara des Privateigentums, in der die sozialistischen Oasen, die Städte, einfach ertrinken, und mit demselben spöttischen Lächeln hinzufügt, daß es zu bedauern ist, daß die Tschereswytschajka diese Wüste nicht mit Peitschenhieben „sozialisieren“ kann — so kann man von ihm eigentlich nichts anderes erwarten. Er ist konsequent „kommunistisch“, obgleich er momentan noch nicht zugeben wird, daß er damit völlig unjüdisch wird... Denn im gegenwärtigen historischen Moment, angesichts der momentanen sozialen und nationalen Lage des jüdischen Volkes in den Diasporaländern und solange das nationale Zentrum in Palästina nicht geschaffen ist, bedeutet die soziale Revolution in ihren bolschewikischen Auswüchsen ein nationales Unglück, einen jüdischen Volkspogrom. So ernst und aufrichtig die bolschewikische Regierung sich auch immer bemühen mag, das Leben des Individuums, des einzelnen Juden zu schützen, kann sie doch die jüdische Nation als Ganzes vor dem Ruin nicht erretten.

Was soll man aber zu den Sozialdemokraten sagen, zu Berlinrot, Baru, Abramowicz, Kiwin? Sie mußten doch versuchen, die Pogromursachen zu analysieren, eine genaue Diagnose dieser furchtbaren Krankheit festzustellen und eine Prognose für die weiteren Möglichkeiten der bolschewikischen Regierung aufzustellen!

Wo ist ihre sozialdemokratische Weltanschauung, wohin ist die marxistische wissenschaftliche Stellung einer sozialdemokratischen Partei in der Frage des Kraftverhältnisses der Klassen entschunden?

Diese unsere Genossen, die in der Ukraine, in diesem Meere des agrarischen Privateigentums, in der Wüste unaufhörlicher Aufstände und Pogrome, die es ja wissen, daß nicht einmal ein bolschewikischer Kommissär es wagen darf, ohne sich ein Kreuz um den Hals zu hängen, den Eisenbahnzug zu benutzen, da ihn sonst die aufständischen Bauern, die alle Züge revidieren und plündern, als „jüdischen Kommissär“ glatterdings erschießen würden, diese Genossen eben, die es ja mit eigenen Augen sehen können, wer die

jüdischen Pogrome veranstaltet, die ja wissen, daß es in erster Linie der Bauer ist, der die ganze jüdische Bevölkerung endgültig ruiniert, daß der Kampf des ukrainischen Bauerntums und sein Widerstand gegen die bolschewikische Okkupationsmacht ausschließlich auf dem Rücken des jüdischen Volkes ausgefochten wird, daß den Bauern die Städte das Symbol der bolschewikischen Macht und die Juden die Personifikation der Stadt bedeuten, diese Genossen nun müßten sich ja letzten Endes die Frage vorlegen, wer wird also doch in der Ukraine den Sieg davontragen? Wird die Moskauer Okkupationsarmee, die auf den Spitzen ihrer Bajonette die soziale Revolution in die agrarische, konterrevolutionäre Ukraine hineinträgt, jene fremde, bolschewikische Macht, die durch ihre räuberische Kolonialpolitik in der kulturlosen Landbevölkerung die wildesten Instinkte und in den national bewußten Elementen die feindlichsten Gefühle und nationalen Chauvinismus, im ganzen Volke aber den historisch überlieferten Antisemitismus weckt, siegreich sein? Wird jene „Rätewacht“, die sich tatsächlich auf keine Räte, sondern bloß auf die Rote Armee stützt, und deren Gewaltpolitik den tiefsten Haß gegen die Stadt und indirekt die jüdischen Pogrome, die zu bekämpfen sie viel zu ohnmächtig ist, hervorgerufen hat, vom endgültigen Siege gekrönt werden? Oder wird der Sieg auf der Seite der Bauernschaft sein, die 85 Prozent der Bevölkerung bildet und nicht, wie in Großrußland, passiv ist, sondern aufständisch aktiv, für die Macht im Staate kämpft und eigentlich die ukrainische nationale Renaissancebewegung verkörpert?

Wenn unsere marxistischen Genossen in der Ukraine sich nicht die Mühe nehmen wollen, die tatsächlichen Machtverhältnisse zu untersuchen, sondern der erstbesten Macht, die jeweilig militärische Bedeutung hat, nachzulaufen und die jüdische Arbeiter- und Nationalpolitik auf einen historischen Zufall einstellen, wie ihn die kommunistische Macht nicht allein in der Ukraine, sondern auch in Rußland darstellt, so erlauben sie sich hiemit ein historisches Verbrechen, eine Vergewaltigung der historisch notwendigen Entwicklung, die sich früher oder später furchtbar rächen wird.

Dieses komplizierte Problem nun, das jeden denkenden Sozialdemokraten zu tiefster Einkehr zwingt, läßt den Kommunisten Rosenhaus ganz gleichgültig. „Überall“ — erklärte er auf der Konferenz — „wo die soziale Revolution ausbrechen wird, werden Pogrome stattfinden. In Polen, Oesterreich und Ungarn werden die Pogrome in der Zeit der sozialen Revolution unvermeidlich sein.“ Für ihn, als einen gläubigen Kommunisten, ist somit das Pogromproblem gelöst: die soziale Revolution in ihren Moskauer bolschewikischen Formen, das heißt mit Gewalt und Brutalität, Diktatur und blutigen Kämpfen, mit Bürger- und Völkerkrieg, muß einmal stattfinden; wenn hiebei jüdische Pogrome unvermeidlich sind, so ist eben nichts zu machen.

Ein schöner Trost für unsere leidenden Volksgenossen!

Die Reden der rußländischen Delegierten auf der V. poale-zionistischen Weltkonferenz *).

L. Rosenhaus' (kommunistische Fraktion der jüdischen sozialdemokratischen Partei Poale-Zion): Die soziale Revolution ist in Rußland aus der Entwicklung des russischen Lebens hervorgegangen, nicht aber aus der des jüdischen. Die jüdische Arbeiterklasse hat den Kommunismus als eine fertige Tatsache hingenommen, als eine äußere historische Notwendigkeit. Der Kommunismus ist dem jüdischen Proletariat nicht eine organische innere Erscheinung, sondern eine Orientation, eine Anpassung an eine fremde Bewegung. Bis zum gegenwärtigen Moment hat die soziale Revolution vom jüdischen Leben mehr gefordert, als sie ihm bieten konnte. Daher auch der instinktive Widerstand der jüdischen Massen gegen sie. Daher darf es uns auch nicht wundern, wenn wir einmal in der jüdischen Gasse der Erscheinung begegnen, daß jüdische Intellektuelle über Nacht Kommunisten werden, wie dies beispielsweise mit Rafes der Fall war. Die Tendenz des jüdischen Kommunismus in Rußland ist: Alle großen Aufgaben hat die soziale Revolution allein zu lösen! Die kommunistische Internationale wurde bei den jüdischen Kommunisten ein neuer Götze, wie es einst der „Sejm“ war. Faktisch aber hat die Revolution den jüdischen Massen auch in nationaler Beziehung sehr wenig geboten. Die jüdischen Gemeinden sind zerstört, aber es gibt auch keine Arbeiterautonomie. Die Notwendigkeit der Anpassung an die neuen ökonomischen Bedingungen hat in der jüdischen Intelligenz, insbesondere in jenem Teil derselben, der in die Sowjetische Bürokratie eindringt, starke Assimilationstendenzen wachgerufen. Die jüdischen Kommissariate befinden sich meistens in den Händen der Assimilanten. Die Assimilation hat auch in der Arbeiterbewegung ihr Haupt erhoben — es ist dies die jüdische Sektion der allgemeinen kommunistischen Partei, während die Poale-Zion glatt daniederliegen. Die Lage der Poale-Zion ist eine tragische: die jüdische Arbeiterbewegung ist vollkommen ruiniert; die Massen haben der Bewegung den Rücken gekehrt, wo früher Tausende waren, blieben jetzt kaum Dutzende; die jüdische Arbeiterschaft verhält sich nunmehr in politischen Dingen neutral.

K i w i n (jüdische sozialdemokratische Partei Poale-Zion): Das ökonomische Leben der jüdischen Massen in Rußland, der jüdische Handel und das jüdische Handwerk sind ruiniert. Die jüdischen Massen haben ihre früheren ökonomischen Funktionen eingebüßt, die jüdischen Arbeiter haben ihren Arbeitsplatz verloren. Das Gesetz

*) Ich veröffentliche hier die Reden Rosenhaus', Chaschins und Kiwins nach einer genauen Aufzeichnung, die ich während der Konferenz gemacht habe. Dieser Tage erschien der Bericht über die Weltkonferenz, herausgegeben vom „rechten“ Verbandsbüro. Der Bericht wiedergibt die Verhandlungen und Reden sehr kurz und ganz allgemein. Ich habe ihn daher lediglich als Ergänzungsmaterial verwendet.

betreffend die Arbeitspflicht der Arbeitslosen ist für die Juden ein ausgesprochener Gewaltakt, weil ja jeder, der in keiner Fabrik oder Sowjetanstalt beschäftigt ist, als „arbeitslos“ gilt; bei den Juden sind dies 80 oder 90 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Verwirklichung dieses Gesetzes verwandelt die Mehrheit der Juden in schwarze Arbeiter. In Witebsk zum Beispiel sind laut einer Berechnung des Kommissärs für Zwangsarbeiten 98 Prozent aller Zwangsarbeiter Juden. Die Nötwendigkeit eines Ueberganges zur produktiven Arbeit und einer Anpassung an die neuen Wirtschaftsformen ist ungeheuer groß, die Möglichkeiten aber sind äußerst klein. Das Eindringen in das Dorf und die Beschäftigung mit Landarbeit ist den Juden fast unmöglich. Der Boden ist unter die Bauern aufgeteilt worden und es gibt keinen freien Boden mehr. Dazu kommt noch der Antisemitismus der Bauern, insbesondere in der Ukraine: das Dorf sieht in dem Juden die Personifikation der feindlichen Stadt. Die Versuche, die Juden in der Landwirtschaft zu beschäftigen, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Während der hungernde russische Arbeiter aus der Stadt aufs Land emigriert und in der Landwirtschaft Arbeitsgelegenheit bekommt, wandert der Jude unter der Gefahr von Pogromen und Brotlosigkeit aus den kleinen Provinzstädtchen in die Großstädte und übergeht so vom Handwerk und Handel zur Spekulation. Obgleich in Großrußland, wo das Sowjetregime mächtig ist, keine Pogrome stattgefunden haben, sind die Provinzjuden dennoch jederzeit zur Auswanderung bereit, zur Uebersiedlung in die Großstädte. Durch die schwarze Pflichtarbeit und Spekulation wird das jüdische ökonomische Leben einfach ruiniert. Die Emigrationsnot ist unbeschreiblich. Das jüdische Arbeitsproblem hat in Rußland eine brennende Aktualität erreicht.

Chaschin (jüdische kommunistische Partei Poale-Zion): Eine jüdische politische Frage gibt es in Rußland nicht mehr. Sie besteht nur noch als ökonomisches Problem. In Rußland existiert die nationale Frage im politischen Sinne überhaupt nicht mehr, die Forderung nach nationalen Rechten in Rußland ist ein bürgerlicher Atavismus. Die jüdische kommunistische Arbeiterbewegung könnte für ihre Zwecke den ganzen Staatsapparat zur Verfügung haben, allein sie scheint die Macht nicht zu benützen, die Diktatur, die ihr zugestanden wurde, zu realisieren. Die Regierung ist bereit, alles zu bieten, es fehlen bloß die Forderungen, es fehlt unsere Selbstbestimmung.

Die jüdische Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit städtisch, und aus diesem Grunde kann die ökonomische jüdische Frage nicht gelöst werden, weil in Rußland die Stadtbevölkerung im allgemeinen in einer furchtbaren Lage lebt. Der Plan aber, die Juden aufs Land zu überführen, ist absurd, eine Utopie. Sowjetrußland beherrscht das Dorf noch nicht. Das Dorf ist die Wüste des Privateigentums, die Sahara rings um die Städte, die kommunistischen Oasen. Die kommunistische Regierung allein würde es auch nicht wünschen, daß die

Juden in die Dörfer eindringen und dort „jüdische“ Kommunen schaffen, weil dies die Bauernschaft noch mehr verhetzen würde. Das Problem der Kollektivierung der Wirtschaft in den russischen Dörfern kann nur im Wege von Musterwirtschaften gelöst werden. Mit Peitschenhieben der Tschereswytschajka kann man das Dorf für den Sozialismus nicht gewinnen, so sehr man es auch wünschen würde... Für die Musterwirtschaften aber sind die russischen Fabrikarbeiter ein viel geeigneteres Material als die jüdischen Vorbeter und Tempeldiener.

Es ist jetzt unmöglich, die jüdische Wirtschaft in Rußland auf eine höhere Entwicklungsstufe zu stellen. Die Pflichtarbeit ist die unproduktivste, ja nutzloseste. Man schleppt die Leute massenhaft zur Arbeit ohne Plan, ohne Notwendigkeit. Die Mehrheit aber des jüdischen Volkes ist arbeitslos und daher zur schwarzen Arbeit verurteilt.

Der Zerstörungsprozeß im jüdischen ökonomischen Leben ist weit stärker als der Aufbauprozeß. Die ehemalige jüdische Wirtschaft ist vernichtet. Der Anpassungsprozeß trägt einen individuellen Charakter, die Gemeinschaft aber hängt in der Luft. Auf den Anpassungen eben beruhen die Assimilationsbestrebungen der jüdischen Kommunisten der „jüdischen Sektion“. So spielen einzelne Judenkommunisten eine bedeutende Rolle, die Allgemeinheit aber ist in den Hintergrund gedrängt. ...

* * *

Nach dieser Rede, nach eben dieser vernichtenden Charakteristik des russischen Rätessystems vom Standpunkt der jüdischen Lebensinteressen, wagt es noch derselbe Chaschin, die „jüdischen Provinziellen“, die alles vom engen Gesichtspunkt der jüdischen Arbeiterinteressen und nicht vom universalen Standpunkt der Weltrevolution betrachten, zu ironisieren. ...

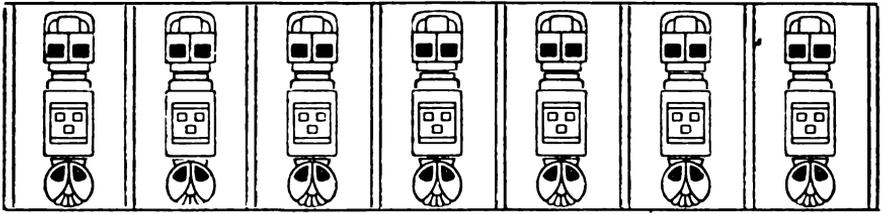
Dies ist der Gedankengang des modernen jüdischen Sozialismus und Kommunismus in Rußland... Sozialistische Speichellecker!

Mit sozialdemokratischem Gruß und den besten Wünschen für alle unsere Genossen in Kamenetz, verbleibe ich Dein treuer

Schalom Goldelman.

Wien, Oktober 1920.





SCHLUSSWORT.

Ein trauriges Resümee.



chon zu Beginn der Revolution vom Jahre 1917 konnte man in der jüdischen sozialistischen Demokratie zwei wesentlich verschiedene Tendenzen hinsichtlich der ukrainischen nationalen Bewegung feststellen.

Die erste freundliche Tendenz des Mitfühlens und der Mitarbeit trat von Beginn an in der Stellung der Poale-Zion-Partei und zum Teil auch der „Vereinigten“ klar zutage. Diese Tendenz bekam ihre realen Formen zur Zeit des Aufstandes gegen den Hetman und später in Kamenetz zur Zeit der sozialistischen Regierung Masepas. Die vorliegenden elf Briefe und die dazugehörigen Beilagen beleuchten in ausführlicher Weise den Ideengang und die Taktik dieser jüdischen Orientierung in der Ukraine. Die erste große Errungenschaft dieser Orientierung war das Gesetz vom 22. Jänner 1918 betreffend die national-personale Autonomie, durchgeführt vom ersten jüdischen Ministerium Moses Silberfarb („Vereinigte“, siehe Beilage Nr. I). Die zweite große Errungenschaft war das Gesetz vom 17. April 1919, das Statut für die jüdische Selbstverwaltung, durchgeführt vom dritten jüdischen Ministerium Abraham Rewutzkyj (Poale-Zion) anfangs Februar 1919, genehmigt zur Zeit des vierten jüdischen Ministeriums Pinchas Krassny (Volkspartei, Beilage Nr. II*). Allein die bedeutendsten Erfolge dieser Richtung in der jüdischen Volkspolitik erschöpfen sich nicht in den erwähnten zwei Gesetzen, so weitgehend und beispiellos sie auch in der Geschichte der jüdischen Diaspora erscheinen mögen, denn bedauerlicherweise sind sie im gegenwärtigen Moment, nachdem das ganze ukrainische Staatsgebiet von den russischen Bolschewiken okkupiert wurde und die Ueberreste der ukrainischen Volksrepublik sowie die ukrainische sozialistische

* Das zweite jüdische Ministerium W. Lacki-Bartholdy (Volkspartei) bestand nur kurze Zeit zu Beginn des Jahres 1918 und wurde seitens des Hetmans am 9. Juli 1918 liquidiert.

und demokratische Intelligenz in Polen oder in anderen wenig gastfreundlichen Winkeln der breiten Welt ein Exildasein fristen müssen, nicht viel mehr als papierene Paragraphen geblieben. Wichtig ist vielmehr, daß sich im Bewußtsein der Intelligenz und der maßgebenden Staatsfaktoren in der Ukraine die Ueberzeugung festgesetzt hat, daß sie in einem sehr wesentlichen Teil unserer sozialistischen und Volksintelligenz aufrichtige Freunde der ukrainischen nationalen Wiedergeburt sowie der demokratischen ukrainischen Volksrepublik haben; dieses Bewußtsein ist in erster Linie das Resultat unserer Arbeit und Mitwirkung an dem Aufbau des ukrainischen Staates und ist bis heute im Kampfe gegen den Antisemitismus im allgemeinen und insbesondere im Kampfe gegen die Pogromstimmung in der Armee der einzige erfolgreich wirkende Faktor geblieben. Wenngleich die breiten jüdischen Volksmassen lange Zeit hindurch dieser Arbeit der jüdischen Politiker fernstanden, so bieten dennoch die Beziehungen der jüdischen Bevölkerung zur ukrainischen Volksrepublik und zu ihrer Armee während der letzten Regierungsperiode im Podolischen Gouvernement (Oktober-November 1920), wie aus den Briefen des Genossen Drachler (Beilage Nr. VI) hervorgeht, sowie die Stimmung der jüdischen Bevölkerung in Kiew (siehe Interview mit Professor Kulischer, Beilage Nr. III) den klaren Beweis, daß die während der letzten zwei Jahre mit den bolschewikischen Experimenten einerseits und mit der Denikinschen Reaktion und polnischen Okkupation andererseits gemachten Erfahrungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung eine ausgesprochen ukrainischerfreundliche demokratisch-republikanische Stimmung herauskristallisiert haben, die sich bei der ersten Gelegenheit offenbaren würde.

Die zweite Richtung der jüdischen politischen Orientierung in der Ukraine vertritt der „Bund“, in erster Linie aber die halb-assimilierten Teile des „Bund“, deren Führer der gegenwärtige Kommunist Rafes ist, früher gemäßigter Menschewik. Dieser Vorsteher des jüdischen „Bund“ war auch in der ukrainischen Zentralrada der faktische Führer der russischen menschewistischen Fraktion mit ihrer russisch-zentralistischen, ukrainischerfeindlichen Politik. Die Mehrheit der russischen Menschewiken und Sozialrevolutionären in der Rada bestand auch aus assimilierten, zum Teil getauften Juden. Vom Standpunkt der Ukrainer war dies damals ebenso eine vereinigte feindliche jüdisch-russisch-sozialistische Front wie die „kommunistische Partei der Ukraine“, die gegenwärtig das Land beherrscht, für sie eine feindliche jüdisch-russisch-bolschewikische Front ist. Rafes ist heute die große Figur in dem jüdisch-kommunistischen Assimilationswelthen und natürlich ein heftiger Gegner der ukrainisch-nationalen Bewegung. Die jetzige parteiführerische Intelligenz und die Ueberbleibsel der jüdischen sozialistischen Bewegung in Rußland und in der Ukraine kriechen ihm in sklavischer Ergebenheit nach. Alle zusammen führen den unheimlichen traurigen Totentanz auf den Ruinen des jüdischen Lebens in diesen

beiden Staaten auf. Mein elfter Brief enthält eine klare, vielleicht, aber noch zu wenig krasse Schilderung dieser Zustände.

* * *

Eine der letzten Etappen in der Regierung Petlura ist sein unglückseliges Bündnis mit den russischen Pogrombanden der Balachowicz-Permikin. Das erste Resultat dieses zweiten wider natürlichen Bündnisses (über das erste, den Vertrag mit Polen, siehe meinen zehnten Brief!) war eine ganze Reihe jüdischer Pogrome in Galizien. Diese neue Pogromwelle versetzte die ganze Welt in Aufregung und Zorn; schwer mußten auch ukrainische Kreise diese Pogrome büßen. Die ukrainische Presse forderte neuerdings rigorose Bestrafung als das einzige Mittel, die Pogrome endgültig zu bekämpfen. Jenseits des Zbrucz hat sich die ukrainische Armee scheinbar doch viel disziplinierter benommen — es wäre sonst die gute Stimmung der jüdischen Bevölkerung, die in den wenigen Zeilen des Genossen Drachler sowie in zahlreichen Schilderungen ukrainischer Publizisten während der letzten Kamenetzer Periode konstatiert wurde, einfach unerklärlich. Auf dem Rückweg nach Galizien, als die Armee unter dem Druck der Bolschewiken zurückweichen mußte, kam eine ukrainische Armeeabteilung in die Lage, gegen die „verbündeten“ Banditen der Balachowicz-Permikin, die einen Pogrom in Proskurow veranstalteten, mit den Waffen vorzugehen.

In dem Moment, da ich diese Schlußzeilen niederschreibe, existiert weder die ukrainische Regierung noch ihre Armee. Die Geschichte der ukrainischen Revolution aber lehrt uns, daß diese Tatsache keinesfalls gleichbedeutend ist mit der Liquidation des ukrainischen Staatswesens. Vielmehr kann sie sehr bald und für die breite Öffentlichkeit möglicherweise überraschend wieder aufstehen und ein aktiver Faktor im Problemenkomplex des Ostens werden. Denn der osteuropäische Knoten kann nur dann gelöst werden, wenn das ukrainische 40-Millionenvolk die Möglichkeit bekommen wird, sein Schicksal und seine Beziehungen zu den benachbarten Völkern und Ländern nach eigenem Willen zu bestimmen. Aus diesem Grunde eben ist eine Untersuchung und Bestrafung der Pogromschuldigen nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit oder der Vergeltung, als vielmehr das aktuelle Problem der Verhinderung und Unmöglichmachung von weiteren Militärpogromen in der Zukunft. An einer derartigen Ausforschung und Bestrafung der Pogromschuldigen sind vielleicht in weit größerem Maße die ukrainischerfreundlichen Kreise in der Ukraine selbst als die ukrainischerfeindlichen Elemente des ausländischen Judentums interessiert; zweifellos aber ist dies eine außerordentliche Lebensnotwendigkeit für unsere breiten Volksmassen im Lande selbst, da die ukrainischen Juden eine disziplinierte ukrainische Volksarmee und eine von Pogromschuld reine ukrainische Regierung mit aufrichtigem Jubel begrüßen würden.

Berichten der rußländischen Poale-Zion auf der Weltkonferenz hinlänglich informiert worden (siehe den elften Brief), jeder neue Tag jedoch bringt neues Material. In der Beilage Nr. IV zum Schlußwort bringen wir zwei derartige Auszüge aus namhaften Zeugen-erklärungen des Herrn Halevi im Warschauer „Volk“ und eines hebräischen Schriftstellers aus Rußland in der Prager „Selbstwehr“. Der Ursprung der neuen antisemitischen Welle liegt wohl in dem Haß zwischen der Stadt und dem Land. Diesen Haß aber haben die Bolschewiken außerordentlich vertieft. Hierüber schreibt die russische sozialistische Zeitung „Wolja Rossii“, „daß dem Lande die jetzigen Städte als parasitäre Auswüchse, als Eiterbeulen erscheinen . . . Die Stadt hat dem Lande für seine Bodenprodukte kein Äquivalent zu bieten. Um die Städte, die Armee und den ganzen Regierungsmechanismus zu erhalten, bleibt nichts anderes übrig, als das Land auszusaugen“^{*)}). Der ukrainische linke Sozialist-Revolutionär, ein Gegner Petluras und Anhänger der Rätewacht, Professor Gruschewskyj, spricht sich über diese Frage noch weit offener aus: „Nach meiner Auffassung geht in der Revolution nur das zugrunde, was mit dem Lande und seinem arbeitenden Volk nicht organisch verbunden ist. Man kann sagen, daß das Land und seine arbeitende Bevölkerung sich von all' dem Fremden, Parasitären „reinigen“ . . . Allerdings ist dieser Prozeß eine sehr unangenehme Erscheinung, insbesondere für jene Elemente, die mit dem Boden organisch nicht verbunden sind. Diese Elemente müssen einfach aussterben . . . Für das Schicksal aber des ukrainischen arbeitenden Volkes, des fundamentalen Elementes im Leben des Staates und der Nation, hat uns keineswegs bange zu sein“^{**)}).

Mit anderen Worten heißt dies etwa so: Geht doch zugrunde, liebe Juden, oder lasset euch allmählich ausschlachten — ihr seid ja Fremde, Parasiten!

Die bolschewikischen Machthaber machen sich hierüber natürlich wenig Sorgen. Sie setzen ruhig ihre Politik fort und die Kluft zwischen dem ukrainischen Dorf und der jüdischen Stadt, der erbitterte Haß, die Aufstände und die Pogromgefahr werden von Tag zu Tag drohender. Mit welchen Mitteln man das okkupierte Land verwaltet, beweist Rakowskyjs (des Präsidenten der Sowjetregierung in der Ukraine) Dekret vom 12. September (Beilage Nr. VII) betreffend den Kampf gegen die aufständischen Bauern. Und wer sind denn eigentlich die Machthaber in der Ukraine, die Verfasser dieses wilden blutigen Dekretes, das die Pogromdrohung der ukrainischen Bauernschaft beinhaltet? Die kommunistische Partei der Ukraine, die nach der Meinung des Organs der ukrainischen Kommunisten zusammengesetzt ist aus 60 Prozent

*) „W. R.“, 1. I. 1921.

**) Zeitschrift „Borites — poboritel“, Organ der linken ukrainischen Sozialrevolutionäre, Nr. 4, Dezember 1920.

Juden, 20 bis 25 Prozent Russen und nur 10 Prozent Ukrainern*). Wenn nun diese kommunistische Zeitung, die vom Führer der ukrainischen Kommunisten Wynnytschenko, dem großen ukrainischen Schriftsteller und ehemaligen Präsidenten der ukrainischen Volksrepublik, redigiert wird, die Dinge in diesem Lichte darstellt, was kann man da noch von einem mittelmäßigen ukrainischen Bauern oder sogar von den winzigen ukrainischen Volksintelligenzlern erwarten? So breitet sich zusehends der gefährliche Ausatz auf dem ukrainischen Volksorganismus aus: der Pogromantisemitismus.

Eine klare Vorstellung hierüber, was die bolschewikische Okkupationsmacht in der Ukraine in Wirklichkeit bedeutet, bieten die Artikel und Berichte Wynnytschenkos nach seiner Rückkehr aus der Ukraine, wohin er in der Absicht fuhr, zusammen mit den russischen Kommunisten an der Verwaltung der sowjetischen Ukraine mitzuarbeiten (Beilage Nr. VIII). Den jüdischen Sozialisten aller Länder, die bereit sind, alle Schrecknisse des Terrorregimes in Rußland angesichts des erhabenen kommunistischen Zieles zu verzeihen, dürfte Wynnytschenkos Material große Enttäuschung bereiten. „Nicht allein der Kommunismus“, schreibt Wynnytschenkos Organ, „ist bei den Volksmassen diskreditiert, sondern auch der Sozialismus verliert immer mehr an Kredit...“

Erhabene Ziele können niemals mit verwerflichen Mitteln erreicht werden.

* * *

Ausgesprochen feindlich gestaltete sich auch die Politik der Bolschewiken gegenüber den Juden während des letzten Halbjahres. Angeblich will man nichts anderes als „die Spekulation bekämpfen“, in Wirklichkeit aber hat man es da ausschließlich auf die Juden abgesehen. „Die Erschießungen unter dem Titel „Kampf gegen die Spekulation“ — erklärt das Mitglied des Kiewer jüdischen Gemeindevorstandes, Professor Kulischer — erreichten in der letzten Zeit eine furchtbar hohe Zahl, wobei immer in erster Linie Juden erschossen werden.“ „Gegenwärtig geht eine regelmäßige Pauperisation der jüdischen Bevölkerung im Gebiete von Kamenetz vor sich“, schreibt mir Genosse Drachler in seinem Brief vom 4. Jänner 1921. Die Arrestlokale von Kamenetz und Proskurow sind voll von Arretierten, die fast ausschließlich Juden sind. — Ein Genosse aus Kamenetz schreibt mir in einem Brief vom 23. Dezember 1920: „Ich hätte Ihnen viel zu schreiben, es ist aber leider so traurig und schwer, daß meine Hand die Feder nicht fassen mag. Die Tschereswytschajka arbeitet nach allen Richtungen hin; man plündert unaufhörlich; es herrscht gedrückte Stimmung.“

* * *

*) „Nowa Doba“, Nr. 4, 22. I. 1921.

„... Und man flüchtet. Hunderte und Aberhunderte von Fuhrern, mit ukrainischen Juden vollgepackt, bewegen sich auf den Landstraßen aus der Ukraine zur polnischen Grenze; es herrscht förmliche Reisewut; man fährt ohne Geldmittel, den größten Gefahren trotzend, der schier unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht achtend — denn die entwurzelte jüdische Bevölkerung mußte den Wanderstab ergreifen, und niemand wird die Kraft besitzen, diese mächtige Emigrationsflut, die das ganze ukrainische Judentum erfaßt hat, einzudämmen*)."

„In den letzten Wochen schienen die Unglücklichen die Unmöglichkeit eingesehen zu haben, ihre zerstörten Siedlungen wieder aufzubauen und ruhig ihrem Leben nachzugehen, und panikartig ergreifen Tausende die Flucht... Ihres Vermögens vollständig beraubt, obdachlos, in ewiger Furcht, was der nächste Tag ihnen bringt, achten sie nicht auf Schwierigkeiten, überwinden alle Hindernisse und verlassen in Massen die ukrainische Hölle... Kein Hindernis ist imstande, die Massenemigration aufzuhalten**)."

„Die jüdische Bevölkerung hat ein kolossaler Emigrationsdrang erfaßt; ganze Städte und Städtchen emigrieren; es wird ein Auswandererstrom sich ergießen, wie ihn das 19. und 20. Jahrhundert nie gekannt; alle Theorien platzen wie Seifenblasen, und die Partei, die das jüdische und jüdisch-proletarische Problem lösen will, muß die Frage der Emigrationsregulierung behandeln, real und praktisch im vollen Sinne des Wortes***)."

„Die Regulierung“ der jüdischen Emigration aus dem sowjetischen Rußland ins englische Palästina, und dazu noch real und praktisch, wird vielleicht für die rußländischen Poale-Zion, die sich überhaupt in den letzten zwei Jahren „zwischen den drei bolschewikischen Tannen“ verirrt und so jeden Sinn für reales, praktisches Leben einbüßten, ein viel zu schweres Problem sein.

„Die jüdische Emigration ist eine kolossale,“ schreibt mir Genosse Drachler, „in Ostgalizien allein befinden sich gegenwärtig über vierzigtausend Flüchtlinge aus der Ukraine; ihre Zahl steigt täglich.“

In demselben Augenblick erreicht uns die betrübliche Nachricht, daß Amerika seine Tore für die Dauer eines Jahres zu sperren beabsichtigt, und aus Palästina erhalten wir die Botschaft, daß im Laufe des nächsten Jahres nicht mehr als 16.500 „unbemittelte“ Emigranten ins Land emigrieren dürfen...

Ein trauriges Resümee.

Wien, 6. Februar 1921.

*) M. Leizerowitsch' Artikel im „Haint“ vom 11. November 1920.

**) „Wiener Morgen-Zeitung“ vom 21. Dezember 1920.

***) Aus der Information eines Mitgliedes des Zentralkomitees der Poale-Zion in Kiew an die Organisation in Kamenetz, Dezember 1920.

Beilage I.

Gesetz betreffend die national-personale Autonomie (vom 9./22. Jänner 1918).

In Uebereinstimmung mit dem Universal vom 7. November 1917 hat die ukrainische Zentralrada am 9. Jänner 1918 das Gesetz betreffend die national-personale Autonomie angenommen.

Art. 1. Jede der Nationen, die innerhalb der Grenzen der ukrainischen Volksrepublik leben, hat das Recht auf national-personale Autonomie, das heißt auf die selbständige Einrichtung ihres nationalen Lebens durch die Organe des nationalen Verbandes, dessen Macht sich auf alle Mitglieder im Umkreise der ukrainischen Volksrepublik erstreckt. Dieses Recht kann keine der Nationen jemals verlieren, noch kann sie hierin beschränkt werden.

Art. 2. Die großrussische, jüdische und polnische Nation, die auf dem Territorium der ukrainischen Volksrepublik leben, bekommen kraft dieses Gesetzes das Recht auf national-personale Autonomie. Die weißrussische, tschechische, moldauische, deutsche, tatarische, griechische und bulgarische Nation können das Recht auf national-personale Autonomie unter der Bedingung für sich in Anspruch nehmen, daß jede dieser Nationen eine von mindestens 10.000 Bürgern der ukrainischen Volksrepublik ohne Unterschied des Geschlechtes und Glaubens, die in ihren politischen Rechten gerichtlich nicht begrenzt sind, gefertigte Erklärung an den Obersten Gerichtshof überreiche, in der ausgesprochen wird, daß alle zur betreffenden Nation gehören. Der Oberste Gerichtshof prüft diese Erklärungen in einer öffentlichen Sitzung, die spätestens sechs Monate nach dem Ueberreichungstage abgehalten werden muß, und publiziert die von ihm in dieser Beziehung getroffene Bestimmung. Erklärungen von Nationen, die in diesem Artikel nicht genannt sind, gehören vor das Parlament der ukrainischen Volksrepublik.

Art. 3. Um das in Art. 1 formulierte Recht zu verwirklichen, vereinigen sich die zu einer bestimmten Nation gehörigen Bürger der ukrainischen Volksrepublik zu einem Nationalen Verband auf dem Territorium der ukrainischen Volksrepublik. Es werden namentliche Register der Mitglieder jedes einzelnen Nationalen Verbandes geführt; diese Register bilden den nationalen Kataster, der nach seiner Zusammenstellung sofort publiziert wird. Jeder Bürger hat das Recht, sich in einen Nationalkataster eintragen oder aus einem solchen streichen zu lassen, wenn er erklärt, daß er zu einer anderen Nation gehört.

Art. 4. Der Nationale Verband hat das Recht der Gesetzgebung und Verwaltung innerhalb der Grenzen jener Kompetenz, die nach der in Art. 7 dieses Gesetzes festgesetzten Ordnung bestimmt wird. Der Nationale Verband allein ist befugt, die Nation innerhalb der ukrainischen Volksrepublik vor staatlichen und bürgerlich-öffentlichen Anstalten zu repräsentieren. Gesetzliche Bestimmungen, die

von den einzelnen nationalen Versammlungen in den Kompetenzgrenzen der nationalen Verbände (Art. 9) angenommen werden, werden nach der allgemein festgesetzten Ordnung publiziert.

Art. 5. Von den allgemeinen finanziellen Mitteln der ukrainischen Volksrepublik und der lokalen Selbstverwaltungen werden gewisse Summen von den betreffenden Assignierungen zugunsten des Nationalen Verbandes für jene Institutionen abgerechnet, die unter seiner Verwaltung stehen, und zwar in einer Höhe, die sich proportional zur Mitgliederzahl des betreffenden Nationalen Verbandes verhält.

Art. 6. Der Nationale Verband stellt sein Jahresbudget fest und hat das Recht, seine Mitglieder nach denselben Prinzipien, die für die allgemeinen Staatssteuern maßgebend sind, zu besteuern; der Nationale Verband hat das Recht, auf seine eigene Verantwortung Anleihen aufzunehmen und andere Finanzmaßnahmen durchzuführen, um die Tätigkeit des Verbandes sicherzustellen.

Art. 7. Der Komplex von Angelegenheiten, die in die Kompetenz des Nationalen Verbandes fallen, sowie die Einrichtung seiner Anstalten wird in einer Bestimmung der Konstituante der betreffenden Nation festgestellt; die Konstituante bestimmt auch den Modus, nach welchem in einzelnen Fällen Aenderungen vorgenommen werden können. Die Bestimmung bezüglich der Kompetenzgrenzen des Nationalen Verbandes müssen von der Konstituante der ukrainischen Volksrepublik oder von ihrem Parlament genehmigt werden.

Anmerkung. Eventuelle Meinungsverschiedenheiten, die in gewissen Fragen zwischen der nationalen Konstituante und der Konstituante der ukrainischen Volksrepublik oder ihrem Parlament aufkommen, werden durch eine Schiedskommission, die von beiden Anstalten in gleicher Mitgliederanzahl besetzt wird, ausgetragen. Die Bestimmungen dieser Schiedskommission bedürfen einer endgültigen Genehmigung seitens der Konstituante der ukrainischen Volksrepublik oder ihres Parlaments.

Art. 8. Die nationale Konstituante wird von den Mitgliedern der betreffenden Nation, die Bürger der ukrainischen Volksrepublik und über 20 Jahre alt sind, ohne Unterschied des Geschlechts und Glaubens auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Proportionalwahlrechtes gewählt.

Art. 9. Die Organe des Nationalen Verbandes sind staatliche Organe. Das oberste Repräsentanzorgan des Nationalen Verbandes ist die Nationalversammlung, die von den Mitgliedern des Verbandes auf Grund der in Art. 8 festgelegten Bestimmungen gewählt wird. Das höchste Exekutivorgan ist der Nationalrat, der von der Nationalversammlung gewählt wird und ihr verantwortlich ist.

Art. 10. Alle Konflikte in Kompetenzfragen, die zwischen den Organen des Nationalverbandes einerseits, den Staatsverwaltungs- oder lokalen Selbstverwaltungsorganen und den Organen anderer

Nationalverbände andererseits entstehen, werden durch das administrative Gericht ausgetragen.

Präsident der ukrainischen Zentralrada: M. Gruschewskyj.

Sekretär der ukrainischen Zentralrada: Onatzkyj.

Kontrasigniert. Für den Generalsekretär: Mirnyj.

Beilage II.

Auszug aus dem Gesetz vom 17. April 1919 betreffend die jüdische Gemeindegeldverwaltung.

Das Statut der jüdischen Gemeindegeldverwaltung.

Kapitel I.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Die gegenwärtig auf Grund des Gesetzes vom 2. Dezember 1917 (Anlage zum „Anzeiger des Generalsekretariats der Ukrainischen Volksrepublik“, 1917, Nr. 7) bestehenden, gleichwie die auf Grund dieses Gesetzes neu geschaffenen jüdischen Gemeindegeldverwaltungsorgane sind als örtliche, öffentlich-rechtliche Organe zu betrachten, welche auf Grund des Gesetzes vom 9. Jänner 1918 über die national-personale Autonomie errichtet wurden; diese Organe nehmen alle Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung und Wirtschaftsführung der jüdischen Gemeinden wahr.

2. Die jüdische Gemeinde ist die Gemeinschaft aller Juden beiderlei Geschlechts, welche vorschriftsmäßig in das örtliche Namensverzeichnis des Nationalitätenkatasters eingetragen sind. (Art. 3 des Gesetzes über die national-personale Autonomie vom 9. Jänner 1918.)

3. Gegenstand der jüdischen Gemeindegeldverwaltung sind innerhalb der durch dieses Statut und durch andere diesbezügliche Statuten und Gesetze gezogenen Grenzen, insbesondere:

a) Führung eines örtlichen Namensverzeichnisses des Nationalkatasters.

b) Registrierung der Geburten, Todesfälle, Trauungen und Scheidungen der im Gebiete der Gemeinde wohnenden Juden und die Führung von Büchern, welche die Akte des Gemeindegeldstatuts der Juden beglaubigen.

c) Führung von Familien- und alphabetischen Verzeichnissen der Juden.

d) Verwaltung der zugunsten der jüdischen Gemeinde festgesetzten Abgaben und Steuern.

e) Verwaltung der Barvermögen und anderen Mobilien, desgleichen der Immobilien der jüdischen Gemeinde.

f) Fürsorge für die Erziehung und Bildung der jüdischen Bevölkerung; Errichtung, Unterhalt und Verwaltung der Elementarschulen und verschiedener anderer Lehranstalten, sowohl allge-

meiner als auch spezieller, desgleichen Beteiligung an der Errichtung, dem Unterhalt und der Leitung der genannten Lehranstalten, Organisation der Vorbereitungs- und Fortbildungsschulen, Fürsorge für die Errichtung und den Unterhalt von Kultur- und Bildungsanstalten, wie: Gemeindebibliotheken und Lesehallen, Volkshochschulen, Konservatorien und Hörsäle, wissenschaftlich aufklärende Ausstellungen, Museen, Theater und dergleichen.

Anmerkung. Die Rechte der Lehranstalten werden von dem Minister für jüdische Angelegenheiten bestätigt.

g) Schutz der Gesundheit der jüdischen Bevölkerung. Bestrebungen zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse und zum Kampfe mit ansteckenden Krankheiten im Gebiete der Gemeinde; Einrichtung von Kindergärten, Ferienkolonien, Förderung des Sportes aller Arten.

h) Fürsorge für die Verpflegung der bedürftigen jüdischen Bevölkerung, Errichtung und Unterhalt zu diesem Zwecke von Häusern mit billigen Wohnungen, von Nachtherbergen, Volksspeise- und Teehallen, Brotbäckereien, Niederlagen und Läden zum Verkauf wichtiger Bedarfsartikel; Errichtung und Unterhalt von Krankenanstalten und ihre Leitung.

i) Förderung der produktiven Arbeit unter der jüdischen Bevölkerung und der Kampf mit der Arbeitslosigkeit; Errichtung, Unterhalt und Leitung von fach- und landwirtschaftlichen Schulen und Instrukteurkursen; Organisation von gewerblichen Fortbildungsschulen; Förderung und richtige Ausgestaltung der handwerklichen Bildung; Errichtung, Unterhalt und Leitung von Musterwerkstätten und Molkereien, Obst- und Gemüsegärten; Organisation von Versuchs- und Musteranstalten, Ausstellungen und Museen; Hilfe bei Beschaffung von Werkzeugen, Instrumenten und Materialien; Errichtung und Leitung von Niederlagen.

k) Organisation des billigen Kredits, Unterstützung der Konsum-, Produktions- und Kreditgenossenschaften.

l) Fürsorge für arme Kinder und Alte, Organisation der Armenfürsorge; Errichtung, Unterhalt und Leitung der Wohlfahrtsanstalten, Asyle, Krippen und dergleichen.

m) Hilfeleistung an die jüdische Bevölkerung bei Volkskatastrophen, wie: Ueberschwemmungen, Feuerschäden und dergleichen, Hilfeleistung bei dem Transport und der Unterbringung der Flüchtlinge.

n) Juristische Beratung der jüdischen Bevölkerung.

o) Durchführung statistischer Erhebungen unter der jüdischen Bevölkerung.

p) Hilfeleistung bei Regelung der Auswanderung und der Kolonisation der Juden. Errichtung, Unterhalt und Leitung von Informations- und Auswanderungsbüros; Förderung der Organisation von Auswanderungsgenossenschaften, Organisation und Beteiligung bei der Organisation von Finanzinstituten und Fonds für die

Bedürfnisse der Auswanderung und Kolonisation der jüdischen Bevölkerung, Organisation von Kursen und Vorlesungen über Fragen der Auswanderung und Kolonisation.

q) Vertretung der örtlichen jüdischen Bevölkerung bei den Staats- und Gemeindebehörden zum Schutze ihrer allgemein-bürgerlichen, politischen und nationalen Rechte, desgleichen zur Verteidigung und zum Schutze ihrer Interessen innerhalb der Kompetenzgrenzen der Gemeinde.

r) Beteiligung durch Vertreter an allgemeinen staatlichen, Provinz- und örtlichen Institutionen auf Grundlage besonderer hiefür geltender Regeln.

4. Zur Befriedigung der Bedürfnisse, die sich auf Leitung der jüdischen Gemeindegeldverwaltung beziehen, bestimmt und erhebt der Gemeinderat außer den Mitteln, welche die Gemeinde auf Grund des Art. 45, Punkt 1, dieses Statuts erhält, besondere Abgaben und Steuern unter den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde (Art. 46 bis 60 dieses Statuts).

Kapitel IV.

Einnahmen der jüdischen Gemeinden.

A. Allgemeine Bestimmungen.

45. Die Einnahmequellen der jüdischen Gemeinden sind folgende:

1. Anweisungen aus allgemein-staatlichen Mitteln sowie aus den Mitteln der autonomen Gouvernements-, Kreis- und Landgemeindebehörden, ferner der städtischen und dörflichen Verwaltungen.

Anmerkung 1. Die in diesem Punkte erwähnten Anweisungen erfolgen gemäß Art. 5 des Gesetzes über die national-personale Autonomie vom 9. Jänner 1918 proportional der Zahl der jüdischen Bevölkerung, und zwar für Gegenstände, welche zum Tätigkeitsbereich der jüdischen Gemeindegeldverwaltungsorgane gehören.

Anmerkung 3. Von den aus allgemein-staatlichen Mitteln stammenden Anweisungen bestreitet das Ministerium für jüdische Angelegenheiten die Ausgaben für die Bedürfnisse seines Ressorts sowie für die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden und der mit ihnen verbundenen Institutionen (Art. 7 dieses Statuts).

2. Die Zusatzabgabe von der jüdischen Bevölkerung zur Staatseinkommensteuer (Art. 46 bis 53).

3. Die Erbschaftssteuer (Art. 54 bis 59).

4. Abgaben und Steuern der jüdischen Bevölkerung, welche durch Spezialgesetze festgesetzt sind.

5. Einnahmen aus Barvermögen und anderem Besitz, aus Unternehmungen, aus laufenden Eingängen der jüdischen Gemeinde, und

6. aus verschiedenen gelegentlichen Zuwendungen zugunsten der Gemeinde, wie: Unterstützungen, Spenden, Schenkungen, Zuwendungen aus letztwilligen Verfügungen und dergleichen.

B. Die Zusatzabgabe der jüdischen Bevölkerung zur Staatseinkommensteuer.

46. Die Zusatzabgabe der jüdischen Bevölkerung zur Staatseinkommensteuer wird in einer Höhe von nicht über 50 Prozent der Sätze der staatlichen Einkommensteuer festgesetzt.

Anmerkung 1. Die Zusatzabgabennorm muß gleich sein für alle Sätze der der Einkommensteuer unterliegenden Personen.

Anmerkung 2. Der dritte Teil der in diesem Artikel erwähnten Steuer wird zur Verfügung des Ministeriums für jüdische Angelegenheiten gestellt und bildet seinen Spezialfonds.

C. Die Erbschaftszusatzsteuer.

54. Im Falle des Todes eines Mitgliedes der jüdischen Gemeinde unterliegt sämtliches vom Verstorbenen hinterlassene Eigentum der Erbschaftssteuer zugunsten derjenigen jüdischen Gemeinde auf dem Territorium der Ukrainischen Volksrepublik, in welcher der Verstorbene vor dem Tode ständig gewohnt hat, und wenn dies nicht bekannt ist, zugunsten derjenigen jüdischen Gemeinde auf dem Territorium der Ukrainischen Volksrepublik, in welcher der Erblasser gestorben ist, und wenn auch dieses nicht bekannt ist, zugunsten derjenigen Gemeinde, wo er bestattet ist; falls aber auch dieses unbekannt ist, wird die Erbschaftssteuer von derjenigen Gemeinde auf dem Territorium der Ukrainischen Volksrepublik erhoben, wo sich der größte Teil seines Eigentums befindet.

55. Die Erbschaftssteuer wird von der Erbmasse in folgender Höhe erhoben:

Von einer Erbmasse im Werte von 5000 bis 10.000 Karbowanzen 1 Prozent, von 10.000 bis 20.000 Karbowanzen 1½ Prozent, von 20.000 bis 50.000 Karbowanzen 2 Prozent, von 50.000 bis 70.000 Karbowanzen 3 Prozent, von 100.000 bis 200.000 Karbowanzen 3½ Prozent, von 200.000 bis 500.000 Karbowanzen 4½ Prozent, über 500.000 Karbowanzen 5 Prozent.

Beilage III.

Auszug aus einem Interview mit Professor Kulischer, Mitglied des Kiewer jüdischen Gemeindevorstandes.

... Das Dorf hat sich von der ganzen Welt abgeschlossen, will von der Stadt nichts wissen, produziert nur so viel, als es für den eigenen Bedarf nötig hat, antwortet auf Mobilisationen mit Massendesertion und auf Requisitionen von Getreide und Vieh reagiert es mit Aufständen, die sich jetzt über das ganze Land dahinwälzen. Das Dorf verteidigt sich mit den Zähnen und wartet auf die Befreiung von der bolschewikischen Herrschaft durch die Petluraner.

Ohne Zweifel waren vor einem Jahre nicht allein die jüdischen Volksmassen, sondern auch die höheren Kreise der ukrainischen Macht feindlich gesinnt... Es steht aber fest, daß sich die feindliche Stimmung zugunsten der Ukrainer zu wenden begann. In die-em Sinne hat die Denikinsche Okkupation mit ihrem selbstherrischen Apparat und ihren blutigen Pogromen große Wirkung getan. Zu Beginn des Jahres drangen zu uns die ersten Nachrichten über eine freundschaftliche Haltung der ukrainischen Macht, über die neue Beziehung des ukrainischen Militärkommandos zur jüdischen Bevölkerung, welches die antijüdischen Exzesse im Frontbereich entschieden zu bekämpfen begann; später erfuhren wir, daß dort, wo sich die ukrainische Macht festsetzen konnte, die jüdisch-ukrainischen Beziehungen sich sehr günstig gestalten... Einige Tage nach der Besetzung Kiews durch das polnisch-ukrainische Militär konnte man sich von der aufrichtigen Freundschaft der neuen ukrainischen Macht gegenüber der jüdischen Bevölkerung überzeugen... Die Organe der ukrainischen Macht verhielten sich wie Verbündete und Vermittler zwischen der jüdischen Bevölkerung und dem polnischen Militärkommando in der Frage der seitens einzelner polnischer Soldaten oder offizieller Organe gegen die Juden verübten Exzesse. Für die ganze jüdische Bevölkerung — für die oberen Schichten bewußt, für die Massen instinktiv — ist es klar, daß sie in der Ukraine lebt, daß ihre Interessen mit denen der Ukraine eng verknüpft sind und daß eine leichtsinnige Beziehung zu den Ukrainern und zur Möglichkeit einer festen national-ukrainischen Macht zumindest ein Anachronismus ist... Die jüdische Intelligenz hat es sich bereits abgewöhnt, die Stimmungen und Pläne der Regierung mit den Plünderungen und Exzessen, die in der Frontatmosphäre oft unvermeidlich sind, zu identifizieren... Mit voller Sicherheit kann behauptet werden, daß sich die jüdische Bevölkerung in ihrer Mehrheit gegenüber den Bolschewiken feindlich verhält. Die Mehrheit der Juden ist mit den Handels- und Industriekreisen, die der Bolschewismus am empfindlichsten schlägt, innig verbunden. Die Kontributionen, die verschiedenen Zwangssammlungen, Liquidierung des Handelsapparates und Erschießungen unter dem Titel „Kampf gegen die Spekulation“ haben sich in der letzten Zeit in furchtbarer Weise vermehrt und in allererster Reihe werden immer die Juden erschossen *).

Beilage IV.

Antisemitismus in Sowjetrußland **).

Im „Volk“ bespricht Halevi die Erscheinungen des Antisemitismus im Räterußland:

*) Professor Kulischer ist Ende August aus Kiew abgereist. Das Interview in der ukrainischen Wochenschrift „Wolja“ am 9. Oktober 1920 erschienen.

**) Auszug aus der „Wiener Morgen-Zeitung“ vom 31. Jänner 1921.

... Offiziellen Antisemitismus findet man dort nicht. Groß ist jedoch der gesellschaftliche Antisemitismus; davon haben diejenigen, welche in den letzten Jahren nicht in Rußland gelebt haben, keine Vorstellung, ja viele glauben es gar nicht, besonders in Amerika, wo man sich ausmalt, der Bolschewismus habe die russischen Massen „gehoben“.

Die Judenfeindschaft findet stets die ihr zusagenden Begründungen. Jetzt ist die russische Bevölkerung über die Juden aufgebracht, weil angeblich sie allein am Bolschewismus schuld sind. Unbekümmert darum, daß in den Sowjets heute fast gar keine Juden vorhanden sind und auch wenige in der Roten Armee, werden doch die Juden allein verantwortlich gemacht, und das nicht nur von den Massen, sondern auch von der Intelligenz.

„Was wissen unsere Russen“ — lautet die gewöhnliche Erörterung der Intelligenzler — „sie verstehen nichts und die Juden haben ihnen den Kopf verdreht.“

„Lenin“ — so heißt es — „ist ein ganz anständiger Mensch; er hätte schon längst in allem nachgegeben, aber Trotzki und seine jüdischen Genossen lassen es nicht zu.“

Die bolschewikischen Führer sind gezwungen, mit dieser Stimmung der Massen zu rechnen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Zahl der Juden in den Regierungsämtern von Tag zu Tag kleiner wird. In Petrograd, wo die Zahl der Juden in den Regierungsämtern noch unter Kerenskyj recht bedeutend war, sind Juden jetzt in diesen Aemtern fast gar nicht zu finden, abgesehen natürlich von einigen Größen, ohne die man sich schwer behelfen kann.

Die Judenfeindschaft wächst. In den größeren Städten, wo die Masse intelligenter ist, trägt der Antisemitismus einen mehr heimlichen und verbissenen Charakter. In der Provinz kommt er offen zum Ausdruck und der Jude spürt ihn auf Schritt und Tritt. Es genügt, daß ein jüdisches Gesicht sich in einem Eisenbahnwagen zeigt, um das Schimpfwort „Zyd“ hervorzurufen und es zum Thema für den ganzen Waggon zu machen, wobei dann das ganze „Sündenregister“ der gesamten Judenheit aufgezählt wird. In den kleineren Städten und Städtchen kann ein Jude nicht auf den Markt gehen, sonst heißt es, die Juden kaufen alles auf. Versucht ein Jude, den Preis herabzudrücken, so heißt es, alles sei ihm zu wenig; handelt er nicht, so heißt es, der Jude schaffe die Teuerung. Ueberall schreit man, die Juden hätten alles in Vorrat und sie brauchten sich nicht „anzustellen“; stellt sich aber ein Jude an, so heißt es, auch beim Anstellen wolle der Jude alles an sich bringen.

So befindet sich die Judenheit, welche in den russischen Städten und Städtchen zerstreut ist, in einer traurigen Lage. Da sie vorwiegend der Kleinbürger- und Handelsklasse angehört, hat sie mehr als alle gelitten und leidet bis heute durch den Bolschewismus mehr als die russischen Bauern. Und wenn sie auch die Befreiung von der

bolschewikischen Herrschaft wünschen, so sehen sie mit Angst und Zittern dem Tag entgegen, da die Bolschewiken stützen werden...

Die Juden, denen es nur halbwegs möglich ist, verlassen Rußland; diejenigen, welche es nicht können, sehnen eine feste, aber wahrhaft demokratische Herrschaft herbei.

Der Untergang der Juden in Sowjetrußland*).

In der Prager „Iwrijah“ hielt am 26. Dezember ein junger hebräischer Schriftsteller, der aus der Ukraine geflohen ist, einen Vortrag über das Leben der Juden in Sowjetrußland. Wir entnehmen einem Bericht der „Selbstwehr“ folgende Inhaltsangabe des Vortrages: Es waren Bilder des Schreckens, die er entrollte. Ist also nicht alles übertrieben, was die Zeitungen berichten? Nein, es ist noch viel schlimmer! Hunger, Kälte, Krankheit, Tod und Tod... Das Menschenleben hat weniger Wert als ein Schuß Pulver. Ein Land, wo nichts erzeugt wird: kein Brot, keine Schuhe, keine Nadel..., wo die Produktionskraft der Bevölkerung, der einzelnen wie der Gemeinschaften, vernichtet ist. Die Lebensfreude, der Wille zum Leben, alles ist unter der eisernen Hand der Diktatur erloschen. Es gibt keine Kunst, keine Wissenschaft, keine Schöpferkraft. Ein ödes Totenfeld: Blut, Blut, Blut und... Kommissäre.

Und die Juden? Es ist furchtbar, zu erfahren, wie wenig man hier vom Untergang der Juden in diesem einst so großen Lande weiß. Kann man heute noch überhaupt von einer jüdischen Existenz in Rußland sprechen? Auf der einen Seite Sowjetrußland, wo es keinen Handel, kein Gewerbe, keine Arbeit, aber auch keine „Proletarisierung“ gibt (denn der russische Arbeiter hat selbst keine Arbeit) und auf der anderen Seite: die — Ukraine. Haben vielleicht nur Denikin, Petlura Pogrome gemacht? Auch Budjenny, Grigoriew — die bolschewikischen Generale — sie haben ihren Marsch mit einem blutigen Streifen von Tausenden und Abertausenden von jüdischen Leichen gezeichnet. Kann der Jude selbst in Zentralrußland überhaupt ins Dorf gehen, wie seine städtischen Mitbürger? Er würde sofort erschlagen...

Beilage V.

Bolschewikische Pogrome.

Flüchtlinge, die vom jenseitigen Zbruczufufer herkommen, erzählen, daß die Bolschewiken in Mohilew und Dunajewec blutige jüdische Pogrome veranstaltet haben. Die Bolschewiken beschuldigen die Juden, daß sie mit der ukrainischen Armee sympathisieren.

In Liubar (Wohlyner Gouvernement) dauerte der jüdische Pogrom fünfzehn Tage. Den Anfang machten die 5. und 6. Division der Armee Budjennys, nach ihnen kamen die „roten“ kommunistischen Kosaken, zu allerletzt das 215. und 216. bolschewikische Regiment.

*) Auszug aus der „Wiener Morgen-Zeitung“ vom 9. Jänner 1921.

In diesem Pogrom wurden 44 Juden getötet, 216 verwundet und 600 bis 700 Frauen geschändet. Die Frauen wurden öffentlich in den Gassen vergewaltigt. In vielen Fällen zehnjährige Kinder und sechzigjährige Greisinnen. Das ganze jüdische Hab und Gut wurde ausgeplündert.

In Ostropol (Wohlyner Gouvernement) wurde der Pogrom von einer Abteilung Katowskis gemacht. 10 Juden wurden getötet, viele verwundet, 70 Frauen geschändet.

In Altkonstantin wurde ein Jude ermordet und einige verwundet. Die Soldaten forderten die „Auslieferung“ von zehn Mädchen.

(Bulletin des jüdischen Ministeriums, Nr. 1, Jänner 1921,
nach der polnischen Zeitung „Nowy Dziennik“.)

Paris, 25. Jänner. (Jüdisches Korrespondenzbüro.) Das Komitee der jüdischen Delegation erhielt vom jüdischen Nationalrat in Warschau eine Reihe authentischer Dokumente, die den Beweis erbringen, daß die Bolschewiken fünf Pogrome in den von ihnen besetzten ukrainischen Städten Lubar, Ostropol, Polonoje, Tschartoryj und Slavuta veranstaltet haben. An den Pogromen beteiligten sich nachstehende Abteilungen: die 5. und 6. Kavalleriedivision von Budjenny, die Abteilungen der Roten Kosaken, das 215. und 216. Regiment der Sowjetinfanterie und die Brigade von Katowski. Diese Pogrome fanden im September 1920 statt. Es gab in Ostropol 10, in Polonoje 7, in Lubar 44, in Slavuta 3, in Tschartoryj 1 Toten. Die Zahl der Verwundeten wurde noch nicht festgestellt, sie übersteigt aber die der Toten.

(„Wiener Morgen-Zeitung“ vom 28. Jänner 1921.)

Beilage VI.

Genossen Drachlers Briefe *).

Aus dem ersten Briefe vom 4. Jänner 1921.

Werter Genosse Schalom!

... Auf mich hat dieses jüdische Elend einen derart erschütternden Eindruck gemacht, daß ich einfach physisch nicht mehr in der Lage bin, unter der Sowjetherrschaft weiter zu leben.

Ueber die Lage der jüdischen Bevölkerung im Kamenetzer Rayon sowie in der Ukraine im allgemeinen mich auszulassen dürfte wohl überflüssig sein. Es wird genug sein, wenn Sie das, was ich Ihnen im Oktober vorigen Jahres darüber geschrieben habe, mit sagen wir $(n + 1)$ multiplizieren werden. Hiezu müßten Sie noch die zahlreichen Pogrome großen und kleinen Stils addieren, die die

*) Genosse Drachler, Obmann der Kamenetzer Organisation Poale-Zion, Mitglied des Gemeindevorstandes, Mitglied der Stadtselbstverwaltung, Präsidialmitglied des American Joint Distribution Committee, Delegierter auf den Parteitagen der Poale-Zion-Partei, Deputat des im Jänner 1919 in Kiew abgehaltenen Arbeitskongresses, Vorsitzender der Kulturliga.
Der Verfasser.

Träger der sozialen Revolution gegen die Juden wegen ihrer „Petluraphilie“ veranstalten, wie sich die „Kommissäre“ den Pogrom in Mohilew, der am 18./19. November stattgefunden hat, zu begründen belieben. In Kamenetz dauerten die Ueberfälle drei Tage. Lanžkorun wurde gründlich ausgeplündert. Auch in der Barer Gegend sind große Schäden zu verzeichnen.

Gegenwärtig geht eine regelmäßige Pauperisierung der jüdischen Bevölkerung in der Umgebung von Kamenetz und Proskurow vor sich. Die einheimischen Kommunisten werden in diesen Gegenden mit der Arbeit nicht betraut. Die „Rewkomen“ und die verantwortlichen Macher werden aus Charkow und die Tschereswytschaika aus Odessa entsendet. Auf welche Weise die Odessaer Tschereswytschaikas diese Gegenden von den petluranischen Sünden zu reinigen gedenken, können Sie wohl aus ihrem Vorgehen in Odessa selbst schließen. Vorige Woche las ich zwei Briefe aus Odessa. In beiden wird fast dasselbe berichtet. Während der letzten sechs Monate wurden in Odessa über viertausend Erschossene gezählt. Die Bevölkerung ist völlig verarmt, die Leute gehen barfuß und in Lumpen gekleidet herum. Es gibt kein Licht, kein Wasser, kein Heizmaterial. Ein Pfund Holz kostet 300 Rubel. Nachbarfamilien in einem Hofe schließen sich zu einer Gesellschaft zusammen, um ein Pud Holz zu erwerben. Es wird in einem einzigen Ofen geheizt, an dem sich 30 bis 40 Menschen wärmen. Ein Pfund Brot kostet 1000 bis 1200 Rubel. Fleisch ist überhaupt nicht vorhanden.

Die Kamenetzer und Proskurower Arrestlokale sind überfüllt. Die Häftlinge sind fast ausschließlich Juden. Die jüdische Emigration nimmt ungeheure Dimensionen an. In Ostgalizien allein befinden sich gegenwärtig über 40.000 Flüchtlinge aus der Ukraine, deren Zahl jedoch mit jedem Tage ansteigt. Dieser Tage kam eine jüdische Flüchtlingsfamilie aus Kremenczug nach Czortkow. Als ich einen Angehörigen dieser Familie über die Lage in der Ukraine ausfragen wollte, da antwortete mir jener: „Fragen Sie mich lieber nicht und zwingen Sie mich nicht, die furchtbaren Bilder des Grauens, der Not und des Hungers in meiner Erinnerung wachzurufen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die ganze jüdische Bevölkerung in drei Kategorien zerfällt: Kommissäre und rote Armeelute — ein kleiner Bruchteil, ein sehr großer Prozentsatz — mobilisierte »Bourgeoisie«, die übrigen sind Deserteure und Emigranten.“

Gegenwärtig ist die allgemeine Situation in Tarnow, wo die ukrainische Regierung sich befindet, eine derartige, daß man nichts tut und auf das große Wunder wartet. Ich persönlich glaube nun allerdings nicht an Wunder, muß aber sagen, daß, wenn ein solches Wunder eintreten werde, dies lediglich der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine zu danken wäre. Die Juden in der Ukraine glauben an die ukrainische Volksrepublik. Es kursieren unzählige Versionen über ihre Perspektiven. Als ich aus Lemberg nach Tarnow abreiste,

begleiteten mich viele ukrainische Juden mit den Wünschen: „Fahren Sie wohl und bringen Sie frohe Botschaften!“

Auf die bekannten Anrempelungen seitens unserer „Europäer“ und Kommunisten wegen unserer Mitarbeit in der ukrainischen Volksrepublik antwortete die jüdische Bevölkerung jenes Gebietes, das im September-Oktober von der ukrainisch-republikanischen Macht besetzt wurde, in klarer und rührender Weise.

Am Vortage des Versöhnungsfestes haben Tausende von Juden das ukrainische Militär mit Blumengewinden und Kränzen empfangen. Am Abend des Jom Kippur, als die Juden aus den Bethäusern strömten und sich mit Neujahrswünschen begrüßten, fügten fast alle den Segen hinzu: „Gott gebe, daß die Erlöser (die Ukrainer) uns erhalten bleiben.“ Am Laubhüttenfeste spendeten die zur Thora aufgerufenen Juden Sättel für die ukrainische Kavallerie. Mit tränenden Augen begleiteten die Juden die abziehenden Militärtruppen. Kein Jude wollte für die den Abziehenden gereichten Speisen und andere Gegenstände Geld nehmen. In vielen Ortschaften konnte man immer auf derartige Zahlungsanbote eine und dieselbe Antwort hören: „Wenn ihr, so Gott will, in Kürze zurückkehren werdet, werdet ihr dann alles schon bezahlen“ — und jetzt eben hofft man und glaubt an die Rückkehr der ukrainischen demokratischen Macht.

Aus dem zweiten Briefe vom 31. Jänner 1921.

L i c h e r G e n o s s e S c h a l o m !

Soeben komme ich von meiner Tournee durch die Lager der jüdisch-ukrainischen Flüchtlinge. Ich will Ihnen vorderhand nur das Wichtigste mitteilen, das ich während meines Aufenthaltes an der Grenze über die Lage der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine erfuhr.

Der Emigrationsstrom aus der Ukraine wird von Tag zu Tag stärker. Ohne Rücksicht auf das schlechte Wetter und auf die kalte Jahreszeit strömen täglich Massen jüdischer Bevölkerung aus der Ukraine. Die Ursachen der Flucht sind der furchtbare Terror und der ökonomische Druck seitens der Sozialexperimentatoren. Alle Arrestlokale und Festungen sind überfüllt, zum größten Teil von Juden, die der Spekulation beschuldigt werden. Dort, wo die Spekulation fast zur Gänze bereits abgeschafft wurde, wird sie von den Tschereswytschaikas absichtlich provoziert, um ja nicht ohne Arbeit zu bleiben. In Kiew zum Beispiel war vom Valutahandel keine Spur mehr, als die Tschereswytschaika den Einfall hatte, den Valutahändlern nahezu legen, den Handel unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß die Tschereswytschaika allwöchentlich ihr Opfer bekomme.

In Kamenetz wurden am 19. Jänner 16 Menschen erschossen, darunter 10 Juden. In derselben Nacht, da die 16 Menschen erschossen wurden, kamen Agenten von der Tschereswytschaika zu

den Familien der Erschlagenen und forderten „nach alter Sitte“ deren Kleider, Betten und Bettzeug „zugunsten der Tschereswytschaika“. Als sich am 20. d. M. eine Deputation der Bevölkerung an den Vorsitzenden der Tschereswytschaika mit der Erklärung wandte, daß der größte Teil der Erschossenen nichts anderes als unschuldige Opfer der Provokation seitens einiger Agenten sind, antwortete jener folgendermaßen: „Es ist sehr möglich, daß dem wirklich so ist. Ihr wisset ja, daß überall Fehler gemacht werden, wo Arbeit geleistet wird. Ich kann Ihnen nur eines versprechen: daß die zweite Liste der Erschossenen eine anständigere sein wird.“ Unter anderen sind in Kamenetz arretiert worden: das ehemalige Präsidium der Stadtduma mit Kijlymnyk (ukrainischer Sozialdemokrat) und Miranskij (russischer Sozialrevolutionär).

Am 17. Dezember 1920 erschien in der Charkower „Izwestia“ ein Dekret, das folgendermaßen lautet: Das Zentralkomitee der „Kulturliga“ in Kiew wird wegen seiner nicht entsprechenden Tätigkeit und kleinbürgerlichen Richtung als aufgelöst erklärt.

Zuerst wurde eine kommunistische Mehrheit in der Exekutive der Kulturliga gefordert. Als das Zentralkomitee hiezu seine Zustimmung gab, stellte man ihm eine zweite Forderung, dahingehend, daß zwei Drittel der Mitglieder der Kulturliga ausgeschlossen werden, an deren Stelle nach Anweisung des „Jewsek“ Kommunisten aufgenommen werden sollen... Darauf folgte das erwähnte Dekret.

Unsere russischen und ukrainischen Genossen haben sich letzstens auf das Emigrationsproblem geworfen. Als treue Speichel-lecker wandten sie sich an „ihre“ Rätcmacht mit einem Memorandum, in dem das Ersuchen ausgesprochen wurde, daß die Emigration der jüdischen Arbeiter legalisiert werde. Als Antwort auf dieses Memorandum erfolgte ein Befehl an alle Parkomen, Rewkomen und andere Agenten der Rätcmacht, daß mit Rücksicht auf die jüdische Emigration ins Ausland sowie in Anbetracht dessen, daß die Führer und Anstifter dieser Emigration die Poale-Zion sind, der Wachdienst an der Grenze verstärkt werde und alle Poale-Zion, die sich mit derartigen unerlaubten Dingen befassen, gesetzlich verfolgt werden. Lächerlich, aber doch sehr traurig.

Unser „linker“ Genosse Serubabel zum Beispiel findet, daß das Tändeln mit Kemal Pascha oder der Beschluß des Zweiten Kongresses der Dritten Internationale gegen den Zionismus — eine Episode sei. Genosse Ganopolskyj hinwiederum meint, daß das Verbot der jüdischen Emigration ebenfalls eine kleine Episode sei. Wenn aber all diese Arten von Episoden und Episödden, wie zum Beispiel ein offizielles Telegramm des Charkower Zentralexekutivkomitees von August vorigen Jahres an den Galizianer Rewkom, lautend: „Galizische Bauern und Geistliche nicht behelligen, kämpfen nur gegen spekulative Elemente der Städte und Städtchen“; wenn man ausschließlich in den jüdischen Fleischbänken und niemals in den christ-

lichen Requisitionen vornimmt; wenn man zu den Zwangsarbeiten ausschließlich Juden mobilisiert; wenn ein Bauer das Recht hat, ohne spezielle Erlaubnis sechseinhalbmal mehr Produkte auszuführen als ein Krämer oder Müller (veröffentlicher Befehl des Upradkom); wenn die Waren der städtischen Kooperativen im Gegensatz zu den dörfischen konfisziert werden; wenn man für das Verheimlichen von Waren nach dem Gesetz ohne Gerichtsverhandlung erschossen und für unrichtige Angaben über das Ausmaß von Lebensmittelvorräten bei den Bauern nur ins Schwarze Buch registriert wird; wenn man sich eine Emigrationsmöglichkeit nur in einem bäuerischen Pelz oder Burnus verschaffen kann (wenn die Patrouillen auf den Straßen die Fuhren aufhalten, rufen sie gewöhnlich aus: „Juden halt! Bauern vorwärts!“) — mit einem Wort, wenn ich all dies in meinem Kopfe mir zurechtlege, so erscheint es mir, daß diese Dinge keine Episoden sind, sondern ein ausgesprochenes antisemitisches System. Wenn Sie aber fragen sollten: was ist es denn mit den jüdischen Kommissären? — so antwortete ich Ihnen darauf, daß wir eben überall unsere „Hausjuden“ haben und daß es ja schließlich auch einen linken poale-zionistischen Verband gibt, der die Aufnahme in eine antipalästinische Internationale anstrebt.

Beilage VII.

Das Terrordekret Rakowskyjs gegen die ukrainische Bauernschaft*).

1. Alle Weißgardisten werden als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Wer Widerstand gegen die Rätewacht leistet, wird an Ort und Stelle erschossen.

2. Die nächsten Verwandten der Aufständischen werden als Geiseln in Konzentrationslager interniert. Das Vermögen der Verschwörer und ihrer nächsten Verwandten wird zugunsten der einheimischen Bauernschaft konfisziert.

3. Jene Dörfer, die den Verschwörern mit Pferden, Fuhren oder Militärverstärkungen zu Hilfe kamen, werden als im Belagerungszustand befindlich erklärt und folgendermaßen bestraft: a) Konfiskation des Getreides; b) Geldkontribution; c) Beschlagnahme des Vermögens; d) Bombardierung des Dorfes; e) endgültige Zerstörung der ganzen Dorfgemeinschaft.

4. Alle Hinterlandskommandanten und Vorsteher der Rätewacht werden aufgefordert, eine Liste jener Dörfer, die die Zentren der Konterrevolution sind, zusammenzustellen und gegen sie mit den anbefohlenen Maßnahmen vorzugehen.

5. Bei der Unterdrückung der konterrevolutionären Aufstände muß gleichzeitig die allgemeine Entwaffnung der Bevölkerung in Angriff genommen werden.

*) Wir veröffentlichen ihn nach der russischen sozialrevolutionären Zeitung „Wolja Ressii“.

6. Ich befehle, daß in jenen Ortschaften, wo ein bürgerlicher Aufstand in Vorbereitung ist, Geiseln aus den vermögenden und einflußreichen Schichten der Bevölkerung, die der Hilfeleistung an die Banditen verdächtig sind, einzuziehen sind.

7. Die Geiseln werden vor den Militärstab, Tschereswytschaika oder Revolutionstribunal zwecks Aburteilung gestellt.

8. Der Bevölkerung soll erklärt werden, daß falls die Bauern eines Dorfes zu den Weißgardisten übergehen, an einem Aufstand gegen die Kommunisten oder einer feindlichen Handlung gegen die Räte überhaupt teilnehmen sollten, die Geiseln unverzüglich erschossen werden.

Beilage VIII.

Der bolschewikische „Kommunismus“ in der Ukraine*).

„Genosse Wynnytschenko ist aus der Ukraine zurückgekehrt. Er brachte bittere Erfahrungen mit, die das Herz eines Kommunisten, insbesondere eines ukrainischen, schwer bedrücken... daß weder in Großrußland noch in der Ukraine eine Diktatur des Proletariats existiert. An ihrer Stelle steht die Diktatur einer kommissarischen und bürokratischen Kaste... Die Räte (sofern sie irgendwo noch vorhanden sind) sind ein Nichts... der Kommissär — ist alles. Er ist der Herr über Leben und Tod des Bürgers... Aus der Ukraine wird alles ausgeplündert und nach Großrußland weggeführt, um dort die Rationen sicherzustellen. Was Wunder, wenn auf so einem Boden alles, mit Ausnahme der proletarischen Freiheit und Selbstwürde, gedeiht... Keine Regierung hat jemals so zynisch die öffentliche Meinung betrogen, wie die Regierung Räterußlands... Die Regierung der ukrainischen Räterepublik ist nicht gewählt, sondern vom Zentralkomitee der rußländischen kommunistischen Partei ernannt. Sie ist der bürokratische Apparat des Moskauer Zentrums, der die Direktiven aus Moskau im Geiste des strengsten Zentralismus durchzuführen hat... Die ökonomische Politik führt zur Exploitation aller materiellen Hilfsquellen der Ukraine... Unter diesen Umständen kann von einer national-kulturellen Selbständigkeit keine Rede sein... Die ukrainische Sprache blieb wie im Vorjahr eine nichtgleichberechtigte... Es ist daher kein Wunder, daß nicht allein der Kommunismus in seiner Moskauer Form bei den Massen diskreditiert ist, es verliert auch der Sozialismus an Kredit...“

*) Auszug aus der ukrainischen kommunistischen Zeitung „Nowa Doba“ vom 23. Oktober 1920.



